

Cord Pagenstecher

Rotationsprinzip und Rückkehrorientierung
im Einwanderungsprozeß.
'Gastarbeit' in der Bundesrepublik Deutschland

Diese 1993 eingereichte Magisterarbeit wurde 1994 leicht überarbeitet unter dem Titel

**Ausländerpolitik und Immigrantenidentität.
Zur Geschichte der 'Gastarbeit' in der Bundesrepublik**

vom Bertz-Verlag Berlin veröffentlicht und ist inzwischen vergriffen.

In der vorliegenden, nicht durchgesehenen Version fehlen einige Abbildungen und Tabellen, andere finden sich am Ende des Textes. Bitte zitieren Sie ggf. nach der in verschiedenen Bibliotheken vorhandenen Druckversion.

Cord Pagenstecher

Rotationsprinzip und Rückkehrorientierung
im Einwanderungsprozeß.
'Gastarbeit' in der Bundesrepublik Deutschland

Magisterarbeit 1993
Fachbereich Geschichtswissenschaften
Freie Universität Berlin
Erstgutachter: Prof. Dr. Volkmann
Zweitgutachter: Privatdozent Dr. Siegrist

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 5

1.1. Gegenstand und Erkenntnisinteresse	5
1.2. Begriffsklärungen	6
1.3. Thesen und Fragen	9
1.4. Eingrenzungen – Arbeitsmigration aus den Anwerbeländern 1955-87	10
1.5. Literatur und Quellen	11

2. Die faktische Niederlassung 15

3. Einwanderungsland? – Deutsche Ziele, Wahrnehmungen und Reaktionen 19

3.1. 'Gastarbeits'-Politik in der Anwerbephase – Entstehung und Umsetzung des Rotationsprinzips	19
3.2. Ausländerpolitik in der Niederlassungsphase – Strategien gegen die Einwanderung	31

4. EinwanderInnen? – Ziele, Probleme und Selbstverständnis der MigrantInnen	49
4.1. Migration auf Zeit – „Ich wollte nicht lange bleiben“	49
4.2. Aufschieben der Rückkehr – „N halbes Jahr wurde 28, fast 29 Jahre“	57
4.3. Funktionen der Rückkehrorientierung – „Zum Schluß will jeder zurückkehren“	79
4.4. Lebensgeschichte einer spanischen Deutschen	87
5. Resumée	89
5.1. Zusammenfassung	89
5.2. Aktuelle Tendenzen	93
5.3. Schlußbetrachtung	95
6. Anhang	97
6.1. Abkürzungsverzeichnis	97
6.2. Quellenverzeichnis	97
6.3. Literaturverzeichnis	99

1. Einleitung

Problemstellung und Aufbau

Ausländerpolitik oder Einwandererpolitik, Selbstverständnis als 'Ausländer' oder 'Einwanderer'? In der langwierigen Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft und der noch immer außergewöhnlich niedrigen Einbürgerungsquote unter den seit Jahrzehnten hier lebenden ArbeitsimmigrantInnen¹ dokumentiert sich die widersprüchliche „Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“² mit einer „Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung“³. Erklären läßt sich dieses doppelte Paradoxon nur durch einen historischen Rückblick auf den Einwanderungsprozeß, der hierzulande lange Zeit nicht als solcher wahrgenommen wurde.

Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften in die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg war Teil einer größeren Migrationsbewegung vor allem aus dem Mittelmeerraum in die Industriegebiete Mittel- und Westeuropas. Als deutsche (und schweizerische) Besonderheit gilt dabei das auf dem Rotationsprinzip beruhende System der 'Gastarbeit'.

Deutschland hatte zunächst nur vorübergehend ausländische Arbeitskräfte 'hereingenommen', in der Erwartung, die 'Gastarbeiter' würden, wenn sie nicht mehr gebraucht würden, rasch wieder zurückkehren.

Das System der Gastarbeit entsprach zunächst auch der Lebensplanung der MigrantInnen, die in möglichst kurzer Zeit in der Fremde Geld verdienen wollten, um sich in der Heimat eine eigene Existenz aufzubauen.

Deutsche und Zugewanderte hielten aber noch fest an der Vorstellung eines befristeten Aufenthalts und einer schließlichen Rückkehr, als aus den 'Gastarbeitern' längst 'ausländische Mitbürger' geworden waren. Ihre dauerhafte Niederlassung setzte bereits Mitte der sechziger Jahre ein und war Anfang der achtziger Jahre bei einem Großteil der MigrantInnen abgeschlossen (siehe Kapitel 2). Dennoch leugnete oder verkannte die deutsche Politik den Prozeß der Einwanderung; dennoch hielten die meisten MigrantInnen an ihrer Rückkehrorientierung fest.

Das nüchterne Rotationsprinzip der Bundesrepublik Deutschland und der Traum der MigrantInnen von der Rückkehr sind zwei Seiten derselben Medaille, die beide betrachtet werden sollen. In der Perspektive der Aufnahmegesellschaft wandelt sich das Rotationsprinzip vom Leitbild des 'Gastarbeiter'-Systems der Wirtschaftswunder-Gesellschaft zur realitätsfremden Forderung der 'Wir sind kein Einwanderungsland'-Dogmatiker. In der Perspektive der Zugewanderten wird die Idee der Rückkehr vom konkreten Migrationsziel zur Illusion in einem dauerhaften Provisorium.

Auf beiden Seiten entfernten sich subjektive Wahrnehmung und entsprechendes Handeln erheblich vom objektiv erreichten Prozeßstadium. Ich möchte den Ursachen dieser Verspätung auf die Spur kommen und damit zum einen aus der Entwicklung der deutschen Ausländerpolitik mögliche Lehren für eine zukünftige Einwanderungspolitik ziehen, zum anderen die Lebenssituation und das Selbstverständnis von MigrantInnen in Deutschland besser zu verstehen versuchen. In diesem Sinn soll die Arbeit einen Baustein zu einer Mentalitätsgeschichte der Migration liefern.

In Kapitel 3 frage ich danach, wie es auf der deutschen Seite zu dieser Verspätung kam.

Gab es Vorbilder für die Ausländerpolitik der Bundesrepublik? Ist man konzeptionslos in die Einwanderung hineingeschlittert? Sind Behörden und Unternehmen der Bundesrepublik tatsächlich nach einem durchdachten Rotationsprinzip verfahren oder nahmen sie von vorneherein eine Einwanderung in Kauf?

Wäre es im langfristigen gesellschaftlichen Nutzen gewesen, entgegen der kurzfristigen Unternehmensinteressen auf die 'Gastarbeit' zu verzichten?

Hätte das Rotationsprinzip funktioniert, wenn es konsequent angewendet worden wäre? Oder hat es funktioniert, so lange es den herrschenden Interessen entsprach?

Oder kann ein Rotationsprinzip in einer komplexen Industriegesellschaft gar nicht funktionieren? Gab es nur die Alternative zwischen Abschottung und Einwanderung?

Wurde die Niederlassung nicht wahrgenommen oder bewußt geleugnet? Welche Interessen wurden mit dieser Nicht-Einwanderungspolitik verfolgt?

Welche Folgen hatte dies für MigrantInnen und Aufnahmeland?

Warum sich die Bleibeorientierung bei den MigrantInnen gegenüber der faktischen Niederlassung verzögerte, ist Thema von Kapitel 4.

Warum wollten die MigrantInnen ursprünglich zurückkehren?

Warum sind viele hiergeblieben? Wollten oder konnten sie ihre ursprüngliche Absicht nicht mehr verwirklichen?

Werden noch viele MigrantInnen ihre Rückkehrabsicht umsetzen? Oder ist aus der Rückkehrabsicht eine Rückkehrillusion geworden?

Weshalb hielten so viele an ihrer Rückkehrorientierung fest? Wie handlungsleitend ist sie noch, welche Folgen hat sie insbesondere für die Kinder und Jugendlichen?

Ist der Einwanderungsprozeß trotz anhaltender Rückkehrorientierung abgeschlossen? In welchem Verhältnis stehen Rückkehrorientierung, Bleibeorientierung, Selbstverständnis als EinwanderInnen und ethnische Identität?

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der deutschen Nichteinwanderungspolitik und der anhaltenden Rückkehrorientierung bei den MigrantInnen? Ist diese Verzögerung eine typische Phase jedes Migrationsprozesses oder spezifisch für Deutschland?

Der Einwanderungsprozeß — Begriffe

Wie schwer man sich in Deutschland mit dem Einwanderungsprozeß tat, spiegelt sich in der Suche nach einem passenden Begriff dafür. 1972 veranstaltete der WDR dazu sogar ein Preisausschreiben, das zahlreiche, zum Teil skurrile Vorschläge wie „Eurobrüder“ oder „Zeitkollege Süd“ ergab⁴. Der offizielle Begriff 'ausländische Arbeitnehmer' ignorierte Hausfrauen, Kinder und Selbständige. Am bekanntesten - auch in Fremdsprachen - war der 'Gastarbeiter'. Er klang freundlicher als der 'Fremdarbeiter' des Nationalsozialismus und drückte doch die Erwartung aus, der 'Gast' möge bald wieder gehen. 'Ausländische Mitbürger' sind gerade die, denen wesentliche Bürgerrechte vorenthalten werden. Die Wissenschaft spricht meist neutral von MigrantInnen, verwendet aber andere Begriffe wie Assimilation und Integration, Einwanderung und Niederlassung uneinheitlich und oft ohne klare Definition. Daher möchte ich zunächst meine zentralen Begriffe präzisieren.

Zur Einwanderung gehören drei Elemente: die Einreise, die Niederlassung und die Bleibeorientierung. Diese Elemente geschehen meistens nicht gleichzeitig. Daher beschreibt 'Einwanderung' nicht die punktuelle Handlung des Grenzübertritts oder der Einbürgerung, sondern einen allmählichen Ablauf von ökonomischen, sozialen, kulturellen und psychischen Wandlungen, die sich über längere Zeit erstrecken. Dieses Verständnis von Einwanderung als „intergenerativem Sozial- und Kulturprozeß“⁵ wurde in Deutschland vor allem von Heckmann entwickelt und inzwischen weithin übernommen⁶.

Klar ist, daß eine Einwanderung erst mit der *Einreise*, mit dem Zuzug von 'PioniermigrantInnen' beginnen kann.

Von einem bloßen Ferien-, Saison- oder eben auch 'Gastarbeits'-Aufenthalt unterscheidet sich eine Einwanderung durch die Niederlassung. Der Begriff 'Einwanderung' zielt auf einen nicht nur vorübergehenden, sondern dauerhaften Zuzug und Aufenthalt im Zielland.

Mit der *Niederlassung* verfestigen sich Aufenthalt und Eingliederung; der Lebensmittelpunkt verlagert sich in das Aufnahmeland. Dabei verstehe ich 'Niederlassung' als einen 'objektiven' Prozeß von konkreten, vor allem sozioökonomischen Veränderungen, die sich statistisch messen lassen. Davon will ich analytisch das Selbstverständnis der MigrantInnen trennen, das sich

zwischen anhaltender Rückkehrorientierung und endgültiger Bleibegewißheit bewegt. In den folgenden Dimensionen dieses Prozesses läßt sich jeweils eine Früh- und eine Verfestigungsphase erkennen:

Wachsende Aufenthaltszeiten und sinkende Rückkehrquoten sind die direktesten Indizien, bei denen sich aber nur mit einer gewissen Willkür definitorische Schnittlinien ziehen lassen.

Demographisch betrachtet, beginnen die Alters- und Geschlechterrelationen, die ursprünglich zugunsten jüngerer Männer verschoben waren, sich durch den Familiennachzug auszugleichen. Diese Verschiebungen wirken über die Niederlassung hinaus auf die Alterspyramide ein; die Einwanderpopulation wird aber nicht mehr direkt durch Migration verändert⁷.

Viele MigrantInnen holen zunächst nur Partner oder Partnerin, eventuell mit dem jüngsten Kind, erst später dann die bei den Großeltern gelassenen, älteren Kinder zu sich nach. So gliedern sie sich nach dem Produktionsbereich etappenweise auch in den Reproduktionsbereich des Aufnahmelandes ein.

Dementsprechend verfestigt sich die Wohnsituation schrittweise vom Bett im Firmenwohnheim über das Abrißhaus im Sanierungsviertel zur Dauerwohnung im Einwanderer-Kiez.

Damit entsteht eine eigene Infrastruktur der Einwandererminderheiten. Minderheitenbildung ist ein wichtiger Indikator für Niederlassung, da es zwar eine – assimilative – Niederlassung ohne Minderheiten geben kann, aber keine ausgebildeten Minderheiten ohne Niederlassung⁸. Auch sie erfolgt in zwei Schritten: Erst bilden sich informelle Treffs und Vereine, die – etwa in der politischen Arbeit – auf das Herkunftsland ausgerichtet sind; dann orientieren sie sich auf das Aufnahmeland um.

Auch im Erwerbsbereich zeigen immer länger werdende Betriebszugehörigkeiten und die Eröffnung langfristig geplanter Unternehmen eine Niederlassung an.

Weitere Indikatoren können das Spar- und Investitionsverhalten sein sowie die Schul- und Berufswahl der Kinder. Je stärker sie auf das Aufnahmeland ausgerichtet sind, desto deutlicher die Niederlassung.

Für das Aufnahmeland bedeutet die Niederlassung, daß die Zugewanderten als Arbeitskräfte, aber auch als KonsumentInnen und RentenzahlerInnen nicht mehr ersetzbar sind⁹. Auch die schlichte Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen ist ein Faktum, auf das z.B. die Schulen in irgendeiner Form reagieren müssen.

Bei allen genannten, 'objektiven' Kriterien der Niederlassung spielt die *individuelle Bleibe- oder Rückkehrabsicht* natürlich eine große Rolle. Dennoch läßt sich diese 'subjektive' Dimension der Einwanderung getrennt betrachten.

Niederlassung und Bleibeorientierung müssen nicht Hand in Hand gehen. MigrantInnen, die sich schon niedergelassen haben, können zurückkehren wollen; anderen MigrantInnen, die zum Bleiben entschlossen sind, kann eine gewünschte Niederlassung mißlingen.

Beide Dimensionen können zeitlich auseinanderfallen. In der traditionellen Vorstellung einer 'klassischen' Einwanderung steht der Entschluß am Anfang des ganzen Prozesses; die Dauer- einwanderung ist von vorneherein geplant. Demgegenüber hat Heckmann¹⁰ herausgearbeitet, daß auch die subjektive Dimension der Einwanderung ein allmählicher Prozeß mit zwei Schritten ist.

Die anfängliche Sicherheit der Rückkehr schwindet zusehends, erst später tritt an ihre Stelle eine Bleibegewißheit und ein Selbstverständnis als Dauer-EinwanderInnen. Es erfolgt „zunächst eine Auflösung der ersten Zeitperspektive, ohne daß eine neue an ihre Stelle treten würde“. Dann kommt es

„über eine Periode des Hinauszögerns von Rückkehrplänen und den Verlust einer lebensplanenden Zeitperspektive schließlich zu einem Punkt, an welchem das Verbleiben in der Einwanderungsgesellschaft zur neuen Orientierung wird. Der entsprechende Entschluß ist Endpunkt, nicht Beginn eines Motivationsprozesses.“¹¹

Der Einwanderungsprozeß ist erst abgeschlossen, wenn die Rückkehrorientierung zur Bleibesicherheit geworden ist. Daran läßt sich – wenigstens analytisch – die Einwanderung von der ‘Gastarbeit’ unterscheiden; ob das auch empirisch möglich ist, soll im Kapitel 4 geprüft werden¹².

Nicht notwendig für eine Einwanderung ist die *Assimilation*. Zwar werden diese Begriffe häufig, insbesondere in konservativ-nationalen Wunschvorstellungen, gleichgesetzt. Aber auch manche ForscherInnen schreiben von ‘Einwanderung’, wenn sie über das Verhältnis von Mehrheit und – selbst vor Jahrzehnten eingewanderter – Minderheit schreiben. So sieht Bade, auch wenn er das nicht deutlich formuliert, ‘Einwanderung’ offenbar als Alternative zu ‘Multikulturalismus’, also als *Assimilation*¹³.

Ich möchte den Begriff dagegen inhaltlich und zeitlich eingrenzen: Nach meinem Verständnis ist die Einwanderung einer Gruppe mit deren Niederlassung und Bleibeorientierung abgeschlossen. Schon mit der Einreise beginnen Prozesse der Integration und Diskriminierung, der *Assimilation* und *Segmentation*; diese können sich jedoch – etwa bei den Schwarzen in den USA – weit über die eigentliche Niederlassung hinaus erstrecken. Nach der Niederlassung geht es um das Zusammenleben von und mit Minderheiten, nicht mehr um Einwanderung. Von EinwandererInnen der zweiten und dritten Generation zu sprechen, erscheint dann unsinnig, wenn die Kinder nicht mehr selbst eingewandert sind. Denn solche bereits im Aufnahmeland Geborenen und Aufgewachsenen „wandern allenfalls im Urlaub“¹⁴.

Zu betonen ist noch, daß solche Prozesse nie irreversibel sind. Die ‘Rückkehr’ der Rußlanddeutschen als AussiedlerInnen zeigt, daß EinwandererInnen oder dessen Nachkommen wieder weiter- oder zurückwandern können, selbst wenn sie sich längst niedergelassen hatten.

Minderheiten bilden sich nicht nur, aber vor allem bei mangelnder Integration. Obwohl sie Ausdruck von *Segmentation* sind, hat sich gezeigt, daß sie als wichtige Schleuse für eine *Assimilation* dienen. Die hohe Stabilität von Minderheiten führt allerdings als Folge von Einwanderungsprozessen eher zu einer multikulturellen Gesellschaft als zum mythisierten Schmelztiegel. Laut Hoffmann-Nowotny richtet sich

„das Maß der Integration nach dem Grad der Teilhabe an gesellschaftlichen Werten (z.B. berufliche Stellung, Einkommen) und Einrichtungen (z.B. Gewerkschaften und Vereinen), das Maß der *Assimilation* nach dem Grad der Teilhabe an Kulturelementen (Sprache, Werte, Normen)“¹⁵.

Die Eingewanderten können im Prozeßverlauf vollständig integriert, aber auch anhaltend diskriminiert werden, mit der Folge ethnosozialer Konflikte. Nach mehreren Generationen kann eine *Assimilation*, aber auch eine fortbestehende oder wachsende *Segmentation* erfolgt sein¹⁶.

Statt wie viele deutsche PolitikerInnen und ForscherInnen ‘Anpassungsbereitschaft’ der ‘Gastarbeiter’ zu fordern und ‘Integrationsfähigkeit’ zu untersuchen, stellt Hoffmann-Nowotny fest, daß die „*Assimilationsbereitschaft* und *Assimilation* der Gastarbeiter primär eine Funktion der *Integrationsbereitschaft* des aufnehmenden Landes“ sind¹⁷.

Das verweist darauf, daß nicht nur die MigrantInnen, sondern auch ihr Aufnahmeland mit ihrer Niederlassung einen Einwanderungsprozeß durchläuft, dessen gewissermaßen ‘subjektive’ Seite eben diese Integrationsbereitschaft ist.

Die Gesellschaft des Aufnahmelandes kann die faktische Niederlassung erkennen oder sie nicht wahrnehmen; wenn sie sie erkennt, kann sie verschieden darauf reagieren:

- Eine Politik der Abschottung richtete sich zwar eigentlich gegen eine neue Zuwanderung, betraf aber massiv auch die schon Niedergelassenen. Sie könnte sich auf den Arbeitsmarkt oder die Einreise konzentrieren.
- *Assimilationsdruck* und *Minderheitenpolitik* wären zwei Varianten von Integrationsbemühungen.
- Der dritte Weg wäre der Versuch, die Niederlassung rückgängig zu machen oder zu leugnen; er würde auf Rückkehrpolitik oder Erhalt des Migrationsprovisoriums setzen.

Alle drei Wege wurden in Deutschland benutzt, aufgrund des zunächst gültigen Rotationsprinzips war der letzte Weg aber besonders wichtig.

Wenn im folgenden von dem 'Aufnahmeland', der 'Gesellschaft', der 'Politik' oder 'Deutschland' die Rede ist, unterstelle ich damit keinen monolithischen Block mit gleichgerichteten Interessen. Auf welche Weise die vielfältigen Interessen und Einflüsse ineinanderwirken, soll im einzelnen im Kapitel 3 angedeutet werden, ist jedoch nicht das eigentliche Thema dieser Arbeit¹⁸.

Das *Rotationsprinzip* wurde zwar in den siebziger Jahren öffentlich diskutiert, war aber nie offizielle Politik der Bundesregierung. Es ist also kein amtlicher, sondern ein analytischer Begriff. In der Forschung wird er teils weit ausgelegt¹⁹, teils nur bei strikter Umsetzung angewendet²⁰. Einigkeit besteht aber über die Funktionen des Rotationsprinzips²¹.

Es beruht auf der Annahme, daß nur die Anwesenheit einer 'industriellen Reservearmee' zeitweise nötig ist, welche aber aus immer wieder neu rotierenden 'Gastarbeitern' bestehen kann; die einzelnen Zugewanderten sind auf ihren Arbeitsplätzen ersetzbar. Je nach Konjunktur kann das Aufnahmeland ihre Zahl beliebig vergrößern oder verkleinern und verfügt damit über einen flexiblen Konjunkturpuffer. Zudem immigrieren immer nur Arbeitskräfte ohne ihre Familien; diese – und mit ihnen die direkten und indirekten Reproduktionskosten – verbleiben im Herkunftsland. Schließlich vermittelt das Rotationsprinzip zwischen der ökonomischen Notwendigkeit der Ausländerbeschäftigung und nationalistischen 'Überfremdungsängsten'. Es geht davon aus, daß sich die Zugewanderten nicht niederlassen, sondern freiwillig wieder remigrieren bzw., daß hierauf gerichteter Druck oder Zwang möglich und legitim ist.

Eingrenzungen – Ältere ArbeitsmigrantInnen aus den Anwerbeländern 1955–87

Diese Arbeit die ArbeitsmigrantInnen der sogenannten 'Ersten Generation' aus allen Anwerbeländern, die sich in der Bundesrepublik niedergelassen haben, sowie die deutsche Politik gegenüber diesen EinwanderInnen.

Die Immigration aus den Mittelmeerländern während der letzten drei, fast vier Jahrzehnte ist eine wichtige Station in der langen Einwanderungsgeschichte Deutschlands. Die aus den ehemaligen Anwerbeländern Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, der Türkei und Jugoslawien Zugewanderten stellten mit ihren Familien lange Zeit über zwei Drittel aller AusländerInnen sowie aller Zu- und Fortzüge²². Zwar wurde auch in anderen Ländern wie Südkorea, Tunesien und Marokko angeworben, jedoch nie in vergleichbarer Größenordnung²³. Der Einwanderungsprozeß begann 1955 mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen, gewann zahlenmäßige Bedeutung aber erst in den sechziger Jahren.

Aus mehreren Gründen beschränke ich mich auf die Zeit bis etwa 1987. In diesem Jahr war der Anteil der ehemaligen Anwerbeländer an Zu- und Fortzügen unter 40 % gesunken; in wesentlichen Dimensionen war zugleich die Niederlassung abgeschlossen²⁴. Die ausländerpolitische Debatte verlagerte sich – wenigstens zeitweise – auf das vermeintliche Asylproblem.

Mit der Öffnung der Grenzen in Osteuropa entstanden neue Migrationen, die aber wie die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Anwerbeland Jugoslawien, die Deutschstämmigen als ethnisch privilegierte Aussiedlerinnen und Aussiedler oder die Roma als rassistisch verfolgte Flüchtlinge anderen Migrationstypen zuzurechnen sind.

Unter dem Aspekt der Rotationspolitik von Interesse ist jedoch die neue Arbeitsmigration aus Osteuropa. Zudem wirken die neuen Zuwanderungen erheblich auf die Lebenssituation der vorangegangenen Zuwanderer ein. Dieses Problem kann aber nur im Schlußteil angerissen werden. Das gilt auch für die plötzliche Aktualisierung vieler Rückkehr-Pläne durch die jüngste Explosion des Rassismus, wie auch die verstärkte Einbürgerungsdebatte.

Die Zuwanderung aus den Anwerbestaaten kann pauschal als Arbeitsmigration bezeichnet werden, da sie in den sechziger Jahren stets zu über drei Vierteln aus Erwerbspersonen be-

stand²⁵. Dennoch kamen die Menschen auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Motiven, Erwartungen und Bedürfnissen. Häufig zeigt sich, daß Kategorien wie 'Arbeitsmigrant', 'Flüchtling', 'Student' oder 'Illegaler' unscharf sind, ja, daß sie als juristische und damit Herrschaftskategorien wenig zur wissenschaftlichen Analyse taugen. Gleichwohl scheint die Arbeitsanwerbung, wenn nicht in der individuellen Erfahrung, so doch im kollektiven Bewußtsein der jeweiligen Minderheit, wie auch in der deutschen Sicht so zu dominieren, daß sie eine gemeinsame Betrachtung der BürgerInnen der ehemaligen Anwerbeländer erlaubt.

Viele Studien beschränken sich auf eine, meistens die türkische, Nationalität. Auch in der Öffentlichkeit wurde und wird das vermeintliche 'Ausländerproblem' oft als 'Türkenproblem' gesehen. Ich möchte diese – oft feindbildartige – Reduzierung vermeiden und die Einwanderung im ganzen betrachten. Trotz zahlreicher Unterschiede zwischen einzelnen Migrantengruppen ist es gerechtfertigt, von einem zusammenhängenden Einwanderungsprozeß zu sprechen. Denn abgesehen von kulturellen Gemeinsamkeiten der Mittelmeerländer (auch der Türkei) gleichen sich vor allem die sozioökonomischen Bedingungen der Migration wie das Wohlstandsgefälle zu den Heimatländern, die zentrale Bedeutung des Aspektes Arbeit und die soziale Unterprivilegierung.

Wichtig erscheint mir zudem die gemeinsame Herkunft aus traditionellen bäuerlichen Gesellschaften, die parallele Lebensentwürfe hervorbringt. Mit dem Schritt „vom Bauern zum Industriearbeiter“²⁶ treten die MigrantInnen zugleich in die Moderne ein. Obwohl die verschiedenen Nationalitäten – wenigstens in Großstädten – recht abgeschottet voneinander leben, unterscheiden sich ihre Alltagserfahrungen nicht so grundsätzlich. Andererseits wären gewiß mehr Differenzierungen erforderlich, als der Überblickscharakter dieser Arbeit erlaubt; doch müßten sich diese nicht nur nach der Staatsangehörigkeit richten.

Obwohl die verschiedenen Entwicklungen der Herkunftsländer für die Rückkehrorientierung noch die größte Bedeutung haben, meine ich, auch diese übergreifend analysieren zu können. Der Überprüfung dieses Ansatzes sollen die, wo nötig, angegebenen nationalitätenspezifischen Differenzierungen dienen.

Die Probleme der Herkunftsländer werden nur am Rande gestreift, denn betrachtet werden nicht die RückkehrerInnen, sondern die Hiergebliebenen. Es geht mir nicht um die tatsächliche Rückkehr, die den Einwanderungsprozeß abbricht, sondern um die Idee von ihr, die den Einwanderungsprozeß begleitet und mitformt. Die Untersuchung von Umfang, Charakter und Problemen der real erfolgten Rückkehr dient dabei vor allem einer Einschätzung der Hoffnungen und Bedenken derer, die sich mit diesem Gedanken tragen, ohne ihn umgesetzt zu haben.

Ich konzentriere mich auf die sogenannte 'Erste Generation', da ich historisch auf den Gesamtverlauf seit den sechziger Jahren zurückblicke. Zudem stehen die älteren MigrantInnen neuerdings wieder stärker im Mittelpunkt des Forschungsinteresses²⁷. Die Probleme der Nachkommen interessieren hier hauptsächlich als Motivfaktor für die Entscheidung der Eltern.

Die von mir untersuchte Gruppe umfaßt rund 1.2 Millionen Menschen²⁸.

Literatur und Quellen

Die verschiedenen Perspektiven meines Themas werden in der reichhaltigen, aber verstreuten Literatur²⁹ meist getrennt und von verschiedenen Disziplinen bearbeitet. Hier muß daher versucht werden, soziologische, ethnologische, ökonomische, geographische, politikwissenschaftliche und psychologische Ergebnisse interdisziplinär zusammenzuführen, zumal sich die Geschichtswissenschaft selbst noch nicht allzu oft in so aktuelles Terrain vorgewagt hat³⁰. Diese Ergebnisse sind zu hinterfragen, ohne daß ihre theoretischen und methodischen Ansätze in der an sich gebotenen Ausführlichkeit diskutiert werden können. Längsschnittstudien fehlen; daher will ich die oft als aktuelle Momentaufnahme oder Querschnittsanalyse entstandenen Arbeiten in die historische Betrachtung des Prozesses integrieren.

Eigene empirische Arbeit war in diesem Rahmen angesichts der Literaturlage nicht sinnvoll; allerdings wurden mehrere neue Statistiken errechnet, Zeitungsartikel aus dem SFB-Archiv berücksichtigt sowie auf Interviews mit MigrantInnen und Experten der Bundesanstalt für Arbeit zurückgegriffen, die im Rahmen eines Ausstellungsprojekts der Berliner Geschichtswerkstatt

unter dem Titel „'... da sind wir keine Ausländer mehr' – Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961–1993“ durchgeführt wurden.

Die Entwicklung der (Nicht-)Einwanderungspolitik der Bundesrepublik (Kapitel 3) ist recht gut analysiert³¹. Für die konkrete Umsetzung der Konzepte stütze ich mich auf Materialien der Bundesanstalt für Arbeit und Interviews mit damals Beschäftigten³². Seit Ende der siebziger Jahre gibt es zudem eine Fülle von Kongreßberichten, Gutachten, Einzelstudien und Zeitschriftenartikeln besonders zum Thema Rückkehr, das damals politisch Hochkonjunktur hatte. Wichtig sind zudem einige internationale Vergleiche³³.

Zum Kapitel 4 (MigrantInnen) verwende ich Statistiken, quantitative und qualitative Untersuchungen.

Über eine stets besonderer staatlicher Kontrolle unterliegende Gruppe wie die AusländerInnen gibt es z.T. recht detaillierte amtliche Statistiken, die aber aus mehreren problematisch sind³⁴: Für die Frühzeit gibt es fast nur Zahlen zu ausländischen ArbeitnehmerInnen, da die gesamte Migration Angelegenheit der Bundesanstalt für Arbeit war. Ab 1967 zählt das Statistische Bundesamt dagegen die ausländische Wohnbevölkerung.

Schätzungsweise 30 % der RückkehrerInnen meldeten sich nicht ab³⁵. Die Ausländerbestandszahlen mußten daher nach der Volkszählung 1987 um rund 190 000 nach unten korrigiert werden³⁶. Andererseits schätzt man die Zahl der Illegalen auf ca. 200 000³⁷. Fortgezogene werden meist nach Zielland, seltener nach Nationalität differenziert.

Die Statistik zählt grundsätzlich Wanderungsfälle. Wenn die gleiche Person mehrmals hin- und herwandert³⁸, wird sie daher mehrfach gezählt. Die Aufenthaltsdauer wird auch bei längerem Zwischenaufenthalt im Herkunftsland von der ersten Einreise an berechnet.

Zahlenangaben verschiedener Staaten differieren erheblich: Bis 1981 kehrten aus Europa nach Jugoslawien je nach Berechnung zwischen 283 000 und 780 000 MigrantInnen zurück³⁹.

Die bundesweiten Repräsentativbefragungen der Bundesanstalt für Arbeit (1968, 1972) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (1980, 1985) – im folgenden als ReprU abgekürzt – liefern wertvolles Material. Ergänzt werden sie durch regionale Erhebungen zu verschiedenen Fragen der Integration, in denen die Rückkehrorientierung eine Rolle spielt⁴⁰. Für die Frühzeit gibt es allerdings nur wenige Studien⁴¹.

Während der Kampagne zur Rückkehrförderung zu Beginn der achtziger Jahre erschienen spezielle Studien zu allen Herkunftsländern⁴². Sie untersuchen allerdings tatsächliche RückkehrerInnen, seltener die Hierbleibenden. Quantitative Rückkehrerbefragungen decken die Zeit zwischen 1973 und 1986 ab, die daher auch den zeitlichen Schwerpunkt meiner Arbeit bildet. Bezeichnend ist, daß die Rückkehr erst mit der Wirtschaftskrise 1973 zum Forschungsproblem wurde⁴³. Nach 1986 wurden keine umfangreicheren Erhebungen mehr durchgeführt; 1987 stellte das Statistische Bundesamt zudem seine Reihe „Ausländer“ ein. Nachdem PolitikerInnen und Medien vom 'Türkenproblem' zum 'Asylproblem' übergewechselt waren, schien auch zumindest die quantitative Forschung das Interesse verloren zu haben. Diese Forschungskonjunkturen zeigen ein anderes Problem auf: Viele Studien leiden darunter, als Auftragsforschung für Senat oder Bundesregierung, Gewerkschaft oder Kirche zu sehr auf schnelle, politisch verwertbare Ergebnisse ausgerichtet zu sein⁴⁴.

Bei der Zielgruppe der MigrantInnen fallen zudem die grundsätzlichen methodischen Probleme standardisierter Befragungen stärker als sonst ins Gewicht, da ihr Mißtrauen gegenüber unbekanntem InterviewerInnen, ungewohnten Fragebögen und nicht überprüfbarer Anonymisierung oft verstärkt wird durch Sprachschwierigkeiten und den höchst unsicheren, womöglich von den eigenen Antworten abhängigen Aufenthaltsstatus. Die meisten vermieden daher zu genaue Antworten etwa über ihre Bleibeabsicht⁴⁵.

Selbst bei banalen Zusammenhängen konnten in den aufwendigen Regressionsanalysen oft nur geringe Varianzen erklärt werden; die amtliche Statistik wurde z.T. unzureichend miteinbezogen⁴⁶. Ein Verständnis der dünnen Daten wie 'Anteil derer mit über 10 Jahren Aufenthalt' oder 'monatliche Überweisungshöhe' erschließt sich oft erst durch weitere qualitative Untersuchungen.

Neben diesen methodischen Problemen erscheint auch theoretisch die in der Migrationsforschung lange dominierende quantitative Makrosoziologie und -ökonomie allein nicht ausreichend. Zu ethnozentrisch und sozialtechnologisch ist oft ihr Verständnis von Migration und Integration. Zu schematisch wirken die zugrunde liegenden Modelle auf ökonomischer (Zentrum-Peripherie-Modell vs. Modernisierungstheorie), sozialstruktureller (Hoffmann-Nowotny) oder handlungstheoretischer (Esser) Basis⁴⁷. Häufig zielen sie auf eine universelle Anwendbarkeit und lassen konkrete kulturelle Bedingungen außer acht. Integrationstheorien vernachlässigen meist die Rückkehrproblematik, Remigrationstheorien⁴⁸ vernachlässigen meist die Hierbleibenden.

Seit den achtziger Jahren gibt es verstärkt anthropologisch orientierte Migrationsforschung, die unter anderem mit Fallstudien, teilnehmender Beobachtung und narrativen Interviews arbeitet. Auch sie basieren auf der Handlungstheorie, versuchen aber, zu konkretisieren statt zu abstrahieren, spezifische Bedeutungen zu erkennen statt allgemeiner Gesetze⁴⁹. Vor allem Mihciyazgan und Schiffauer untersuchen Lebensläufe und individuelle oder kollektive Deutungsmuster, wenn auch leider nur von TürkinInnen. Ohne sie läßt sich die Rückkehrorientierung kaum verstehen.

Da im Verlauf der Analyse die Interviews zwangsläufig auseinandergerissen werden, möchte ich neben einer theoretischen Zusammenfassung am Schluß eine Biographie im Zusammenhang vorstellen. Sie beruht auf einem Interview aus dem Projekt der Berliner Geschichtswerkstatt.

-
- 1 Wenn Männer und Frauen gemeint sind, benutze ich die Binnenmajuskel. Sie ist nicht elegant, aber korrekt und inzwischen hoffentlich auch Nicht- „taz“-LeserInnen vertraut. Zu gewagt schien es mir dagegen, wie in der neuen Gemeindeordnung der Schweizer Stadt Wädenswil ausschließlich die weibliche Form zu benutzen. Vgl. „Verehrte Herr Bürgermeisterin!“, in taz, 23.6.1993.
 - 2 Bade 1992, 393.
 - 3 Boos-Nünning 1990, 16.
 - 4 Nach Klee 1981, 149ff. Vgl. a. Pflegar in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 9.
 - 5 Bade 1992, 447.
 - 6 Heckmann 1981, Heckmann 1985, z.B. Bade 1992, 396ff., Haberl 1986.
 - 7 Booth 1992, 1, betrachtet dagegen den Migrationsprozess solange nicht als abgeschlossen, wie „the development of the population is significantly affected by migration, either directly or indirectly“.
 - 8 Nach Kurz 1965, 815, waren aber schon die Gruppenstrukturen in den Wohnheimen „nicht unähnlich einer Minderheit“. Zur Minderheitenbildung grundlegend Amersfoort 1974.
 - 9 Vgl. Heckmann 1985, 96ff.
 - 10 Heckmann 1981, Heckmann 1985.
 - 11 Beide Zitate: Heckmann 1985, 114.
 - 12 Das Bundesverwaltungsgericht nimmt dagegen eine Einwanderung auch bei der „Hoffnung oder Absicht, später in die Heimat zurückzukehren“ an: „Einwanderung liegt schon dann vor, wenn die Niederlassung in dem anderen Staate eine gewisse Dauerhaftigkeit erreicht hat.“ BVerwGE 36, 45 (20.8.1970). Vgl. Kap. 3.2.
 - 13 Bade 1992, 447.
 - 14 Pflegar in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 9.
 - 15 Hoffmann-Nowotny 1987, 61. Anders ist die Terminologie bei Esser, vgl. Esser 1980, Nauck 1988. Wieder anders Mehrländer 1974, 15f., Gaitanides 1983, 1ff.
 - 16 Vgl. Esser 1990, 73ff.
 - 17 Hoffmann-Nowotny 1987, 61. Kursiv im Original.
 - 18 Dazu ausführlich v.a. Dohse 1985 für das Arbeitgeber-Gewerkschaften-Verhältnis in der Zeit bis 1977, Meier-Braun 1988 für den Politikbereich 1973-1987.
 - 19 Vgl. Meillassoux 1985, 58f., Hammar 1985, 250., Castles 1984, 11ff.
 - 20 Vgl. Meier-Braun 1979, 34, 107ff., Dohse 1985, 314.
 - 21 Bovenkerk 1974, 13: „The marxist interpretation of this process as the functioning of an industrial reservist army is now generally accepted.“
 - 22 Bestand: 1970-1989. Stat. Jahrbuch 1992, 71. Zuzüge: 1960-1974 und Fortzüge: 1962-1978. Booth 1992, 158, 160.
 - 23 Dazu Stolle 1990. Süddt. Ztg., 9.7.1971. Erfahrungsbericht 1972-3, 52ff.
 - 24 Siehe Kap. 2. Auch Datenprobleme sprechen für diese Zäsur, s. unten.
 - 25 Außer während der Rezession 1967. Booth 1992, 162.
 - 26 Kleff ²1985. Dazu auch Shanin in Blaschke/Greussing 1985, Mihciyazgan 1988, 33, Schiffauer 1992, 183ff., Dietzel-Papakyrriakou 1989, 1.
 - 27 Dietzel-Papakyrriakou 1988 und 1993, Hofmann/Issi 1991, Projektgruppe 1990. Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1992.

- 28 Siehe Kap. 2.
- 29 Allein zur türkischen Migration sind 1190 Titel nachgewiesen. Vgl. Boos-Nünning (Hg) 1990.
- 30 Am wichtigsten Bade 1992, Herbert 1986, Dohse 1985.
- 31 Am wichtigsten: Herbert 1986, Dohse 1985, Meier-Braun 1979 und 1988.
- 32 Jährliche Erfahrungsberichte. Interviews Mader/von Harassowski und Maier/Vonier.
- 33 Besonders Hammar 1985, Castles 1984, Groth/Just 1985.
- 34 Dazu: Booth 1992, 112.
- 35 Hönekopp 1987, 309. Andere meldeten sich zeitweise aus Rentengründen ab, auch wenn sie nur in Urlaub fuhren.
- 36 Statistisches Jahrbuch 1988, 68 und 1989, 58.
- 37 Booth 1992, 114.
- 38 11.9 % der 1985 in Deutschland lebenden MigrantInnen. ReprU 85, 457ff.
- 39 Schierup 1990, 113f.
- 40 Z.B. Akpınar 1974, Bostancı 1978, Socialdata 1980, Werth 1983, Bürkner u.a. 1987. Gute Zusammenfassung Mehrländer 1986.
- 41 Kurz 1965, Delgado 1966, Mülhaupt-Lopez 1966.
- 42 V.a. Körner/Werth 1981, Unger 1983, Art. Remigration in Auernheimer 1984.
- 43 Erst „mit dem Konjunkturrückgang (...) sind Fragen der Reduzierung der Zahl ausländischer Arbeiter sowie Probleme der Reintegration in den Heimatländern in den Blickpunkt gerückt“ (Kallweit/Kudat 1976, 1). Vgl. Ausländer 1986, 37ff., Boos-Nünning (Hg) 1990.
- 44 Boos-Nünning (Hg) 1990, 33ff. zur Rückkehrforschung.
- 45 Vgl. Dohse 1985, 294f. Zu Bürkners (1987) Kritik an Befragungen nach Rückkehrmotiven s. Kap. 4.2.
- 46 Kritik bei Alpheis 1990, 148f. und Hill 1990, 113f.
- 47 Leggewie/Nikolanikos 1975, Blaschke/Greussing 1985, Hoffmann-Nowotny 1973 und 1987, Esser 1980, Nauck 1988, Esser/Friedrichs 1990.
- 48 Bester Überblick bei Bovenkerk 1974.
- 49 Am wichtigsten: Schiffauer 1992, 27ff. Mihçiyazgan 1986 und 1989. Detaillierte Methodenvorführung bei Maurenbrecher 1985. Vgl. Geertz 1973. Neuerdings Kombinationen beider Ansätze: Korte 1990.

2. Die faktische Niederlassung

Nach einer knappen Periodisierung des bundesdeutschen Einwanderungsprozesses möchte ich anhand der eingangs entwickelten Kriterien die These belegen, daß die Niederlassung schon Mitte der sechziger Jahre einsetzte und Anfang der achtziger Jahre im wesentlichen abgeschlossen war.

Castles hat die Einwanderungsprozesse nach West-Europa in die drei Phasen Arbeitsmigration, Familienzusammenführung sowie Niederlassung und Minderheitenbildung unterteilt¹. Andere AutorInnen haben das übernommen². Sie entsprechen im groben den sechziger, siebziger und achtziger Jahren.

Die erste Phase läßt sich auch mit den Begriffen Anwerbung, Rotation, 'Gastarbeit' oder „Ausländerbeschäftigung als vorübergehende Erscheinung“³ kennzeichnen. Zum Geldverdienen ziehen ArbeitsmigrantInnen ohne Familie meist für begrenzte Zeit in das Aufnahmeland. In der Bundesrepublik dauerte diese Phase von 1955 bis 1973. Mit dem Anwerbestopp sank der Anteil der Erwerbepersonen am Zuzug etwa von zwei Dritteln auf ein Drittel⁴.

Es gab jedoch erhebliche Unterschiede je nach Region (in Baden-Württemberg begann die Anwerbung 10 Jahre früher als in Berlin), Herkunftsland (Anwerbevereinbarung mit Italien 1955, mit Jugoslawien 1968) und Individuum (auch nach dem Stopp kamen noch ArbeitsmigrantInnen für begrenzte Zeit). Daher bezeichnen hier verwendete Phaseneinteilungen auch eher Abschnitte in der Migrationsbiographie mit jeweils typischen Problemkonstellationen als absolute Jahreszahlen.

Die zweite Phase, die der Familienzusammenführung, ist eine Übergangsperiode; eigentlich ist sie eher die Frühphase der Niederlassung, von der sie analytisch kaum zu trennen ist. Da der Familiennachzug in Wirklichkeit nur ein – wichtiger – Aspekt der Niederlassung ist, fasse ich diese beiden Phasen zusammen⁵. Die Niederlassung umfaßt folgende Dimensionen:

Der Anteil derer, die über sieben Jahre in Deutschland lebten und damit Anspruch auf eine Aufenthaltsberechtigung hatten, stieg von 21 % (1972) über 76.6 % (1980) auf 85.1 % (1985)⁶.

Bezieht man die Anteile von MigrantInnen mit einer bestimmten Aufenthaltsdauer nicht auf das End-, sondern das Anfangsjahr des Aufenthalts, kann man die Verweilquoten berechnen. Sie geben an, wieviele MigrantInnen aus diesem Jahr hiergeblieben sind. 1988 lebten 16.0 % der 4.49 Mio AusländerInnen seit über 20 Jahren in Deutschland, d.h. 720 000 sind schon 1967 hier gewesen. Anders ausgedrückt, sind 39.8 % der 1.81 Mio 1967 in Deutschland lebenden AusländerInnen hier geblieben. Von den 3.97 Mio 1973 sind es 48.7 %, von den 3.98 Mio 1978 sind es 66.8 %, von den 4.45 Mio 1980 sind es 68.6 %⁷.

Für 1987 werden die Zahlen in der folgenden Grafik (Abb. 1) aufgeschlüsselt. Zusammengefaßt, ist rund die Hälfte der zum Zeitpunkt des Anwerbestopps hier lebenden MigrantInnen aus den Anwerbeländern in Deutschland geblieben. 1988 waren dies gut 1.5 Mio Menschen. Rechnet man etwa ein Fünftel Kinder ab, kommt man auf 1.2 Mio MigrantInnen, die bis 1973 kamen und 1988 noch hier lebten⁸.

Obwohl die Legitimationskarten noch in den Arbeitsamtskarteien stecken, gibt es keine Aufzeichnungen der Bundesanstalt für Arbeit darüber, wieviele der Angeworbenen noch in der Bundesrepublik sind⁹.

Die Geschlechterrelationen glichen sich nicht völlig, aber zunehmend an: 1961 kamen auf 1000 Männer 451 Frauen, 1974 waren es 631, 1981 708, 1987 762¹⁰.

Der Nachzug von Ehegatten und Kindern wurde vielen Deutschen erst nach dem Anwerbestopp bewußt, begann aber schon in den sechziger Jahren. Drei von vier Männern waren verheiratet, knapp zwei Drittel hatten Kinder¹¹. Obwohl die Bundesanstalt für Arbeit nur 2500 – 3000 Ehepaare pro Jahr gemeinsam vermittelte¹², war immerhin fast ein Fünftel der Migrantenfamilien gemeinsam nach Deutschland gekommen¹³. Von den verheirateten männlichen Arbeit-

Abb. 1: Verweilquoten: Von den im Jahr x in Deutschland lebenden MigrantInnen lebten 1987 noch y % hier (Eigene Grafik und Berechnungen)¹⁵.

nehmern hatten 1968 schon 58 % ihre Ehefrauen bei sich, das waren 41 % aller ausländischen Männer¹⁴. Nationale Unterschiede zeigt die Grafik (Abb. 2); besonders früh holten Griechen und Spanier ihre Partnerinnen nach.

Debattiert wurde der Familiennachzug vor allem in den siebziger Jahren, als die ausländische Erwerbsbevölkerung sank (von 2.6 Mio 1973 auf 1.8 Mio 1978), die Wohnbevölkerung sich aber bei 4 Mio einpendelte. Jedoch waren 92 % des Ausländerzuwachses zwischen 1973 und 1980 auf Geburten im Inland zurückzuführen¹⁷. Die geringere Zunahme nach 1980 lag teilweise an der Ehebestandsregelung für die 'Zweite Generation'¹⁸, teilweise deutet sie bereits auf den Abschluß des Nachzugs hin. Die meisten Frauen hatten übrigens fast von Beginn an ihren Mann in Deutschland¹⁹. Später und unvollständiger holten die MigrantInnen ihre Kinder nach: 1971 hatte erst knapp die Hälfte der Väter ihre Kinder wenigstens zum Teil in Deutschland²⁰. Obwohl 1981 die Kinder bis 15 Jahre statt 22 % (1974) schon 35.9 % der türkischen Einwandererbevolkerung, d.h. rund 550 000 Personen, stellten, lebten noch rund 350 000 Kinder in der Türkei²¹. 1982 planten aber nur noch wenige im Ausland lebende Familienangehörige, nach Deutschland zu kommen²².

1972 wohnten 57 % der Männer in einer abgeschlossenen Wohnung, nur noch 23 % in einer Gemeinschaftsunterkunft. Noch mehr galt dies bei längerem Aufenthalt, bei Frauen, bei Griechen und Italienern sowie allgemein in Berlin²³. 1980 wohnten sogar schon 90.2 % in einer separaten Wohnung, 2.3 % in einer Eigentumswohnung²⁴.

Seit etwa 1970 ballte sich die ausländische Wohnbevölkerung in bestimmten Vierteln, den seinerzeit dämonisierten 'Ghettos'. Seit etwa 1980 ist dieser Konzentrationsprozeß zum Stillstand gekommen.

Ethnische Minderheiten haben sich herausgebildet und eine – je nach Größe der Gruppe, Segregationsgrad und anderen Faktoren unterschiedlich starke – eigene Infrastruktur entwickelt. Diese Kolonien haben große Bedeutung für nahezu alle Gruppen²⁵ über die Niederlassung hinaus, und zwar auch ohne eine ethnische Segregation des Wohngebiets („community without propinquity“²⁶). Mitte der sechziger Jahre waren die ersten politischen, kulturellen und religiösen Immigrantenvereine gegründet worden, seit etwa 1980 schlossen sie sich stärker zusammen und orientierten sich auf Deutschland²⁷.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg von 15 % (1960) auf 31 % (1978); 1975 waren im Metallbereich sogar 60 % der TürkInnen Gewerkschaftsmitglied. In den Betriebsräten blieben sie aber unterrepräsentiert²⁸.

Die Zahl der selbständigen UnternehmerInnen stieg ab Ende der siebziger Jahre an: In Berlin stellten sie schließlich 10.8 % der griechischen und 2.6 % der türkischen EinwanderInnen²⁹. Bundesweit hatten die 35 000 türkischen Unternehmen 1992 125 000 Arbeitsplätze und einen Jahresumsatz von 28 Milliarden Mark³⁰.

Auf dem Arbeitsmarkt verfestigte sich der Status der EinwanderInnen vor allem in den siebziger Jahren: Hatten 1963 noch 62.2 % eine Betriebszugehörigkeit von unter zwei Jahren, waren es 1972 nur noch 56 %, 1980 nur noch 29.4 %, 1985 nur noch 18.9 %³¹. Das mag auf bessere betriebliche Integration hindeuten³² oder auf die langfristigen strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, insbesondere die Aufspaltung in gute und schlechte Arbeitsplätze und die Unterschichtung der MigrantInnen. AusländerInnen blieben nach wie vor auf dieses sekundäre Randbelegschafts-Segment verwiesen, das zwar konjunkturrempfindlich, aber im ganzen für den Produktionsprozeß notwendig war. Sie waren vom Konjunkturpuffer zum unverzichtbaren Sockelproletariat geworden³³.

Da sich der Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlagert hatte, sanken auch die Sparquoten und die Geldüberweisungen ins Heimatland. Hatten 1971 noch zwei Drittel der ausländischen ArbeitnehmerInnen regelmäßig Geld nach Hause geschickt, waren es 1980 nur noch 43.3 %³⁴. Der Sparwille sank erst nach 1980, auch weil dann die Realeinkommen zurückgingen³⁵. Ein Bankguthaben war auch und gerade bei einer ungewissen Zukunft in Deutschland wichtig. 1980 kauften nur noch wenige MigrantInnen langlebige Konsumgüter für das Heimatland³⁶. Sie konsumierten immer mehr hierzulande, wie die Marktforschung befriedigt feststellte:

„Die Bestandsreduzierung hat den ausländischen Arbeitnehmer in seiner Bedeutung für den deutschen Markt nicht geschmälert. Im Gegenteil – der festzustellende Strukturwandel dürfte den 'Gastarbeitermarkt' bei vielen Produkten erst richtig interessant machen.“³⁷

Zusammenfassend läßt sich die Niederlassung als ein Prozeß interpretieren, der bei vielen Zugewanderten bereits Mitte der sechziger Jahre einsetzte und um 1980 größtenteils, um 1985 ganz überwiegend abgeschlossen war. Die EinwanderInnen waren als KonsumentInnen und ProduzentInnen nicht mehr ersetzbar. Besonders früh ließen sich die GriechInnen, SpanierInnen und ein Teil der ItalienerInnen nieder, später vor allem die TürkInnen. Nur ein Fünftel der MigrantInnen – ein größerer Teil wiederum bei den ItalienerInnen – hat sich noch nicht niedergelassen. Die allermeisten 'Gastarbeiter' sind längst De-facto-EinwanderInnen; seit mehr als zehn Jahren ist Deutschland wieder ein De-facto-Einwanderungsland geworden.

1 Castles 1984, 11ff.

2 Z.B. Özcan in Berliner Geschichtswerkstatt 1993.

3 Meier-Braun 1988, 10.

4 Booth 1992, 162. Schon früher bei GriechInnen und TürkInnen, weniger deutlich bei ItalienerInnen.

5 Überschneidungen auch bei Castles 1984, 215.

-
- 6 ReprU 72, 34. ReprU 85, 286.
 - 7 Berechnet nach Stat. Jahrbuch 1989, 58. Ähnliche Berechnungen bei Gaitanides 1983, 48f.
 - 8 Berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1974, 51 und 1990, 59.
 - 9 Interview Mader/von Harassowski.
 - 10 Herbert 1986, 220, Bischoff/Teubner ²1991, 29.
 - 11 Italiener sowie Frauen, v.a. aus Spanien und Jugoslawien, waren etwas seltener verheiratet. ReprU 68, 53f. ReprU 72, 19ff. Mehrländer 1974, 26f.
 - 12 Erfahrungsbericht 1972-3, 57.
 - 13 Marplan 1978, Kommentarband, 25f. Offenbar heißt 'Familie' hier EhepartnerIn.
 - 14 ReprU 72, 21.
 - 15 Nach Booth 1992, 178 und Statistisches Bundesamt 1987, 62. Vgl. auch die Rückkehrzahlen in Kap. 4.2. Schon Mülhaupt-Lopez 1966, 52f., fand eine höhere Seßhaftigkeit bei Span. und Griech., eine geringere bei Ital.
 - 16 Nach ReprU 85, 217, 221.
 - 17 Gaitanides 1983, 54.
 - 18 S. Kap. 3.2. Bei den 15- bis 24jährigen sinkt der Anteil von 90 % (1980) auf 70 % (1985). ReprU 85, 220f.
 - 19 Türkinnen nur zu 73, Jugoslawinnen zu 78 % (1968): ReprU 85, 218.
 - 20 Mehrländer 1974, 27. Wieviele Familien vollständig hier lebten und wieviele Kinder zurückgelassen wurden, ist nur zu schätzen. Vgl. Gaitanides 1983, 50f., ReprU 80, 355.
 - 21 Booth 1992, 224.
 - 22 Werth 1983, 39.
 - 23 ReprU 68, 58. ReprU 72, 102ff., 113.
 - 24 ReprU 80, 448. JugoslawInnen besaßen in Berlin prozentual ebenso oft Eigentumswohnungen wie Deutsche. Stahr in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 57.
 - 25 Zu Griech.: Boos-Nünning u.a. 1990, 18, 60ff. Nur die Portug. waren zu wenig.
 - 26 Webber, nach Alpheis 1990, 182.
 - 27 Özcan in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 66ff. Doomernik 1991.
 - 28 Kleff ²1985, 132ff.
 - 29 Aziz in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 45.
 - 30 Sen in taz, 22.1.1993.
 - 31 Erfahrungsbericht 1965, 11. ReprU 72, 59. ReprU 80, 151. ReprU 85, 96.
 - 32 So Dietz in Hönekopp 1987, 78.
 - 33 Schiller 1984, 628, Gaitanides 1983, 66ff., Dohse 1985, 330.
 - 34 Mehrländer 1974, 234f., ReprU 80, 302ff. Anders Socialdata 1980, 86: 1979 schickten 74 % der Türk., 73 % der Jugosl., 47 % der Griech. in Berlin Geld. Der absolute Höchststand war 1984 mit rund 9 Mrd. Mark erreicht, 1991 waren es noch 7 Mrd. DM. Tagesspiegel, 1.10.1992. Haberl 1986, 168, 186, betont die Konstanz der Überweisungen in die Türkei.
 - 35 ReprU 80, 256ff., ReprU 85, 160ff. Die Sparsumme der TürkInnen in Deutschland betrug 1983 rund 30 Mrd DM (Bischoff/Teubner ²1991, 43).
 - 36 ReprU 80, 298ff.
 - 37 Marplan 1978, 37. Vgl. „Maggi-Emanzipation. Türken sitzen bei der TV-Werbung in der ersten Reihe“, in taz, 15.2.1994.

3. Einwanderungsland? – Deutsche Ziele, Wahrnehmungen und Reaktionen

3.1. 'Gastarbeits'-Politik in der Anwerbephase – Entstehung und Umsetzung des Rotationsprinzips

Die große Einwanderung begann unspektakulär: Im Frühjahr 1955 warb der Bauernverband Baden-Württemberg 200 italienische Landarbeiter an¹. Weder das Ausländer- und Arbeitserlaubnisrecht noch das Anwerbeabkommen mit Italien vom 22.12.1955 wurden in der Öffentlichkeit sonderlich beachtet. Ohne große politische Auseinandersetzung war das System der 'Gastarbeit' entstanden.

Bevor ich auf die Gründe dafür eingehe, charakterisiere ich kurz seine Prinzipien.

Fünf Elemente des Systems der 'Gastarbeit'

Das System der 'Gastarbeit' wurde geprägt durch die staatliche Anwerbung, den Inländerprimat, die Tarifgleichheit, das Rotationsprinzip und die permanente Kontrolle der MigrantInnen.

Die Regierungsvereinbarungen legten die *Rekrutierung* der Arbeitskräfte zentral in die Hände der Bundesanstalt für Arbeit². Diese organisierte die Auswahl und Vermittlung der BewerberInnen, die Formalitäten und die Reise. Private Anwerbeaktionen blieben jedoch möglich, um Beschränkungen der Herkunftsländer zu umgehen³.

Eine Arbeitserlaubnis wurde „nach der Lage des Arbeitsmarktes“⁴ erteilt, also im Prinzip nur dann, wenn keine deutschen Arbeitskräfte für diese Stelle vorhanden waren. Dieser *Inländerprimat* diente der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und berücksichtigte das gewerkschaftliche Interesse an einer bevorzugten Einstellung ihrer Klientel⁵.

Wenn AusländerInnen beschäftigt wurden, dann sollte das zu den *gleichen arbeits- und tarifrechtlichen Bedingungen* geschehen wie bei Deutschen⁶. Der entsprechende Mustervertrag, den die BewerberInnen vor ihrer Ausreise in den Anwerbebüros unterzeichneten, war als Anlage Teil der Regierungsvereinbarungen. Auch darauf hatten die Gewerkschaften gedrängt, um 'Lohndrückerei' zu verhindern.

Viertes Element der 'Gastarbeit' war das *Rotationsprinzip*: Die 'hereingenommenen' Arbeitskräfte sollten keine EinwanderInnen werden. Die Behörden konnten Dauer und Umfang der Ausländerbeschäftigung flexibel und bedarfsgerecht steuern. Die voneinander abhängigen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse galten zunächst nur für ein Jahr; die Arbeitserlaubnis war auf einen Betrieb und sogar auf eine Tätigkeit beschränkt⁷. Ausländerbehörde und Arbeitsamt hatten einen weiten Ermessensspielraum bei ihrer Erteilung oder Verlängerung. Konkret erhielten die BewerberInnen in den Anwerbebüros 'Legitimationskarten', die Visum und Arbeitserlaubnis kombinierten, für ein Jahr galten und die MigrantInnen an den vereinbarten Betrieb banden.

Damit verbunden war schließlich eine *permanente Kontrolle* der MigrantInnen durch Arbeitsamt und Ausländerbehörde. Vertragsbrüchige wurden in einer zentralen Kartei registriert und von zukünftigen Vermittlungen ausgeschlossen; ihnen drohte dann die Ausweisung⁸. Jegliche politische Tätigkeit wurde scharf überwacht, um eine 'kommunistische Infiltration' zu verhindern⁹.

Dieses Instrumentarium wurde in den fünfziger Jahren weitgehend aus Vorkriegsregelungen rekonstruiert. Seine Entstehungsgeschichte reicht jedoch bis ins Kaiserreich zurück.

Abb.3: Legitimationskarte (Muster der Bundesanstalt für Arbeit)¹⁰

Modell Saisonarbeit im Kaiserreich

Das System der Saisonarbeit entstand in Preußen vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen der 'Leutenot' der ostelbischen Großgrundbesitzer und der antipolnischen Germanisierungspolitik Bismarcks.

1885 konnte sich Bismarcks antipolnische 'Reichsfeind'-Argumentation durchsetzen: Rund 40 000 polnische ArbeiterInnen wurden ausgewiesen¹¹. Mit dem wachsenden ökonomischen Druck mußte die 'Abwehrpolitik' nach 1890 aber einem Kompromißmodell zustimmen.

„Es ging darum, den nötigen Arbeitskräftezustrom aus dem östlichen Ausland nicht zur Einwanderung geraten zu lassen, sondern in den Bahnen transnationaler Saisonwanderung zu halten und dabei insbesondere die Auslandspolen scharf zu überwachen. Ergebnis war das (...) 1907 abgeschlossene System der restriktiven Ausländerkontrolle mit dem 'Legitimationszwang' und dem 'Rückkehrzwang' in der winterlichen 'Karenzzeit'.“¹²

Die ausländischen Arbeitskräfte mußten 'Legitimationskarten' der Preußischen Feldarbeiter-Zentralstelle (später Deutsche Arbeiterzentrale) besitzen, die auf ein Jahr befristet waren¹³ und nur für einen Arbeitgeber galten – genau wie die 'Legitimationskarten' der Bundesanstalt für Arbeit 70 Jahre später. Wurden sie 'kontraktbrüchig', drohte ihnen die Ausweisung und der Eintrag in eine Fahndungsliste. Hier gibt es ebenso Parallelen wie bei den Möglichkeiten, das Kontrollsystem mit Hilfe der interessierten Arbeitgeber zu umgehen¹⁴.

Die Behörden konnten AusländerInnen nach Belieben ausweisen; die staatliche Willkürmacht reichte soweit, daß im Ersten Weltkrieg der Rückkehrzwang in ein Rückkehrverbot verwandelt und damit Zwangsarbeit eingeführt wurde¹⁵.

Die 'Karenzzeit'-Regelung war ein verschärftes Rotationsprinzip: Der Zwang für die AuslandspolInnen, während der winterlichen Sperrfrist zurückzukehren, sollte ebenso wie das Verbot der Familienwanderung eine definitive Niederlassung verhindern. Er diente dazu,

„den ausländischen Arbeitern und auch der einheimischen Bevölkerung immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nur geduldete Fremdlinge seien und ihre dauerhafte Selbstbarmachung ausgeschlossen sei“¹⁶.

Dieses nationalpolitische Ziel der 'Karenzzeit'-Regelung entsprach auch dem saisonalen Arbeitskräftebedarf der Gutsherren und wurde daher konsequent durchgesetzt: 1906 blieben nur 7 % der AuslandspolInnen ganzjährig in Preußen¹⁷.

Andere AusländerInnen dagegen blieben zu 51 % ganzjährig im Land, da die 'Karenzzeit'-Regelung für sie nicht galt. Italiener, die ihre Saisonarbeit auf dem Bau oder in der Ziegelei verloren, behielten dennoch ihre Aufenthaltsgenehmigung¹⁸. Die Industrie brauchte großenteils Dauerbeschäftigte, die die unbeliebten Arbeitsplätze ausfüllten und das Lohnniveau niedrig hielten. Gleichwohl war „die Industrie bei dem Abflauen der Konjunktur (...) in der Lage, zunächst die ausländischen Arbeiter abzustößen, die somit (...) als Konjunktur-Puffer“ dienten¹⁹.

Die strenge Realisierung des Rotationsprinzips betraf also nur die AuslandspolInnen, denn seine Grundlage war das spezifische antipolnische Mißtrauen der 'Reichsfeind'-Politik. Hierzu findet sich in der Bundesrepublik keine Parallele, sieht man einmal ab von der häufigen Angst vor kommunistischer Infiltration und Zersetzung durch die 'Gastarbeiter'.

Für alle ausländischen ArbeiterInnen galt aber der Legitimationszwang, mit dem der preußische Staat einerseits die Zuwanderung bedarfsorientiert dosieren, andererseits die Zugewanderten permanent kontrollieren konnte. Die Unternehmer profitierten von der rechtlichen Bindung der ArbeiterInnen an ihren Arbeitsplatz. Hier handelte es sich also nicht mehr um eine dem strikten Rotationsprinzip unterworfenen Saisonarbeit, sondern um ein 'weicherer' Rotationsprinzip, das gleichwohl die Niederlassung verhindern sollte. Dennoch zeichnete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein „Trend von der temporären zur permanenten Immigration“ ab²⁰.

Schon das Kaiserreich hatte so die zentralen ausländerpolitischen Ziele formuliert und aus ihnen die entsprechenden rechtlichen Regelungen und staatlichen Organisationen entwickelt, auf die die Bundesrepublik später zurückgreifen konnte. Eine „Tradition der institutionalisierten Diskriminierung von ausländischen Arbeitern“ war entstanden, „bei der Staatsangehörigkeit und sozialer Status zu Kriterien repressiver staatlicher Reglementierung wurden“²¹.

Weiterentwicklung des Instrumentariums

Die Arbeiterbewegung hatte die wilhelminische Ausländerpolitik scharf kritisiert²², konnte aber erst in der Weimarer Republik, einer Phase geringer Ausländerbeschäftigung, ihre vier Hauptforderungen zur Ausländerbeschäftigung weitgehend durchsetzen: Inländerprimat, Tarifgleichheit, Verrechtlichung des Arbeitsmarktes, Zulassung von AusländerInnen durch paritätisch aus Unternehmern und Arbeitervertretern gebildete Ausschüsse.

Der Legitimationszwang blieb in Kraft, diente jetzt aber weniger der polizeilichen Kontrolle als der Regulierung des Arbeitsmarktes. Die Jahresvisa wurden nur erteilt, wenn die Arbeitsnachweise bestätigt hatten, daß entsprechende einheimische Arbeitskräfte nicht zur Verfügung standen²³. Dieser Inländerprimat beseitigte die Rekrutierungsfreiheit der Unternehmen. Das Arbeitsnachweisgesetz von 1922 und die Bildung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 vollendeten schließlich die schrittweise schon eingeleitete zentrale Organisation des Arbeitsmarktes. 1928 wurde ein deutsch-polnisches Anwerbeabkommen geschlossen²⁴. Seit 23.1.1933 erteilte die staatliche Arbeitsverwaltung zentral die Arbeitserlaubnis. Die ausländerrechtlichen Erlasse wurden in der Ausländerpolizeiverordnung von 1932 zusammengefaßt; die darin enthaltene uneingeschränkte Verfügungsgewalt des Staates wurde 1938 von den Nationalsozialisten noch ausgeweitet²⁵.

Damit existierte ein modernes, effektives Instrumentarium, um den Arbeitsmarkt und die Ausländerbeschäftigung staatlich zu organisieren und zu regulieren. Es wurde weitgehend unverändert in die Bundesrepublik übernommen.

1951–52 wurden die genannten Verordnungen ohne Diskussion wieder in Kraft gesetzt und der staatliche Einfluß in der drittelparitätlich gelenkten Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung festgeschrieben. Interne Rundschreiben regelten mehr als nur Details²⁶.

Wer aber vorhandene Regeln nur wieder in Kraft setzt, diskutiert selten ausführlich die grundsätzlichen Ziele und Bedenken. Über das beispielgebende Anwerbeabkommen mit Italien gab es keinen Bundestagsbeschluß und nur eine schwache öffentliche Debatte; über die folgenden Abkommen nicht einmal dies²⁷. Die steigenden Ausländerzahlen waren damals weder beabsichtigt noch vorauszusehen²⁸. In der Tat formulierte erstmals 1970 eine Bundesregierung ein Konzept zur Ausländerpolitik²⁹. Gleichwohl wurden seit 1955 AusländerInnen angeworben, denn die deutsche Wirtschaft brauchte zusätzliche Arbeitskräfte.

Rahmenbedingung Arbeitskräftemangel

Nur kurz möchte ich die weithin bekannten Ursachen des Arbeitskräftemangels aufzählen. An erster Stelle steht dabei das enorme Wachstum der Wirtschaft, die immer mehr Arbeitskräfte benötigte³⁰. Herbert weist daraufhin, daß schon die Vorgeschichte des Booms auf der Ausländerbeschäftigung beruhte: 1944 waren im nationalsozialistischen Deutschland über 7 Millionen ausländischer Fremd- bzw. ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Sie ermöglichten die enorme Ausweitung der industriellen Produktionskapazität während des Krieges, auf die nach 1948 ungeachtet der Bombenschäden das westdeutsche 'Wirtschaftswunder' aufbauen konnte³¹.

Aus verschiedenen Gründen wuchs die Zahl der deutschen Erwerbspersonen nicht ausreichend und nahm ab 1962 sogar wieder ab³². Zunächst stellten die Vertriebenen und DDR-Flüchtlinge noch mehr als genug Arbeitskräfte, doch war ihr Potential nach dem Mauerbau versiegt. In den fünfziger Jahren wanderten andererseits rund 800 000 Deutsche nach Übersee aus³³. Seit 1.4.1957 wurde die Wehrpflicht eingeführt. In den sechziger Jahren traten die geburtschwachen Kriegsjahrgänge ins Erwerbsleben, das durchschnittliche Rentenalter sank, die Ausbildungszeiten verlängerten sich und die Wochenarbeitszeit wurde vermindert. Die Frauenerwerbstätigkeit stagnierte seit etwa 1958. Ihre weitere Erhöhung stieß ohnehin auf 'familienpolitische' Bedenken.

Die Unternehmen litten unter dem „Kampf um Arbeiter“³⁴; schon bei einem vorübergehenden Kräftemangel drohten Lohnsteigerungen. Eine stärkere technische Rationalisierung als Alternative, wie sie viele Volkswirte im Nachhinein für besser hielten, scheiterte vor allem am Kapitalmangel der Wirtschaft. Die rasche Expansion zu verlangsamen, widersprach der Wachstumseuphorie der Zeit. Gegen eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit leisteten die Gewerkschaften Widerstand. Nur mit AusländerInnen waren zusätzliche, billige Arbeitskräfte zu gewinnen.

Vorteile der 'Gastarbeit'

Bemerkenswert ist allerdings, daß schon 1955 angeworben wurde, bei einer Arbeitslosigkeit von immerhin noch 5.1 %. In Baden-Württemberg lag sie allerdings nur bei 2.2 %, im September gar bei 1.0 %. Die regionalen und saisonalen Unterschiede waren kaum auszugleichen³⁵. Die den deutschen Arbeitslosen abverlangte größere regionale Mobilität scheiterte nicht zuletzt am fehlenden Wohnraum. Für einen „Rückgriff auf Italiener“ sprach auch, daß „die Gestellung von Baracken im allgemeinen ausreichen dürfte“³⁶.

Überhaupt machte ihre größere regionale, aber auch zeitliche und branchenmäßige Beweglichkeit die AusländerInnen auch dann attraktiv, wenn noch genügend deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung standen.

„Dieser Aspekt der Mobilität der Ausländer – nicht der einzelnen, sondern als fungible Reservearmee insgesamt – stand im Vordergrund der befürwortenden Stellungnahmen zur Ausländerbeschäftigung. Schon 1959 hatte die Frankfurter Allgemeine den wesentlichen Vorteil der Ausländerbeschäftigung darin gesehen, daß 'bei eventueller Arbeitslosigkeit in Deutschland die ausländischen Arbeiter wieder zurückgeschickt werden können'³⁷.

Die Unternehmen suchten aber nicht nur einen Konjunkturpuffer, sondern wollten auch das Lohnniveau begrenzen. Direktes 'Lohndumping' planten sie nicht, doch konnten sie anderweitig sparen:

„In der Regel wird der Ausländer nicht an der betrieblichen Altersversorgung teilnehmen, nicht in Betracht kommen für Sonderzuwendungen bei Arbeitsjubiläen sowie für Heilverfahren, Frühheilverfahren und Erholungskuren. Der bei uns arbeitende Ausländer stellt in der Regel die Arbeitskraft seiner besten Jahre zur Verfügung; für die Betriebe ergibt sich daraus der Vorteil, daß nur in seltenen Fällen ein älterer oder nicht mehr voll arbeitsfähiger ausländischer Mitarbeiter aus sozialen Gründen mit durchgezogen werden muß.³⁸

Der Staat folgte den Arbeitgeberwünschen bereitwillig; vor allem das Bundeswirtschaftsministerium drängte auf eine Ausländerbeschäftigung, um die Lohnquote niedrig, die Investitionsquote dagegen hoch zu halten und damit Preisentwicklung und Wirtschaftswachstum zu stabilisieren³⁹. Die hohe Sparquote der 'Gastarbeiter' half, die Inflation zu bekämpfen. Ihre Beiträge entlasteten die deutsche Rentenversicherung. Von 1961 bis 1971 nahm die Rentenversicherung von AusländerInnen 20.1 Mrd. DM ein, gab aber nur 707 Mio DM für sie aus⁴⁰. Die weitgehende formale sozialrechtliche Gleichstellung sicherte den inneren Frieden, ohne viel zu kosten, denn das Ausländerrecht hebelte viele dieser Ansprüche wieder aus⁴¹. Die Ausbildungskosten entfielen: Man berechnete, daß ein dreißigjähriger Italiener 1967 sich und seinem Land schon 32 – 40 000 DM gekostet hatte⁴².

Nur vereinzelt wurden Bedenken geäußert, meist mit der volkswirtschaftlichen Argumentation, die Ausländerbeschäftigung konserviere unrentable Arbeitsplätze⁴³.

Die Gewerkschaften konnten durch die Ausländerbeschäftigung ihre Hauptforderung nach einer kürzeren Wochenarbeitszeit durchsetzen; zudem verbesserten sich die innerbetrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten ihrer Mitglieder. Daher leisteten sie wenig Widerstand gegen die Öffnung des Arbeitsmarktes für das Ausland und gaben sich mit dem Erreichten (Inländerprimat, Tarifgleichheit, staatliche Anwerbung) zufrieden. Dazu beigetragen hatte wohl auch die Tatsache, daß die grundlegenden Mechanismen in den fünfziger Jahren festgelegt worden waren, als die Gewerkschaften der Ausländerbeschäftigung keine große Bedeutung zumaßen⁴⁴.

'National' bzw. fremdenfeindlich argumentierende Gegner einer Ausländerbeschäftigung gab es kaum; im Gegenteil wurde „die Verschmelzung Europas und die Annäherung von Menschen verschiedenster Herkunft und Gesittung in Freundschaft“ betont⁴⁵; schon 1962 betitelte die Frauenzeitschrift Constanze einen Artikel über 'Gastarbeiterinnen': „Sie helfen mit, Europa zu gründen“⁴⁶.

Solche Sympathiewerbung wiederholte sich in der Presse so oft, daß es scheint, als wäre die veröffentlichte Meinung darauf aus gewesen, der – schweigenden – Mehrheit ihre – womöglich vorhandenen – Vorbehalte gegen die gesamtwirtschaftlich nötigen AusländerInnen auszureiden⁴⁷.

Die meisten AnwohnerInnen und KollegInnen waren, solange ihre Überlegenheit und Bevorzugung nicht in Frage gestellt wurde, nicht aggressiv fremdenfeindlich. Freundliche Neugier paarte sich mit Mitleid und der überheblichen und „behäbigen Genugtuung der eigenen Großherzigkeit, die Ausländer am deutschen Wirtschaftswunder teilhaben zu lassen“⁴⁸. Typisch ist vielleicht der erfolgreiche Schlagertext „Zwei kleine Italiener“ von Conny Froboess aus dem Jahr 1962.

Zugleich zeigt das Europa-Image, wie sehr sich die Bundesrepublik von der nationalsozialistischen Zwangsarbeits-Vergangenheit zu distanzieren trachtete, „ohne sie auch nur zu erwähnen oder sich gar damit auseinanderzusetzen“⁴⁹. Ausländerbeschäftigung war nicht mehr Ausbeutung, sondern Entwicklungshilfe⁵⁰. Dementsprechend und aus außen-

politischen Rücksichten wurde der anfangs noch – und in der Schweiz bis heute – unbefangenen benutzte Begriff 'Fremdarbeiter' durch den euphemistischen 'Gastarbeiter' ersetzt.

Insgesamt sahen nicht nur die Unternehmen, sondern alle relevanten Interessengruppen nur Vorteile in der 'Gastarbeit'.

Argumente gegen eine Einwanderungspolitik

Die genannten Vorteile der Ausländerbeschäftigung waren aber nur bei einer Rotation, einer befristeten Beschäftigung, nicht bei einer dauerhaften Einwanderung zu erwarten. Daher wäre der im Nachhinein naheliegende Gedanke einer vorausschauenden Einwanderungspolitik widersinnig gewesen; in der Tat deutet keine einzige zeitgenössische Äußerung auf ihn hin⁵¹. Die feste Überzeugung, Deutschland könne kein Einwanderungsland sein, stand bis zu den siebziger Jahren nicht in Frage. Ich erkläre mir das zusätzlich damit, daß die lange Einwanderungsgeschichte Deutschlands sehr selektiv wahrgenommen wurde.

Die einzige Phase einer gezielten Einwanderungspolitik war die Zeit der Peuplierungspolitik vor allem der preußischen Kurfürsten und Könige. Nach dem Dreißigjährigen Krieg bewegten sowohl wirtschaftliche als auch bevölkerungspolitische Gründe (die im Merkantilismus ohnehin eng zusammenhingen) die Monarchen vom Großen Kurfürsten bis zum Soldatenkönig dazu, die dauerhafte Einwanderung von Fremden zu fördern. Hugenotten, Salzburger, Böhmen und andere erhielten ein dauerhaftes Bleiberecht, das die meisten nutzten, da die religiöse Verfolgung in ihren Herkunftsländern ihnen eine Rückkehr verbot⁵². Die deutsche Geschichtsschreibung und die preußische Traditionspflege erinnerte diese Einwanderungspolitik freilich nur unter dem Sigel der religiösen Toleranz, die im säkularisierten 20. Jahrhundert mit seinen vor allem ökonomisch bedingten Wanderungen irrelevant schien. Die Idee, Deutschland sei auf Einwanderung angewiesen (gewesen), verschwand aus den Köpfen.

Stattdessen prägte die im 19. Jahrhundert in der Tat vorherrschende Auswanderung das Bild der Deutschen von ihrer eigenen Migrationsgeschichte. Die – zunehmend dauerhafte – Einwanderung vor dem Ersten Weltkrieg war weithin unbekannt. Die teilweise durchaus bewußten⁵³ Kontinuitäten zum Zwangsarbeitereinsatz im Nationalsozialismus sprachen gerade gegen eine Einwanderung. So dachte man, nur in zeitlich begrenzten Ausnahmesituationen wie im Krieg oder im explosiven Boom auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein. Man konnte sich nicht vorstellen, daß dies jahrzehntelang anhalten würde.

Zudem war die Stabilität und Dauer des wirtschaftlichen Booms nicht voraussehbar und widersprach der krisengewohnten Lebenserfahrung der Zwischenkriegsgeneration.

Schließlich sprach auch die aktuelle Situation dagegen, Deutschland als Einwanderungsland zu verstehen. Das alles beherrschende Problem war die Integration der rund zehn Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge aus der SBZ/DDR und den ehemaligen Ostgebieten⁵⁴. Obwohl dies ein tatsächlicher und – vergleichsweise erfolgreicher – Einwanderungsprozeß war, galt er als völlig anderes Phänomen, da hier Deutsche gekommen waren und ihre Rückkehr abgeschlossen war. Sie wurden auch nicht wahrgenommen als für das 'Wirtschaftswunder' nötige Arbeitskräfte, sondern als schwieriges Folgeproblem von Krieg und deutscher Teilung. Da ihre Eingliederung noch lange nicht abgeschlossen war, es insbesondere an Wohnungen fehlte, war an eine Politik der Einwanderung nicht zu denken.

Für die Befürchtung, mit den Anwerbeverträgen könnte unbeabsichtigt eine Einwanderung in Gang kommen, gab es keinen Anlaß: Erstens hatte man die entsprechenden rechtlichen Regelungen, um dies zu verhindern, zweitens waren die Ausländerzahlen in den fünfziger Jahren

noch sehr gering, drittens kamen gerade am Anfang viele SaisonarbeiterInnen. Über längerfristige Perspektiven machte sich niemand Gedanken.

Massenanwerbung im Rotationsprinzip

Schon in den fünfziger Jahren hatte so die „prophylaktische Ausländerpolitik“⁵⁵ das Rotationsprinzip als zentrales Element der 'Gastarbeit' begründet. Zu betonen ist dabei allerdings, daß die Bundesrepublik aus dem Kaiserreich nicht das 'härtere' Rotationsprinzip (Saisonarbeit mit 'Karenzzeit') übernommen hatte, sondern das 'weichere' mit Ganzjahresbeschäftigung. Außerdem wurde das Wort 'Rotationsprinzip' erst in den siebziger Jahren benutzt. Es ist hier kein zeitgenössischer, sondern ein analytischer Begriff.

In den sechziger Jahren wurden dann wachsende Ausländerzahlen zur Normalität. 1964 wurde der millionste Gastarbeiter begrüßt, 1965 wurden die bislang gültigen Verordnungen in einem Ausländergesetz zusammengeführt. Da anders als vor dem Krieg nun der Art. 19 IV GG auch AusländerInnen den Rechtsweg eröffnete, wurde das Behördenermessen noch erweitert und die richterliche Kontrolle eingeschränkt. Mit Dohse

„konzipiert das Ausländergesetz das Verhältnis von Staat und Ausländern auch nicht als Rechtsverhältnis, welches Verwaltungshandeln rechtlichen und rechtsstaatlichen Schranken unterwirft, sondern als Opportunitätsverhältnis, welches eine relativ ungebundene Verwaltungspraxis ermöglicht, die sich nicht an Rechtspositionen der Ausländer, sondern an den jeweiligen und wechselnden politischen Zwecksetzungen orientiert“⁵⁶.

Ausländerpolitik war Arbeitsmarktpolitik; die Bürokratie war bloßes „Vollzugsorgan der Betriebe“⁵⁷. Der Arbeitsmarkt brauchte immer schneller immer mehr ausländische Arbeitskräfte; der Boom schien unendlich. Der Grundtenor der jährlich erscheinenden Erfahrungsberichte der Bundesanstalt für Arbeit über Anwerbung und Vermittlung betont die Aufgabe der Bundesanstalt, „sich nur von Fakten“, d.h. den Unternehmensinteressen leiten zu lassen. Wenngleich „Ballungerscheinungen eine sorgfältige Beachtung“ verdienen, gebe es keinen Anlaß zur Beunruhigung⁵⁸. Ihr Präsident Sabel sagte 1965:

„Sollte einmal die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgehen, so könnte die Ausländerbeschäftigung jederzeit, wenn nötig, durch Drosselung und völlige Einstellung der Ausländeranwerbung oder dadurch verringert werden, daß man die bestehenden Arbeitsverhältnisse nicht mehr verlängere.“⁵⁹

Die Rückwanderung war erheblich, das Rotationsprinzip schien zu funktionieren. Das legt auch die nebenstehende Skizze (Abb. 4) aus dem Erfahrungsbericht nahe.

Bestärkt wurde diese Überzeugung vor allem in der kurzen Rezession 1966–67, als noch mehr MigrantInnen zurückkehrten und gleichzeitig weniger neue angeworben wurden. Auch ohne gezielte Ausweisungen hatten die 'Gastarbeiter' den kurzfristigen Beschäftigungseinbruch in der Tat 'abgepuffert'⁶⁰. Zwar diskutierte auch der Bundestag erstmals ausführlicher die gesamtwirtschaftlichen Kosten der 'Gastarbeit', ohne aber vom eingeschlagenen Weg abzugehen⁶¹. Die Fremdenfeindlichkeit flackerte stärker auf, bestimmte aber nicht die Politik⁶². Diese Krise schien nicht nur – durch ihre schnelle Überwindung – den ungehemmten Zukunftsoptimismus des 'Wirtschaftswunders' allgemein, sondern im besonderen auch das System der 'Gastarbeit' zu bestätigen.

So wurden die ersten Niederlassungstendenzen nicht wahrgenommen, die Arbeitsverwaltung tat alles, um die enorme Nachfrage der Betriebe zu befriedigen. 1968 wurde schließlich die Regierungsvereinbarung mit Jugoslawien geschlossen; Hals über Kopf wurden die entsprechenden Anwerbebüros eingerichtet⁶³. In den Jahren um 1970 erreichte die Zuwanderung ih-

Abb. 4: Das Rotationsprinzip schien zu funktionieren⁶⁴.

ren Höhepunkt. Gezielte Werbemaßnahmen in den Herkunftsländern waren höchstens anfangs oder bei besonderen Firmenwünschen nötig; sobald der Migrationsstrom angelaufen war, waren die Kommissionen vor allem damit beschäftigt, die Bewerber auszusieben.

Die Auswahl folgte den Vermittlungsaufträgen der deutschen Unternehmen, die dafür der Bundesanstalt eine Pauschale von – je nach Land – 60 bis 170, später 300 Mark pro Kopf zahlen mußten⁶⁵. Außerdem mußten sie nachweisen, daß sie für diese Stelle keine Deutschen gefunden hatten und eine 'angemessene' Unterkunft stellten⁶⁶.

Der Bedarf der Betriebe war so groß, daß allein die Kommission in Istanbul täglich rund 700 Menschen durch ihre Untersuchungen schleuste⁶⁷. Der gut organisierte Massenbetrieb dort erinnerte einen deutschen Firmenvertreter an einen „Sklavenmarkt“⁶⁸.

Die Auswahlkriterien legte die deutsche Seite fest: Die BewerberInnen mußten jung sein und sollten lesen und schreiben können. In einer medizinischen Reihenuntersuchung wurde jeder Zehnte wegen Tbc-Verdacht, Sehschäden oder anderer körperlicher Schwächen abgelehnt, damit später keine Behandlungskosten anfielen. Diese Selektion war erfolgreich:

„Nur vereinzelt mußten (...) ausländische Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen, die überwiegend in Störungen im psychischen Bereich lagen, wieder in die Heimat zurückgeführt werden.“⁶⁹

Frauen wurden wie Männer untersucht; auch Schwangere hatten keine Chance. Die spätere Kritik an dem menschenunwürdigen Verfahren bezeichnen Mitarbeiter der Kommission heute als „reine Polemikmache“ der Presse; sie hätten bei den Betroffenen keine Probleme bemerkt. Sie geben aber zu: „Freiwillig haben die es sicherlich auch nicht gemacht, sondern sie mußten ja durch dieses Nadelöhr durch.“⁷⁰ Beruflich waren – entgegen den Wünschen der Herkunftsländer – vor allem ausgebildete oder zumindest industrieerfahrene Kräfte gesucht. Dazu führte die Bundesanstalt Tests durch, an denen häufig auch Arbeitgebervertreter mitwirkten.

Die Bundesanstalt organisierte die tagelange Reise nach Deutschland generalstabsmäßig: Reiseleiter und Dolmetscher begleiteten jeden mit Freßpaketen versorgten „Transport“ bis zum „Bunker“ im Münchener Hauptbahnhof bzw. in der Kölner Weiterleitungsstelle. Von dort fuhren die MigrantInnen zum Zielbahnhof, wo der Arbeitgeber sie abholte. Übrigens ersetzte die Bundesanstalt den Begriff „Transport“ nach Protesten durch das humaner klingende „Sammelreise“⁷¹.

Das gesamte Verfahren garantierte den Arbeitgebern eine zügige und effektive Vermittlung von Arbeitskräften.

Aufweichung des Rotationsprinzips

Die Behörden setzten das Rotationsprinzip in der Anwerbephase nicht konsequent um. Sie warben Verwandte an, vermittelten Ehepaare gemeinsam, duldeten Betriebswechsel, verlängerten Aufenthaltsgenehmigungen und erlaubten den Familiennachzug. All dies förderte die einsetzende Niederlassung.

Immer mehr MigrantInnen wurden namentlich angefordert; ihr Anteil stieg von einem Siebtel (1964) auf über ein Drittel (1971) der Vermittlungen der Bundesanstalt⁷². Die Betriebe ließen sich gerne von ihren bewährten ausländischen MitarbeiterInnen Verwandte empfehlen, die sie dann beim Arbeitsamt anforderten. Obwohl sie dann das Risiko von Fehlvermittlungen selbst trugen, schätzten sie die leichtere betriebliche Eingliederung, wenn Bekanntschaftskontakte vorhanden waren. Eine Kettenmigration entstand; mit der Zeit wanderten ganze Dörfer fast geschlossen in deutsche Großstädte aus. Dies erleichterte die Niederlassung und die ethnische Koloniebildung erheblich.

Die Anwerbekommissionen trafen offensichtlich keine Vorkehrungen, um besonders Rückkehrwillige auszusuchen⁷³; die Rückkehrabsicht wurde allen BewerberInnen unterstellt. Im Gegenteil empfahl die Bundesanstalt für Arbeit den Unternehmen, deren Frauenbedarf sie nicht decken konnte, Ehepaare gemeinsam anzufordern⁷⁴. Zwar wurden höchstens rund 3000 Ehepaare pro Jahr gemeinsam vermittelt, doch zeigt dies, daß die in solchen Fällen wohl doch größere Wahrscheinlichkeit, länger in Deutschland zu bleiben, gegenüber der aktuellen Nachfrage der Betriebe keine Rolle spielte. Die Bundesanstalt erklärte sogar:

„Nach den bisherigen Erfahrungen hat sich die Vermittlung von Ehepaaren bewährt, da sie insbesondere der Fluktuation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland entgegenwirkt.“⁷⁵

Diese Argumentation läuft dem Rotationsprinzip zuwider; waren die 'Gastarbeiter' gerade wegen ihrer Mobilität gefragt, so litten die Betriebe andererseits unter ihrer hohen Fluktuation. Eine solche 'selbständige Mobilität' verursachte durch die häufigen Arbeitsplatzwechsel zusätzliche Einarbeitungs- und Organisationskosten⁷⁶.

Nun ist diese Fluktuation erstaunlich angesichts der unterschriebenen Verträge und an einen Betrieb gebundenen Legitimationskarten. Offensichtlich konnten viele MigrantInnen ohne Schwierigkeiten schon vor Ablauf des ersten Jahres auf günstigere Arbeitsplätze wechseln; die Nachfrage war groß genug⁷⁷. Zwar wiesen die Behörden gelegentlich tatsächliche oder angebliche Vertragsbrecher aus⁷⁸; sie versuchten aber nicht in großem Umfang, die Arbeitskräfte staatlich zu lenken. Anders als im Kaiserreich wurden auch keine Wirtschaftssektoren abgeschottet⁷⁹. Die Ausschlusskartei in München wurde 1973 aufgelöst. Das Verfahren war nicht nur rechtsstaatlich bedenklich, sondern ohne EDV auch zu umständlich gewesen⁸⁰.

Ähnlich leicht konnten anscheinend viele zunächst als TouristInnen eingereiste MigrantInnen eine Arbeit aufnehmen. Das war zwar verboten, wurde aber häufig geduldet oder im Nachhinein legalisiert. Anders als in Frankreich erfolgte dies nur im Einzelfall und möglichst ohne Aufsehen⁸¹.

Um ihre schon eingearbeiteten Kräfte zu halten, beantragten die meisten Arbeitgeber nach einem Jahr die Verlängerung der Arbeitserlaubnis, was fast immer genehmigt wurde. Die Behörden sahen keine entgegenstehenden 'Belange' der Bundesrepublik im Sinne des Ausländergesetzes; schrittweise verlängerte sich so der Aufenthalt.

Die Bestimmung der deutsch-türkischen Anwerbevereinbarung, die den Aufenthalt auf maximal zwei Jahre beschränkte, erwies sich für die Arbeitgeber als „praxisfremd“ und wurde 1964 gestrichen⁸².

Nach fünf Jahren ununterbrochener legaler Arbeit erwarben die MigrantInnen den Anspruch auf eine drei-, später fünfjährige Arbeitserlaubnis – unabhängig von der Lage des Arbeitsmark-

tes. 1972 galt das schon für 400 000 ausländische Arbeitskräfte⁸³. Dann konnte ihnen auch die unbefristete Aufenthaltsberechtigung erteilt werden, doch stand dies im Ermessen der Behörden⁸⁴. Diese wollten eine Niederlassung verhindern:

„Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat es mit sich gebracht, daß insbesondere ausländische Arbeitnehmer sich in großer Zahl über längere Zeit hinweg im Bundesgebiet aufhalten, ohne daß ihre ständige Niederlassung als erwünscht angesehen werden kann, wie sich bereits aus der Möglichkeit der Änderung der gesamtwirtschaftlichen Lage ergibt. Bei der Erteilung von Aufenthaltsberechtigungen nach § 8 Ausländergesetz ist daher Zurückhaltung geboten.“⁸⁵

Wenn ein Ausländer sich auf Dauer niederlassen wollte, konnte er deswegen seine Aufenthaltserlaubnis verlieren. Der Verwaltungsgerichtshof München argumentierte so: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland. Die ständige Niederlassung von Ausländern beeinträchtigt in der Regel staatliche Belange.“⁸⁶

Die Einführung der Freizügigkeit innerhalb der EG (1968) weckte Bedenken, da sie die staatliche Verfügungsmacht über die anfangs noch größte Migrantengruppe, die ItalienerInnen, einschränkte. Doch konnten die Bedenken am übergeordneten Ziel der europäischen Integration nicht rütteln, denn die freiwillige Rückwanderung blieb gerade nach Italien in der Folgezeit hoch, und die Freizügigkeit blieb im Detail noch erschwert. Zudem wurde jetzt verstärkt in Jugoslawien und in der Türkei angeworben⁸⁷.

Dem Rotationsprinzip widersprach auch der Familiennachzug. Obwohl etwa die Arbeitgeberverbände darauf hinwiesen⁸⁸, wurde er dennoch politisch geduldet, von einzelnen Betrieben sogar gefördert. Schon die Regierungsvereinbarungen sahen eine „wohlwollende Prüfung“ der Familienzusammenführung vor⁸⁹. 1962 zitierte die Badische Volkszeitung den baden-württembergischen Arbeitsminister:

„Unverantwortlich sei es, verheiratete Gastarbeiter in Massen in die Bundesrepublik Deutschland zu holen, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Familien mitkommen zu lassen (...). Wenn das Wohnungsproblem für die verheirateten Gastarbeiter nicht zu lösen sei, dann müsse man künftig darauf verzichten, sie anzuwerben. Die Gefahr der Familienzerrüttung sei zu groß.“⁹⁰

Nicht nur der auch für AusländerInnen geltende Artikel 6 des Grundgesetzes und der hohe ideologische Stellenwert der Familie sprachen für eine Erlaubnis, wenn nicht gar Förderung des Familiennachzugs; er sollte zudem die betriebliche Fluktuation verringern, die Arbeitsleistung erhöhen und allgemein die gesellschaftliche Stabilität sichern⁹¹. In einer Bildreportage über „Uneheliche Kinder mit Ausländern“ wandte sich die Constanze 1962 dagegen,

„ein Heer von verheirateten Männern auf Jahre ins Land zu holen, ohne gleichzeitig die Angehörigen aufzunehmen. Wie sagte Paolo? 'Ich bin doch auch nicht aus Holz!'“⁹²

Zudem drohten dem Aufnahmeland von getrennt lebenden Familienvätern nach Mülhaupt-Lopez

„Fälle extremen Verhaltens (...), ein Unbehagen gegenüber dem herrschenden Gesellschaftssystem und eine politische Anfälligkeit gegenüber kommunistischer Infiltration“⁹³.

Über die Tolerierung des Familiennachzugs herrschte Konsens⁹⁴. Er wurde aber auf die Kernfamilie begrenzt, um die „Übersiedlung von ausländischen Großfamilien und Sippenverbänden“ zu verhindern. Doch auch hier gab es Ausnahmen, wenn die Zulassung einer spanischen Großmutter einen Kindergartenplatz einsparte⁹⁵.

Einziges Hindernis für den Familiennachzug war das Wohnungsproblem; dieses prägte damals die Medienberichterstattung über AusländerInnen. Es weckte wohl deshalb Interesse, weil es „das von außen sichtbarste Zeichen der Unterprivilegierung und Benachteiligung“ war⁹⁶. Die Bundesregierung förderte den Bau von Ausländerwohnungen. Die meisten MigrantInnen zogen aber in billige Abrißhäuser in den Altbauvierteln der Großstädte, wo sie den Sanierungsträgern wiederum als 'rotierende' Zwischennutzer willkommen waren. Dennoch war dies ein weiterer Schritt zur Niederlassung.

Die Politik der 'Gastarbeit' – 'Laissez-Faire' oder Konzept?

Die Bundesrepublik hatte das Rotationsprinzip als zentrales Element der 'Gastarbeit' im wesentlichen aus der Vorkriegszeit übernommen. Da alle Interessengruppen davon zu profitieren schienen, wurde es nie richtig diskutiert. Die 'Gefahr' einer Einwanderung war kein Thema. Während der Massenwerbung der sechziger und frühen siebziger Jahre bot das Rotationsprinzip eine geeignete rechtliche Struktur, um die Niederlassung der MigrantInnen und damit einen Einwanderungsprozeß zu verhindern.

Doch wendete die Bundesrepublik diese Struktur niemals konsequent an, da dies gegen die Unternehmensinteressen verstoßen hätten. Auch das hochgehaltene Familienideal sowie außenpolitische und historische Rücksichten verhinderten eine radikale Durchsetzung des Rotationsprinzips. So konnten sich immer mehr MigrantInnen in Deutschland niederlassen.

Diese Ansätze schienen aber unproblematisch, da die anhaltend hohe freiwillige Rückwanderung das Rotationsprinzip zu bestätigen schien. Administrativer Zwang schien unnötig. So schrieb die baden-württembergische Landesregierung im Frühjahr 1973, daß

„nach den gegenwärtig vorliegenden Erfahrungen die freiwillige Rotation verhältnismäßig günstige Auswirkungen zeigt und auch künftig voraussichtlich entsprechende Ergebnisse zu erwarten sind“⁹⁷.

Ferner mußten übergeordnete Vorgaben wie die europäische Integration und das deutsche Ansehen im Ausland oder der Schutz der Familie und der gesellschaftlichen Stabilität gewahrt werden.

Trotz der strengen Kontroll- und Regulierungsmechanismen betrieb man im Grunde eine kurzfristige Politik des „Laissez-faire“⁹⁸. H. Richter vom DGB kritisierte 1975,

„daß zu dieser ungunstigen Entwicklung jene beitrugen, die immer wieder behaupteten: Das ganze Problem löst sich von selbst. Es muß hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß bis vor zwei, drei, vier Jahren weder die Regierungen des Bundes und der Länder noch die Parlamente und Parteien sich mit dem Problem der ausländischen Arbeitnehmer ernsthaft vorausschauend beschäftigt haben.“⁹⁹

Gegen den Vorwurf, die Ausländerpolitik sei konzeptionslos gewesen, wendete 1973 das Arbeitsministerium ein: „Die Zulassung von Ausländern zur Beschäftigung allein nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ist auch eine Konzeption.“¹⁰⁰ Ausländerpolitik war Arbeitsmarktpolitik. Ministerialrat Ernst bestätigt hier die marxistische Interpretation der Funktion des Staates, nämlich die den Unternehmerinteressen entsprechenden Bedingungen zu schaffen und zu sichern.

Diesen Interessen entsprach die Konzeption des Rotationsprinzips, diesen Interessen entsprach auch seine Nicht-Anwendung. Angesichts des andauernden Booms war den Unternehmen mehr an einer Niederlassung der MigrantInnen gelegen als an ihrer Rotation. Manche wollten gar keine vorübergehenden 'Gastarbeiter' mehr: „Ein häßliches Wort, das ich durch 'ausländische Mitarbeiter' ersetzen möchte. Denn wir wollen schließlich, daß sie hier bleiben.“¹⁰¹

1 Meier-Braun 1979, 18f. Nach Dohse 1985, 149, scheiterte ein ähnliches Vorhaben 1952.

2 Vgl. Art. 2 I der Vereinbarung mit Italien, abgedr. in Schill 1965, 209.

3 Dohse 1985, 197. Vgl. Kap. 4.1.

4 Neunte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 20.11.1959, abgedr. in Schill 1965, 141. Ähnlich ab 1969 § 19 I 2 Arbeitsförderungsgesetz.

5 Vor allem deutsche, männliche Facharbeiter. Vgl. Dohse 1985, 200ff., 222.

6 Genauer: wie bei vergleichbaren Arbeitskräften; das schließt eine Unterschichtung nicht aus. Zur „Kluft zwischen Theorie und Praxis“: Bischoff/Teubner 1991, 85f.

7 § 4 Nr. 1 der Neunten Verordnung ..., später § 1 I Nr. 1, § 3 I Arbeitserlaubnisverordnung (1971).

8 Interview Mader/von Harassowski. Der Arbeitsvertrag ist eigentlich eine privatrechtliche, keine öffentlich-rechtliche Angelegenheit: Dohse 1985, 262ff.

9 Dohse 1985, 278ff.

10 Archiv Berliner Geschichtswerkstatt.

11 Herbert 1986, 15ff., 18. Bade 1992, 311-324. Roller 1993.

- 12 Bade 1992, 314. Zum folgenden v.a. Dohse 1985, 29-83. Herbert 1986, 15-81.
- 13 Nach Herbert 1986, 116 nur bei PollInnen, nach Bade 1992, 314 bei allen AusländerInnen. Dohse 1985, 67ff., erwähnt die Jahresbefristung nicht.
- 14 Es gab ca. 20 % Illegale. Herbert 1986, 39, Bade, 315.
- 15 Herbert 1986, 82ff.
- 16 Preuß. Innenministerium, nach Herbert 1986, 24. Zudem profitierte Deutschland davon, daß das Auswanderungsland die „Aufzuchtkosten“ (Syrup) der Arbeitskräfte trug. Herbert 1986, 52.
- 17 Allerdings wurde die 'Karenzzeit' zunehmend verkürzt. Herbert 1986, 27.
- 18 Bade 1992, 323.
- 19 Bonikowsky, Vertreter der Industrie auf dem Breslauer Arbeitsnachweis-Kongreß 1910, nach Herbert 1986, 51. Zahlen dazu bei Herbert 1986, 57.
- 20 Del Fabbro 1989, 212.
- 21 Herbert 1986, 39.
- 22 Vor allem der „kulturwidrige“ Legitimationszwang verurteilte „unsere ausländischen Arbeitsgenossen“ zu einem „Dasein rechtloser Lohnsklaven“, Carl Legien 1908, nach Vorberg 1993 und Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften 1908, nach Herbert 1986, 39. Neben dieser internationalistischen Argumentation kritisierte vor allem die Gewerkschaftsbasis den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften als Lohndrücker und Streikbrecher. Vorberg 1993, Herbert 1986, 68ff.
- 23 Bade 1980, 169. Herbert 1986, 114ff., Dohse 1985, 85 - 117.
- 24 Dohse 1985, 114, 193.
- 25 1939 wurde für den Zwangsarbeitseinsatz eine neue Ausländerpolizeiverordnung erlassen. Dohse 1985, 106ff., 122f., 124ff.
- 26 Dohse 1985, 141f., 143, 277.
- 27 Dohse 1985, 166f., 173f., 177.
- 28 Es war wohl nicht, wie Dohse argumentiert, von der Exekutive gezielt ausgenutzt, daß die Gewerkschaften keinen Widerstand leisteten. Dohse 1985, 175, Herbert 1985, 193.
- 29 Meier-Braun 1979, 94.
- 30 Das Bruttosozialprodukt verdoppelte sich von 1950 bis 1959. Herbert 1986, 182. Zum Folgenden Dohse 1985, 145ff., Institut für Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik in FAZ, 25.10.1984.
- 31 Herbert 1986, 179ff.
- 32 Herbert 1986, 195. Dohse 1985, 227.
- 33 Steinert in Bade 1992, 386. Die Bundesregierung schloß sogar Auswanderungsabkommen: Dohse 1985, 145f.
- 34 Spiegel 13(34).1959. Zu Abwerbungen: Dohse 1985, 153ff.
- 35 Dohse 1985, 152.
- 36 Industriekurier, 4.10.1955, nach Herbert 1986, 192.
- 37 Herbert 1986, 196.
- 38 Stirn 1964, nach Herbert 1986, 197.
- 39 Dohse 1985, 168ff., 178.
- 40 Salowsky 1972, nach Dietzel-Papakyriakou 1987, 37. Ähnlich Staatssekretär Kattenstroth, März 1966, nach Herbert 1986, 197.
- 41 So hatten Ausländer zwar Anspruch auf Sozialhilfe (§ 120 Bundessozialhilfegesetz), konnten dann aber ausgewiesen werden (§ 10 I Ausländergesetz). Vgl. Kap. 4.2 und Dohse 1985, 302f.
- 42 Nach Dietzel-Papakyriakou 1987, 38.
- 43 Herbert 1986, 205. Dohse 1985, 307.
- 44 Dohse 1985, 159ff., 165, meint, sie seien „überrollt“ worden. Anders Richter vom DGB in Althammer 1975, 44f.
- 45 Arbeitsminister Blank 1964, nach Herbert 1986, 198.
- 46 Constanze, Heft 16, 1962, 4ff.
- 47 Ähnlich Herbert 1986, 209. Z.B. Spandauer Volksblatt, 1.8.1965.
- 48 Herbert 1986, 210.
- 49 Herbert 1986, 198f.
- 50 Das z.B. vom Arbeitgebervertreter Weber in Althammer 1975, 52, vorgetragene Entwicklungshilfe-Argument hatte er selbst 1970 als Propaganda bezeichnet: „Immer wieder werden entwicklungspolitische oder bildungspolitische Aspekte diesem Phänomen untergeschoben. In Wirklichkeit denkt kein deutscher Arbeitgeber daran.“ Nach Meier-Braun 1979, 114. Vgl. „Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche?“, SPIEGEL, 22. u. 29.11.1971. S. Kap. 4.2.
- 51 Die Begriffe Einbürgerung und Einwanderung fehlen in zeitgenössischen Darstellungen zum Ausländerrecht, wie Heinevetter/Hinzen 1964, Schill 1965. Von Anfang an Einwanderungspolitik dagegen in Schweden: Hammar 1985, 28ff.
- 52 Duchhardt in Bade 1992, 278ff.
- 53 Daß diese Kontinuitäten nicht nur in manchen jahrzehntelang genutzten Barackenlagern liegen, sondern auch im Bewußtsein vieler Arbeitgeber, zeigt die Mahnung des Handelsblatts vom September 1955: „Ein großer Fehler wäre es bei all diesem, Erfahrungen, die man während des letzten Krieges mit ausländischen Arbeitskräften im Positiven und Negativen gemacht hat, als auch für heute gültig anzunehmen. Die heutige Lage ist völlig neu. Schon dies ist anders: damals kamen die Ausländer gezwungen, heute kommen sie freiwillig; damals bedingten schon die

- Kriegsverhältnisse geringeren Lohn, heute sind - auch beim Italiener! - die Ansprüche an den Lebensstandard und an den Lohn hoch.“ Nach Herbert 1986, 194. Zur tradierten Fremdenfeindlichkeit: Meier-Braun 1979, 172f.
- 54 Dazu Herbert 1986, 180ff.
- 55 Herbert 1986, 190.
- 56 Dohse 1985, 250. Für Rittstieg war es eine „Blankoermächtigung an die Verwaltung“. Rittstieg⁶1992, 3. Dagegen kein Gewerkschaftswiderstand: Dohse 1985, 297f.
- 57 Dohse 1985, 215.
- 58 Erfahrungsbericht 1965, 9.
- 59 Nach Dohse 1985, 316.
- 60 So auch der Kritiker der 'Gastarbeit' Föhl, nach Gaitanides 1983, 67. Vgl. die Grundsätze für die Behandlung arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitnehmer 1967, nach Dohse 1985, 338.
- 61 Herbert 1986, 200ff.
- 62 Herbert 1986, 208ff. Sie war auch nicht Kern der NPD-Erfolge. Anders die „Überfremdungs-Initiativen“ in der Schweiz: Hoffmann-Nowotny in Hammar 1985, 206ff., Braun 1970, 332ff.
- 63 Interview Mader/von Harassowski. Danach auch das Folgende, außerdem: Jährliche Erfahrungsberichte, Dohse 1985, 186ff.
- 64 Erfahrungsbericht 1966, 5.
- 65 Im Kaiserreich blieb die Anwerbung gewerbsmäßigen Agenten überlassen, während staatliche Organisation von Massentransporten die Vermittlungskosten für die Arbeitgeber senkte: „Ein Arbeiter aus Rußland 'kostete' 1910 nur noch 3 Mark, einer aus Galizien 4 Mark, einer aus Ungarn 5 Mark.“ Bade 1992, 317.
- 66 Vgl. Richtlinien für die Unterkünfte italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in Schill 1965, 244ff.
- 67 Interview Mader/von Harassowski.
- 68 Interview Veselsky (damals Bergmann Kabelwerke Spandau).
- 69 Erfahrungsbericht 1972/3, 63.
- 70 Interview Mader/von Harassowski.
- 71 Interview Mader/von Harassowski. Interview Maier/Vonier. Bundestags-Drs. VI/2129, 28.4.1971.
- 72 Erfahrungsberichte 1965, 23 und 1972/73, 58.
- 73 Die bevorzugte Anwerbung von Verheirateten ohne PartnerIn hätte ihre Rückkehr wahrscheinlicher gemacht. Der Anteil der Verheirateten unter den Ausgewählten war hoch (s. Kap. 2). Wie hoch er unter den BewerberInnen war, läßt sich aber nicht feststellen.
- 74 Erfahrungsbericht 1965, 23. Vgl. „Anwerbung von Frauen wird schwieriger“, FAZ, 4.4.1965.
- 75 Erfahrungsbericht 1964, 22.
- 76 Vgl. VW-Vorstand Fleck in Althammer 1975, 39.
- 77 Vgl. ReprU 68, 70f. Dohse 1985, 262ff., Beispiel bei Schiffauer 1992, 321ff.
- 78 Beispiel bei Dohse 1985, 272.
- 79 Ausnahme Koreaner und Marrokaner, die auf den Bergbau beschränkt blieben, Dohse 1985, 273.
- 80 Dohse 1985, 275. Interview Mader/von Harassowski.
- 81 Z.B. auf den Olympia-Baustellen in München 1972, Dohse 1985, 182f. Schiffauer 1992, 321ff. schildert ein Beispiel eines Lebens als 'tourist'. Vgl. Schwerdtfeger 1980, 69. Verbunt in Hammar 1985, 129, 142.
- 82 Heinevetter/Hinze 1964, 112. Schill 1965, 228. Weber in Schlaffke/von Voss 1982, 33.
- 83 §§ 5, 7 III der 9. Verordnung von 1959, abgedr. in Schill 1965, 142f., entspr. § 2 Arbeiterlaubnisverordnung (1971). Vgl. Dohse 1985, 256, Herbert 1986, 217.
- 84 § 8 Ausländergesetz, in Schill 1965, 147ff., trotzdem Ausweisung möglich: §§10, 11.
- 85 Grundsätze der Bundesländer 1969, nach Dohse 1985, 251f.
- 86 VGH München, 4.6.1969, mit Anm. Franz, in Neue Juristische Wochenschrift 1970, 1012ff.
- 87 Dohse 1985, 216ff., Herbert 1986, 181, 217, Muus/Penninx 1991, 192f.
- 88 V. Gienath, BDA, 1966, nach Gaitanides 1983, 97.
- 89 Nicht in der deutsch-türkischen! Texte in Schill 1965. Die Länderinnenminister sahen ihn 1965 vor nach einem Jahr Aufenthalt: Dohse 1985, 345.
- 90 Nach Mülhaupt-Lopez 1966, 172.
- 91 Vgl. Sabel, Präsident der Bundesanstalt u. H.M. Schleyer 1966, nach Gaitanides 1983, 99.
- 92 Heft 46, Jg. 1962, 4ff.
- 93 Mülhaupt-Lopez 1966, 189.
- 94 Auch in anderen europäischen Staaten: Hammar 1985, 255.
- 95 BVerwGE 42, 148, 153, 160.
- 96 Herbert 1986, 202ff. Mülhaupt-Lopez 1966, 96.
- 97 Nach Meier-Braun 1979, 110. Arbeitgebervertreter Weber benutzte 1970 erstmals das Wort Rotation: Nach Gaitanides 1983, 97, Meier-Braun 1979, 108.
- 98 Leitner 1987, 73.
- 99 Richter in Althammer 1975, 47. Das gleiche gilt freilich auch für den DGB, auch wenn Richter behauptet: „Die Gewerkschaften haben früh genug darauf aufmerksam gemacht.“ Zur gewerkschaftlichen „Legendenbildung“: Dohse 1985, 159ff., 297f.
- 100 Nach Dohse 1985, 215.

101 Joachim Blos, 1968 privater Anwerber, 1971 Personalchef, in: „Mit Lust brutzeln und Musik hören“, in: Die Welt, 17.5.1971.

3.2. Ausländerpolitik in der Niederlassungsphase – Strategien gegen die Einwanderung

Die Entdeckung des ‘Ausländerproblems’

Seit Anfang der siebziger Jahre bemerkte die deutsche Öffentlichkeit, daß sich viele ‘Gastarbeiter’ bereits niedergelassen hatten. Überfremdungsängste entstanden und verstärkten sich durch die Wirtschaftskrise.

Die entstehenden sozialen und infrastrukturellen Kosten minderten den volkswirtschaftlichen Gewinn, den die MigrantInnen der Bundesrepublik brachten¹. Denn allmählich brauchten die zugewanderten Familien einige Leistungen des Sozialsystems, für das sie bisher nur gezahlt hatten.

Während anfangs lediglich die Unternehmer für ‘angemessene’ Unterkünfte zahlen mußten, wuchsen nun die Aufgaben der Wohlfahrtsverbände (Beratungszentren) und Kommunen (Schulen und Kindergärten). In bezug auf Kindergärtenplätze beklagte die Bundesanstalt für Arbeit 1972, „in welchem Ausmaß heute Kapazitäten in typischen Engpaßbereichen durch die Ausländer gebunden werden“². Der rasche Zuwachs ausländischer SchülerInnen von 35 100 (1965) auf 158 000 (1970) überforderte die schon überfüllten und unvorbereiteten Schulen³. In diesen untauglichen Schulen scheiterten viele Migrantenkinder; seit Mitte der siebziger Jahre drohte diese Masse von SchulabbrecherInnen zum „sozialen Zündstoff mit Zeitzunder“ für die Gesellschaft zu werden⁴.

In den Altbauvierteln der Großstädte, in die viele Migrantenfamilien zogen, fehlte es an der nötigen Infrastruktur, denn die vorherrschende Politik der Flächensanierung hatte ja vorgesehen, diese Viertel abzureißen. Deswegen waren viele deutsche MieterInnen bereits weggezogen; nun behaupteten aber Lokalpolitiker und Medien, die Ausländer verdrängten die Eingewohnten. Die Debatte um die ‘Ausländerghettos’ setzte ein⁵. Auch der Berliner Senat sah die Gefahr des

„drohenden Zusammenbruchs der Infrastruktur dieser Stadtteile und der damit verbundenen Gefährdung der ausländischen und der deutschen Bevölkerung sowie der allgemeinen Sicherheit“⁶.

Statt die wohnungspolitischen Probleme anzusprechen, schürten viele Medien die Überfremdungsängste mancher Deutscher. Ein besonders rassistisches Beispiel zeigt der nebenstehende Ausschnitt aus einem SPIEGEL-Artikel.

Neben der kulturellen Überfremdung („wo einst Maximilian Harden das ‘Rauschen des Wasserfalls’ vernahm, tönt nun ‘türk folkloru’“) und der ethnischen Verdrängung („Fast alle bleiben im Lande und mehren sich redlich“) suggeriert der Artikel kriminelle Bedrohung („Einschußlöcher in der Decke“)⁷. Aus dem Kuriosum Ausländer – „Zwei kleine Italiener“ – war eine Bedrohung geworden: „Die Türken kommen!“⁸

Die MigrantInnen schienen noch in anderer Hinsicht die ‘innere Sicherheit’ zu bedrohen: Sie politisierten und integrierten sich zunehmend in Streiks. Bundesregierung, Verfassungsschutz und Arbeitgeber verschärfen ihre Überwachung und registrierten besorgte Aktionen wie den vor allem von Türken getragenen spontanen Streik im Jahr 1973 bei Ford in Köln⁹. Geriet die Stabilität der sozialen Schichtung in Gefahr?

Mit der Wirtschaftskrise trat dann noch die Konkurrenz um Arbeitsplätze hinzu. Die 1973–74 einsetzende Rezession, die das 1967 nur kurz gestörte ‘Wirtschaftswunder’ definitiv beendete, kehrte die Arbeitsmarktlage um: Die konjunkturelle Flaute ließ die Beschäftigung zurückgehen; darüberhinaus schufen Investitionsrückgang, Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit.

Zur politischen Stabilisierung sollte diese möglichst auf die politisch rechtlosen MigrantInnen abgewälzt werden. Auch die Gewerkschaften trugen diese Zielsetzung im wesentlichen mit¹⁰. Doch auf dem bereits stark segmentierten Arbeitsmarkt suchten verschiedene Branchen noch immer Arbeitskräfte und wollten nicht „abwarten, bis die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere die der Ausländer abgeschmolzen ist“¹¹.

Mit dem 'Export' der Arbeitslosigkeit stabilisierte die staatliche Ausländerpolitik zwar das System im ganzen, verstieß aber erstmals gegen die Interessen der einzelnen Unternehmen¹².

Abb.6: SPIEGEL-Titelstory vom 30.7.1973.

Hauptziele: Arbeitsmarkt und sozialer Frieden

1970 hatte die Bundesregierung noch an ihrer Linie festgehalten:

„Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig. Ihr Umfang richtet sich nach der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft.“¹³

Im Aktionsprogramm vom Juni 1973 ging es ihr bereits darum,

„das Interesse der Wirtschaft an der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer mit den Angebotsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur sowie den Notwendigkeiten ihrer angemessenen Eingliederung in Einklang zu bringen“¹⁴.

Mit dieser Verschiebung standen die zentralen Ziele der deutschen Ausländerpolitik der siebziger Jahre fest: Neben den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes sollte nun auch der bröckelnde soziale Frieden gesichert werden.

Für die beiden Zwecke der sozialen Stabilisierung und der Garantie einer flexiblen Arbeitskraftreserve wurden in der Folgezeit drei Methoden in unterschiedlichem Ausmaß kombiniert: Abschottung, Integration und Rückkehrpolitik. In den zahlreichen ausländerpolitischen Konzepten der siebziger und frühen achtziger Jahre wurden diese Aspekte als Ziele genannt; funktional sind sie aber Strategien, mit denen die genannten, eigentlichen Hauptziele erreicht werden sollen.

Ich werde die ausländerpolitischen Maßnahmen nun nicht im Detail und chronologisch aufzählen, sondern versuche, sie analytisch nach diesen drei Methoden zu trennen.

Die Strategie der Abschottung

Die wichtigste Strategie war die Abschottung, meist „sozial verantwortliche Konsolidierung“ genannt¹⁵. Da Ausländerpolitik noch immer vor allem Arbeitsmarktpolitik war, versuchte zunächst die Arbeitsverwaltung, den Beschäftigungsmarkt abzuschotten. Man hoffte, damit auch den Zuzug zu stoppen.

Schon vor der 'Ölkrise' wollte die Bundesregierung die Anwerbezahlen reduzieren: Im November 1972 sperrte sie den sogenannten 'Zweiten Weg' der direkten Anwerbung, im Juni 1973 erhöhte sie die Anforderungen an die Unterkünfte und die Vermittlungspauschale¹⁶. Das sollte weniger die Eingliederungshilfen finanzieren als vielmehr die Ausländerbeschäftigung unattraktiv machen. Falls das nicht ausreichen würde, wurde eine Wirtschaftsabgabe geplant.

Stattdessen wurde am 23.11.1973 der Anwerbestopp verhängt. Diese wichtigste ausländerpolitische Maßnahme der siebziger Jahre war übrigens nur eine fernschriftliche Weisung des Arbeitsministers an die Bundesanstalt, „vorübergehend“ keine Arbeitskräfte mehr anzuwerben. Weder Bundesanstalt noch Bundestag wurden konsultiert, die türkischen Behörden erfuhren davon erst durch die Presse¹⁷. Die 'Ölkrise' diente als willkommenes Anlaß einer schon geplanten, dauerhaften Politikwende¹⁸. Fast alle europäischen Immigrationsländer nahmen mit dem „turning point“ 1970–74 Abschied von einer offenen Zuwanderungspolitik¹⁹.

Parallel ordnete die Bundesanstalt an, in Deutschland neue Arbeitserlaubnisse nur nach strengerer Prüfung des Inländerprimats zu erteilen. Selbst bei bestehenden Arbeitsverhältnissen sollten Verlängerungen abgelehnt werden. In der Praxis beließen die Arbeitsämter aber nach wie vor den Unternehmen ihre eingearbeiteten Kräfte²⁰.

Auch die Migrantenfamilien wollte man vom Arbeitsmarkt fernhalten. Angehörige, die nach dem 1.12.1974 eingereist waren, durften grundsätzlich nicht arbeiten. Aus Sorge vor zuvielen – womöglich kriminell werdenden – arbeitslosen Jugendlichen wurde diese 'Stichtagsregelung' 1977 verändert (neuer Stichtag 31.12.1976) und 1979 durch eine Wartezeitregelung ersetzt, die Vollbeschäftigungsbranchen förderte²¹.

Die Bundesregierung hoffte darauf, daß die freiwillige Rückwanderung zusammen mit der Abschottung des Arbeitsmarktes die Ausländerzahl 'abschmelzen' werde. In der Tat sank die Ausländerquote bei den Beschäftigten von 11.6 % (1973) auf 9.1 % (1978); ein Viertel der MigrantInnen wurde vom Arbeitsmarkt verdrängt²². Doch pendelte sich die immigrierte Wohnbevölkerung bei rund vier Millionen ein; die Arbeitslosenquote der MigrantInnen schnellte von 0.8 % (1973) auf 6.8 % (1975) hoch, die 'stille Reserve' wuchs²³.

So war der Anwerbestopp nur partiell erfolgreich²⁴: Über die erreichten Zahlen hinaus ließen sich keine weiteren ausländischen Arbeitskräfte mehr durch Deutsche ersetzen; der Einwanderungsprozeß war über den Arbeitsmarkt nur noch begrenzt steuerbar.

Ende der siebziger Jahre ließ die verbesserte Konjunktur die Abschottungsstrategie vorübergehend zurücktreten; auch die zu dieser Zeit zahlreichen politischen Flüchtlinge aus der Türkei fanden relativ leicht Arbeit. 1980 stellten die AusländerInnen wieder 9.9 % der Beschäftigten.

Neben dem Arbeitsmarkt sollte auch das Wohnen in bestimmten Ballungsgebieten abgeschottet werden. Erstmals wurde die 'Regionalsteuerung' im Juni 1973 angedacht:

„Die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer in überlastete Siedlungsgebiete soll von der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur abhängig gemacht werden.“²⁵

1975 wurden dann Städte mit über 12 % Ausländeranteil zu 'überlasteten Siedlungsgebieten' erklärt, in denen nichtprivilegierte MigrantInnen weder wohnen noch arbeiten durften. Dies kam einer regionalen Plafondierung (administrative Festlegung von Höchstzahlen) gleich; bundesweit wurde anders als in der Schweiz nie plafondiert.

Gegen die Zuzugsstopps opponierten vor allem in Hessen und Baden-Württemberg die Unternehmen; sie konnten so viele Ausnahmen durchsetzen, daß die Regionalsteuerung leer lief und schließlich aufgehoben wurde²⁶.

Nur das Wohnen verbot die Berliner Zuzugssperre für neu einreisende MigrantInnen in den Bezirken Kreuzberg, Wedding und Tiergarten. Auch diese Regelung war unpraktikabel und rechtswidrig; sie wurde bald nicht mehr angewendet²⁷. Auch eine kritische Öffentlichkeit und die Umgehungsstrategien der MigrantInnen trugen zum Scheitern dieser Abschottungsversuche bei.

1981, nach dem zweiten 'Ölschock', erreichte die Abschottungspolitik ihren Höhepunkt; in der politischen Debatte entwickelte sich ein „Wettlauf der Begrenzungskonzepte“²⁸. Statt auf den Arbeitsmarkt bezogen sie sich auf die Einreise, speziell auf das Asylrecht und den Familiennachzug.

Das Asylrecht wurde mit dem Visumszwang für TürkInnen und dem Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen verschärft. Immer stärker hinderte man auch Familienangehörige, vor allem der sogenannten 'Zweiten Generation', schon an der Einreise. Die verlangten Aufenthalts- und Ehebestandszeiten wurden erhöht; ausreichender Wohnraum mußte nachgewiesen werden²⁹.

Größtes Hindernis für weitere Restriktionen war jedoch der auch für AusländerInnen geltende Artikel 6 des Grundgesetzes. So hob das Bundesverfassungsgericht 1988 das in Bayern und Baden-Württemberg geltende Erfordernis einer dreijährigen Ehebestandszeit auf³⁰. Der berühmte 'Lummer-Erlaß' des Berliner Innensenators vom 20.11.1981, der sich vor allem Jugendliche richtete, mußte nach Protesten abgeschwächt werden³¹. Vor allem CDU und CSU warnten in ihren 'Wende'-Wahlkämpfen vor angeblichen 'Belastbarkeitsgrenzen' und drängten erfolgreich darauf, nur noch Jugendliche bis 16 Jahren hereinzulassen. Jahrelang wurde eine weitere Herabsetzung auf sechs Jahre diskutiert, aber nicht beschlossen³².

Selbst unionsregierte Bundesländer räumten ein, daß das Nachzugspotential praktisch erschöpft sei. Auch die anderen Maßnahmen schikanierten zwar die Betroffenen, beeinflussten die Wanderungsbewegungen aber wohl nicht wesentlich. Gerade die Nachzugsdebatte war vor allem ein „Scheingefecht“ für den Wahlkampf³³. Ab 1985 richtete sich die Abschottungsstrategie hauptsächlich gegen Flüchtlinge.

Die Strategie der 'Integration'

Integration – hinter diesem Modewort der siebziger Jahre verbargen sich höchst unterschiedliche Konzepte. Die meisten krankten daran, daß Integration nicht Ziel einer langfristigen Minderheitenpolitik war, sondern ein Mittel blieb, um die oben genannten Ziele der Sicherung von Arbeitsmarkt und sozialem Frieden zu erreichen. Unter der Prämisse, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei, war zunächst nur eine partielle und temporäre Integration, später dann eine rein assimilative Integration vorgesehen.

So entwickelte der Berliner Senat 1972 ein „bedarfsorientiertes Integrationsmodell“. Um den Bedarf – nicht der MigrantInnen, sondern der Unternehmen – zu stillen, ging es um eine „Auslese der integrationsfähigen und integrationswilligen ... aus der Masse der in der Rotation verharrenden Zuwanderer“³⁴. Hier wird 'Integration' nicht als Aufgabe der Gesellschaft, sondern als „Anpassungs- und Leistungsprozeß“ der MigrantInnen verstanden; die Gesellschaft übernimmt nur die „Selektion“, bei der oft „(kultur-)rassistische Denkmuster eine wesentliche Rolle“ spielen³⁵.

Solche Konzepte ordneten die Integration beschäftigungspolitischen Zielen unter. Dem Arbeitgebervertreter Weber schien es zum Beispiel fraglich, ob die festgestellte Niederlassung der MigrantInnen volkswirtschaftlich überhaupt noch sinnvoll sei³⁶. In erster Linie sollten die MigrantInnen ja flexible Arbeitskräfte bleiben. Auch Heinz Richter vom DGB-Vorstand teilte diese Präferenz:

„Diejenigen, die glauben, daß die deutschen Gewerkschaften oder die Bundesrepublik Deutschland eine Politik machen würden, die zuließe, daß es Millionen deutsche Arbeitslose gibt, während die Ausländer in Arbeit sind, irren, das kann man von uns auch nicht erwarten, das wäre eine Illusion.“³⁷

Arbeitsminister Arendt wollte 1975 die Dauer-Arbeitserlaubnis abschaffen, konnte sich aber im Kabinett nicht durchsetzen³⁸.

Diese politischen Vorgaben zementierten die Unterschichtung der MigrantInnen. Befristete Arbeitserlaubnisse erschwerten den sozialen Aufstieg ebenso wie das regelmäßige Verbot der Selbständigkeit: Da „in der Regel kein Interesse daran bestehe, als Gastarbeiter gewonnene Arbeitskräfte der Wirtschaft wieder zu entziehen“, untersagte zum Beispiel das Oberverwaltungsgericht Berlin einem Jugoslawen, ein Restaurant zu eröffnen³⁹.

So wurde gerade auf dem Arbeitsmarkt die Segmentierung in den siebziger Jahren verstärkt und eine Integration der MigrantInnen verhindert. Schiller schreibt 1984:

„Die Vorstellung, die Ausländerbeschäftigung als Steuerungsvariable auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen, kann nicht länger aufrechterhalten werden.“⁴⁰

Seit den achtziger Jahren konnte der Staat immer weniger steuern, da die MigrantInnen mit der Zeit arbeits- und aufenthaltsrechtliche Ansprüche erworben hatten.

Schon laut Aktionsprogramm der Bundesregierung vom Juni 1973 „sollte bei längerer Aufenthaltsdauer der aufenthaltsrechtliche Status verbessert werden“, dieses Vorhaben wurde aber nicht realisiert⁴¹. Erst der 'Verfestigungserlaß' vom 7.7.1978 schuf für einen großen Teil der MigrantInnen den Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung. Dennoch blieben sie Auflagen und der möglichen Ausweisung ebenso unterworfen wie dem zunehmend als diskriminierend empfundenen Etikett 'Ausländer'. Auch erhielten sie diesen Status nur auf Antrag, bei Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse und genügenden Wohnraums. Aus Unkenntnis nutzten nicht alle MigrantInnen ihre Ansprüche⁴². Seit Anfang der achtziger Jahre wurde eine Novellierung des Ausländergesetzes von 1965 gefordert und wiederholt auch angekündigt, aber bis 1990 nicht umgesetzt⁴³.

Dennoch war die relative rechtliche Sicherheit ein wichtiger Integrationsschritt. Die Exekutive beschnitt mit ihm ihr eigenes Ermessen, getrieben vom rechtsstaatlichen Prinzip des Vertrauensschutzes⁴⁴ und der Hoffnung auf kostenlose Integrationserfolge.

Kostenersparnis war auch Motiv der Neuregelung des Kindergeldes von 1975, nach der für Kinder im Ausland weniger gezahlt wurde als für Kinder in Deutschland. Das machte den Nachzug attraktiver und galt daher in Wissenschaft und Öffentlichkeit als beispielhaftes Eigentor der

Ausländerpolitik⁴⁵. Tatsächlich war die Regelung aber nicht direkt ausländer-, sondern familienpolitisch motiviert; zudem scheint mir ihr Einfluß angesichts der existentiellen familiären Probleme der MigrantInnen eher zweitrangig (s. Kapitel 4.2).

Die Integration sollte nicht nur partiell, sondern auch temporär bleiben, lediglich eine 'Integration auf Zeit' sein. Einerseits sollte die Rückkehrbereitschaft gefördert werden, andererseits „alles getan werden, um den ausländischen Arbeitnehmern für die Dauer ihres Aufenthaltes menschenwürdige Lebensverhältnisse zu bieten“⁴⁶.

Diese Konzept entsprach dem Doppelziel, eine Einwanderung zu verhindern und den sozialen Frieden zu sichern. Zugleich berücksichtigte es die Umfrageergebnisse, nach denen die meisten MigrantInnen noch immer zurückkehren wollten. Daß diese Rückkehrorientierung nicht zu einer tatsächlichen Rückkehr führen würde, war in den siebziger Jahren wohl noch nicht abzusehen⁴⁷. Schnell wurde aber klar, daß der innere Widerspruch einer temporären Integration alle Ansätze behindern würde.

Auf dem Gebiet der Schulpolitik⁴⁸ waren dabei die Integrationsbemühungen am intensivsten, gleichwohl nicht sehr erfolgreich. Die Länderkultusminister entwarfen 1971 und 1976 gemeinsame Konzepte und führten zahlreiche Experimente und Pilotprogramme durch, ohne eine konsistente Linie zu finden. Grunddilemma war auch hier die Idee der 'Integration auf Zeit', die auf ein Leben in beiden Welten vorbereiten sollte und die Kinder in beiden Welten scheitern ließ.

Muttersprachlicher Unterricht erfolgte nicht im systematischen Rahmen einer planvollen zweisprachigen, interkulturellen Erziehung, sondern war eng darauf bezogen, die Rückkehrfähigkeit zu erhalten⁴⁹. Das führte oft dazu, die Migrantenkinder in reinen 'Ausländerklassen' zu isolieren. Schließlich durften sie mit Rücksicht auf die deutschen Eltern eine bestimmte 'Belastungsquote' pro Klasse nicht überschreiten.

Im Lehrstellenbereich griffen die verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen viel zu kurz, da ähnlich den schulischen Pilotprogrammen die Finanzierung zu knapp und nur für kurze Zeit bemessen war. Zudem tendierten viele – im Prinzip durchaus sinnvolle – Hilfsmaßnahmen dazu, die MigrantInnen nur als hilfsbedürftige Objekte zu sehen. Integration wurde zu einer Aufgabe der Sozialarbeit reduziert⁵⁰.

Auch in anderen Bereichen wie der Wohnungs- oder Gesundheitspolitik erwies sich das Konzept der 'Integration auf Zeit' als unpraktikabel.

Als dies deutlich wurde, und zugleich die freiwillige Rückwanderung nachließ, ging die bundesdeutsche Ausländerpolitik immer stärker dazu über, die MigrantInnen vor eine definitive Entscheidung zwischen Rückkehr und Assimilation zu stellen. In seiner Regierungserklärung 1981 gab ihnen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), zwei Möglichkeiten:

„Entweder Rückkehr in die alte Heimat; hierzu wird der Senat materielle Anreize und Hilfestellungen geben, oder Verbleib in Berlin; dies schließt die Entscheidung ein, auf die Dauer Deutscher zu werden.“⁵¹

Eine Studie argumentierte 1984 folgendermaßen:

„Wer sich nicht einbürgern lassen wolle, müsse finanziell abgefunden werden. Denn die Ausländer hätten in ihrer großen Mehrheit ausreichend Gelegenheit gehabt, sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Gastländer vertraut zu machen. Deshalb könne ihnen zugemutet werden, sich für oder gegen den dauerhaften Verbleib in diesen Ländern zu entscheiden.“⁵²

Favorisiert wurde die Rückkehr, denn alle Bekenntnisse zur Integrationspolitik standen stets unter der Überschrift: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“⁵³ Was man aber unter einem Nicht-Einwanderungsland verstehen sollte, wurde meist nicht weiter präzisiert. In den Einbürgerungsrichtlinien von 1977 heißt es:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbürgerungen zu vermehren.“⁵⁴

Arbeitgebervertreter Weber schrieb in einem Aufsatz von 1975, man wolle „keine Einwanderungs- und damit keine Germanisierungspolitik“ betreiben⁵⁵. Auch ein juristisches Gutachten

brachte 'Einwanderungsland' in einen Zusammenhang mit Assimilation⁵⁶. Gleichwohl verband man Einwanderung auch mit 'amerikanischen Verhältnissen' – Minderheiten, 'Ghettos', Unruhen.

'Wir sind kein Einwanderungsland' – das wurde erst seit den siebziger Jahren, dann aber immer öfter und heftiger betont. Die Begründungen klangen immer defensiver. Man wies Forderungen zurück, die niemand aufgestellt hatte; keiner hatte von der Bundesregierung verlangt, das deutsche Volk gezielt zu vermehren oder die MigrantInnen zu germanisieren.

Einige Initiativen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen hatten lediglich diagnostiziert, daß sich Deutschland in einer Einwanderungssituation befinde. Am frühesten tat dies meines Wissens eine Stuttgarter Studie 1972: „Obwohl die BRD kein Einwanderungsland sein soll, ist sie faktisch zum Einwanderungsland geworden.“⁵⁷ Am prominentesten war der 'Kühn-Bericht' des neugeschaffenen Ausländerbeauftragten, der 1979 die „Anerkennung der faktischen Einwanderung“ forderte⁵⁸. Im Herbst 1980 stellte ein Kirchensymposium fest: „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft.“⁵⁹

Diese Analysen sahen eine Anerkennung der faktisch eingetretenen Entwicklung als Voraussetzung für eine realistische Minderheitenpolitik. Ein Jahrzehnt nach der Entdeckung des 'Ausländerproblems' war mit dem Kühn-Memorandum nun die „amtliche Entdeckung der Einwanderungssituation“ gefolgt⁶⁰. Der verbale Abwehrkampf nicht nur der Konservativen beruhte also nicht auf einer mangelnden Wahrnehmung der Realität, eher auf einer „defensiven Erkenntnisverweigerung“⁶¹.

Das Festhalten an ursprünglichen Erwartungen wurde immer mehr zum Dogma einer Vogel-Strauß-Politik. In einem Gutachten zum Deutschen Juristentag 1980 hieß es: „Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen ist die Politik 'kein Einwanderungsland' heute weitgehend nicht mehr möglich.“⁶² Auch die bayerische Regierung stellte fest, daß „unstreitbar de facto eine Einwanderung stattgefunden“ habe, aber die Bundesrepublik könne kein Einwanderungsland sein⁶³. Der schon zitierte Arbeitgebervertreter Weber resümierte 1982 noch einmal die politische Zielsetzung der Ausländerbeschäftigung, indem er sich auf eine Arbeitgeberveranstaltung von 1966 bezog:

„Die hochindustrialisierte und dichtbevölkerte Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Sie hat daher interessierten Ausländern auch nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtert. Bei der Einreise arbeitswilliger Ausländer wurde daher auch auf wesentliche Vorbedingungen einer klassischen Einwanderungspolitik, nämlich die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Ausländer vor der Einwanderung zu prüfen, verzichtet. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich daher als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren. Diese Grundhaltung dient langfristig den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und denen der Heimatländer.“⁶⁴

Keine Rolle spielten die MigrantInnen selbst:

„Ob wir faktisch ein Einwanderungsland werden, können wir uns nicht durch Einzelentscheidungen von Ausländern aufzwingen lassen, die nur für begrenzte Zeit als Arbeitnehmer zu uns kamen. Wir haben (...) ein nationales Interesse daran, daß hier einer drohenden Entwicklung Einhalt geboten wird.“⁶⁵

Noch deutlicher national argumentierte die Unionsfraktion im Bundestag:

„Die Rolle der Bundesrepublik als nationaler Einheitsstaat und Teil einer gespaltenen Nation erlaubt nicht die Einleitung einer unumkehrbaren Entwicklung zum Vielvölkerstaat.“⁶⁶

Auch das Staatsbürgerschaftsrecht ging nur nach den national-staatlichen Interessen und sah die Einbürgerung als krönenden Abschluß eines Assimilationsprozesses⁶⁷. Demgegenüber hat die Migrationsforschung immer wieder festgestellt, daß rechtliche Sicherheit und politische Partizipationschancen zentrale Integrationsvoraussetzungen sind. Dafür müßten die politischen Rechte der MigrantInnen verbessert werden.

Angesichts der hohen Schranken zu einer Einbürgerung forderten verschiedene Gruppen, unter anderem die Grünen, ein neues 'Niederlassungsrecht'; dies entspreche der Realität der EinwanderInnen, die sich niedergelassen hätten, ohne aber Deutsche werden zu wollen⁶⁸.

Dementsprechend plädierten sie dafür, die auch den Nicht-StaatsbürgerInnen zugestandenen politischen Rechte auszuweiten, insbesondere ihnen das kommunale Wahlrecht zu geben. Das hätte die MigrantInnen zu größerem Engagement ermutigt und wenigstens lokal eine konsequentere Minderheitenpolitik gefördert.

Jedoch konnte sich keiner dieser Ansätze durchsetzen; statt politischer Rechte wurden lediglich Ausländerbeiräte und -beauftragte eingeführt⁶⁹, die eine mehr oder weniger aktive Öffentlichkeitsarbeit betrieben, im Verhältnis zur zuständigen Innenbehörde aber ohne Einfluß blieben. Die Dauerfehden zwischen Lieselotte Funcke (FDP) und Friedrich Zimmermann (CSU) in Bonn oder Barbara John und Heinrich Lummer (beide CDU) in Berlin standen für entgegengesetzte Linien innerhalb der Regierungen, zugleich für die gängige ausländerpolitische Doppelstrategie aus Repression und Sympathiewerbung⁷⁰.

Abgesehen von gewissen Einbürgerungserleichterungen im neuen Ausländergesetz von 1991 steht die Debatte noch heute im wesentlichen auf dem Stand von Anfang der achtziger Jahre.

Die Strategie der Rückkehrpolitik

Alle ausländerpolitischen Konzepte rechneten mit einer – freiwilligen – Rückkehr der Mehrheit der MigrantInnen. 1976 verkündete die baden-württembergische Regierung gar: „Im Vordergrund einer künftigen Ausländerpolitik steht das Rückkehrprinzip.“⁷¹ Ein striktes Rotationsprinzip wurde nur für den Fall neuer Anwerbungen diskutiert. Als die freiwillige Rückwanderung nachließ, verstärkte sich Anfang der achtziger Jahre der Druck auf die MigrantInnen.

Zunächst aber hieß es im Bonner Aktionsprogramm vom Juni 1973:

„Aus sozialen und humanitären Gründen lehnt es die Bundesregierung ab, den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer nach Ablauf einer bestimmten Zeit durch behördliche Eingriffe zwangsweise zu beenden.“⁷²

Die Bundesregierung wollte das Rotationsprinzip also nicht umsetzen. Da dies wiederholt beauftragt wurde, scheint es durchaus eine Diskussion und entsprechende Erwartungen gegeben zu haben. 1975 war im Kabinett selbst umstritten, ob sich die Bundesregierung darauf festlegen sollte, auch in Zukunft auf Zwangsmaßnahmen zu verzichten⁷³.

Tatsächlich wurde eine massenhafte Zwangsrückkehr (wie 1885 in Preußen oder mehrfach in den Ölstaaten am Golf) in der Bundesrepublik nie ernsthaft diskutiert. Das lag weniger an den häufig angesprochenen, aber nicht vorhandenen „Grundsätzen unseres liberalen Ausländerrechtes“⁷⁴. Vielmehr stand dem das Verfassungsrecht und eine kritische Öffentlichkeit entgegen. Die Gewerkschaften waren wegen des sinkenden Organisationsgrad bei den Deutschen inzwischen stärker auf ihre recht aktiven zugewanderten Mitglieder angewiesen⁷⁵: „Wir werden und können nicht dulden, daß sie einfach abgeschoben werden.“⁷⁶ Andererseits forderte einer ihrer Vertreter 1974:

„Um die deutschen Arbeitnehmer zu schützen, müssen alle gesetzlichen Möglichkeiten genutzt werden, um nicht benötigte ausländische Arbeiter nach Hause zu schicken. Wenn sie nicht freiwillig gehen, müssen die Vorschriften, die ihre Abschiebung zulassen, eben schärfer angewandt werden.“⁷⁷

Außenpolitisch mußte die Bundesrepublik nicht nur vermeiden, Erinnerungen an die 'Fremdarbeiter'-Zeit zu wecken, sondern auch Rücksicht auf die EG-Partner⁷⁸ und die Stabilität der strategisch wichtigen Herkunftsländer Jugoslawien und Türkei nehmen. In keinem anderen westeuropäischen Land gab es eine Massenausweisung; vielmehr versuchte die OECD, eine behutsame Rückkehrpolitik zu koordinieren⁷⁹.

Zudem hätten die Unternehmen dagegen entschieden protestiert. Zwar sahen auch sie bei der Ausländerbeschäftigung einen „Grenzwert erreicht“⁸⁰, brauchten aber weiterhin Arbeitskräf-

te: 1976 erwarteten 27 % der Betriebe aufgrund des Stopps einen Arbeitskräftemangel⁸¹. Ihr Vertreter Weber forderte 1975 neue Anwerbungen nach dem Rotationsprinzip:

„Wir sind uns darüber im klaren, daß wir auf lange Sicht auf die Mitarbeit ausländischer Arbeitnehmer in deutschen Betrieben angewiesen sind. Das bedeutet, daß wir nach Überwindung der derzeitigen konjunkturellen Situation die Tore für eine Anwerbung wieder öffnen müssen. Allerdings ist man sich auch darüber einig, daß das nicht mehr nach den bisherigen Kriterien erfolgen wird. Überlegungen zur Lockerung des gegenwärtigen Anwerbstopps richteten sich zunächst darauf, Saisonkräfte für eine Arbeitsaufnahme bei uns zuzulassen, wobei es vor allem darum geht, sicherzustellen, daß die Saisonkräfte nach Ablauf ihrer befristeten Tätigkeit bei uns auch tatsächlich wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Es fragt sich, ob künftig nicht auch in den Fällen, in denen eine Tätigkeit über eine Saisonbeschäftigung hinausgeht, die Aufenthaltsdauer des Ausländers bei uns zeitlich beschränkt werden sollte, um die Seßhaftmachung der Ausländer zu verhindern. Eine solche Politik würde auf die Zustimmung unserer Partnerländer stoßen. Sie wird sogar gelegentlich von diesen Ländern ausdrücklich gefordert, wie z.B. von der Türkei und Jugoslawien. Sie würde den Vorteil haben, daß das Interesse an einer Familiennachführung zurückgeht und damit uns erheblich geringere Infrastrukturkosten entstehen würden. Der Umfang der Geldüberweisungen in die Heimatländer bliebe bestehen. Das Ausländerkontingent bliebe ein auch regional mobiles Arbeitsmarktpotential. Damit würden sektorale und regionale Arbeitsmarktschwankungen besser ausgeglichen werden können. Bei einer Familienzusammenführung sind die Ausländer – wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben – genauso immobil wie deutsche Arbeitnehmer.“

Dafür würden die Arbeitgeber nun die Kehrseite der Einarbeitungskosten in Kauf nehmen⁸².

Hier sind die beiden diskutierten Varianten eines neuen Rotationsprinzips schon erwähnt: Mehrere Ministerien und der DGB stimmten einer Lockerung des Anwerbstopps für Saisonkräfte unter der Bedingung zu, daß ihre Rückkehr sichergestellt werde. Wie im Kaiserreich sollte eine 'Karenzzeit' gelten, nach der sie im nächsten Jahr zurückgerufen werden könnten. Doch verweigerten die Innenministerien nach Dohse das „Schlüsselement der gesamten Konzeption“, die staatlich-gewaltsame Durchsetzung der Ausreise⁸³. In Baden-Württemberg opponierte das Arbeitsministerium gegen das vom Wirtschaftsministerium und den Hoteliers geforderte 'Schweizer Modell' für die Feriensaison⁸⁴.

In anderen Branchen forderten die Unternehmerverbände seit dem Anwerbstopp ein 'weiches' Rotationsprinzip mit Ganzjahresbeschäftigung, das sie vorher abgelehnt hatten⁸⁵. In Baden-Württemberg brachte die Regierung Filbinger 1973 erneut die „Freiwillige Rotation“ ins Gespräch. Dabei blieben insbesondere die Grenzen der Freiwilligkeit äußerst unklar⁸⁶. Der Präsident der Bundesanstalt Stingl befürwortete das Rotationsprinzip 1979, der CDU-Politiker Dregger 1982⁸⁷.

Offenbar war es vor allem gedacht als Option bei einer eventuellen neuen Anwerbung. Solange der Anwerbstopp fortgalt, wurde es daher nicht konkretisiert; eine Anwendung auf die schon hier lebenden MigrantInnen war nicht geplant. Allerdings hatten dazu schon 1972-73 einzelne Ausländerbehörden in Bayern und Schleswig-Holstein einen Anlauf unternommen: Sie wollten AusländerInnen nach fünf Jahren ausweisen und Ersatzkräfte ins Land holen. Dagegen opponierten die Betriebe wegen der Einarbeitungskosten, die Gewerkschaften, weil die Organisation immer neuer Arbeitskräfte erheblich schwieriger wäre⁸⁸.

Zudem stieß eine so offensichtliche Reduktion der MigrantInnen auf ihre Funktion als Arbeitskraft auf scharfe Kritik einer sich formierenden Lobby aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen. Auch SPD- und FDP-Politiker nannten sie „unmenschlich“⁸⁹.

In Dreggers Formulierung klingen die beiden Opponenten an:

„Ich meine, die Frage einer vernünftigen und humanen Rotation muß noch einmal überdacht und darf nicht allein im Hinblick auf die Interessen der Wirtschaft oder gar mit gefühlsbezogenen Totschlagsargumenten vom Tisch gewischt werden.“⁹⁰

Zugleich blieb auch er sehr vage. Wenngleich keine konkrete Umsetzung in Sicht war, bestärkte die Debatte um die Rotation doch viele Deutsche und viele MigrantInnen darin, eine administrative Abdrängung der Eingewanderten für möglich zu halten. So meinten 1982 68 % der Deutschen (gegenüber 39 % 1978), die 'Gastarbeiter' sollten zurückkehren⁹¹.

Immer wieder wurde aber betont, daß die deutsche Wirtschaft bei einer vollständigen Rückwanderung zusammenbrechen würde. Dohse weist jedoch darauf hin, daß es – mindestens

den Unternehmen – nur um eine Abdrängung der arbeitslosen AusländerInnen ging⁹². Ab 1974 wurde arbeitslosen AusländerInnen teilweise das Arbeitslosengeld gestrichen oder gekürzt; Sozialhilfebezug war aber Ausweisungsgrund. Zwar wurde niemand direkt wegen bloßer Arbeitslosigkeit ausgewiesen, aber viele Arbeitslose fühlten einen massiven Rückkehrdruck⁹³.

Verschiedene Reintegrationshilfen sollten die freiwillige Rückkehr stimulieren. Die Bundesregierung betonte dabei,

„daß alle Überlegungen einer Rückkehrhilfe, einer Unterstützung der Rückkehr davon ausgehen, daß der Einzelne seine Entscheidung selbst treffen soll und auch treffen kann. Es soll also nicht partout für die Rückkehr geworben werden.“⁹⁴

Einzige konkrete Maßnahme war das Ankara-Abkommen von 1972, das ein Qualifizierungsprogramm für Rückkehrwillige und die Förderung von Arbeitnehmerschaften vorsah. Beide Ansätze, die später auch für andere Länder angewendet wurden, konnten die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen⁹⁵. Oft wurde gefordert, durch Kapitalinvestitionen in den Herkunftsländern Arbeitsplätze zu schaffen⁹⁶. Gezielte Entwicklungshilfe-Projekte in dieser Richtung kamen über das Diskussionsstadium jedoch nie heraus. Allerdings brachte die europäische Integration sowie die durch die Migration entstandenen Verbindungen eine erhebliche Internationalisierung des Kapitals, ohne jedoch die internationale Schichtung zu beseitigen.

Stattdessen dachte man vor allem an eine finanzielle Unterstützung einzelner RemigrantInnen. Schon 1975 hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger Rückkehrprämien und die Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes vorgeschlagen⁹⁷. Im Zusammenhang mit Entlassungen bei Audi in Neckarsulm zahlte das Land Prämien⁹⁸. Das Arbeitsministerium sah das als Erfolg:

„Wir fühlen uns in dieser Geschichte durch die praktischen Erfahrungen bei Audi-NSU bestärkt, wo wir das Ding mit 16 Millionen Mark gemacht und etwa 2000 Leute mit durchschnittlich 8000 Mark rausgeschafft haben.“⁹⁹

Das Land brachte über den Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, der aber im Bundestag für unpraktikabel und vor allem nicht finanzierbar gehalten wurde¹⁰⁰. Ein ähnliches Programm in Frankreich wurde 1981 wieder aufgegeben¹⁰¹.

Anfang der achtziger Jahre hatten Studien festgestellt, daß die meisten MigrantInnen nicht mehr zurückkehren würden¹⁰². Die Niederlassung war weitgehend abgeschlossen.

Gerade zu dieser Zeit kamen die Rückkehrprämien im Bundestag wieder zur Sprache. 1982 beschloß die sozialliberale Bundesregierung Maßnahmen zur Rückkehrförderung¹⁰³. Das Rückkehrhilfegesetz von 1983 bot MigrantInnen, die durch Konkurs arbeitslos geworden waren und binnen eines halben Jahres endgültig mit ihrer Familie ausreisten, eine Prämie von 10 500.– DM (plus 1 500.– DM pro Kind). Wichtiger noch war die sofortige Rückerstattung der Rentenbeiträge¹⁰⁴. Rückkehrprogramme des Berliner Senats und großer Firmen wie Mannesmann flankierten das Gesetz.

Sein Erfolg war sehr umstritten¹⁰⁵; wichtiger als Zahlen war wohl die psychologische Wirkung. Dohse schreibt:

„Der Bundesregierung ist es gelungen, die Einwanderungsfrage in ein Problem der Ausländerabwehr umzudefinieren. Ob sie nun zutreffen oder nicht, Erfolgsmeldungen über die Zahl der angeblich bewirkten Abgänge von Ausländern haben ihre ideologischen Wirkungen auf allen Ebenen.“¹⁰⁶

Nach Funcke, der Ausländerbeauftragten, hatte

„das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern, obwohl als Vergünstigung auf der Grundlage der Freiwilligkeit konzipiert, vielfach die Sorge von nachfolgendem direkten oder indirekten Druck ausgelöst.“¹⁰⁷

Ab etwa 1985 verschwand das Thema Rückkehr aus den öffentlichen Debatten; die an-schwellende Asylhysterie überlagerte das Problem der Arbeitsmigration.

Ausländerpolitik – wirre Integrationskonzepte oder gelungene Stabilisierung?

War die Ausländerpolitik in den sechziger Jahren reine Arbeitsmarktpolitik gewesen, trat in den siebziger Jahren die Sorge hinzu, die Niederlassung der MigrantInnen könnte in Zeiten der Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden gefährden. Die Strategien der Abschottung, der 'Integration' und der Rückkehrpolitik wurden in den folgenden vier Phasen unterschiedlich kombiniert.

Schon vor der Wirtschaftskrise waren soziale Kosten und Überfremdungsängste zum Vorschein gekommen. Zwischen 1973 und 1978 dominierte dann die Politik der 'Konsolidierung', die in erster Linie den Arbeitsmarkt abschotten wollte, mit einer freiwilligen Rückwanderung der MigrantInnen rechnete und daher nur eine 'Integration auf Zeit' anstrebte. Diese Annahme war aufgrund der starken Rückkehrorientierung in der Tat naheliegend, stellte sich aber bald als falsch heraus.

1979–80 schien sich das zu ändern; erstmals wurde die Einwanderung realistisch diagnostiziert. In dieser kurzen Phase trat die Integrationspolitik in den Mittelpunkt der Debatte; doch wurde im Prinzip bis heute keines der damals entwickelten Zukunftskonzepte verwirklicht.

Ab 1981 wendete sich das Blatt wieder von der Einwanderer- zur Ausländerpolitik, die sich zunehmend auf Abschottung und Rückkehrförderung zuspitzte. Die mittlerweile festgestellte Niederlassung wurde teils zugegeben, teils geleugnet oder ignoriert. Je mehr die Parteien über Ausländerpolitik diskutierten, desto weniger konkrete Maßnahmen und Gesetze verabschiedeten sie.

Ab Mitte der achtziger Jahre konzentrierte sich die Debatte – mit immer schrilleren Tönen – auf das Asylthema; um die ArbeitsmigrantInnen wurde es ruhiger.

Allgemein ist die schwankende, uneinheitliche und letztlich konzeptionslose Entwicklung der Ausländerpolitik kritisiert worden.

Mitverantwortlich für diese „non-policy“¹⁰⁸ waren die – hier nicht im einzelnen zu untersuchenden – Mechanismen, nach denen Ausländerpolitik entwickelt und gehandhabt wurde¹⁰⁹. So herrschte ein Kompetenzenwirrwarr auf vielen Feldern der Ausländer- und Minderheitenpolitik. Da sie vor allem von der Exekutive mit Erlassen betrieben wurde, wirkten unterschiedliche Tendenzen in den Bundesländern ebenso auf die Bundespolitik wie die teils übereinstimmenden, teils widerstreitenden Einflüsse der Tarifpartner. Parteipolitische Unterschiede sind erkennbar, aber nicht sehr deutlich.

Inhaltlich hielt man viel zu lange an dem überholten Rotationsprinzip fest; zwar versuchte man nicht, es nachträglich mit Gewalt durchzusetzen, aber man ging weiterhin von einer freiwilligen Rückkehr der überwiegenden Mehrheit der MigrantInnen aus.

Nach der nur an Unternehmensinteressen ausgerichteten 'Laissez-Faire'-Politik der sechziger Jahre konnte man „nicht einfach per Erlaß auf 'Integration' umschalten“¹¹⁰. Die zahlreichen unterschiedlichen Integrationskonzepte verraten gerade eine verbreitete Konzeptlosigkeit. So gab das Arbeitsministerium 1976 zu, es habe sich

„die Hoffnung, nach der die Bundesregierung mit einem Abbau der Ausländerbeschäftigung auch die Probleme der Eingliederung lösen wollte, nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil zu weiteren Fehlentwicklungen gekommen.“¹¹¹

Ab etwa 1980 wurde die Niederlassung und damit die De-facto-Einwanderung immer sichtbarer. Darauf reagierte das politische System zwar mit einer stärkeren Thematisierung der Frage, nicht aber mit der nötigen Wende zu einer Minderheitenpolitik. Bade kritisiert die „defensive Erkenntnisverweigerung“, die Kette

„politischer Verdrängungen und Versäumnisse. Sie werden ex post gern mit dem Hinweis legitimiert, all das habe man 'damals' doch gar nicht wissen können. Man konnte, aber wollte nicht.“¹¹²

Viele Politiker verschanzten sich hinter der – vermeintlich oder tatsächlich ausländerfeindlichen – Bevölkerung, der man nicht zuviel zumuten dürfe¹¹³:

„Auch die Diskussionen über Reizthemen wie 'Einwanderungsland' oder 'multikulturelle Gesellschaft' sind keineswegs geeignet, die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung zu erhöhen (...). Sie bringen inhaltlich überhaupt nichts und sind integrationspolitisch kontraproduktiv.“¹¹⁴

Damit entfernten sich die debattierten Konzepte zunehmend von den Erfordernissen der realen Einwanderungssituation.

Gegen diese Interpretation der bundesdeutschen Ausländerpolitik als „a 'muddling through' policy of crisis management, lacking consistent planning“¹¹⁵, läßt sich jedoch einwenden, daß es durchaus eine durchgängige Zielsetzung gab. Durch eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Kosten der MigrantInnen sollte der soziale Frieden gesichert und damit die Legitimation des Systems stabilisiert werden. Integration war in diesem Rahmen nur so weit nötig, wie dieser soziale Frieden bedroht schien – etwa wenn zuviele ausländische Jugendlichen arbeitslos wurden. Trotz der Niederlassungserscheinungen erfüllten die MigrantInnen ihre Rolle als industrielle Reservearmee.

Dieses Stabilisierungsziel wurde in den siebziger Jahren in der Tat erreicht. So konnte das Arbeitsministerium 1982 befriedigt feststellen:

„Seit dem Anwerbestopp 1973 hat die Zahl der beschäftigten Ausländer in der Bundesrepublik um über 600 000 abgenommen. Diese Entwicklung hat den deutschen Arbeitsmarkt spürbar entlastet und mit dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik von großen sozialen und wirtschaftlichen Konflikten verschont geblieben ist.“¹¹⁶

In den achtziger Jahren verringerten sich allerdings die politischen Steuerungsmöglichkeiten, da die ausländischen ArbeitnehmerInnen einen sichereren Status gewonnen hatten und immer weniger ersetzbar waren. Das war den meisten PolitikerInnen wohl durchaus bewußt; unter der Hand wurde die Einwanderungssituation auch von konservativer Seite zugegeben.

Die ausländerpolitischen Maßnahmen dienten nun weniger der realen Gestaltung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, als vielmehr ideologischen und parteipolitischen Zielen. Gerade das Rückkehrförderungsgesetz sollte Handlungsfähigkeit demonstrieren, nicht unbedingt tatsächlich Rückkehr fördern. Die geringen Realisierungschancen und die schlechten Erfahrungen in anderen Ländern waren bekannt.

Bommes und Scherr analysieren die Wandlung „vom sozialtechnischen zum ethnischen Umgang mit Migration“¹¹⁷:

„Das sozialdemokratische Politikmodell der Steuerbarkeit der sozialen Verhältnisse behandelt die Ausländerfrage nicht so sehr als ideologisches Problem, sondern als eine sich anbietende technische Möglichkeit der Regelung von Arbeitsmarktproblemen.“

Daher hatte die Ausländerpolitik in den siebziger Jahren auch

„wenig Drang zur Öffentlichkeit. (...) Die ideologischen und ethnischen Darstellungen des sogenannten Ausländerproblems aber gewinnen dann an Brisanz, als das Potential sozialtechnischer Lösungsversuche der Arbeitsmarktprobleme durch Ausländerdiskriminierung zu großen Teilen erschöpft ist.“

Ähnlich argumentiert Dohse:

„Wenn sich durch Ausländerverdrängung das Problem der Massenarbeitslosigkeit auch nicht annähernd lösen läßt, so ist auch die Kampagne zur Ausländerverdrängung anders zu interpretieren: Sie stellt keine Lösung der realen, sondern hauptsächlich einen Versuch der Lösung der ideologischen Probleme der Massenarbeitslosigkeit dar(...). Insofern steht die Kampagne zur Ausländerverdrängung im unmittelbaren Zusammenhang mit der Opposition der gleichen Kräfte gegen eine entscheidende Verkürzung der Arbeitszeit. Die Gesellschaft der Bundesrepublik steht gegenwärtig vor der grundsätzlichen Alternative, entweder die Arbeitszeit insgesamt zu verkürzen und damit jedem Einzelnen mehr Freizeit zu verschaffen, oder aber diese arbeitsfreie Zeit den Problemgruppen des Arbeitsmarktes – den Frauen, älteren Arbeitnehmern, Jugendlichen und ausländischen Arbeitnehmern – in Form von Arbeitslosigkeit aufzubürden. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung mit einer Umverteilung des knappen Arbeitsvolumens ist dann nicht nur als Entspannung der Arbeitsmarktlage zu begreifen, Arbeitszeitverkürzung würde auch zur Entschärfung einer unfruchtbaren ethnischen Polarisierung mit erheblichen Konsequenzen für die ideologischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik insgesamt beitragen.“¹¹⁸

Dieser Weg wurde aber nicht eingeschlagen; besonders die CDU/CSU setzte gerade auf diese Polarisierung. So avancierte die Ausländerbeschäftigung, über die in den sechziger Jahren Konsens geherrscht hatte, die in den siebziger Jahren allmählich als Problem gesehen wurde, in den achtziger Jahren zu einem zentralen Wahlkampfthema.

Allmählich bildete sich eine Lobby der MigrantInnen, die allerdings durch deren politische Rechtlosigkeit hauptsächlich von deutschen Initiativen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden getragen wurde. Ausländerpolitische Entscheidungen stießen auf größere Widerstände als früher; damit ließ sich aber auch mehr politisches Kapital aus ihnen schlagen.

Schon 1976 hatte der Stuttgarter SPD-Kandidat Erhard Eppler Ministerpräsident Filbinger einen „Wahlkampf auf Kosten der Ausländer“ vorgeworfen¹¹⁹. Vor allem in den 'Wende'-Wahlkämpfen instrumentalisierte die Union dann die Fremdenfeindlichkeit. Nach Meier-Braun¹²⁰ trug das wesentlich zu ihrem Erfolg bei; nach der Wende ging das öffentliche Interesse an der Ausländerpolitik zunächst wieder zurück, ehe der Wahlkampf 1987 das Asylthema belebte.

Da die sozialliberale Regierung, vor allem die SPD, in wesentlichen Punkten diesem Druck nachgab, unterschieden sich die konkreten Maßnahmen vor und nach dem Regierungswechsel wenig. Dennoch war die 'Wende' auch eine Wende in der Ausländerpolitik; hin nicht zu einer realistischen Minderheiten-, sondern zu einer ideologischen Sündenbockpolitik.

Darüberhinaus entstand ein Demokratiedefizit, auf das Dohse aufmerksam macht:

„Erstmals nach Abschaffung des preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts im Jahre 1918 hat sich in einem demokratischen deutschen Staat eine Situation entwickelt, in welcher der Arbeiterschaft bei demokratischen Wahlen ein geringeres Gewicht zukommt, als ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Denn aufgrund des fehlenden Wahlrechts ihres als Ausländer ausgegrenzten Teils sind in der Bundesrepublik derzeit 17 % aller Arbeiter ohne Wahlstimme. Dies verschiebt die politischen Gewichte insgesamt zu ungunsten der Arbeitnehmer.“¹²¹

Rotations- und Einwanderungspolitik im europäischen Vergleich

Hätte es Alternativen zur betriebenen Ausländerpolitik gegeben? Für diese Frage lohnt sich ein Blick über die Grenzen: In zahlreichen nord- und westeuropäischen Industrieländern waren in den fünfziger und sechziger Jahren ausländische ArbeiterInnen immigriert; europaweit wurden die relativ offenen Grenzen um 1970–74 weitgehend geschlossen.

Trotz dieser Parallelen differierte die Politik aber erheblich. Hier sollen nur einige Hinweise folgen, da ein ausführlicher Vergleich den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Vor allem wird die jeweilige Politik von sehr verschiedenen Faktoren (Herkunftsländer der MigrantInnen, Staats- und Rechtsverständnis, Wirtschaftsentwicklung) beeinflusst. Während die Migrationspolitik wiederholt verglichen worden ist¹²², gibt es über die Rückkehrorientierung nur einzelne, in Deutschland zum Teil schwer zugängliche Arbeiten¹²³.

In Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden hatten MigrantInnen aus den ehemaligen Kolonien von vorneherein die Staatsbürgerschaft und damit einen sicheren Daueraufenthalt. Dennoch gab es erhebliche Rückwanderungen, zumindest solange, wie die erneute Einreise unproblematisch war.

Die Verschärfung des Immigration Acts von 1962 hatte in Großbritannien¹²⁴ eine ähnliche Stabilisierung zur Folge wie der Anwerbestopp 1973. Schrittweise versuchte auch London, erst den Arbeitsmarkt, dann die Zuwanderung abzuschotten. Auch bei diesen rechtlich privilegierten MigrantInnen blieb eine mehr oder weniger reale Rückkehrorientierung lange erhalten, auch wenn, wie bei den Pakistanis in Großbritannien, die wirtschaftliche Entwicklung des Herkunftslandes schwierig war.

Schweden ist neben Großbritannien ein Sonderfall, da es von vorneherein eine Einwanderungspolitik betrieb¹²⁵; nicht in dem Sinn, daß es Zuwanderung förderte, sondern daß Migran-

Innen schon nach einem Jahr einen sicheren Status erhielten und sich nach fünf Jahren einbürgern lassen konnten. Schon in den sechziger Jahren sprach man offiziell nicht mehr von 'Ausländern', sondern von 'Einwanderern'. Sprachkurse wurden umsonst während der Arbeitszeit angeboten, Minderheitenorganisationen unterstützt. Nach drei Jahren bekamen MigrantInnen das kommunale Wahlrecht. Trotz dieser Einwanderungspolitik scheint die Rückwanderung ähnlich hoch gewesen zu sein wie in anderen Ländern. Hammar beschreibt dies als „Dilemma of Swedish immigration policy: They were invited to stay permanently – do they want to return?“¹²⁶ Er schätzt die Einflußmöglichkeiten der Politik eher gering ein gegenüber ökonomischen Faktoren und der Situation der Herkunftsländern.

Das andere Extrem im europäischen Rahmen ist die Schweiz, die am radikalsten ein Rotationsprinzip verfolgte¹²⁷. Doch wandte man sich schon 1963 etwas, 1970 verstärkt davon ab, immer wieder neu anzuwerben; wirtschaftlich war nicht etwa eine Rezession, sondern eine konjunkturelle Überhitzung die Ursache. Sowohl die schon eingetretene Unterschichtung als auch die Schwierigkeiten einer gleichwertigen Neurekrutierung angesichts der europäischen Konkurrenz machten das Rotationsprinzip problematisch. Hinzu trat die wachsende „grass-roots“-Bewegung¹²⁸ gegen die angebliche 'Überfremdung'. Die Zahl der MigrantInnen wurde reduziert – das gelang durch das Rotationsprinzip in größerem Maße als in Deutschland. Gleichzeitig wurde ihr Status im Innern verbessert: 1980 waren 76.6 % der AusländerInnen sogenannte 'Niedergelassene' mit mehr als zehn Jahren Aufenthalt und einem sicheren Rechtsstatus¹²⁹. Für über drei Viertel der MigrantInnen ist also der staatliche Handlungsspielraum eingeschränkt. Daneben gibt es aber noch immer je über 100 000 SaisonarbeiterInnen und GrenzgängerInnen. Diese Quote dürfte auch in Rezessionszeiten nicht zu verringern sein¹³⁰. Statt auf Rotation setzt man schon länger auf Assimilation.

Auch die DDR¹³¹ wandte ein striktes Rotationsmodell an. Unter den Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft ließ es sich besser kontrollieren; sobald diese zusammenbrach, zeigte sich eine Bleibetendenz bei vielen MigrantInnen.

Interessante Zwischenmodelle sind Frankreich und die Niederlande. Frankreich¹³² betrieb zunächst eine gezielte Einwanderungspolitik, förderte den Familienzuzug und die Einbürgerung. Dennoch reisten die meisten MigrantInnen unorganisiert, d.h. mehr oder weniger illegal ein und ließen sich später 'regularisieren'. In den siebziger Jahren schaltete Paris um zu einer massiven Rückkehrpolitik, mit Ausbildungskursen, Rückkehrprämien und Abschiebungen. Aus verfassungsrechtlichen und innenpolitischen Gründen wurde diese Politik aber nach dem Regierungswechsel 1981 aufgegeben. Die Rückkehrorientierung französischer ImmigrantInnen scheint den deutschen Verhältnissen vergleichbar¹³³.

Die Niederlande¹³⁴ übernahmen nicht nur das Wort 'gastarbeid' aus dem Deutschen, sondern verfolgten zunächst auch eine ähnliche Politik. 1974 wurde der Vorschlag, 5000 Gulden Rückkehrprämie zu zahlen, erwogen, aber nicht realisiert. Zwischen 1979 und 1981 vollzogen die Niederlande aber eine klare Wendung hin zu einer Minderheitenpolitik: Kommunales Wahlrecht, Unterstützung der durch die traditionelle 'Verzuiling' der niederländischen Gesellschaft schon erleichterten Selbstorganisation und Anti-Diskriminierungs-Maßnahmen.

Im europäischen Vergleich hat Deutschland die wenigsten Einbürgerungen; die MigrantInnen in der Bundesrepublik haben im Schnitt den schlechtesten Aufenthaltsstatus¹³⁵. Gerade als ihre Nachbarländer die Realität einer Einwanderung anerkannten und eine entsprechende Politikwende vollzogen, ignorierte die Bundesrepublik diese Erfahrungen und verstärkte die Rückkehrpolitik.

- 1 Bundesarbeitsminister Arendt am 13.3.1972: „Bei sich abschwächenden Vorteilen und steigenden Folgekosten wird schließlich ein Punkt erreicht, wo die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für eine Volkswirtschaft per Saldo keine neuen Wachstumsmöglichkeiten eröffnet.“ Nach Erfahrungsbericht 1972/3, 6.
- 2 ReprU 72, 24.
- 3 Dohse 1985, 304.
- 4 Arbeitsministerium 1976, nach Meier-Braun 1979, 92. Dohse 1985, 422f.
- 5 Heckmann 1985, 197ff., Gaitanides 1983, 29ff., Stahr in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 52ff.
- 6 1972, nach Stahr in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 54. Ähnlich Erfahrungsbericht 1972/3, 4.
- 7 Spiegel-Titelstory vom 30.7.1973.
- 8 Schlager von C. Froboess, 1962; Titel eines Stern-Artikels, 19.11.1972. Vgl. a. Meier-Braun 1979, 90ff.
- 9 Dohse 1985, 288ff. Erfahrungsbericht 1972/3, 58.
- 10 Kleff ²1985, 130ff., Dohse 1985, 299f., 347f.
- 11 Brief der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände an Innen- und Arbeitsministerium, 11.4.1974, Nach Dohse 1985, 311.
- 12 Dohse 1985, 307. Leitner 1987, 72f.
- 13 In ihren „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ von 1970, nach Meier-Braun 1979, 94.
- 14 Nach Erfahrungsbericht 1972/3, 6. Ähnlich die Thesen 1975, nach Mehrländer 1978, 123.
- 15 Aktionsprogramm 1973, nach Erfahrungsbericht 1972/3, 6.
- 16 Auf 1000.- DM. Erfahrungsbericht 1972/3, 6f.
- 17 Interview Mader/von Harassowski.
- 18 Dagegen opponierten Arbeitgeber und Bundesanstalt: Dohse 1985, 309f., Interview Mader/von Harassowski, Erfahrungsbericht 1972/3, 7f. Der DGB hatte am 16.11.1973 einen Anwerbestopp gefordert. Richter in Althammer 1975, 48.
- 19 Hammar 1985, 246ff.
- 20 Der Anteil der abgelehnten Anträge auf Arbeitserlaubnis stieg nur von 0.5 % (1972) auf 3 % (1975). Dohse 316ff.
- 21 Meier-Braun 1988, 12f., Esser/Korte in Hammar 1985, 185f.
- 22 ReprU 80, 3.
- 23 Dohse 1985, 355, Gaitanides 1983, 74. Bach in Hönekopp 1987, 147.
- 24 Ob er andererseits den Familiennachzug entscheidend förderte (so. z.B. Bade 1992, 396), ist fraglich. S. Kap. 2 und 4.2.
- 25 Aktionsprogramm der Bundesregierung, nach Erfahrungsbericht 1972/3, 6.
- 26 Ein Vertreter der Ausländerbehörde, nach Meier-Braun 1979, 164: „Sie hat außer Arbeit nichts gebracht.“ Zudem widersprach sie der Menschenrechtskonvention und dem europäisch-türkischen Assoziierungsabkommen. Dohse 1985, 341ff., Mehrländer 1978, 121ff., Meier-Braun 1979, 134ff.
- 27 Verwaltungsgericht Berlin vom 13.1.1978, nach Dohse 1985, 352. Trotzdem formal in Kraft bis 1990.
- 28 Meier-Braun 1988, 18ff.
- 29 Die schon in den Thesen der Bundesregierung 1975 vorgesehenen Einschränkungen wurden zunächst nicht realisiert. Mehrländer 1978, 124.
- 30 Bundesweit galt ein Jahr. Bischoff/Teubner ²1991, 56. Meier-Braun 1988, 20ff.
- 31 Meier-Braun 1988, 20.
- 32 Meier-Braun 1988, 18ff., 26, 29, 41.
- 33 Meier-Braun 1988, 214.
- 34 Nach Stahr in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 54.
- 35 Schulte 1992, 29.
- 36 Weber in Althammer 1975, 55.
- 37 Nach Dohse 1985, 299.
- 38 SPIEGEL, 8.12.1975, 37, Mehrländer 1978, 124.
- 39 Telegraf, 26.1.1972.
- 40 Schiller 1984, 643. Vgl. Gaitanides 1983, 288ff. „The regulatory goal of securing a flexible labour force meant that full integration could not be pursued.“ Leitner 1987, 71. Zur Bedeutung des Berufsstatus für die Integration: Hoffmann-Nowotny 1973, Esser 1980.
- 41 Erfahrungsbericht 1972/3, 7. Auch der dementsprechende 'Düsseldorfer Reformentwurf' von 1976 konnte sich nicht durchsetzen. Vgl. a. DGB-Vorschläge vom Februar 1973. Dohse 1985, 299, 300.
- 42 1980 waren 76 % seit 8 Jahren oder länger hier; nur 2.4 % hatten aber eine Aufenthaltsberechtigung, 23 % eine befristete Aufenthaltserlaubnis. ReprU 80, 540, 566.
- 43 Die sozialliberale Bundesregierung versprach sie „noch im Kalenderjahr 1982“. Meier-Braun 1988, 22ff.
- 44 Vgl. Bundesverfassungsgericht, in: BVerfGE 49, 168, 186. Schwerdtfeger 1980, 45, spricht von der „Automatik des Verfassungsrechts“.
- 45 Esser/Korte in Hammar 1985, 177: „This regulation made the most fundamental contribution to the dramatic restructuring of the immigrant population after the recruitment stop.“ 76 % der Deutschen sagten 1982, die 'Gastarbeiter' würden v.a. wegen dem Kindergeld ihre Kinder nachholen, Herbert 1986, 227.
- 46 Aktionsprogramm Juni 1973, nach Mehrländer 1978, 126f. Ähnlich Bund-Länder-Kommission 1977, nach Schwerdtfeger 1980, 21f.

- 47 Vgl. Kap. 4.2.
- 48 Leitner 1987, 83ff., Esser/Korte in Hammar 1985, 189ff., Mehrländer 1978, 132f., Meier-Braun 1979, 182f.
- 49 Z.B. Bayerisches Schulmodell. Meier-Braun 1988, 152f.
- 50 Vgl. Schulte 1992, 28, Bommers/Scherr 1991, 306. Damit konzentrieren sich Integrationsmaßnahmen zwangsläufig auf die kulturellen 'Defizite' der individuellen MigrantInnen statt auf deren kollektive soziale Ausgrenzung.
- 51 Nach Meier-Braun 1988, 19. Ähnlich Innensenator Lummer: „Also, ich räume in allem Freimut ein: Eine Reihe von Maßnahmen, die wir getroffen haben, sollte bewußt einen Integrationsdruck ausüben, bewußt die Menschen vor die Frage stellen, ob sie in Deutschland bleiben wollen oder wieder weggehen.“ In: SPIEGEL, 42/1984.
- 52 Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Biedenkopf und Miegel, nach FAZ, 25.10.1984.
- 53 Z.B. Innenstaatssekretär, 15.4.1970, nach BVerwGE 42, 153f., Aktionsprogramm Juni 1973, Bund-Länder-Kommission 1977, n. Meier-Braun 1988, 14. H. Richter vom DGB-Vorstand in Althammer 1975, 47: „Die Gewerkschaften sind in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und wahrscheinlich mit der Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist.“
- 54 Absatz 2.3., nach Deutsches Ausländerrecht 1991. Vgl. die Definition von Einwanderung in BVerwGE 36, 45, 51f. S. Einleitung.
- 55 Weber in Althammer 1975, 61. Zugleich schreibt er (57): „Man wird auf die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft der Bewerber größeren Wert legen müssen.“
- 56 Schwerdtfeger 1980, 24.
- 57 Schöfl u.a., nach Meier-Braun 1979, 122. 1973 meinte der hessische Ministerpräsident Osswald (SPD), daß die Bundesrepublik „ohne daß wir es offiziell gemerkt haben, in einigen Aspekten zu einem Einwanderungsland geworden sei“, nach Meier-Braun 1988, 138.
- 58 Nach Meier-Braun 1988, 15f. Auch der noch sozialdemokratische Berliner Senat betonte 1980, er habe „als erste Landesregierung anerkannt, daß eine faktische Einwanderung von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen eingetreten ist“, nach Meier-Braun 1988, 154. Ähnlich Mehrländer 1978, 132.
- 59 Nach Schulte 1990, 3.
- 60 Bade 1990, 760.
- 61 Bade 1990, 759f.
- 62 Schwerdtfeger 1980, 26.
- 63 Nach Meier-Braun 1988, 185. Vgl.a. die gewundene Argumentation von Ministerialrat Bodenbender (Bundesarbeitsministerium) in Ronneberger/Vogel 1982, 47f.
- 64 Weber in Schlaffke/von Voss 1982, 32.
- 65 Weber in Althammer 1975, 61.
- 66 Entwurf zu Entschließungsantrag v. 25.11.1981, nach Meier-Braun 1988, 22.
- 67 Es sei zu prüfen, „ob der Bewerber (...) einen wertvollen Bevölkerungszuwachs darstellt“, BVerwG, nach Schwerdtfeger 1980, 123f.; Einbürgerung stehe „am Ende des Integrationsprozesses“.
- 68 Bischoff/Teubner 1991, 176f. Groth/Just 1985, 28f. Ausführliche theoretische und vergleichende Diskussion von Status und Rechten der „denizens“ bei Hammar 1990.
- 69 Gegen erhebliche Widerstände: Meier-Braun 1988, 15.
- 70 Vgl. Meier-Braun 1988, 213f.
- 71 Regierung von Baden-Württemberg 1976, nach Meier-Braun 1979, 129.
- 72 Nach Erfahrungsbericht 1972/3, 7.
- 73 „Gastarbeiter: Je weniger, desto besser“, SPIEGEL, 8.12.1975, 37. Mehrländer 1978, 124.
- 74 Arbeitgebervertreter Weber in Althammer 1975, 51.
- 75 In Berlin war 1979 jedes 10. IG-Metall-, jedes 3. IG-Textil+Bekleidung-Mitglied aus der Türkei. Kleff²1985, 132.
- 76 H. Richter vom DGB in Althammer 1975, 49.
- 77 E. Duda, DGB-Vorstand und Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit, nach Kleff²1985, 130.
- 78 Zur Bedeutung bilateraler Niederlassungsverträge: BVerwGE 56, 254ff., 273ff.
- 79 Schierup 1990, 11ff.
- 80 Arbeitgebervertreter Weber in Althammer 1975, 54.
- 81 Nach Dohse 1985, 315.
- 82 Arbeitgebervertreter Weber in Althammer 1975, 56f.
- 83 Dohse 1985, 310f.
- 84 Meier-Braun 1979, 27ff.
- 85 Dohse 1985, 314. Meier-Braun 1979, 108.
- 86 Ausführlich: Meier-Braun 1979, 108ff.
- 87 Heckmann 1985, 95, Meier-Braun 1988, 23.
- 88 Dohse 1985, 304. Vgl. Meier-Braun 1988, 138, 141.
- 89 Meier-Braun 1979, 113.
- 90 Nach Meier-Braun 1988, 23.
- 91 Herbert 1986, 227.
- 92 Dohse 1986, 97f.
- 93 S. Kap. 4.2. Vgl. Dohse 1985, 331ff., Mehrländer 1978, 128.
- 94 Ministerialrat Jelden vom Bundeswirtschaftsministerium in Althammer 1975, 65.

-
- 95 Jelden in Althammer 1975, 66ff., Mehrländer 1978, 125f., Schulte 1986, Mühlfeld 1982. Zu Baden-Württemberg und Jugoslawien: Meier-Braun 1979, 174f. Ähnlich Frankreich: Lebon in Kubat 1984, 159f.
- 96 Althammer 1975, Aktionsprogramm Juni 1973, nach Erfahrungsbericht 1972/3, 7, Entschließungsantrag des Bundestags, 10.11.1983, nach Meier-Braun 1988, 36.
- 97 Meier-Braun 1979, 165ff. Mehrländer 1978, 125.
- 98 Meier-Braun 1979, 166.
- 99 Abteilungsleiter Staib in der Stuttgarter Zeitung, 1.10.1977, nach Meier-Braun 1979, 178.
- 100 Meier-Braun 1979, 169f.
- 101 Stuttgarter Zeitung, 27.10.1977: „Mit einer Prämie heim in die Arbeitslosigkeit“, nach Meier-Braun 1979, 181. Vgl. Lebon in Kubat 1984.
- 102 Socialdata 1980, 74ff., ReprU 85, 477. Vgl. Kap. 4.3.
- 103 Meier-Braun 1988, 25.
- 104 Nur der Arbeitnehmerbeiträge; die Arbeitgeberanteile brachten der Rentenkasse allein drei bis vier Milliarden Mark. Meier-Braun 1988, 35ff., 51. Details: Hönekopp 1987.
- 105 Meier-Braun 1988, 48ff., Hönekopp 1987.
- 106 Dohse 1986, 111. Ähnlich Mehrländer 1986, 66f.
- 107 Nach Dohse 1986, 111. S. Kap. 4.2.
- 108 Esser/Korte in Hammar 1985, 201.
- 109 Dazu ausführlich Dohse 1985, Esser/Korte in Hammar 1985, 199ff. und Meier-Braun 1988.
- 110 Herbert 1986, 228.
- 111 Ministerialrat Bodenbender, nach Herbert 1986, 222.
- 112 Bade 1992, 448, Bade 1990, 759f.
- 113 Herbert 1986, 228.
- 114 Ministerialrat Bodenbender (Arbeitsministerium) in Ronneberger/Vogel 1982, 38.
- 115 Leitner 1987, 75.
- 116 Ministerialrat Bodenbender in Ronneberger/Vogel 1982, 52.
- 117 Bommes/Scherr 1991, 296ff. Dort auch das Folgende.
- 118 Dohse 1986, 99.
- 119 Meier-Braun 1979, 170.
- 120 Meier-Braun 1988, 26f.
- 121 Dohse 1986, 100.
- 122 Castles 1984, Hammar 1985, Groth/Just 1985, Kubat 1984, Hammar 1990.
- 123 So: Sayad 1983, Freund 1984. Weitere Hinweise bei Bovenkerk 1974, Kubat 1984. Nicht zugänglich war mir: Baudet-Caille 1990, Penninx u.a. 1983.
- 124 Castles 1984, 41ff., Layton-Henry in Hammar 1985, 89ff.
- 125 Hammar in Kubat 1984, 187ff., Castles 1984, 62ff., Hammar 1985, 17ff.
- 126 Hammar in Kubat 1984, 187ff.
- 127 Braun 1970, 16f., Hoffmann-Nowotny in Hammar 1985, 206ff.
- 128 Hoffmann-Nowotny in Hammar 1985, 224.
- 129 Hoffmann-Nowotny in Hammar 1985, 219. In Deutschland besaßen rund 25 % eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung: ReprU 80, 566..
- 130 Hoffmann-Nowotny in Hammar 1985, 221.
- 131 Dazu: Berliner Geschichtswerkstatt 1993.
- 132 Castles 1984, 50ff., Lebon in Kubat 1984, 153ff., Verbunt in Hammar 1985, 127ff.
- 133 Die auch für diese Arbeit wichtigen Studien von Schiffauer und Mihçiyazgan stützen sich unter anderem auf den französischen Migrationssoziologen Sayad.
- 134 Lucassen/Penninx 1985. Entzinger in Hammar 1985, 50ff., Castles 1984, 57ff. Caarls und Apostolou in Groth/Just 1985, Bd. 2, 77ff., 289ff., Doomernik 1991.
- 135 Groth/Just 1985, Bd. 2, 322.

4. EinwanderInnen? – Ziele, Probleme und Selbstverständnis der MigrantInnen

In der Diskussion um die deutsche (Nicht-)Einwanderungspolitik habe ich die MigrantInnen nur als mehr oder weniger funktionierende Objekte dieser Politik dargestellt. Tatsächlich sind sie aber handelnde Subjekte; ihre Motive, Wahrnehmungen, Strategien und ihr Selbstverständnis will ich nun analysieren. Dabei stelle ich vor allem drei Fragen: Warum wollten die MigrantInnen ursprünglich zurückkehren? Warum sind sie hiergeblieben? Warum denken sie noch an die Rückkehr?

4.1. Migration auf Zeit – „Ich wollte nicht lange bleiben“

Zeitvorstellungen

Die gesamte Forschung geht davon aus, daß die MigrantInnen anfangs nur einen befristeten Aufenthalt in Deutschland und eine baldige Rückkehr planten. Tatsächlich fragten aber nur wenige – späte und begrenzte – Studien nach der ursprünglich geplanten Aufenthaltsdauer¹.

1977 sagten 70 % der MigrantInnen, sie hätten eigentlich weniger als fünf Jahre bleiben wollen².

1979 sagten 15 % der SpanierInnen, sie hätten für ein Jahr, 30 % für zwei bis drei Jahre, 17 % für drei bis fünf Jahre, 9 % für fünf bis zehn Jahre und 5 % für über zehn Jahre bleiben wollen³.

Von 1980 schon wieder zurückgekehrten Griechen hatten 44.4 % eine begrenzte Zeit (im Schnitt 4.3 Jahre), 40.2 % eine unbestimmte Zeit und nur 6.3 % für immer bleiben wollen⁴.

1982 befragte türkische Haushaltsvorstände hatten ursprünglich zu 32.5 % für einige Jahre, zu 3.5 % für immer bleiben wollen, 60.2 % hatten keine genaue Vorstellung gehabt⁵.

Viele Pläne waren schon anfangs unbestimmt; fast alle MigrantInnen wollten über den unterschriebenen Einjahres-Vertrag hinaus länger bleiben. Die Migration war nicht so eindeutig befristet wie vielfach angenommen.

Tatsächlich waren aber ursprünglich wohl kürzere Zeiten geplant gewesen, da die, die tatsächlich bald zurückgekehrt waren, nicht befragt wurden, andererseits aber viele Interviewte ihre eigenen Pläne im Nachhinein stimmiger machen.

Welche strukturellen Einflußfaktoren und individuellen Motive standen nun hinter dieser befristeten Migrationsplanung?

Deutsche Vorgaben

Rechtliche Grundlage der Migration waren die Vereinbarungen der Bundesregierung mit Italien (1955), Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Portugal (1964) und Jugoslawien (1968). Aus diesen Ländern vermittelte die Bundesanstalt für Arbeit von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 insgesamt 2.39 Mio ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland⁶. Darüberhinaus kamen zwischen 15 und 40 % der neu eingereisten Arbeitskräfte auf eigene Faust in die Bundesrepublik, sei es mit einem Touristenvisum, als Illegale, als Familienangehörige oder über den 'Zweiten Weg' der direkten Anwerbung. Unter den ItalienerInnen stellten sie schon 1962 die Mehrheit, ab 1966 über 90 %⁷. In jedem Fall aber entschied das Interesse der deutschen Wirtschaft über den Charakter der Wanderung.

Das deutsche Rotationsprinzip, das den BewerberInnen in Form von fertig ausgefüllten Einjahresverträgen vorgegeben wurde, dominierte auch die Gesamtmigration aus den strukturell abhängigen Entsendeländern. So emigrierten entgegen den Bemühungen der Herkunftsländer, vor allem Jugoslawiens, viele von den Deutschen besonders gesuchte Facharbeiter⁸. Der Sog des internationalen Arbeitsmarktes war so stark, daß selbst in der Türkei entgegen allem Brauch zu einem Viertel Frauen allein in die Fremde (voraus-)gingen⁹.

So liegt es nahe, daß sich die MigrantInnenpläne danach richteten, was die deutschen Regeln vorgaben, und daher befristet waren¹⁰.

Probleme der abhängigen Peripherie

Alle Herkunftsländer (außer Norditalien) gehörten zu den Entwicklungsländern¹¹; sie litten unter grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen wie fehlender Industrialisierung und Infrastruktur, Kapitalmangel, ungleicher Besitzverteilung, raschem Bevölkerungswachstum, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung. Am stärksten betroffen war die Türkei, die nicht einmal zu den Schwellenländern zählte.

Neben unterschiedlichen endogenen Ursachen¹² gingen die Probleme zurück auf die historische gewachsene Abhängigkeit des Mittelmeerraums von Nordwest-Europa, die etwa in der Geschichte Portugals halbkoloniale Züge annahm. Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich diese Abhängigkeit der Peripherie im Süden vom Zentrum im Norden; sie führte zu einer wachsenden strukturellen Heterogenität auch innerhalb der Länder, d.h. zu erheblichen sektoralen und regionalen Gefällen im Lebensstandard, in der Produktivität, der Produktionsstruktur etc.¹³

Die meisten AuswandererInnen kamen aus agrarisch geprägten Regionen, die innerhalb des peripheren Landes wiederum eine Peripherie darstellten: Nordportugal, Andalusien, Süditalien, Bosnien oder Nordgriechenland. Problematisch war besonders die Verarmung der Kleinbauern auf ihren unproduktiven Minifundien wie in Nordportugal oder die Verelendung der Landarbeiterschaft in großagrarisches geprägten Regionen wie Andalusien¹⁴. Auch eine rasche Modernisierung der Landwirtschaft setzte Arbeitskräfte und damit MigrantInnen frei¹⁵.

Abb. 7: Die peripheren Herkunftsgebiete der MigrantInnen¹⁶.

Naheliegender wäre es nun, daß Landlose eher endgültig und als komplette Familie auswandern, um sich in der Fremde eine völlig neue Existenz aufzubauen, während in kleinbäuerlichen Familien eher Einzelne für eine begrenzte Zeit ins Ausland gehen (oder geschickt werden), um zum Familieneinkommen beizutragen. Leider läßt sich dies bei dem knappen Drittel der MigrantInnen, die vorher in der Landwirtschaft arbeiteten¹⁷, nicht unterscheiden.

Etwas anders begann die Wanderung in der Türkei, dem einzigen Land ohne Auswanderungstradition: Hier migrierten zunächst die mobileren, qualifizierteren StädterInnen aus den nordwestlichen Provinzen, wo auch die deutschen Anwerbebüros arbeiteten¹⁸. Das lag aber auch an der starken Binnenwanderung aus den Peripherien in die Zentren, die in allen Ländern in Gang gekommen war. Die internationale Migration verstärkte diesen Aspekt der strukturellen Heterogenität, weil die Städte, in denen die Anwerbestellen arbeiteten, als Sprungbretter nach Deutschland immer mehr DörflerInnen anzogen. Die Wanderung erfolgte so häufig in Etappen¹⁹.

Wanderungstraditionen

Aus allen Herkunftsländern – außer der Türkei – waren schon lange Menschen ausgewandert, vor allem um die Jahrhundertwende und bis zum Ersten Weltkrieg. Zielländer waren in erster Linie Nord- und Südamerika, teilweise aber auch schon Mitteleuropa²⁰. Die Einwanderungskontingente v.a. der USA waren aber schon nach dem Ersten Weltkrieg bzw. in der Weltwirtschaftskrise drastisch gesenkt worden und blieben bis heute auf dem niedrigen Niveau der Zwischenkriegszeit. Da in den Fünfzigern jede Veränderung der US-Einwanderungsquoten sofort auf die Migrationsstatistik durchschlug²¹, wären offensichtlich weiterhin mehr Menschen nach Übersee gegangen, wenn sie dort Aufnahme gefunden hätten. Das Tor zur Neuen Welt blieb bis auf einen kleinen Spalt geschlossen²².

Auch die Überseewanderung war nicht immer so definitiv wie gemeinhin angenommen: Die italienische Rückwanderung aus den USA machte nach der Jahrhundertwende 45 % der Auswanderung aus²³. Erst mit der innereuropäischen Wanderungsalternative sank diese Quote in den fünfziger Jahren²⁴; möglicherweise gingen nun nur noch die definitiv Entschlossenen über den großen Teich. Die überseeische Remigration scheint in Italien am stärksten – und am besten erforscht²⁵ – zu sein, so daß hier schon eine Art Tradition der Rotation bestand²⁶.

Nun eröffnete die staatliche Anwerbung und Vermittlung nach Deutschland einen neuen Migrationsweg, der zudem billiger und sicherer war, da die Reisekosten weitgehend gezahlt wurden und Arbeitsvertrag und Wohnmöglichkeit garantiert waren. Insofern war das Risiko viel geringer; man konnte es einfach einmal 'probieren', ohne alle Brücken hinter sich abubrechen²⁷.

Die temporäre Emigration war damit eine neue Chance mit geringeren (finanziellen, sozialen und psychischen) Kosten als die traditionelle Dauerauswanderung. Vielleicht wollten viele MigrantInnen aber auch endgültig weg, mußten sich jedoch mangels Alternative auf die von den deutschen Regelungen vorgegebene Befristung einlassen.

Wirtschaftliche Gründe

Die meisten Menschen wanderten aus wirtschaftlichen Gründen aus: Die im Vergleich ungeheuren Löhne in der Ferne versprachen der Familie den einzigen Ausweg aus der zuhause unüberwindlichen Armut, Unterbeschäftigung und Ausbeutung.

Alle Umfragen ergaben als eindeutig wichtigstes Motiv (über 50 %), daß das Einkommen nicht ausreichte und in Deutschland mehr Geld zu verdienen sei²⁸. Nur wenige MigrantInnen hatten aber ein konkretes Sparziel vor Augen.

Nur etwa 20 % nannten Arbeitslosigkeit als Auswanderungsgrund²⁹. Wenige MigrantInnen waren arbeitslos gewesen, viele jedoch unterbeschäftigt. Ein türkischer Kleinbauer: „Im Jahr haben wir drei bis vier Monate gearbeitet, die übrige Zeit saßen wir wie die Hühner auf der Stange.“³⁰ Schon manche ihrer Väter hatten sich auf den weiten Weg in die Stadt gemacht, um Arbeit zu suchen.

Nun aber schienen schon wenige Jahre Trennung und Arbeit in der Fremde zu genügen, um ein Geschäft oder Grundstück in der Stadt zu kaufen und eine geachtete Existenz für sich und seine Familie aufzubauen. Ohne jegliche Sozialversicherung ist Grundbesitz die wichtigste Da-

seinsvorsorge. Der Lebenstraum, sich „eine Zukunft zu begründen“³¹, der nur wenigen nach jahrzehntelanger Mühe vergönnt gewesen war, war jetzt offenbar ein binnen kurzem erreichbares Ziel.

„Hier kann ich mit dem Verdienst von einem Monat ein Auto kaufen... In der Türkei mußt du 20 Jahre dafür arbeiten... Hier kannst du dir mit dem Verdienst aus zwei Jahren Arbeit ein Haus in der Türkei kaufen... Wenn du in der Türkei arbeitest, mußt du ... dafür dreißig Jahre lang arbeiten und das reicht nicht einmal... Also es liegen Welten dazwischen“³²

„Wenn die Zeitspanne, die einen von der Realisierung eines wichtigen Zieles wie dem Erwerb eines Hauses trennt, von 30 auf zwei Jahre schrumpft, dann wird die Zeit beherrschbar und berechenbar. (...) Das Ziel liegt einem gleichsam 'vor Augen'“³³

In einem großen 'Kraftakt' kann man sein Leben selbst in die Hand nehmen. Der Hausbau war also weniger ein konkretes Sparziel, nach deren Erreichung man sofort zurückkehrt, sondern symbolisierte den sozialen Aufstieg in eine andere Klasse. Wenn das Haus stand, merkten viele, daß dazu das Symbol allein noch nicht reichte. Das eigentliche Migrationsziel war damit eher vage: So gab es später nicht den klaren Punkt, an dem man sagen konnte: 'Jetzt habe ich geschafft, was ich wollte.'

Stärker als andere Nationalitäten waren die Italiener wegen Arbeitslosigkeit migriert. Aber auch sie hatten das umfassendere Ziel,

„der Situation im Heimatland etwas entgegen zu setzen; Migration als individuelle Lösung aus der 'miseria', als eigenständige Zukunftsplanung und -gestaltung, ohne allein auf Gunst und Beziehungen angewiesen zu sein“³⁴.

Daß die Lösung individuell sein sollte und nicht kollektiv (z.B. politische Opposition zur Änderung der sozialen Verhältnisse), machte die Emigration für die Eliten und Regierungen so interessant.

Unzufriedenheitsventil

Zwar bestanden zunächst seitens einiger Herkunftsländer rechtliche Restriktionen gegen die Auswanderung. Spanien, die Türkei, Jugoslawien und Portugal erlaubten erst zwischen 1959 und 1965 schrittweise die Ausreise. Trotz unterschiedlichster politischer Systeme läßt sich diese Öffnung interpretieren als gleichzeitige Abkehr von den Versuchen einer autozentrierten Entwicklung³⁵; teilweise dienten die Anwerbevereinbarungen freilich nur dazu, einen großen illegalen Strom zu kanalisieren. Nun versprach die Migration ein ökonomisches, soziales und politisches Entlastungsventil; die Regierungen hofften auf den Export von 'überschüssiger' Arbeit (und damit Unzufriedenheit) und den Import von fehlendem Kapital (Lohnüberweisungen). Die ArbeitsmigrantInnen sollten als komparativer Vorteil in der internationalen Arbeitsteilung instrumentalisiert werden³⁶. Italien hatte seit 1952 auf ein Abkommen mit Deutschland gedrängt, Spanien schuf ein staatliches Emigrationsbüro³⁷.

Die Frage einer Befristung spielte dabei keine Rolle; berufliche Qualifikation als Migrationsziel wurde erst im Nachhinein von den Regierungen in die Debatte gebracht. Die Türkei wollte eine Befristung, um möglichst viele Unzufriedene an das Ventil zu lassen. Nur Belgrad bezweckte gezielt eine vorübergehende Entlastung während der reformbedingten Umstrukturierungskrise und bemühte sich bald, aber erfolglos um eine geplante Reintegration der EmigrantInnen³⁸. Die anderen Staaten förderten die Rückkehrorientierung ihrer EmigrantInnen, nicht aber deren tatsächliche Rückkehr.

Auch die politische Unterdrückung – fast überall herrschten Militärdiktaturen – brachten viele Menschen dazu, sich im Ausland anwerben zu lassen: Die Grenzen zwischen Arbeitsmigration und politischem Asyl sind nicht immer eindeutig.

Familiäre Motive

‘Zukunftssicherung für die Familie’ gaben besonders die TürkInnen oft als Auswanderungsmotiv an³⁹; sie dürfte aber auch andere Nationalitäten bewegt haben. Unabhängig von religiös-kulturellen Unterschieden trugen in allen Ländern die Einzelnen die Verantwortung für den (Groß-)Familienverband, innerhalb dessen festen Beziehungsgeflechts sie die ihnen bestimmte Position ausfüllen mußten⁴⁰. Daher war die Migrationsentscheidung oft ein Familienschluß, wenn wie in der von Schiffauer analysierten Biographie Süleymans der Sohn ausgeschickt wurde, um mit seinem Zusatzverdienst die väterliche Landwirtschaft zu unterstützen:

„Es war hauptsächlich mein Vater, der wollte, daß ich emigriere... Er wollte es so: Ich sollte gehen und ihm dann das Geld ins Dorf schicken, damit er dort seine Sachen machen kann.“⁴¹

Im Familienkontext können aber auch andere Gründe die Migration auslösen. In der ökonomischen Modernisierung lösten sich die jüngeren Kernfamilien allmählich und migrierten in die Städte, blieben aber der elterlichen Hofgemeinschaft wirtschaftlich verbunden. Bei 43 % der türkischen Männer (19 % der Frauen) fiel der Entschluß allein, bei 42 % (51 %) zusammen mit dem Ehepartner und nur bei 14 % (29 %) zusammen mit den Eltern⁴². Zunehmend wichtiger wurde es, den Kindern eine gute Bildung zu ermöglichen und sie zu fördern: „Meine Söhne sollen nicht sagen, ihr Vater habe ihnen nichts gekauft.“⁴³

Manche Söhne und Töchter wanderten gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern aus, flüchteten vor der elterlichen Autorität, einer geplanten Hochzeit oder familiären Konflikten. In standardisierten Umfragen wurden diese Aspekte seltener genannt; häufiger tauchen sie in Lebensgeschichten wie der folgenden auf⁴⁴.

Als der gerade zitierte Süleyman in Istanbul eine Frau kennenlernte, wurde diese deshalb von ihrer Familie nach Österreich geschickt: „Sie sagten: ‘Sobald sie nach Europa zieht, wird sie ihn verlassen.’“ Das Paar blieb aber in Kontakt; er entschloß sich trotz seiner ursprünglichen Abneigung, auch zu emigrieren, da sie zuhause einem auf Dauer wohl zermürbenden Druck seitens der Verwandten ausgesetzt gewesen wären. Sein Vater war ebenfalls gegen diese Heirat und damit nun auch gegen die Migration.

„Ich habe gesagt: ‘Vater, die ganze Zeit sagst du, daß ich nach Österreich gehen soll – und jetzt bist du wieder dagegen!’... Ich habe dann zwei Jahre nicht mit ihm gesprochen.“

Die familiären Spannungen, das hier offenbar dominierende Migrationsmotiv, legten sich mit der Geburt von Kindern; nun traten aber ökonomische Ziele hinzu: „Ich würde gerne einen modernen Bierausschank eröffnen.“

Eine ähnliche Konstellation zitiert Akpınar:

„Streit. Zuerst bin ich gekommen, dann mein Mann und unsere Kinder. In der Türkei hatten wir ständig Streitereien über Kleinigkeiten, die von meinen Schwiegereltern ausgingen. Außerdem hat mein Mann viel getrunken. Jetzt haben wir keine Zeit für solche Dinge, wir müssen arbeiten. Was soll ich weiter sagen ...“⁴⁵

Schiffauer betont den Aspekt der Migration als Rebellion, als bewußte Lösung von der Tradition⁴⁶. Plötzlich mußten die Einzelnen nicht mehr nur ihre vorgegebene Rolle in Dorf und Familie ausfüllen, sondern konnten von der selbständigen Gestaltung der eigenen Zukunft träumen. Zukunft („istikbal“) bedeutete ein geachtetes, möglichst selbständiges Auskommen ohne Handarbeit und Befehlsempfangen.

Manche MigrantInnen waren auch neugierig: „Ich wollte bloß ‘ne andere Welt sehen, ‘ne andere Sprache lernen. Ich wollte nicht lange bleiben.“⁴⁷ 4 % der Männer waren aus Abenteuerlust, 7 % für ihre berufliche Fortbildung migriert⁴⁸.

Wenn so unterschiedliche Motive zusammenfließen, wird eine exakte Zukunftsplanung erschwert.

Kollektiver Aufbruch

„Unser Dorf ist zurückgeblieben. Alle, die jetzt heranwachsen, das heißt diejenigen, die Köpfchen haben, fliehen in die (...) großen Städte: 'Laßt uns als einzelne eine Zukunft gewinnen!'“⁴⁹

Das verstärkte sich, als bekannt wurde, daß in Deutschland Arbeitskräfte gesucht werden. Der Zukunftstraum wurde „zum ersten Mal für eine breite Gruppe realisierbar“⁵⁰; keiner wollte mehr zurückbleiben. So entstand ein kollektiver Sog, gespeist durch ein traditionell idealisiertes Deutschlandbild.

In der Türkei entstand auf dem Hintergrund eines tradierten, noch heute wirksamen Mythos' von der 'Waffenbrüderschaft' mit den Deutschen im ersten Weltkrieg eine schillernde Vorstellung von einer fremden Ferne voller Luxus, Erotik und Unglauben. Auch anderswo wurde Deutschland sehr idealisiert, selbst in den Ländern, die im Zweiten Weltkrieg unter der deutschen Besetzung gelitten hatten.

Dieses Bild wurde verstärkt durch die oft angeberischen, schönfärberischen Erzählungen anderer Migranten während ihres Heimaturlaubes. Selbst wenn sie negative Erlebnisse erzählten, verblaßten diese gegenüber dem Eindruck der Mitbringsel.

„Als wir noch in der Türkei waren, haben wir Bekannte gesehen, die nach kurzer Zeit mit einem Auto in die Türkei kamen, um ihren Urlaub zu verbringen. Das war Empfehlung genug.“⁵¹

Allen Umfragen zufolge, hatten die MigrantInnen sehr unzureichende Informationen über Deutschland⁵².

Statt eines Vorbereitungs- oder Sprachkurses gab es bei der Anwerbung nur knappe Informationen wie diese aus dem offiziellen türkischen „Handbuch für Arbeiter, die ins Ausland gehen“:

„Jederzeit müssen Sie sich Ihres Heimatlandes rühmen und stolz sein und Ihre Gefühle der einheimischen Bevölkerung vermitteln. (...) Wenn Sie bei heißem Wetter auf der Straße gehen, sollen Sie ihre Jacke nicht über die Schulter werfen. Wenn die Hitze Sie stört, müssen Sie, wenn Sie die Jacke ausziehen, sie unbedingt falten und in der Hand tragen. Das gegenteilige Verhalten sieht versnobt aus und Sie verlieren dadurch die Sympathie der einheimischen Bevölkerung.“⁵³

Solche sonderbaren Sitten konnte sich niemand richtig vorstellen, schon gar nicht in der aufgeregten Anwerbesituation, die der türkische Arbeitsminister romantisch umschrieb: „Braut und Bräutigam hören in der Hochzeitsnacht nichts.“⁵⁴

Wer nicht weiß, was ihn erwartet, kann kaum im voraus wissen, wie lange er bleiben wird.

Leben für die Rückkehr

Das Leben in Deutschland war zunächst völlig geprägt von der Rückkehrorientierung. Arbeiten und Sparen standen im Zentrum des Alltags. Schichtarbeit, Überstunden und Akkordstreß verbrauchten einen Großteil der Energie; die Sparquote lag sehr hoch, da fast asketisch auf jeden Konsum verzichtet wurde. Das Junggesellenleben in den Wohnheimen war triste:

„Wir arbeiten acht Stunden am Tag. Raus aus der Arbeit, Essen kochen, Wäsche waschen. Dann zu Hause Einsamkeit, keine Kinder, keine Frau, keine Eltern, an deiner Seite keine Bekannte, Verwandte oder Freunde... Aber wir sagen uns: 'Ertragen wir das Dasein hier, machen wir in kürzester Zeit drei oder fünf KURUS.'“⁵⁵

Aber man war jung und stark, konnte sich bewähren, und die ersten Erfolge stellten sich ein: Das erste Auto, schließlich ein Haus, ein Grundstück...

„Also derjenige, der Geld verdient und damit umgehen kann hat hier alle Möglichkeiten...“ Aus diesem Satz spricht das Gefühl der Machbarkeit des Lebens – und damit das Gefühl, Subjekt seiner Geschichte zu sein.“⁵⁶

Viele MigrantInnen spürten den „Stolz (...), ganz alleine und ganz auf sich selbst verwiesen die Probleme bewältigt zu haben, die das Leben in der Fremde aufwirft.“⁵⁷ – „Ich ließ mich nicht einschüchtern!“⁵⁸

- 1 Breitenbach 1982, 44, übertreibt: „Daß der Aufenthalt im Ausland von vorneherein nur als 'vorübergehend' geplant war, geht aus allen Umfragen hervor“.
- 2 Nach Castles 1984, 123.
- 3 Caritas-Umfrage, nach Art. 'Spanier' in Auernheimer 1984, 300, und Breitenbach 1982, 48. Nach Bernitt 1981, 133f. wollten 90 % der SpanierInnen ursprünglich zurück.
- 4 Unger 1983, 338.
- 5 Werth 1983, 36. Nach Braun 1970, 473, wollten ItalienerInnen in der Schweiz ursprünglich zu 17.2 % bis 2 Jahren, zu 11.4 % 3-5 Jahre, 5.5. % über 5 Jahre, 1.5 % dauernd bleiben wollen; 50.6 % hatten keine Vorstellung gehabt, 13.8 % nannten bestimmte Bedingungen.
- 6 Davon 2.34 Mio 1960-73, Materialien der Interviewpartner von der Bundesanstalt für Arbeit.
- 7 Die volle EG-Freizügigkeit wurde erst 1968 eingeführt. So auch alle Jugosl. bis 1968. Mehrländer 1974, 44. Vgl. Delgado 1966, 33. Mülhaupt-Lopez 1966, 115f. Erfahrungsbericht 1972/3, 114.
- 8 Interview Mader/von Harassowski, Dohse 1985, 197ff., vgl. Art. 'Jugoslawen' in Auernheimer 1984, 207.
- 9 Bei Akpınar 1974, 51 sogar 44 %.
- 10 Rogers in Kubat 1984, 278. „People tend to rationalize their reasons into motives that are accepted by the community as legitimate 'standard-motives'.“ Bovenkerk 1974, 18.
- 11 Noch heute klassifiziert die OECD Griechenland, Jugoslawien, Portugal und die Türkei als Entwicklungsländer (Andersen 1991, 11ff.); Menzel zählt Spanien, Portugal, Griechenland und Jugoslawien zu den Schwellenländern, d.h. den besser entwickelten Entwicklungsländern (Art. Schwellenländer in Nohlen 1991).
- 12 Z.B. zu den Folgen des Risorgimento: Art. 'Italiener' in Auernheimer, 188.
- 13 Vgl. die Art. Zentrum-Peripherie-Modell, Strukturelle Heterogenität, Peripherer Kapitalismus in Nohlen 1991. Leggewie/Nikolanikos 1975. Unger 1983, 49ff.
- 14 Hammar 1985, 3.
- 15 Z.B. in der Vojvodina, Schierup 1990, 115f. Vgl. a. Leggewie 1975, 46.
- 16 Hammar 1985, 3.
- 17 Als Landwirte oder Landarbeiter. Ausnahme Jugoslawen nur 4 %. Mehrländer 1974, 35f. Vgl. Heckmann 1985, 113.
- 18 Auch in Jugoslawien begannen viele städtische KroatInnen und SlowenInnen, wochenweise nach Österreich oder Süddeutschland zu pendeln. Auch in Italien begann die Emigration im Norden, verlagerte sich dann aber rasch in die am wenigsten entwickelten Gebiete des Südens, aus denen 86 % der ImmigrantInnen in Deutschland stammen. Art. 'Jugoslawen' in Auernheimer 1984, 207, Tab. 6, Schierup 1990, 112. Art. 'Italiener' in Auernheimer 1984, 189.
- 19 Art. 'Türken' in Auernheimer 1984, 327, Tab. 2. In Spanien dagegen migrierten 53 % direkt, denn die Anwerbekommissionen konzentrierten sich auf Wunsch Madrids auf das besonders von der Arbeitslosigkeit betroffene Andalusien (Art. 'Spanier' in Auernheimer 1984, 299). Zudem gab es überall traditionelle agrarische Saisonwanderungen.
- 20 Vgl. Del Fabbro 1989.
- 21 Monticelli 1967, 19, Schierup 1990, 52.
- 22 80 - 90 % der jugoslawischen Nachkriegsemigration ging nach Europa: Schierup 1990, 100f. Etwas geringer Griechenland: Nikolanikos 1975, 303.
- 23 Archdeacon 1983, 139.
- 24 Monticelli 1967, 19.
- 25 Cerase 1966-67.
- 26 Aber auch in Jugoslawien gab es die zurückgekehrten „Amerikanci“: Schierup 1990, 53.
- 27 Trotzdem kostete selbst die Reise zur Untersuchung nach Istanbul schon viel.
- 28 Mehrländer 1974, 39f.: 50 % aller Nationen. Mehrere ähnliche Ergebnisse bei: Werth 1983, 32ff., Akpınar 1974, 23, Delgado 1966, 29ff.: 52 % der Span., Kudat nach Art. 'Remigration: Türkei' in Auernheimer 1984, 270.
- 29 Häufiger ital. Männer und jugosl. Frauen. Mehrländer 1974, 39f.
- 30 Nach Akpınar 1974, 24
- 31 Nach Schiffauer 1992, 101.
- 32 Nach Schiffauer 1992, 164.
- 33 Schiffauer 1992, 164.
- 34 Boos-Nünning u.a. 1990, 77.
- 35 Abkehr vom eigentlichen Kemalismus in der Türkei nach 1945, Modernisierungsprogramm in Spanien 1959, Wirtschaftsreformen in Jugoslawien 1965, Schierup 1990, 100.
- 36 Art. 'Italiener' in Auernheimer 1984, 188. Vgl. Schierup 1990, 189.
- 37 Dohse 1985, 166. Instituto Espanol de Emigración: Breitenbach 1982, 41f.
- 38 Schierup 1990, 124ff., 76f. Vgl. Kap. 4.2.
- 39 Mehrländer 1974, 39f.
- 40 Zum südital. familismo: Boos-Nünning u.a. 1990, 74ff., zur Türkei Schiffauer 1992.
- 41 Nach Schiffauer 1992, 64.
- 42 Akpınar 1974, 53.

- 43 Süleyman, nach Schiffauer 1992, 67. Vgl. Boos-Nünning u.a. 1990, 49.
44 Nach Schiffauer 1992, 55ff.
45 Nach Akpınar 1974, 23.
46 Schiffauer 1992, 109, Anm. 20.
47 Herr M., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 25.
48 Frauen 3 bzw. 2 %. Mehrländer 1974, 39f.
49 Nach Schiffauer 1992, 102.
50 Schiffauer 1992, 102.
51 Nach Akpınar 1974, 27.
52 Delgado 1966, 35ff., der Frauen etwas besser informiert und daher skeptischer, weniger enttäuscht von der Realität findet (ähnlich für die Schweiz Braun 1970, 479). Die folgende Enttäuschung bezieht sich allerdings meistens auf den menschlichen, nicht auf den finanziellen Bereich: Mülhaupt-Lopez 1966, 106ff. u.a. Im Rückblick betonen aber viele MigrantInnen die anfangs freundliche Aufnahme; die vereinzelt Blumenempfänge am Bahnhof werden symbolträchtig verallgemeinert und von heute abgesetzt.
53 Nach Akpınar 1974, 18.
54 Nach Akpınar 1974, 33.
55 Nach Schiffauer 1992, 132.
56 Nach Schiffauer 1992, 164.
57 Schiffauer 1992, 165.
58 Nach Schiffauer 1992, 272.

4.2. Aufschieben der Rückkehr – „'N halbes Jahr wurde 28, fast 29 Jahre“

Wie ursprünglich beabsichtigt, kehrten viele MigrantInnen nach einiger Zeit in ihr Herkunftsland zurück. Viele schoben ihre Rückkehr aber hinaus und verlängerten ihren Aufenthalt in Deutschland.

Die Frage, warum immer mehr MigrantInnen ihre Rückkehr immer weiter verschoben, wird hier ex negativo angegangen, also vom Umfang, den Ursachen und Motiven der tatsächlich erfolgten Remigration her. Dazu stelle ich zunächst Statistiken, anschließend Befragungsergebnisse vor und analysiere sie auf folgende Ursachenpaare hin: zwangsweise oder freiwillig, ökonomisch oder familiär, push oder pull.

Dann diskutiere ich die Modelle von Rückkehr-Typen, die die Forschung aus diesen Motiven entwickelt hat. Ferner untersuche ich die Erwartungen der RemigrantInnen und die ökonomischen und kulturellen Schwierigkeiten, auf die sie in ihrer fremden Heimat stoßen. Denn die meisten MigrantInnen, die sich in Deutschland niederließen, hatten entweder bereits selbst einmal die Rückkehr – erfolglos – probiert oder die Schwierigkeiten bei Landsleuten bzw. im eigenen Urlaub mitbekommen. Schließlich sollen quantitative und qualitative Forschungsergebnisse die daraus resultierende Verlängerung des Aufenthalts und die Charakteristika eines Lebens im dauerhaften Provisorium belegen und erklären.

Umfang der Rückkehr

Um die Bleibetendenz zu messen, habe ich die jährliche Rückwanderung ins Verhältnis zur jeweils hier lebenden ausländischen Wohnbevölkerung gesetzt. Die Grafik auf der folgenden Seite zeigt also die relativ kontinuierlich sinkenden Rückkehrraten.

Nach der in den sechziger Jahren hohen Rotation hat sich seither bei allen Nationalitäten der Aufenthalt verfestigt; die Rückkehrraten sanken von über 30 % auf rund 5 %. Rund die Hälfte der 1973 hier lebenden MigrantInnen ist in Deutschland geblieben.

Trotzdem blieb die Rückwanderung erheblich: Seit 1967 sind jedes Jahr über 300 000, meist sogar über eine halbe Million AusländerInnen aus Deutschland abgewandert, insgesamt also bis 1987 fast 10 Millionen. Diese anhaltend hohen Brutto-Wanderungssummen (bei geringen Wanderungssalden) sind Folgen der durch die Einwanderung entstandenen vielfältigen Verbindungen zwischen den betroffenen Ländern. Die EG-Freizügigkeit wird diese generelle Mobilität noch erhöhen.

Darauf beruht auch die von Böhning für die zwischen 1961 und 1979 Eingewanderten errechnete 'Rückwanderungsquote' von 68 % (mit erheblichen nationalen Differenzen¹). Denn diese außerordentlich hohen 'Rückwanderungsquoten' beziehen nicht die jährliche Rückwanderung auf den Jahresbestand, sondern die langjährige Rückwanderung auf die langjährige Zuwanderung².

Abb. 8 (nächste Seite): Rückkehrraten: Von der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Nationalität in Deutschland im Jahr x sind y % in diesem Jahr fortgezogen (Eigene Grafik und Berechnungen)³.

Abb. 9: Austauschrate: Im Jahr x wurden y % aller ausländischen Erwerbspersonen durch Zugezogene ersetzt und wanderten ab (Eigene Grafik)⁴.

Abb. 10: Veränderungsrate: Im Jahr x veränderte sich die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen um y % (Eigene Grafik)⁵.

Auch bezogen auf die ausländischen Erwerbspersonen, ließ die Rotation nach. Die Grafik zeigt deren Austauschrate, also den Anteil der im Laufe des jeweiligen Jahres durch Zugezogene ersetzt und abgewanderten ausländischen Erwerbspersonen. Die Einschnitte 1967 und 1974–75 ergeben sich durch den geringeren Ersatzbedarf in der Rezession; tatsächlich sinkt das Ausmaß der Rotation ziemlich gleichmäßig.

Die Austauschrate steht in engem Zusammenhang mit der Veränderungsrate (Zu- und Fortzüge im Verhältnis zum Vorjahresbestand) der ausländischen Erwerbspersonen.

Die Altersstruktur der Rückwanderung weist zwischen 1974 und 1983 folgende Abweichungen gegenüber dem Bestand auf: Weniger Minderjährigen (rund ein Viertel) standen mehr 18- bis 25jährige (rund ein Fünftel, eventuell wegen Militärdienst) gegenüber. Im mittleren Alter wanderten weniger Frauen als Männer zurück; gerade umgekehrt war es bei den Älteren⁶. Von den über 65jährigen kehrten 1987 immerhin 25.1 % (TürkInnen) bzw. 20.5 % (JugoslawInnen), 13.6 % (GriechInnen) und 8.5 % (ItalienerInnen) zurück⁷.

Strukturelle Rückkehrgründe

Besonders die Veränderungsrate zeigt die Konjunkturabhängigkeit der Wanderungen. In den Krisenjahren 1967, 1974–75 und 1981–82 führte eine steigende Arbeitslosigkeit zu steigender Rückwanderung. Allein 1966–67 sank die Ausländerbeschäftigung um 30 %⁸. Die 'industrielle Reservearmee' hat zu einem erheblichen Teil ihre konjunkturelle Pufferfunktion erfüllt.

Die allmählich sinkende Austauschrate, die das Ausmaß der Rotation anzeigt, verweist aber auf die durch Familiennachzug und Niederlassung sinkende Mobilität. Inwieweit auch der Anwerbestopp die Rückkehrbereitschaft senkte, wird in Kapitel 4.2 diskutiert.

In den achtziger Jahren traten politische neben die ökonomischen Push-Faktoren: Die Rückkehrförderung 1983–84 wirkte sich nur auf PortugiesInnen und – zahlenmäßig am wichtigsten – TürkInnen aus; denn nur für sie galt das wichtigste Förderinstrument, die vorzeitige Auszahlung der Rentenbeiträge⁹. Immerhin verließ ein Viertel der PortugiesInnen 1984 die Bundesrepublik; der Gesamteffekt blieb dennoch gering: Viele RückkehrerInnen hatten ohnehin ihre Heimfahrt geplant und nahmen die Prämien lediglich mit; um die Lebensplanung tatsächlich danach auszurichten, waren sie zu klein. Gerade die türkischen und portugiesischen RückkehrerInnen waren in den Folgejahren sehr niedrig.¹⁰

National unterschiedliche Bleiberaten könnten auf Pull-Faktoren in den Herkunftsländern hindeuten.

Die italienischen Rückwanderungsraten waren stets die höchsten; dieser rotierende Charakter der italienischen Migration liegt vor allem in der Freizügigkeit der EG-BürgerInnen begründet, die – ebenso wie die größere Nähe – häufigere Wanderungen erleichterte. Aber auch bei den früheren Überseewanderungen hatten ItalienerInnen traditionell eine der höchsten Remigrationsraten¹¹. Die italienische Bleibetendenz wuchs langsam, aber stetig und weniger konjunkturabhängig als die anderer Gruppen.

Die JugoslawInnen rotierten anfangs ebenfalls stärker, glichen sich aber rasch den anderen Nationalitäten an.

In der Rezession 1974–75 erhöhte sich vor allem die spanische, griechische und (in geringem Umfang) portugiesische Rückkehrbereitschaft. Das könnte mit der Demokratisierung in die-

diesen Ländern zusammenhängen, obwohl die Befragungen keinen Hinweis darauf erbrachten. Wichtiger war die gewachsene Absorptionskraft des spanischen Arbeitsmarktes durch die nachlassende Rückkehr aus Frankreich¹². Ähnlich ließe sich die schon 1975 wieder sinkende portugiesische Rückkehrbereitschaft erklären, wenn man die 1975–76 aus Angola gekommenen 250 000 Retornados bedenkt¹³.

Der in den siebziger Jahren in Griechenland herrschende Arbeitskräftemangel machte eine Remigration dorthin attraktiv: Ohne diese Pull-Faktoren, argumentiert Fakiolas¹⁴, hätten Push-Faktoren wie Arbeitslosigkeit und Diskriminierung in Deutschland für Griechenland genau so unbedeutende Auswirkungen gehabt wie für die Türkei.

Entgegen solchen verbreiteten Vorstellungen sticht die türkische Bleiberate aber nicht deutlich heraus; anhaltend höher als bei anderen Gruppen war nur die türkische Zuwanderung, die auf die politisch-ökonomische Malaise der Türkei (Militärputsch 1980) und den später einsetzenden Familiennachzug zurückging.

Der insgesamt wohl feststellbare Zusammenhang zwischen den differierenden Bleiberaten und der sozioökonomischen Entwicklung der Herkunftsländer scheint mir freilich zu schwach für die These, daß Pull-Faktoren stärker zur Rückkehr ermutigen als Push-Faktoren¹⁵. Auch wenn der Lebensstandard hier und da stieg, blieb er deutlich unter dem deutschen Niveau.

Gegen die Push-Pull-Diskussion wendet sich Coelho. Er sieht die Remigration als „end of the ‘migration cycle’, which may last between 10 and 25 years. It is therefore not a question of an ‘economic return’ brought about by specific repellent situations in the receiving countries or by attractive situations in the countries of origin, but rather a ‘natural return’ representing the end of the migratory chain for those who had left and voluntarily decided to return to their area of origin“¹⁶.

Ähnlich argumentierte Barbara John bei ihrer Rückkehrförderung: Jeweils 10 bis 15 Jahre nach dem Hauptzug einer Gruppe gebe es eine Rückkehrwelle – bei den Mitte der 60er Jahre gekommenen GriechInnen und SpanierInnen um 1975, bei den um 1970 gekommenen TürklInnen einige Jahre später¹⁷. Wegen der vielen intervenierenden Faktoren läßt sich diese These mit den Wanderungsstatistiken weder be- noch widerlegen; durchschnittliche Aufenthaltszeiten von Rückkehrern variierten je nach Befragung erheblich¹⁸.

Insgesamt müssen diese strukturellen Analyse stärker differenziert werden: „At the same point in time different members of a return migrant stream may be motivated by quite different reasons for return“¹⁹. Diese individuellen Motive werden nun betrachtet.

Individuelle Rückkehrmotive

Neben statistischen Zahlen gibt es ab 1974 zahlreiche Befragungen von RückkehrerInnen über ihre Motive.

Interviews des türkischen Generalkonsulats in Berlin, also exakt im Rückkehrzeitpunkt, ergaben 1975 als wichtigste Motive Arbeitslosigkeit, ‘freiwillig’ und familiäre Gründe (s. Abbildung)²⁰.

Bei einer Befragung von remigrierten JugoslawInnen 1977²¹ gaben aber nur 10 % Arbeitslosigkeit an, 10 % nannten Arbeitsunfälle oder -unfähigkeit, 14 % Streß und allgemeine Unzufriedenheit, 15 % das Erreichen ihrer Ziele und 54 % Heimweh und Sehnsucht nach der Familie.

Abb. 11: Motive von türkischen RückkehrerInnen 1975²².

Ähnliche Ergebnisse lieferte Ungers Befragung von 1973-80 zurückgekehrten Griechen: Weniger als 7 % gaben ökonomische Gründe an (nur 1.4 % waren arbeitslos gewesen), 15.7 % nannten gesundheitliche Gründe, 11 % hatten Heimweh, 4 % hatten ihre Ziele verwirklicht, 63 % äußerten familiäre Gründe, vor allem bezüglich der Ausbildung der Kinder²³.

Eine Verstärkung der Push-Faktoren ergaben dagegen Befragungen von türkischen, nur potentiellen Rückkehrern Anfang und Mitte der achtziger Jahre: Die vorher gar nicht genannte Ausländerfeindlichkeit war nun wichtigstes Motiv geworden (s. Abb. 12 und 13).

Nur wenige kehrten zurück, weil sie ihre Migrationsziele erreicht hatten²⁴. Diese Ziele betrafen zwar keinen festen DM-Betrag, sondern eine eher vage, veränderliche Lebensvorstellung, die aber doch an gewisse Ersparnisse geknüpft war²⁵. Alle 1975 befragten türkischen RückkehrerInnen (auch die 'freiwilligen') hatten weniger gespart als die vorerst in Deutschland bleibende Vergleichsgruppe²⁶. D.h., auch die 'freiwilligen' Rückkehrer waren nicht erfolgreicher gewesen als die 'Hierbleiber'. Im Gegenteil stellten verschiedene Studien eine „negative Auswahl“ der Remigration fest: Zurück gingen eher die weniger qualifizierten, weniger erfolgreichen MigrantenInnen²⁷. Für diese war die Rückkehr eine regressive oder anomische Reaktion auf eine erfolglose Integration²⁸.

Abb. 12: Motive potentieller türkischer RückkehrerInnen 1982/3²⁹.

Abb. 13: Motive potentieller türkischer RückkehrerInnen 1985/6³⁰.

Der hohe Anteil gesundheitlicher Gründe verweist auf die schlechten Arbeitsbedingungen und die hohe Unfallrate³¹. Auch der als 'millionster Gastarbeiter' bejubelte Portugiese Rodrigues kehrte mit einer berufsbedingten Staublung nach Portugal zurück, wo er später in Armut starb.

1972 wurde ein koreanischer Grubenarbeiter aus medizinischen Gründen gekündigt und ausgewiesen³². Eine Berliner Firma drohte allen krankgeschriebenen türkischen Arbeitern:

„Unseren Untersuchungen und Beobachtungen zufolge sind Sie oft krank, was zeigt, daß Sie für diese Arbeit nicht geeignet sind. Wir wünschen, daß Sie uns über Ihre Krankheit informieren, weil wir sonst Ersatz für Sie finden und Sie entlassen müssen. Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß wir Sie unter diesen Umständen in die Türkei zurückschicken müssen.“³³

1983 sollte ein türkischer asthmakranker Frühinvalid ausgewiesen werden, da er nach 15 Jahren Arbeit in der Bundesrepublik nur 300 DM Rente erhielt und Sozialhilfe beziehen mußte³⁴.

Manche Ärzte diagnostizierten im Zweifel 'Heimweh' und empfahlen den Kranken die Rückkehr als 'Therapie', was zugleich den Kassen Kosten ersparte. Damit war fast immer ein Zusammenbruch der ursprünglichen Migrationsziele verbunden³⁵.

Die Familie ist die wichtigste Rückkehrdeterminante. Die MigrantInnen vermißten die zurückgelassenen Kinder, PartnerInnen, Geschwister oder Eltern. Die GriechInnen, die früh ihre Familie nachgeholt hatten und viel Wert auf Bildung legten³⁶, kehrten besonders häufig zurück, um ihren Kindern eine griechische Schulbildung zu ermöglichen. Auch für andere Gruppen stand diese Entscheidung an³⁷, wenn die Kinder eingeschult werden oder ins Gymnasium gehen sollten – vor 1970 oder nach 1985 wäre dieser Grund daher wohl seltener genannt worden. Auf das je nach Familienkonstellation und Zeitpunkt sehr unterschiedlich gelagerte Trennungs- und Ausbildungsdilemma gehe ich in Kap. 4.2 genauer ein.

Gerade für Frauen war die Familie das wichtigste Remigrationsmotiv³⁸: „1968 war ich schwanger. Die Entbindung wollte ich in der Türkei durchführen. Außerdem hatte ich ja noch einen zweijährigen Sohn hinterlassen.“³⁹ Sie folgten oft den Anforderungen des daheim gebliebenen Familienverbandes:

„Meine Frau war in Deutschland überhaupt nicht zufrieden... Dann wurde mein Vater krank. Als er krank wurde, schrieb er mir: 'Komm zu mir zurück!' Ich konnte aber nicht von hier aus für immer zurückkehren. Und weil ich nicht zurückkehren konnte, schickte ich meine Frau wieder zu meinem Vater.“⁴⁰

Verbunden damit ist das Heimweh-Motiv: Viele von PartnerInnen und Kindern getrennte MigrantInnen waren einsam, kamen mit der fremden, oft feindseligen Umgebung nicht zurecht, litten unter dem Klima, dem Essen, den Sprachproblemen und vermißten ihre Familie, ihre Kinder⁴¹.

Die genannten persönlichen Motive wie Heimweh oder Familie werden meist unter 'spontaner', freiwilliger Remigration subsumiert, obwohl sie aus verschiedensten Zwängen und Diskriminierungen entstehen können⁴². 'Es wird für Ausländer immer schwieriger, ihre Familienangehörigen nachkommen zu lassen' – das war 1985–86 der dritt wichtigste Grund für eine mögliche Rückkehr⁴³.

In den siebziger Jahren scheint die Diskriminierungserfahrung ein zwar vorhandenes, aber nicht zentrales Motiv gewesen zu sein. Möglicherweise fragten die InterviewerInnen auch nicht danach. Dagegen war 1985–86 Ausländerfeindlichkeit der meistgenannte Faktor⁴⁴ – offenbar Folge der massiven Rückkehrkampagne ab 1981, die erstmals neben dem ökonomischen auch einen politischen Druck ausübte. Ein Türke, der die Berliner 'Rückkehrhilfe' in Anspruch nahm, interpretierte sie wie viele als Rausschmißprämie: „Wenn Deutschland sagt, Türken weg, dann auch zahlen!“⁴⁵ Der finanzielle Anreiz war dagegen zu gering und zu kurzfristig, um seine Lebensplanung danach auszurichten⁴⁶.

Bei den schon zurückgekehrten MigrantInnen dominierten familiär-persönliche Motive; ökonomisch-materielle Gründe wie Arbeitslosigkeit wurden – anders als für die Emigration – weniger genannt. Dies widerspricht dem statistischen Befund eines vor allem durch die Wirtschaftsentwicklung gesteuerten Remigrationsaufkommens⁴⁷. In der Anfangszeit waren Konjunkturtendenzen wohl noch wichtiger gewesen; zudem waren die hier befragten GriechInnen und Jugo-

slawInnen nicht so stark von Arbeitslosigkeit betroffen wie andere Gruppen. Dagegen nannten die 1975 in Berlin befragten türkischen Männer als Hauptmotiv Arbeitslosigkeit. In der Tat konnte Arbeitslosigkeit ziemlich direkt zur Rückkehr zwingen, da Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nur nach Arbeitsmarktlage – und bei Sozialhilfebezug im Prinzip gar nicht – verlängert wurden. Teilweise führte erst diese Nichtverlängerung zur Arbeitslosigkeit⁴⁸.

Zudem verloren viele MigrantInnen bei einer Kündigung ihren Platz im Wohnheim und damit praktisch ihre gesamte Existenz in Deutschland:

„Wir sind eigentlich gekommen, um ein Jahr bei Siemens zu arbeiten (laut Vertrag), aber nach sechs Monaten wurden wir gedrängt, unseren Urlaub in Anspruch zu nehmen. Wir freuten uns und fuhren für vier Wochen in die Heimat. Nach dem Urlaub teilten sie uns mit, daß wir gekündigt worden sind. Siemens sollte wohl umziehen. Für uns war das etwas Schockierendes, denn wir mußten auch innerhalb von zwei Wochen das Heim verlassen, da das Heim ein Eigentum von Siemens war.“⁴⁹

Nicht immer war so direkter Druck nötig: Wie auch bei Frauen oder älteren Arbeitnehmern festgestellt, werden bei Krisen die Gruppen, für die sozial akzeptierte Alternativrollen zur Verfügung stehen, am ehesten vom Arbeitsmarkt verdrängt; für AusländerInnen war die – oft familiär begründete – Rückkehr diese Alternativrolle⁵⁰.

Bürkner u.a. analysieren die sich widersprechenden Angaben von potentiellen und tatsächlichen Rückkehrern als eine „Verschiebung der Motivstrukturen“ von der Ökonomie zur Familie nach der Rückkehr. Die Verdrängung der in Deutschland erlittenen strukturellen Zwänge sei ein psychologischer Mechanismus, mit dessen Hilfe die Remigration „im nachhinein als freiwillig interpretiert werden“ kann⁵¹. Dementsprechend wurde die Remigration mit wachsendem Zeitabstand immer positiver beurteilt. So wollten 26.5 % der befragten Griechen ihre Pläne vollständig, 51 % teilweise erreicht haben⁵². Bürkner u.a. konstatieren solche – durch das Befragungsverhalten noch verstärkten – Verdrängungseffekte schon während der Entscheidung zur Remigration⁵³. Zudem sei die „wenig eindeutige Motivstruktur“ zur Remigration „von unverbindlichen und unkonkreten Vorstellungsinhalten ohne zwingende Verhaltensrelevanz geprägt“⁵⁴.

In der Tat ist das Verhalten (nicht nur) der MigrantInnen „insgesamt vermutlich weniger rational und planmäßig als es mancher Sozialwissenschaftler erwartet“⁵⁵ oder mit seinen standardisierten Befragungen erfassen kann. Noch weniger als bei der Emigration können hier Push- und Pull-Faktoren getrennt werden. Insbesondere muß die – auch wirtschaftliche – Bedeutung der Familie als zentralem Entscheidungsrahmen für Emigration und Remigration beachtet werden. Meist griffen mehrere Gründe ineinander, indem ein latenter Rückkehrwunsch durch eine plötzliche Kündigung aktualisiert wurde und familiäre Ereignisse neue Berufschancen oder -notwendigkeiten ergaben.

Rückkehr-Typen

Einem besseren Verständnis sollten Modelle von Rückkehrtypen dienen, wie sie von Cerase und Unger aufgestellt wurden. Unger hebt zurecht die Strukturzwänge und das Problem der Kinder hervor.

Abb. 14: Typen der Remigration (Unger)⁵⁶

Damit wird die Vielzahl von Entscheidungsfaktoren zwar deutlich, aber nicht in einen systematischen Zusammenhang gebracht. Zudem entspricht das von Unger angenommene Gegensatzpaar „traditionelles Normen-/Wertsystem“ und „Integration“ einem unscharfen, offenbar assimilationsorientierten Integrationsbegriff; auch gibt es zwischen traditionellem und modernem Wertsystem weder eine klare Trennung noch eine Einbahnstraße. Unger selbst stellt fest, daß der Anteil der traditionellen Rückkehr mit längerem Aufenthalt steigt. Insgesamt klassifiziert er 59.7 % der Befragten als traditionell, 12.4 % als strukturell, 5.6 % als planmäßig und 22.4 % als familiäre bzw. Lebenszyklus-bedingte Rückkehrer⁵⁷.

Die wenigsten MigrantInnen waren also zurückgekehrt, weil sie es so geplant hatten; die meisten hatten ihre ursprüngliche Rückkehrabsicht erst verwirklicht, als andere Motive und Zwänge hinzukamen.

Cerases einfacheres Modell⁵⁸ unterscheidet bei italoamerikanischen Remigranten je nach Aufenthaltsdauer die Typen

- des Versagens, die schon in der Anfangszeit scheitern und in ihre Situation vor der Auswanderung zurückkehren,
- des Konservatismus, die zwar Ersparnisse ansammeln und damit ihren Lebensstandard gegenüber vorher erhöhen können, aber traditionell-agrarisch orientiert bleiben,
- der Innovation, die Ersparnisse und moderne Werte und Kenntnisse erwerben, die sie nach der Remigration verwenden wollen,
- des Ruhestands.

Ich interpretiere diese vier Typen der Remigration auch als vier Typen der Rückkehrorientierung bei EinwanderInnen: Die Enttäuschung, in Deutschland gescheitert zu sein, die Sehnsucht, zur Tradition zurückzukehren, der Wille, eine neue, geachtete Existenz aufzubauen, und der Wunsch, einfach Ruhe zu finden, sind Motive, die wohl in allen Phasen des Deutschlandaufenthaltes in verschiedener Gewichtung ineinanderfließen.

Cerases Modell ist wohl nur begrenzt übertragbar; vor allem vernachlässigt es ökonomische und politische Rückkehrzwänge, die auch auf MigrantInnen einwirkten, die die Anfangsschwierigkeiten überwunden und sich niedergelassen hatten. Jeder Migrant konnte so zu einem 'Versager' (gemacht) werden. Die Rückkehr des Konservatismus und der Innovation sind zwei Varianten der ursprünglichen Migrationszielsetzung, eine neue Existenz aufzubauen. Unterschie-

den werden sie vor allem nach den erhofften Modernisierungseffekten: Der 'Innovator' würde die Idee der „Rotationseuphoriker“ von der 'Gastarbeit' als Entwicklungshilfe bestätigen⁵⁹. Während schon beim ersten Aufbruch konservative und innovative Motive zusammenwirkten⁶⁰, haben die mit der Migrationserfahrung verbundenen Assimilationstendenzen viele Einstellungen und Erwartungen verändert. Die Schwierigkeiten, auf die die meisten Rückkehrer stießen, scheinen die des 'Innovators' gewesen zu sein, der nicht mehr in das Leben vor der Migration zurückfallen will, seine neuen Erwartungen aber nicht realisieren kann.

Die Schwierigkeiten der RückkehrerInnen im Herkunftsland

Die MigrantInnen träumten vom sozialen Aufstieg zu einer geachteten Existenz im Heimatland. Sie erhofften sich vor allem eine berufliche Verbesserung, soziale Anerkennung und eine bessere Ausbildung der Kinder. Doch erfüllten sich nicht alle Erwartungen der Rückkehrenden, da sie auf wirtschaftliche, politische und kulturelle Schwierigkeiten stießen.

Die wirtschaftliche Situation der Herkunftsländer war schwierig geblieben: Sie hatten meist vergeblich auf eine eigenständige Entwicklung durch den Export von überschüssiger Arbeit (Migration) und den Import von fehlendem Kapital (Lohnüberweisungen) gehofft. Aber nun fehlten wichtige Fachkräfte, verschärften sich die regionalen Entwicklungsgefälle und die Abhängigkeit von den Konjunkturschwankungen in Mitteleuropa. Eine Massentrückkehr der EmigrantInnen (knapp 10 Mio PortugiesInnen leben in Portugal, fast 4 Mio im Ausland!) wäre verheerend gewesen.

Die meisten Studien stimmen darin überein, daß Emigration und Remigration kaum positive Effekte für die Herkunftsländer hatten⁶¹. Dem widerspricht anscheinend die erhebliche wirtschaftliche Dynamik mehrerer Mittelmeerländer während der achtziger Jahre. Wieweit dafür die Migration neben anderen Faktoren wie der europäischen Integration verantwortlich war, scheint bislang aber ungeklärt und kann hier auch nicht diskutiert werden⁶². Bis etwa 1980 waren jedenfalls

„trotz der unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Entsendeländern oder -regionen die individuellen Probleme der Rückwanderer weitgehend ähnlich“⁶³.

Auch danach bestanden trotz des Wachstums überall Strukturprobleme fort, etwa auf dem Arbeitsmarkt. Ferner waren viele RemigrantInnen enttäuscht, daß sie den Zug des Fortschritts verpaßt hatten, der auch ihr Dorf inzwischen aus der Armut geführt hatte⁶⁴.

Zudem litten um 1970 alle Herkunftsländer außer Italien unter diktatorischen Regimes, die das Unzufriedenheits-Ventil Migration bewußt offenhielten. Gleichzeitig wollten die Regierungen aber die Heimatbindung der EmigrantInnen erhalten, da sie deren Überweisungen brauchten, um ihre Handelsbilanzdefizite zu vermindern. Außer Jugoslawien betrieb kein Land eine Reintegrationspolitik. Vor allem Ankara beschränkte sich auf Sonntagsreden:

„Als wir die Arbeiter ins Ausland geschickt haben (sic!), haben wir auch an diese Probleme gedacht. Zu diesen Problemen haben wir Pläne entwickelt. Die Arbeiter, die bisher zurückgefahren sind, haben keine ökonomischen und sozialen Probleme.“⁶⁵

Alle diese Pläne wie auch die OECD- und ILO-Programme blieben weitgehend wirkungslos⁶⁶.

Mit dem gesparten Geld hatten die meisten Rückkehrenden Häuser und Grundstücke gekauft⁶⁷. Für die ersten Remigranten war dieser soziale Aufstieg noch leicht greifbar; doch trug die massenhafte Migration mit dazu bei, daß die Grundstückspreise explodierten⁶⁸ und die Rückkehrkalkulationen durcheinander brachten.

Viele träumten vom sozialen Aufstieg zum selbständigen Unternehmer: „Am besten ist es, allein zu arbeiten. Dann brauche ich mir keine Beleidigungen anzuhören. Ich bin es satt, bei anderen zu arbeiten.“⁶⁹ Bei einer Erhebung in Deutschland 1971 wollten sich 13 % aller MigrantInnen und sogar 33 % der TürkInnen und 16 % der GriechInnen selbständig machen⁷⁰: „Man könnte in der Türkei etwas Neues unternehmen, zum Beispiel eine Wäscherei eröffnen.“⁷¹ Diese beiden Gruppen wollten mit 15 % aber auch öfter als der Durchschnitt (10 %) wieder Bauer werden. „Wir wollen uns mit einigen Verwandten in der Türkei zusammenschließen und eine Erntemaschine oder einen großen Lastwagen kaufen.“⁷² Zur Ruhe setzen wollten sich 1971 nur 2 %. Nur 27 % (aber 45 % der JugoslawInnen) wollten weiter Arbeiter sein. 1985 wollte ein Drittel der MigrantInnen nach der Rückkehr selbständig sein, ein Viertel in Rente und ein Fünftel auf Arbeitssuche gehen⁷³.

Die berufliche Integration war aber schwierig, vor allem in der Türkei und in Jugoslawien herrschte nach wie vor Arbeitslosigkeit. Frau N. aus Jugoslawien:

„Unser Haus in Šibenik ist fertig, aber für uns ist keine Arbeit vorhanden. ‘Bleibt da, wo Ihr seid, wir haben genug von unseren Leuten, die keine Arbeit haben’, hat man meinem Mann beim Arbeitsamt gesagt.“⁷⁴

Griechenland dagegen litt zeitweise unter Arbeitskräftemangel, da

„die Emigration, die lange als die beste Möglichkeit zur Lösung der Arbeitslosigkeit angesehen wurde, sich jetzt zu einem eigenständigen Prozeß entwickelt hat, der nicht länger den Gesetzen folgt, die ihn angeblich determinieren sollen.“⁷⁵

Doch die RemigrantInnen profitierten davon nicht.

Entgegen den ursprünglichen Hoffnungen waren nutzbare Qualifikationen in Deutschland kaum erworben worden⁷⁶. Stattdessen wurden die – womöglich anspruchsvoll gewordenen – RemigrantInnen benachteiligt: „Das Arbeitsamt hat mir eine Stelle in einer Garnfabrik vermittelt, aber man hat mich nicht genommen, weil ich Migrant war.“⁷⁷ Die Unternehmer stellten lieber illegale afrikanische EinwanderInnen ein, deren Zahl bis Mitte der achtziger Jahre in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal auf rund zwei Millionen anstieg⁷⁸.

So hat die Dynamik von Migration und europäischer Integration eine „Peripherie zweiten Grades“⁷⁹ mit einer neuen Migration geschaffen, die die Rückkehr in die ‘Peripherie ersten Grades’ zusätzlich erschwerte. Mangels Alternative wurde aus dem Drang zur Selbständigkeit bei vielen ein Zwang.

Auch die Hoffnung auf eine Unternehmerkarriere trogen: Die meisten Kleinbetriebe scheiterten erst einmal. Die Kapitaldecke war angesichts der Inflation zu gering, stattdessen hatten die MigrantInnen während ihrer Abwesenheit wichtige Marktkenntnisse ebenso verloren wie die nötigen Beziehungen⁸⁰. Die vor allem in Jugoslawien, Italien und in der Türkei gestarteten Kooperativen hatten wenig Erfolg⁸¹. Für die meisten blieben höchst prekäre Existenzen oder, wie vorher, die unattraktive Lohnarbeit. In Griechenland etwa arbeiteten über die Hälfte der Befragten Rückkehrer gegen Lohn, ein Drittel führte einen Ein-Mann-Betrieb. Die meisten arbeiteten im tertiären Sektor⁸².

Auch kulturell fiel die Eingewöhnung schwer: An manche ‘deutschen’ Werte wie die anonyme Freiheit der Großstadt, die Effektivität der Verwaltung oder die Krankenkasse⁸³ hatten sich die MigrantInnen gewöhnt; Korruption und soziale Kontrolle in der alten Heimat hatte sich aber nicht geändert.

Nach den Erfahrungen mit der individuellen Lebensgestaltung, der Herauslösung des wirtschaftlichen Bereichs aus seiner sozialen Einbettung durch die Lohnarbeit und die Erwerbsarbeit der Frau konnten sich viele Zurückgekehrte nur schwer einordnen: „Ich habe mich an ein bestimmtes Leben hier gewöhnt. Jetzt fühle ich mich als Fremder, wenn ich dorthin zurückfahre. Im Dorf kenne ich niemanden mehr. (Außerdem) bin ich hier freier als in der Türkei.“⁸⁴

Viele bemerkten erst jetzt, wie weit sie sich unbemerkt verändert hatten, wie sehr ihnen das alte Leben fremd geworden war. 83 % der befragten Rückkehrer in Griechenland gaben an, daß sich ihre Einstellungen und Gewohnheiten durch die Migration geändert hätten⁸⁵. Je länger der Aufenthalt in der Fremde, desto schwieriger fiel die Reintegration.

Die Germanesi, Gastarbeiter oder Alamancilar (etwa: die Deutschlinge) begegneten erheblichen Vorbehalten – erklärbar durch psychologische Projektionen der dortgebliebenen Gruppe⁸⁶. Während die Nachbarn sie um ihren neuen Reichtum beneideten, wollten die Verwandten Erfolge sehen:

„Um in die Türkei zurückzukehren, sind aber einige Dinge notwendig. Diejenigen, die zurückgeblieben sind, erwarten einige Dinge von denen hier. 'Bringt er Dinge mit, also Möbel oder was auch immer?' So denken sie. 'Oder ißt er etwa das Geld selbst?'“⁸⁷

Wer nicht genug gespart hatte, konnte kaum in den Heimatort zurück, „um nicht das Gesicht zu verlieren“⁸⁸. „Ich meine, wir sind ja auch nicht Rockefeller ... als ob es bei uns so aus der Dusche rieseln würde die D-Mark ...“⁸⁹

Zur Rechtfertigung der teilweise kritisch beäugten Entscheidung, den Sohn ins Ausland zu schicken, mußte ein Familienvater nun Erfolge vorweisen, d.h. der Sohn mußte mit dem neuen Auto bis vors Haus fahren (Anforderung der bäuerlichen sozialen Ordnung), auch wenn er Angst vor einem Achsbruch und anschließenden Schwierigkeiten mit dem Zoll hat (städtisch-bürgerliche Perspektive)⁹⁰.

Frauen wurden doppelt argwöhnisch betrachtet:

„Ich werde von den Frauen im Dorf stärker beobachtet als die anderen, weil ich eine 'Deutschlander' bin, wie sie sagen. Sie meinen, die Frauen werden schlecht, wenn sie in Deutschland leben. Ich habe das Gefühl, wenn ich durchs Dorf gehe, muß ich immer nur geradeaus sehen; ein Seitenblick, und die Frauen denken gleich, dort hab ich einen Freund.“⁹¹

Besonders schwer hatten es in Deutschland aufgewachsene Frauen; aber auch im mittleren Alter kehrten – wohl wegen dieser zusätzlichen Schwierigkeiten – weniger Frauen als Männer zurück⁹².

Die Rückkehr in die Fremde erwies sich als ein genauso großer Schritt wie die ursprüngliche Migration. Für 42 % der Griechen hatte sich die Rückkehr 'nicht gelohnt': „Leider habe ich schon in den ersten Monaten nach meiner Rückkehr festgestellt, daß ich einen großen Fehler gemacht habe.“ 53 % wären gerne wieder nach Deutschland gekommen, genausoviele würden in Deutschland verbliebenen MigrantInnen von der Rückkehr abraten⁹³.

11.9 % der 1985 befragten MigrantInnen hatten ihren Aufenthalt in Deutschland mindestens einmal unterbrochen (außer Urlaub), am häufigsten die EG-BürgerInnen aus Italien (23.7 %) und Griechenland (22.6 %). Nur 6.4 % der TürkInnen hatte eine Rückkehr versucht, da der bald nach ihrem Migrationsbeginn verhängte Anwerbestopp diese Entscheidung unwiderruflich gemacht hätte. Unter diese 11.9 % fallen zwar auch Jugendliche, die zur Schule gingen, Männer, die Militärdienst leisteten und Frauen, die eine Geburt in der Heimat durchführen wollten. Gerade bei vielen SpanierInnen und GriechInnen deutet aber die Länge der Unterbrechung auf einen 'echten', gescheiterten Remigrationsversuch hin⁹⁴.

Viele hatten die Schwierigkeiten der Reintegration bereits in ihrem alljährlichen Urlaub erkannt. Das konkrete Erleben zerstörte die in der Ferne gewachsene Idealisierung des eigenen Dorfs:

„Alle Augen sind auf das Geld gerichtet, das wir hier gespart haben. Aber sie fragen nicht nach unseren Problemen. Wenn ich meinen Urlaub in der Türkei verbringe, verstehe ich alles. Sie verlangen doppelte Preise von uns, weil wir aus Deutschland kommen und Geld haben. An der Grenze muß man die Leute bestechen. Die Institutionen funktionieren nicht. Ein Verwandter von mir war krank, und ich mußte 2000 DM für die Operation bezahlen; er war arm. Ich glaube, wenn ich in die Türkei zurückführe, wären alle Ersparnisse sofort aufgebraucht.“⁹⁵

Ungewisse Verbleibs- und Rückkehrabsichten

Viele MigrantInnen sahen diese Schwierigkeiten in den Herkunftsländern und schoben ihre Rückkehr zunächst hinaus, ohne sie aber ganz aufzugeben. Viele Untersuchungen zeigen die recht vagen Vorstellungen über die weitere Verbleibsdauer. Die unterschiedlichen Fragekategorien und Zielgruppen erlauben keinen genauen Vergleich der Zahlen; den generellen Trend zeigt aber nebenstehende Grafik (Abb. 15).

Zusammengefaßt gesagt, wollten 10 bis 20 % der MigrantInnen bald zurück, 30 bis 40 % zu einem – meist unbestimmten – späteren Zeitpunkt zurück, 30 bis 40 % waren unentschieden, 10 bis 20 % wollten bleiben. Die überwiegende Mehrheit hatte also keine klaren Zukunftsvorstellungen.

Überraschend ist, wie lange viele MigrantInnen schon in den sechziger Jahren bleiben wollten: das mag an der sehr allgemeinen Fragestellung liegen, bestätigt aber das Ergebnis von Kapitel 4.1, daß die Befristung der Migrationsplanung von Anfang an nicht so eindeutig war wie angenommen.

Noch bemerkenswerter ist jedoch, daß die Bleibeabsicht im Lauf der Zeit nicht gewachsen ist; der Anteil derer, die sich als Dauer-EinwanderInnen sahen, ist gleich niedrig geblieben, wenn nicht gesunken. Gestiegen ist lediglich der Anteil der Unsicheren. Es kann also gerade nicht „festgestellt werden, daß sich im Laufe der Jahre die Neigung, in der Bundesrepublik zu bleiben, verstärkt hat.“⁹⁶ Möglicherweise geschah das aber seit 1986: Von einem sehr kleinen Sample 1990 dachten 47 % der Männer, 63 % der Frauen nicht mehr an eine Rückkehr⁹⁷.

Freilich ist der hier gezogene Vergleich mehrerer Querschnittstudien noch keine Längsschnittanalyse der Rückkehrorientierung einer Untersuchungsgruppe; eine solche gibt es nicht.

Klar wird die verbreitete Unsicherheit, der „Verlust einer lebensplanenden Zeitperspektive“⁹⁸. 1971 wollten 36 % der MigrantInnen länger bleiben als ursprünglich geplant; 1985 waren sogar 63.2 % der MigrantInnen tatsächlich länger als geplant hier⁹⁹. Viele EinwanderInnen verschoben ihre Rückkehr von Jahr zu Jahr. Die Mehrheit der EinwanderInnen stand noch immer in der „Periode des Hinauszögerns von Rückkehrplänen“, noch war nur bei wenigen „das Verbleiben in der Einwanderungsgesellschaft zur neuen Orientierung“ geworden¹⁰⁰. Während die faktische Niederlassung, wie alle in Kapitel 2 diskutierten Indikatoren belegen, rasch fortschritt, blieb die subjektive Rückkehrorientierung konstant erhalten.

Abb. 15: Beabsichtigter Verbleib in Deutschland bei verschiedenen Befragungen (Eigene Grafik)¹⁰¹.

Verbleibsgründe

Um zu ergründen, warum MigrantInnen zurückkehren oder bleiben wollten, werden nun die genannten Verbleibsabsichten nach Aufenthaltsdauer und Nationalität aufgeschlüsselt sowie Befragungen über Verbleibsmotive vorgestellt.

1968 und 1972 wollten die MigrantInnen, die schon länger hier waren, überdurchschnittlich oft auf Dauer in Deutschland bleiben; ab 12 Jahren Aufenthalt sprang ihr Anteil von 46 auf 74 %¹⁰². In den achtziger Jahren war dieser Zusammenhang kaum noch festzustellen¹⁰³. Unter den Älteren, d.h. denen mit längerem Aufenthalt, wollten 1985 sogar überdurchschnittlich viele (26.3 %) bald zurückfahren; nur 40.9 % (gegenüber 49.4 % im Schnitt) wollten länger als ein Jahr bleiben. In allen Altersgruppen war ein Drittel unschlüssig¹⁰⁴.

Dies ließe sich so interpretieren, daß der – anfänglich rasche – subjektive Einwanderungsprozeß bei der Ersten Generation später nicht mehr voranschritt, sondern die Rückkehr dringlicher wurde. Sicher ist das aber nicht, da sich hinter den gleichbleibenden Globalzahlen verschiedene Tendenzen bei unterschiedlichen Gruppen verbergen.

Deutlich sind nationale Unterschiede: Am stärksten bleibeorientiert waren 1985 JugoslawInnen (72 %) und PortugiesInnen (66.8 %)¹⁰⁵. Als Gründe vermute ich bei den JugoslawInnen ihre relativ gute Integration hier und die ökonomische Krise dort, bei den PortugiesInnen, daß fast alle Rückkehrwilligen 1984 gegangen waren.

GriechInnen und TürkInnen waren am wenigsten bleibeorientiert (28.7 % bzw. 38.5 %) und am unsichersten (40.9 % bzw. 41.1 %). Bei den TürkInnen waren die Probleme hier wie dort erheblich; die GriechInnen waren zwar integriert, hielten aber eine starke identifikative Distanz¹⁰⁶.

Die Motive der MigrantInnen, die 1985 noch länger hier bleiben wollten, zeigt folgende Tabelle (Abb. 16) :

	TR	YU	I	GR	E	P	Ges.
Weniger gespart	8.3	15.4	8.0	6.9	5.5	10.2	10.2
Arbeit gefällt mir	6.5	10.3	13.1	11.8	11.4	11.7	9.5
Es gibt im Herkunftsland keine Arbeit	17.6	18.4	18.0	17.5	21.1	11.7	17.8
Weil ich meine Familie nachgeholt habe	6.6	6.5	4.1	7.8	8.5	9.8	6.5
Kinder gehen in Deutschland zur Schule/machen Be-	9.4	11.1	11.9	12.1	14.4	13.2	10.9

rufsausbildung							
Kann nicht erneut einreisen	15.0	7.6	0.2	1.4	0.2	8.3	8.5
Politische Gründe	3.9	1.0	0.0	0.6	0.0	0.3	1.8
Kinder wollen bleiben	3.6	2.0	2.6	2.3	2.7	2.8	2.8
Fühle mich hier wohl	17.8	18.9	27.2	24.7	23.9	21.5	20.6
Sonstiges	11.2	8.8	14.9	14.9	12.2	10.5	11.3

Abb. 16: Motive, noch länger in Deutschland zu bleiben (1985)¹⁰⁷.

Dabei dominierten drei Motivkomplexe: Zufriedenheit in Deutschland, Furcht vor Reintegrationsproblemen und die Familie bzw. die Ausbildung der Kinder.

‘Fühle mich hier wohl’ war 1985 bei allen Nationalitäten der wichtigste Einzelgrund (20.6 %) ¹⁰⁸. Wenn man die Rubrik ‘Arbeit gefällt mir’ (9.5 %) noch dazu rechnet, ergaben sich 30.1 % der Nennungen. Dennoch sprechen die Anteile von zwischen 40.3 % (ItalienerInnen) und 24.3 % (TürkInnen) für eine sehr unvollständige Integration. Erschreckend ist die pessimistische, inzwischen leider bestätigte, Zukunftseinschätzung türkischer Migranten: 96.4 % rechneten mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit ¹⁰⁹.

38.3 % der Nennungen waren Sorgen vor Reintegrationsproblemen; die MigrantInnen hatten zu wenig gespart oder fürchteten politische und Arbeitsplatzprobleme, sowie die Endgültigkeit der Rückkehrenscheidung.

Die ursprünglichen Sparziele hatten sich dynamisch verändert:

„Wenn ich 10 000 Lira gespart habe, ich gehe sofort zurück. So hatte ich geplant. Und nachher habe ich ein Haus gekauft, nachher habe ich einen Garten gekauft (...) Jetzt habe ich einen Anteil an einer Fabrikgenossenschaft (...) Ich brauche für meine Wohnung Möbel und Musiksachen...“¹¹⁰

Auch das Sicherheitsbedürfnis war gewachsen:

„Ich weiß ja nicht, was alles passiert. Vielleicht werde ich in Zukunft krank werden oder werde nicht mehr arbeiten können. Vielleicht werde ich auch das Haus nicht mehr errichten können. Deshalb sage ich mir: Wenn ich auf der Bank Geld habe, kann ich auf etwas zurückgreifen, wenn ich nicht mehr arbeiten kann. Oder meine Kinder können davon leben. Sie sind ja noch in der Schule.“¹¹¹

Mit Familie ließ sich aber weniger sparen, oft zehrten auch unvorhergesehene Extra-Ausgaben (Hochzeiten, Krankheit, Pleite) alles wieder auf. Angesichts sinkender Einkommen in der Wirtschaftskrise sanken die Sparsummen ¹¹².

MigrantInnen aller Nationalitäten sorgten sich, keinen Job zu finden:

„Für uns ist keine Arbeit vorhanden (...), hat man meinem Mann beim Arbeitsamt gesagt. Vielleicht ist es auch besser so, jetzt brauchen wir nicht mehr zu hoffen, daß wir im nächsten Jahr zurückziehen werden. Ich weiß nicht, wie lange es jetzt sein wird.“¹¹³

Je nach Herkunftsland, schätzten die MigrantInnen ihre Reintegrationschancen unterschiedlich ein: Nur 16.2 % der ItalienerInnen, aber über 40 % der TürkInnen und JugoslawInnen ‘trauten’ sich nicht mehr zurück; dazwischen liegen die PortugiesInnen, SpanierInnen und GriechInnen. Hier werden unterschiedliche ökonomische Entwicklungen klarer als in Kapitel 4.2. Die erheblich schwierigere Lage in der Türkei zeigt auch eine andere Studie von 1982-83: 73.1 % der TürkInnen nannten dort die Reintegration, 9.9 % die Familie als Problem, nur 9.5 % fühlten sich wohl ¹¹⁴. Korte zitiert eine Türkin 1984: „Im Augenblick ist es schlecht, zurückzugehen. Die soziale Lage wird nicht besser und so viele sind krank. Ich habe kein Haus gespart, nichts.“¹¹⁵ Nur TürkInnen sagten, daß politische Gründe gegen eine Rückkehr sprächen.

Wichtigster Unterschied ist allerdings die Freizügigkeit innerhalb der EG, die eine Wiederkehr nach Deutschland ermöglichte, während die Rückkehrenscheidung für TürkInnen und JugoslawInnen seit dem Anwerbestopp endgültig war. ‘Kann nicht erneut einreisen’ war für TürkInnen ein zentraler Grund, in Deutschland zu bleiben (15 %), für ItalienerInnen spielte er keine Rolle (0.2 %) ¹¹⁶. Auch die stets höheren Rückwanderungsraten der ItalienerInnen stützen das verbreitete ¹¹⁷ Argument, gerade der Anwerbestopp habe die Bereitschaft zur – nun unwiderruflichen – Rückkehr gesenkt. Auch Thon stellte die „seit dem Anwerbestopp drastisch verminderte

konjunkturelle Reagibilität“ der ausländischen Erwerbspersonen fest¹¹⁸. Dagegen sprechen freilich die in den Krisenjahren nach dem Anwerbestopp erhöhten Rückkehrraten (s. Abb. 8, Kap. 4.2). Besonders für SpanierInnen und GriechInnen, damals noch weit von der Freizügigkeit entfernt, wirkten diese Verschärfungen vielmehr gegen ein Verbleiben in Deutschland¹¹⁹. Offenbar können solche staatlichen Restriktionen je nach Lage des Herkunftslandes oder Familienkonstellation sehr unterschiedliche Konsequenzen haben.

20.2 % der Verbleibmotive bezog sich auf die Familie: sie lebe hier, die Kinder seien in der Ausbildung und wollten auf Dauer hier bleiben. „Ich müßte für die Ausbildung meiner Kinder hierbleiben. Ich kann mein Kind nicht hierlassen und gehen.“¹²⁰ Hierbei gab es keine nationalen Unterschiede. Daß das Nachholen der Familie eine zentrale Entscheidung auf dem Weg zur Einwanderung ist, zeigte sich schon 1972: Die MigrantInnen mit Familie hier wollten zu 37 % hierbleiben (gegenüber 20 % aller MigrantInnen)¹²¹.

Die drei Motivkomplexe lassen sich so zusammenfassen: Nur zu einem Fünftel blieben die MigrantInnen hier, weil sie sich hier wohlfühlten. Unter der 'Ersten Generation' waren es noch weniger: 17.9 % der 1970–73 Gekommenen¹²². Familiäre Motive sprachen zu einem Fünftel für einen längeren Aufenthalt. Zu über einem Drittel ist die eingewanderte Bevölkerung aber gewissermaßen „gegen ihren Willen hängengeblieben“¹²³. Die Reintegrationsprobleme haben den Weg zurück abgeschnitten und das Wanderungsprojekt abgebrochen¹²⁴.

Die Rückkehr war allerdings nur aufgeschoben, nicht aufgegeben: „Wenn wir zurückfahren, müssen wir einkalkulieren, daß wir irgendwann wieder nach Deutschland kommen müssen.“¹²⁵ Als Voraussetzungen für eine Rückkehr nannten 1985 die meisten MigrantInnen bessere ökonomisch–finanzielle (51.4 %) und familiäre Bedingungen (22.1 %) sowie die Rentenberechtigung (11 %) ¹²⁶. Wichtigste Bedingung war: 'Wenn ich genug gespart habe'.

Abschließend sollen diese Ergebnisse von 1985 mit einer ähnlichen Erhebung von 1971 verglichen werden.

Abb. 17: Verbleibsmotive 1971 und 1985 (Eigene Grafik)¹²⁷.

An Bedeutung gewonnen hat vor allem die Familie. Es liegt nahe, daß die Familie vor ihrem Nachzug ein wichtiger Rückkehrgrund, danach ein wichtiger Verbleibgrund war. Die Zufriedenheit in Deutschland ist weniger wichtig geworden. Die MigrantInnen müssen deswegen 1985

nicht unzufriedener gewesen sein als 1971; die Fragen der Familie und der Reintegration hatten aber relativ an Einfluß gewonnen. Wer länger blieb, folgte eher diesen Zwängen, weniger der individuellen Vorliebe. Das prägte die Lebenssituation und das Selbstverständnis der EinwanderInnen wider Willen.

Leben im dauerhaften Provisorium

„Man kommt hierher, arbeitet, wartet. Man sagt sich: 'Ich möchte noch drei Jahre arbeiten, noch zwei Jahre arbeiten, ich möchte noch etwas mehr verdienen, ich möchte noch eine Million (Lira) mehr nach Hause bringen... Dann vergeht die Zeit. Der Zeitpunkt, zu dem man in die Türkei zurückkehren konnte, verstreicht, das Alter verstreicht. In diesem Fall vertraut man sich selbst nicht. Man sagt sich: 'Was könnte ich in der Türkei machen, ich könnte nichts machen.' Alle Hoffnungen werden zerstört.“¹²⁸

Die laufende ungeplante Verlängerung des Aufenthalts machte das Leben in Deutschland zu einem „dauerhaften Provisorium“¹²⁹. Anstatt dem Ziel der Rückkehr näher zu kommen, schien es stets gleich weit entfernt zu bleiben; der Zeithorizont verschwamm immer mehr. Zentrale Bedeutung haben dabei die Probleme der Familie, der äußeren Unsicherheit und des Alterns.

Die Familie war ein entscheidendes Motiv für die ursprüngliche Migration, für die (geplante oder versuchte) Rückkehr und für den längeren oder endgültigen Verbleib in Deutschland. Wenn das Migrationsprojekt länger dauert als geplant, entstehen in verschiedenen Lebensaltern verschiedene Familienkonstellationen mit ihren jeweiligen Erfordernissen. Wenn die wirtschaftlichen Erfordernisse des Migrationsprojekts mit den sozialen Anforderungen der Familie, d.h. des eigentlichen Lebensprojektes in Konflikt treten, reißen existentielle Widersprüche zwischen Mittel und Ziel der Migration auf. Die Migrationssituation wird ein „Feld innerer Widersprüche“¹³⁰.

Abb. 18: Das 'Feld innerer Widersprüche' ¹³¹

Die Trennung von der Familie entfremdete die MigrantInnen gerade von denen, für die sie emigriert waren. „Von zwölf Monaten verbringe ich einen Monat Urlaub in der Türkei. Unter diesen Umständen leidet natürlich meine Frau dort, ich hier, wir beide.“¹³² Dauerte die Trennung an, entstanden Konflikte:

„1972 hat mir meine Frau ganz großen Krach gemacht (...): 'Du sollst mich mitnehmen!' (...) Meine Frau hat mir nicht geglaubt. Hat gedacht, vielleicht hast Du andere Frau da, Du möchtest uns nicht dahin bringen.“¹³³

Manche Ehe ging kaputt; viele langjährige Lediggänger wollten daher trotz Familie nicht mehr zurückgehen ¹³⁴.

Wohnungs- und Rechtsprobleme erschwerten die Zusammenführung der Familie; kam sie nach, konnte weniger gespart werden, rückte eine Remigration immer weiter in die Ferne. Wenn aber beide Eltern erwerbstätig waren, konnten die Kinder nicht versorgt werden. War die Existenz im Heimatland noch nicht gesichert, wenn die Einschulung der Kinder anstand, verschärfte sich das Problem.

Ließen die MigrantInnen ihre Kinder im Heimatort, vermißten sie sie und verloren sie ihre elterliche Autorität und Nähe. Teilweise verweigerten auch die Großeltern die weitere Betreuung. Wollten die Eltern in Zukunft mit ihnen zusammen wieder im Heimatland leben, durften sie sie nicht auf die deutsche Schule schicken, wo sie ihrer Sprache und Herkunft entfremdet würden. Viele MigrantInnen engagierten sich in den mitgliederstarken Elternvereinen aller Nationalitäten; über ein Viertel der griechischen SchülerInnen ging 1988 auf griechische Nationalschulen ¹³⁵. Zudem konnten viele Kinder in den deutschen Schulen nicht die hohen – teilweise aufgrund eigenen Scheiterns überhöhten – Erwartungen ihrer Eltern erfüllen ¹³⁶. Das verursachte den Eltern Schuldgefühle.

Um den Kindern eine gute, kontinuierliche Schulausbildung zu ermöglichen, durften sie nicht ständig hin- und hergebracht werden. Den Eltern war das bewußt: „Wenn ich zurück bin, wie machen? Soll wieder erste Klasse anfangen in der Türkei? Wenn so ist, meine Kinder gehen schnell kaputt.“¹³⁷ Besonders die italienischen Kinder hatten nach mehrfachen Schulwechselln erhebliche Probleme ¹³⁸.

Gerade ein schulisches Scheitern würde das Dilemma der Eltern fortsetzen; so in einem Beispiel, in dem die Erfüllung des Traums der ersten Generation (der Bau des eigenen Hauses) mit der abgebrochenen Schulausbildung des Sohnes bezahlt wurde - was dazu führte, daß das erträumte Haus wahrscheinlich niemals bezogen werden wird, weil die Eltern nun arbeiten, um dem Sohn eine Werkstatt einzurichten ¹³⁹.

Waren die Kinder schon hier groß geworden, sperrten sie sich gegen eine Rückkehr in ein für sie fremdes Land. Sie entwickelten eigene Lebensentwürfe, die das elterliche Projekt zerstören konnten.

„Meine Kinder wollen auch nicht mit mir in die Türkei, weil sie sich dort nicht anpassen können. Außerdem, was könnten sie dort schon tun oder arbeiten? Hier haben sie ja wenigstens Arbeit und gehen zur Schule. Dazu kommt noch, daß ich nicht will, daß unsere Familie wieder geteilt wird. Aber ich habe hier große Angst. Ich befürchte, daß meinen Kindern hier etwas passieren könnte. Ach, ich weiß ja auch nicht, wir sind hier Ausländer, aber auch in der Türkei sind wir Ausländer.“¹⁴⁰

Diese Erfordernisse von Familie und Migration ließen sich nicht unter einen Hut bringen. Es gab keinen Ausweg aus dem Feld innerer Widersprüche. Die Trennung des wirtschaftlichen und des sozialen Lebensbereichs, die anfangs Freiheit und Beherrschung der Zeit bedeutete,

schlug nun um. Je weiter sich die Rückkehr verzögerte, desto schwieriger wurde die Synchronisierung der verschiedenen Lebensbereiche.

„Die ursprünglich geäußerte Absicht, zwei oder drei Jahre zu bleiben, hatte etwas Strahlendes: Das Leben sollte mit einem großen Kraftakt erzwungen werden. Ganz anders klingt derselbe Satz, wenn er (...) unzählige Male wiederholt wird. (...) An die Stelle eines großen Entwurfes ist das mühsame Zusammenstoppeln von Zweijahresabschnitten getreten.“¹⁴¹
 „Anstatt die Zeit zu beherrschen, sah man sich zunehmend von der Zeit beherrscht.“¹⁴²

Allmählich und mit zunehmendem Alter zerrann das triumphale Gefühl der Machbarkeit, der Beherrschung der Zeit, der Gestaltung des eigenen Lebens. War es anfangs befreiend gewesen, nur seine Arbeitskraft in Deutschland zu verkaufen, erwies sich dies nun als erschöpfbare Ressource: „Unsere Batterie ist leer.“¹⁴³

Nun glaubten viele, nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern ihre Jugend hier verkauft zu haben: „So verschwenden wir die Jugend unseres Lebens so ziemlich hier in Deutschland.“¹⁴⁴ Die langen Arbeitsjahre begannen, ihren Tribut zu fordern:

„Als wir nach Deutschland kamen, war mein Mann 24 Jahre und ich war erst 20 Jahre alt. Heute hab ich nicht einmal mehr Zähne im Mund, so alt bin ich schon.“¹⁴⁵

Trotz der medizinischen Selektion bei der Anwerbung und des günstigeren Altersaufbaus glich sich der Krankenstand der AusländerInnen seit Mitte der siebziger Jahre an den der Deutschen an. Neben den Arbeitsbedingungen war dafür auch der Akkulturations- und Diskriminierungsstreß verantwortlich¹⁴⁶. Viele MigrantInnen litten unter Magenkrankheiten und anderen psychosomatischen Beschwerden.

Überdurchschnittlich viele AusländerInnen wurden erwerbsunfähig und waren auf eine – meist unzureichende – Frührente angewiesen¹⁴⁷. Die im deutschen Sozialstaat aufgewachsenen Kinder akzeptierten aber ihre Versorgungsaufgabe nicht immer wie von den Eltern erwartet. Zudem liegt die subjektive Altersgrenze in den Herkunftsländern niedriger; schon ab 50 oder 55 hat man einen ruhigen, geachteten Lebensabend verdient. Dieser schien aber in Deutschland kaum zu genießen zu sein¹⁴⁸.

Gerade die Männer gerieten oft in die Krise eines Rollenverlusts. Denn nur solange sie erwerbstätig waren, konnten sie noch das Gefühl haben, auf ihre Migrationsziele hinarbeiten. Krankheit und Alter zerstörten mit der Arbeitskraft des Migranten einerseits „die Legitimität seines Hierseins“, andererseits – durch den dann meist unzureichenden Migrationserfolg – „die Legitimation der Rückkehr“¹⁴⁹.

Pendelmigration im Ruhestand

Zwar verschoben die MigrantInnen ihre Rückkehrplanungen immer wieder; an dem Ziel, spätestens mit Erreichen des Rentenalters zurückzugehen, hielten sie aber fest¹⁵⁰. Frau L. aus Jugoslawien: „Ja, ich möchte wieder nach Hause, wenn sie mir eine Rente geben. Seit vier Jahren warte ich darauf.“¹⁵¹ Auch die Forschung erwartete eine ‚Rückkehr des Ruhestands‘ (Cerase)¹⁵². Tatsächlich zahlten die deutschen Versicherungen 1991 zwischen 64.4 % (Türkei) und 89.9 % (Spanien) der Migrantenrenten ins Ausland, also an Zurückgekehrte oder Hinterbliebene im Heimatland¹⁵³.

Aber immer mehr MigrantInnen bleiben auch im Alter in Deutschland und beantragten hier ihre Rente. 1990 lebten hier 272 000 AusländerInnen aus den Anwerbeländern über 55, davon 43 000 über 65¹⁵⁴. Mittlerweile hat sich in Berlin schon ein türkischer Rentnerverein gebildet.

Nach einer Studie von 1990¹⁵⁵ sind nur fünf von 64 TürkInnen entschlossen, den Lebensabend in der Türkei zu verbringen; ein Drittel plant das, wenn die Kinder mitkommen. Nur 45 % halten ihre Investitionen in der Türkei noch für sinnvoll. Für die meisten leben die Personen, die sie im Alter versorgen würden, in Deutschland. Obwohl immerhin 43.6 % nicht ausschließen, wenn nötig in ein Altersheim zu gehen, bleibt die Familie dennoch die Hauptstütze im Alter. Die Kinder werden zum wichtigsten Bleibemotiv:

„Wenn ich nach Italien gehe, da ist vielleicht mehr Sonne, aber die Kinder habe ich nicht mehr. Bevor ich andern Kindern zugucke, stehe ich lieber ein bißchen an der Heizung und gucke meinen Kindern zu, denen ich vielleicht einen Rat geben oder helfen kann.“¹⁵⁶

Noch 1985 schienen sich dagegen viele MigrantInnen mit einer Trennung von ihren Kindern abgefunden zu haben – nur wenige Ältere machten eine Rückkehr noch davon abhängig, daß die Familie mitkomme¹⁵⁷. Darin lag wohl weniger eine „strategy of ‘one foot in Germany’“¹⁵⁸, als vielmehr eine tragische Zerrissenheit als Folge der Migration. Daneben tritt ferner die schlechtere materielle und medizinische Versorgung in den Herkunftsländern; andererseits deckt die karge Rente oft nicht die höheren Lebenshaltungskosten in Deutschland.

Als Ausweg aus diesem Dilemma schwebt vielen Älteren vor, zwischen Herkunftsland und Lebensmittelpunkt hin- und herzupendeln. Mehrere InterviewpartnerInnen der Geschichtswerkstatt praktizieren das bereits. Auch in Frankreich und den Niederlanden nutzen eingewanderte SeniorInnen dazu die bequeme und preisgünstige Flugreise. Erschwerend wirkt in Deutschland aber noch immer das Aufenthaltsrecht, das den Auslandsaufenthalt auf sechs Monate begrenzt. Einen Ausweg könnte hier – über die ins neue Ausländergesetz aufgenommene Wiederkehroption hinaus – ein Recht auf Freizügigkeit für RentnerInnen schaffen¹⁵⁹. Es scheint, als wenn für viele ältere MigrantInnen auch die letzte Rückkehrchance allmählich verstreicht. Die definitiv geplante Remigration wird nur noch eine halbe Rückkehr, ein Pendeln, solange die Gesundheit es erlaubt. So bleibt ihnen nur die allerletzte Rückkehr: Gestorbene MigrantInnen werden fast immer im Herkunftsland bestattet.

1 Ital. 92 %, Span. 82 %, Griech. 68 %, Jugosl. 52 %, Türk. 30 %. Nach Bischoff/Teubner 1991, 26f. Böttger 1991, 41ff. errechnete für GriechInnen 1960-1987 80 %.

2 Böhning, nach Bischoff/Teubner 1991, 26f. Böttger 1991, 41ff. nennt dies „Rückkehrhäufigkeit“. Hoffmann-Nowotny 1973, 41 und Breitenbach 1982, 35 verwenden dagegen „Rotationsindices“, die die jährliche Rückwanderung zur jährlichen Zuwanderung ins Verhältnis setzen. Um die Verwirrung komplett zu machen: Bei Cerase 1966-67 und andernorts wird dies wiederum als Rückkehrtrate bezeichnet.

3 Zahlengrundlage bei Booth 1992, 159, 222, ergänzt durch neuere Zahlen aus den Stat. Jahrbüchern. 1962 - 66 keine Bevölkerungsfortschreibung.

4 Nach korrigierten Zahlen aufgrund Tab. 2 bei Dietz in Hönekopp 1987, 132. Vgl. a. Erfahrungsbericht 1972/3, 5.

5 Nach korrigierten Zahlen aufgrund Tab. 2 bei Dietz in Hönekopp 1987, 132.

6 Tab. bei Thon in Hönekopp 1987, 32.

7 Dietzel-Papakyriakou 1993, 14.

8 Bade 1992, 395f.

9 Und für Tunesier. Hönekopp 1987, 296.

10 Statt angeblicher 300 000 berechnet Hönekopp 1987, 299, 312, 45 000 Rückkehrer aufgrund des Gesetzes.

11 Archdeacon 1983, 115f., 137f. Monticelli 1967.

12 Berrocal in Kubat 1984, 22. Zur wirtschaftl. Entwicklung der Länder s. Kap. 4.2.

13 Sousa Ferreira und Leite Pereira in Kubat 1984, 27.

14 Fakiolas in Kubat 1984, 39.

15 So Berrocal in Kubat 1984, 22.

16 Coelho 1989, 189.

17 Nach Riepl 1984.

18 Bei Italoamerikanern gab es „two peaks of return: the first after about 6 - 10 years and the second after 30 years or more“: Cerase 1967, 70. In Griechenland 11.4 Jahre: Unger 1983, 167. Ähnlich Böttger 1991. In der Türkei: 5.5 Jahre: Gitmez in Kubat 1984, 115.

19 Rogers 1984, 291.

20 Kallweit/Kudat 1976, 42.

21 Nicht nur, aber überwiegend aus Deutschland. Schierup 1990, 122.

22 Kallweit/Kudat 1976, 42.

23 Unger 1983, 186ff. und 340.

24 Ähnlich die 1978 in Nürnberg befragten Türken bei Bostanci 1982, 61.

- 25 Unger 1983, 199, belegt den naheliegenden Zusammenhang zwischen Sparsumme und subjektivem Erfolg der Migration.
- 26 Kallweit/Kudat, 1976, 32.
- 27 Negativ für das Herkunftsland. 177. Schierup 1990, 119ff. ReprU 72, 38f.
- 28 Hoffmann-Nowotny 1973, 265. Kritik bei Rogers 1984, 277, 279, 291.
- 29 Werth 1983, 64.
- 30 Bürkner u.a. 1987, 462.
- 31 1974 kamen auf 1000 deutsche Beschäftigte 89, auf 1000 ausl. Beschäftigte 219 Arbeitsunfälle. Bischoff/Teubner²1991, 44. Vgl. Dietzel-Papakyriakou 1987.
- 32 Dohse 1985, 273.
- 33 Nach: Akpınar 1974, 102.
- 34 Dohse 1986, 48. S. § 46 Nr. 6 neues, § 10 I altes Ausländergesetz.
- 35 Dietzel-Papakyriakou 1987, 94ff., 222.
- 36 Boos-Nünning u.a. 1990, 45f.
- 37 Ähnlich SpanierInnen, Mertins 1981, 65f.
- 38 Kallweit/Kudat 1976, Tab. 10.
- 39 Frau K., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 30.
- 40 1978, nach Schiffauer 1992, 131.
- 41 Heimweh wurde als Krankheit (franz.: „Hemvé“) erstmals im 16. Jahrhundert bei als Söldnern emigrierten Schweizern diagnostiziert. Danach nahm man bis ins 18. Jahrhundert an, daß es eine spezifische 'Schweizer Krankheit' sei: Braun 1970, 440ff.
- 42 Bostanci 1982, 61: Unterschiedliche Push-Faktoren bei Türken 1978 in der Kategorie 'Streß und allgemeine Unzufriedenheit'.
- 43 Bürkner u.a. 1987, 462.
- 44 Bürkner u.a. 1987, 462. Vgl. a. Werth 1983, 100f.
- 45 Nach Riepl 1984.
- 46 Bsp. bei Schiffauer 1992, 133f.
- 47 Bürkner u.a. 1987, 454.
- 48 Vgl. Schierup 1990, 122. Dohse 1985, 331ff., Herbert 1986, 208.
- 49 Frau K. aus der Türkei, nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 106.
- 50 Schiller 1984, 642.
- 51 Bürkner u.a. 1987, 451, 458. Ähnlich Bovenkerk 1974, 41. Die bei SpanierInnen umgekehrte Verschiebung - Rückkehraspiranten nannten zu 53 % Schulfragen, tatsächlich Zurückgekehrte zu 80 % Kündigung oder Krankheit - ist dagegen Reaktion auf die Bedingungen der staatlichen Reintegrationshilfen. Mertins, in Körner/Werth 1981, 64f.
- 52 Mehr als deswegen remigriert waren! Unger 1983, 199, 344.
- 53 „Persönliche Motive, die stets einen Charakter der Entscheidungsfreiwilligkeit tragen, werden (...) tendenziell leichter verbalisiert als Motive, die mit einer Benennung und Kritik der herrschenden sozioökonomischen und politischen Rückkehrzwänge verbunden sind.“ Bürkner u.a. 1987, 456, 463. Dagegen sprechen freilich in gewisser Weise die dort (S. 462) wiedergegebenen, durchaus kritischen Antworten.
- 54 Bürkner u.a. 1987, 455.
- 55 Auernheimer 1984, 255.
- 56 Unger 1983, 96.
- 57 Unger 1983, 263.
- 58 Cerase 1971, 1974, Unger 1983, 45f., Poeschl 1984, 43f. Stärker abstrahiert und weltweit angewandtes Acht-Faktoren-Modell bei Rogers 1984, 288ff.
- 59 Poeschl 1984, 43. Zur 'Innovation' auch Bovenkerk 1974, 33ff., 44ff.
- 60 Vgl. Kap. 2.
- 61 Art. 'Remigration' - Länderteile, in Auernheimer 1984, 255ff., Körner/Werth 1981, 11ff., Unger 1983, 289. Herbert 1986, 221.
- 62 Vgl. Schierup 1990, 192ff. Hiemenz in Körner/Werth 1981, 119ff.
- 63 Körner/Werth 1981, 9.
- 64 Kammerer in Körner/Werth 1981, 56. Boos-Nünning u.a. 1990, 76f.
- 65 Türkischer Arbeitsminister 1966, nach Akpınar 1974, 106.
- 66 Schierup 1990, 12f., 124ff., 185ff., Althammer 1975, 99-124, 135-156, Mertins 1981, 65f., Kubat 1984, 123-150.
- 67 Zwei Drittel bei Werth 1983, 97.
- 68 Z.B. in einem türkischen Dorf in fünf Jahren um 700 %: Heckmann 1980, 120.
- 69 Nach Akpınar 1974, 107.
- 70 Mehrländer 1974, 237. Ähnlich Akpınar 1974, 108.
- 71 Nach Akpınar 1974, 107.
- 72 Nach Akpınar 1974, 107.
- 73 ReprU 85, 481.
- 74 Nach Schedlich 1987, 38
- 75 Nikolanikos 1975, 302. Vgl. die Probleme der Anwerbekommission nach Erfahrungsbericht 1972/3, 45.
- 76 Unger 1983, 230, 240.
- 77 Nach Unger 1983, 245, 194ff. Ähnlich Italien: Boos-Nünning u.a. 1990, 79.

- 78 Schierup 1990, 203, Koch 1989, 193.
79 Nikolanikos 1975, 10.
80 Körner/Werth 1981, 136ff. Vgl. Heckmann 1985, 114.
81 Körner/Werth 1981, 77ff. Unger 1983, 220f., Glebe 1983, 118ff.
82 Unger 1983, 226f.
83 Zu den medizinischen und rentenrechtlichen Problemen: Dietzel-Papakyriakou 1987 und Grandi 1983.
84 Nach Schiffauer 1992, 345.
85 Unger 1983, 197, 201
86 Kürsat-Ahlers 1992, 108. Krasses Beispiel von Anfeindungen: Maurenbrecher 1985, Anhang 2, 13f.
87 Nach Schiffauer 1992, 166.
88 Ein Spanier, nach Mertins 1981, 68. Anders angeblich in Portugal: Kubat 1984, 55.
89 Jugoslawin, nach Korte 1990, 239.
90 Beispiel bei Schiffauer 1992, 108f. Bild?
91 Eine Türkin der zweiten Generation. Aus taz, 13.9.1986. Ähnlich eine koreanische Krankenschwester: „Zudem haben die meisten koreanischen Männer ein großes Mißtrauen gegenüber Frauen, die in Deutschland waren. Und auch wir könnten wohl nicht mehr eine normale koreanische Ehe führen, in der der Mann über alles zu entscheiden hat.“ Interview Frau M.
92 S. Kap. 4.2, Thon in Hönekopp 1987, 32.
93 Unger 1983, 200ff.
94 ReprU 85, 457ff. Ähnlich ReprU 72, 32. Für ein Beispiel eines gescheiterten Versuchs: BZ, 4.4.1986.
95 Nach Akpınar 1974, 107. Zum Urlaub ausführlich: Maurenbrecher 1985, 189 - 267, 298 („schmerzhaft Ablösung“).
96 So Poeschl 1984, 45.
97 Hoffmann/Issi 1991, 76. Ähnlich Projektgruppe 1990, 37.
98 Heckmann 1985, 114.
99 Mehrländer 1974, 123. ReprU 85, 465ff. (keine großen nat. Unterschiede). Vgl. ReprU 80, 542.
100 Vgl. Einleitung und Heckmann 1985, 114.
101 1963 Spanier in Köln: Delgado 1966, 182.
1968 und 1972 alle ausl. ArbeitnehmerInnen: ReprU 68, 51 und ReprU 72, 35.
1973 Türkische Männer in Berlin: Akpınar 1974, 105.
1976 Ausl. Familien in NRW: Nach Werth 1983, 59.
1978 Türkische Männer in Nürnberg: Bostanci 1982, 64.
1978 alle 'Gastarbeiter': Marplan 1978, Tab. 29:
1979 GriechInnen in Berlin: Socialdata 1980, 80ff.
1980 ArbeitnehmerInnen aus Anwerbeländern: ReprU 80, 545.
1981 TürkInnen in Baden-Württ.: Nach Werth 1983, 59.
1982 TürkInnen und Jugosl. in NRW: Nach Werth 1983, 59.
1983: Türken in Rheinland-Pf.: Nach Werth 1983, 59.
1985 ArbeitnehmerInnen aus Anwerbeländern: ReprU 85, 467.
1986 Türkische Männer in Hessen: Bürkner u.a. 1987, 461.
Aus dem Rahmen fällt Stat. LA Ba-Wü 1976: 85 % wollen nicht zurück, nach Meier-Braun 1979, 60.
102 ReprU 72, 38f. Ähnlich Delgado 1966, 183.
103 Werth 1983, 93. ReprU 85, 480.
104 ReprU 85, 468.
105 ReprU 85, 467.
106 Besonders entschieden äußern sich die GriechInnen aber bei Socialdata 1980, 80ff.
107 Mehrfachnennungen, ReprU 85, 469. Ähnlich Bürkner u.a. 1987, 464.
108 Evtl. wurde diese Antwort auch öfter aus Höflichkeit gegeben. Ähnl. Ergebnisse bei Bürkner u.a. 1987, 464: 15.4 % aller Nennungen, 48.3 % der Befragten, 71.4 % der Verbleiber. Ein Beispiel bei Schiffauer 1992, 333f.
109 Bürkner u.a. 1987, 467.
110 Nach Maurenbrecher 1985, Anh. 2, 14.
111 Ein Türke nach Schiffauer 1992, 63, vgl. a. 167ff. Als nötiger Betrag galten mindestens 50 000.- DM.
112 ReprU 85, 160ff., 179, 472f. Je kürzer der Aufenthalt, desto mehr Reintegrationshindernisse wurden wahrgenommen (evtl. wegen anderer Alters- und Nationalstruktur, ReprU 85, 471). Je höher der berufliche Status, desto mehr wollten die MigrantInnen bleiben (Mehrländer 1986, 56f.).
113 Die schon zitierte Frau N. aus Jugoslawien. Nach Schedlich 1987, 38.
114 Werth 1983, 62.
115 Nach Korte 1990, 229.
116 Warum SpanierInnen 0.2 %, PortugiesInnen aber 8.3 % aufwiesen, ist unklar, denn für beide und die GriechInnen stand die Freizügigkeit bevor.
117 Z.B. Castles 1984, 37, Bade 1992, 396, Bischoff/Teubner²1991, 27..
118 Thon in Hönekopp 1987, 14, vgl. Dietz in Hönekopp 1987, 78f.
119 Breitenbach 1982, 37.
120 Nach Schiffauer 1992, 134f.
121 ReprU 72, 39.

-
- 122 ReprU 85, 471.
123 Schiffauer, taz, 3.7.1993.
124 Kubat 1984, 2 spricht vom „truncated migration cycle“.
125 Nach Akpınar 1974, 104.
126 ReprU 85, 473.
127 Mehrländer 1974, 123, 134f. ReprU 85, 469.
128 1978. Nach Schiffauer 1992, 168.
129 „Provisoire qui dure“, Sayad 1983, 1749. Schon bei Braun 1970, 497.
130 „Champs contradictoire“, Sayad, nach Schiffauer 1992, 169. Zur zentralen Bedeutung der Familie bei Ital.: Boos-Nünning u.a. 1990, 74ff., bei Griech.: Boos-Nünning u.a. 1990, 56ff.
131 Schiffauer 1992, 176.
132 Nach Schiffauer 1992, 132.
133 Nach Maurenbrecher 1985, 333, leicht geglättet.
134 Bürkner u.a. 1987, 459f. Zu alleinlebenden Alten: Dietzel-Papakyriakou 1993, 106ff., Serifova 1993.
135 Boos-Nünning 1990, 12. Özcan in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, Glebe 1983, 77ff. Vgl. die erregte Klage eines türkischen Migranten, Schiffauer 135f., 240ff.
136 Vgl. Schiffauer 1992, 239, Anm. 13.
137 Nach Maurenbrecher 1985, Anh. 2, 15.
138 Boos-Nünning u.a. 1990, 67ff., 88f.
139 Analysiert bei Mihçiyazgan 1986, 107ff., 160f. Angesichts dieser Probleme scheinen veränderte Kindergeldregelungen für den Familiennachzug eher zweitrangig, vgl. Kap. 3.2.
140 Frau K., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 31. Frau K. lebt inzwischen in der Türkei.
141 Schiffauer 1992, 177.
142 Schiffauer 1992, 174f.
143 Nach Mihçiyazgan 1986, 340.
144 Nach Schiffauer 1992, 182.
145 Frau K., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 31.
146 Friese 1991, 64ff. Zu Krankheit ausführlich: Maurenbrecher 1985, 115 - 188. Dietzel-Papakyriakou 1987, bes. 31ff., 63ff. Allerdings diagnostizierten offenbar viele Ärzte vorschnell Hemweh, anstatt gründlich zu untersuchen: Korte 1990, 254.
147 Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1992, 14ff. Dietzel-Papakyriakou 1987, 43ff.
148 Vgl. Wilpert in Kubat 1984, 106. Schiffauer 1992, 182f.
149 Dietzel-Papakyriakou 1987, 21ff. Zur Debatte um das mißbräuchliche 'Krankfeiern': Dietzel-Papakyriakou 1987, 34ff.
150 Wilpert in Kubat 1984, 112. ReprU 85, 476.
151 Nach Schedlich 1987, 52.
152 Vgl. Kap. 4.2, Art. 'Remigration' in Auernheimer 1984.
153 Dietzel-Papakyriakou 1993, 81, 84f.
154 Dietzel-Papakyriakou 1993, 19f.
155 Hofmann/Issi 1991, 76f.
156 Nach Projektgruppe 1990, 37. Ausführlich: Dietzel-Papakyriakou 1993.
157 ReprU 85, 476.
158 Wilpert in Kubat 1984, 112.
159 Projektgruppe 1990, 38f. Vgl. Dietzel-Papakyriakou 1993, 44ff., 114f.

4.3. Funktionen der Rückkehrorientierung – „Zum Schluß will jeder zurückkehren“

Rückkehrabsicht, Rückkehrillusion, Rückkehrorientierung

Obwohl sie sich längst niedergelassen hatten, hielten viele MigrantInnen an ihrer Rückkehrabsicht fest. Je länger der Aufenthalt dauerte, desto unwahrscheinlicher wurde eine Verwirklichung dieser Absicht.

Schon 1979 sagte die Berliner Socialdata-Studie voraus, daß fast vier Fünftel der MigrantInnen hierbleiben würden. Die Absichten der Befragten wurden dabei nach den Kriterien Aufenthaltsdauer und Vollständigkeit des Familiennachzugs umgewichtet; nur wer ein konkretes Datum innerhalb von fünf Jahren angeben konnte, würde tatsächlich zurückkehren¹.

Eine Überprüfung der Berliner Verweilquoten 1979–88 bestätigt diese Vorhersage im wesentlichen². Für die große Mehrheit der MigrantInnen scheint eine Rückkehr seit mindestens einem Jahrzehnt ausgeschlossen. Aus der Rückkehrabsicht ist eine „Rückkehrillusion“ geworden³. Zwar können sich die Rahmenbedingungen ändern, auch ist im Einzelfall eine Prognose kaum möglich. Für einen – kleineren – Teil wird die Rückkehr doch noch Realität, für einen – größeren – Teil bleibt sie Illusion. „Die reale Rückkehr der einen speist die Illusion der anderen.“⁴

Der Begriff der Rückkehr- oder Heimkehrillusion wird den MigrantInnen aber nicht gerecht, denn er unterstellt ihnen, daß sie aus Naivität ihre wirklichen Möglichkeiten nicht wahrnehmen. In der Forschung wurde diese Illusion ähnlich wie die Segregation als Hindernis für eine Integration (oft als Assimilation verstanden) empfunden. Braun konstatierte 1970 bei italienischen ImmigrantInnen in der Schweiz, daß die „Rückkehrabsicht mehr eine sorgsam gepflegte Wunschvorstellung“, eine nostalgische Heimweh-Reaktion sei. Wenn eine solche „Fehlanpassung“ nach vier Jahren Aufenthalt noch festzustellen sei, könne man von einem „Scheitern der Umstellung und Anpassung sprechen; eine positive Eingliederung scheint kaum mehr möglich“⁵.

Tatsächlich konnte jedoch in Kapitel 4.2 gezeigt werden, daß sie die erheblichen Hindernisse, die einer Rückkehr im Wege stehen, durchaus realistisch sehen. Ich vermute daher, daß viele MigrantInnen nicht aus Naivität oder ‚Fehlanpassung‘, sondern aus anderen Gründen daran festhalten, irgendwann zurückzukehren. Auch wenn die Rückkehrorientierung nicht realisiert wird, hat sie wichtige soziale, kulturelle und psychische Funktionen, die nun untersucht werden sollen. Denkbar ist, daß es immer stärker diese Gründe sind, die eine Person zu dem Satz ‚Ich gehe zurück‘ veranlassen, immer weniger hingegen die konkrete Rückkehrplanung. Der Satz wird genauso oft gesagt, aber immer mehr aus anderen Motiven.

Statt von konkreter Rückkehrabsicht oder naiver Rückkehrillusion möchte ich daher neutraler von Rückkehrorientierung reden. Die Rückkehrorientierung kann bestehen bleiben, obwohl auch für die Einzelnen ein Verbleib mehr oder weniger feststeht. Je mehr sie aus folgenden anderen Motiven gedacht und geäußert wird, desto stärker kann die Rückkehrorientierung neben der Bleibeorientierung stehen.

Dabei kann es nicht darum gehen, das Verhältnis von Bleibe- und Rückkehrorientierung im Bewußtsein und Unterbewußtsein der einzelnen MigrantInnen psychoanalytisch zu ergründen, oder gar die Einwandererbevölkerung pauschal zu kategorisieren. Ich möchte nur die Bedeutung und Tragweite der Funktionen der Rückkehrorientierung, die sich nicht auf die tatsächliche Rückkehr beziehen, aufzeigen und fragen, wie handlungsleitend die Rückkehrorientierung für alltägliche Entscheidungen ist.

Dieses Kapitel betrifft vor allem die rund 60 % der MigrantInnen, die weder eindeutig zurückkehren werden noch eindeutig ihre Rückkehrorientierung aufgegeben haben.

Abwehrstrategie gegen Diskriminierung und Existenzunsicherheit

Wo die Rückkehr nicht mehr konkret vorbereitet wird, dient ihre Möglichkeit doch der Selbstbehauptung gegenüber der Diskriminierungserfahrung und der Existenzunsicherheit.

Die meisten MigrantInnen empfanden eine nicht nur anhaltende, sondern sogar wachsende Diskriminierung und Feindseligkeit von seiten der Deutschen. „Jeden Tag solche Worte treffen ... Mit Psychologie. Den Kopp kaputt. Also ich bin sowieso müde von Arbeit, dann kommen dazu seine Worte, ja?“⁶ 'Ausländerfeindlichkeit' erscheint dabei als ein Komplex aus allgemeinen Benachteiligungen, staatlicher Repression, geringem Prestige und einzelnen verbalen oder tätlichen Übergriffen, sozusagen als eine „kollektive Dauerdemütigung“⁷.

Gegen die kontinuierliche Diskriminierungserfahrung erlaubt die Rückkehrorientierung eine Bewahrung des Selbstwertgefühls: „Wo ich hingehöre, weiß ich ja.“⁸ Sie bietet scheinbar einen individuellen Ausweg aus der strukturellen Chancenlosigkeit der Minderheit. Je mehr Diskriminierung die MigrantInnen erfahren, desto mehr Rückkehrabsichten äußern sie. Darauf läßt sich wohl auch die überdurchschnittliche Rückkehrorientierung bei TürkInnen zurückführen⁹.

„Kennzeichnend (...) scheint ein Grundzug von Melancholie zu sein, wie er in der sehnsüchtigen Kernaussage der Migrantennideologie zum Ausdruck kommt: 'Wir kehren das nächste Jahr zurück!'“¹⁰

Früher träumten alle, „sich aus dem Dorf zu retten“, heute träumen sie, sich „aus Deutschland zu retten“¹¹.

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsstatus hängen eng zusammen, denn die Rechtsunsicherheit schafft eine diffuse Angst: Die bloße Unfreundlichkeit der Vorgesetzten kann sich jederzeit zur existenzbedrohenden Kündigung ausweiten. Trotz langer Aufenthaltszeiten hatten weit weniger MigrantInnen als möglich die unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder die Aufenthaltsberechtigung¹².

Unabhängig vom objektiven Status ist ein subjektives Mißtrauen gegenüber der deutschen Verwaltung und Justiz weit verbreitet: „Wenn denen da oben einfällt, andere Gesetze zu machen, können sie eben.“¹³ Selbst EG-Zugehörige zweifeln:

„Ja, ob man bleiben kann? Vom Papier her bin ich Italiener. Und der deutsche Staat hat auch seine Probleme. Ich weiß nicht, was die in der nächsten Zeit entscheiden...“¹⁴

Das Gefühl, zur industriellen Reservearmee zu gehören, ließ jede Planung, die den Zeitraum von zwei, drei Jahren überschritt, als illusorisch erscheinen:

„Und dann ist es nicht klar, ob man auch hierbleiben kann, wie es die Ausbildung der Kinder erfordert. Heute hat man Arbeit, aber ob man morgen Arbeit hat, das ist nicht klar. (...) Hier: Das ist nur ein Provisorium (geçiçi = im Vorübergehen), also hier, das ist wie ein Hotel. Wenn man zu uns heute in Deutschland sagt: 'Los, geh!' Dann kann ich nicht sagen: 'Ich geh nicht.' Jeder muß schließlich in sein eigenes Land gehen.“¹⁵

Die vagen Zukunftsabsichten der MigrantInnen entsprangen somit den unvorausehbaren Bedingungen, nicht etwa einem Fehlen von zukunftsgerichteter Lebensplanung¹⁶.

„Wenn wir jetzt rausgeschmissen werden“¹⁷ – wer damit rechnet, muß sich die Rückkehr als gedankliche Möglichkeit offenhalten. Sie bietet eine gewisse individuelle Sicherheit, bei einer latent drohenden Ausweisung nicht „ins Nichts zu stürzen“¹⁸.

Loyalitätsbekundung zur Minderheit

Auch Mihçiyazgan kritisiert, daß die bundesdeutsche Ausländerforschung die noch bestehende Rückkehrorientierung als irrationale „Rückkehrillusion“ disqualifiziere und damit die MigrantInnen pathologisiere. Aufgrund von Kontextanalysen der Lebensgeschichten türkischer Frauen interpretiert sie die „Rückkehr als Metapher“¹⁹. Ihre durchaus wichtigen und sinnvollen Funktionen seien insbesondere Loyalitätsbekundung und Identitätsstabilisierung.

Alle von Mihçiyazgan interviewten Migrantinnen äußerten eine Rückkehrabsicht in ähnlicher Weise, d.h. sie wendeten ein „Muster der türkischen Alltagskommunikation“ an. Damit erfüllten und bestätigten sie die

„kommunikativen Regeln, durch die die gemeinsam geteilte Wirklichkeitsdefinition der Migranten abgesichert und re-stabilisiert wird. Daraufhin kann jede Art von Abweichung toleriert werden, denn zum zweiten Teil des Musters gehören adversative Konstruktionen mit ‘aber’, durch die die Umsetzung häufig in Frage gestellt wird: ‘... aber jetzt noch nicht’, ‘... aber vorläufig will ich noch hier bleiben’, ‘... aber meine Kinder sind hier verheiratet’. Wenn das Muster zur Rückkehr (...) rein modal konstruiert ist, – ‘ich will, aber ich kann nicht’ – dann ist zu erkennen, daß es keine Aussagen über zukünftige Handlungen enthält. Die Bekundung der Rückkehrabsicht ist in diesem Sinn vor allem eine Willensbekundung zum Identischsein (= Wollen) mit der Migrantengruppe und hat daher eine identitätsstabilisierende Wirkung. Loyalitätsbekundung und Identitätsstruktur bedingen sich gegenseitig.“

Mihçiyazgan zitiert einen Migranten:

„Deshalb denke ich gar nicht daran zurückzugehen, also an dem Tage werde ich gehen und so, das sage ich nicht.“ Daraufhin fällt ihm eine Nachbarin, die sich bisher nicht am Gespräch beteiligt hat, sehr laut ins Wort: (...) ‘Na, dann werde doch Deutscher! Nimm doch die deutsche Staatsangehörigkeit an!’ Daraufhin der Migrant: (...) ‘Nee... wegen Deutschsein nicht! Nicht deshalb. Also ganz zum Schluß will jeder zurückkehren. Also... sobald wie möglich die Angelegenheiten hier regeln und dann natürlich!’“

Das Rückkehr-Muster dient hier der kollektiven Absicherung der gemeinsamen Wirklichkeitsdeutung, die in der Minderheitensituation noch stärker als bei anderen Gruppen der laufenden Stabilisierung bedarf. Wer keine Rückkehrabsicht bekundet, riskiert die Ausgrenzung aus der türkischen Minderheit²⁰. Eine von Korte interviewte junge Türkin bestätigt das:

„Der Wunsch zur Rückkehr ist auch ein Bekenntnis der Zugehörigkeit. Ich glaube auch, daß mitspielt, daß andere Türken erwarten, daß man das sagt.“²¹

Nicht belegt wird dagegen Kortess gegenteilige Behauptung einer „Umkehrung der Beweislast“:

„Hier zu bleiben, ist für die meisten Ausländerfamilien faktisch aber so normal geworden, daß sie eine Rückkehr begründen müssen, vor sich, vor den Landsleuten, vor den Deutschen.“²²

Trifft dieser Interpretationsansatz auf alle – oder wenigstens alle türkischen – MigrantInnen? Mihçiyazgan selbst geht gesondert nur ein auf Jugendliche und Frauen.

Die Jugendlichen würden tendenziell ausgegrenzt, da sie wegen schlechter Türkischkenntnisse diese „Basisregeln der türkischen Kommunikation“, die „unausweichlich mit der muttersprachlichen Kompetenz verbunden“ seien²³, nicht mehr beherrschten. Tatsächlich äußern aber auch Jugendliche mit gewissen Wortschatz- und Grammatikproblemen durchaus Rückkehrabsichten²⁴; sie leben wohl eher in der etwas anderen ‘Sinnwelt’ der Gleichaltrigen.

Türkische Frauen hingegen wenden, so nimmt Mihçiyazgan an, diese Basisregeln gerade wegen ihrer geringen Deutschkenntnisse selbstverständlich an. Sie übernehmen, wie im zitierten Beispiel, „darüber hinaus eine Art Wächterrolle für die Einhaltung der Regeln“, denn solche Stabilisierungsaufgaben fielen traditionell in den Aufgabenbereich der Frauen²⁵. Auch Dietzel-Papakyriakou sieht „die Frauen als Stützen der Sinnklaven der ethnischen Kolonien“²⁶.

Der für Mihçiyazgan zentrale, leider aber nicht definierte Begriff der „türkischen Sinn-“, bzw. „Sozialwelt“ erscheint etwas pauschal angesichts der fortgeschrittenen Differenzierung der türkischen Minderheit in Deutschland. In den unterschiedlichen innertürkischen Milieus²⁷ sind auch verschiedene Deutungsmuster zu erwarten. Am deutlichsten wird das bei modernen Muslimen, die die Gespaltenheit ihres deutsch-türkischen Zugehörigkeitsgefühls dadurch überwinden können, daß sie zum Islam gehören²⁸.

Im ganzen definiert sich die türkische Minderheit aber noch immer relativ stark über die Türkei; eine Presse, eine öffentliche Meinung oder ein Selbstbewußtsein als Türken in Deutschland ist schwach und zersplittert, was gewiß durch den fortdauernden Ausschluß von der deutschen Politik bedingt ist. Die vom Herkunftsland produzierten Medien berücksichtigen weniger die Probleme der MigrantInnen, sondern erhalten aus nationalistischen und ökonomischen Interessen deren Rückkehrorientierung²⁹.

Diese Orientierung der Minderheit auf das Herkunftsland bewirkt, daß die Absicht, zurückzukehren, ein wichtiges Zugehörigkeitsmerkmal bleibt – umso mehr, je heterogener andere Situationen und Einstellungen, je individueller die Selbstbilder als Einzelne werden. Nur die wenigen MigrantInnen, die Zugang zu einer deutschen Bezugsgruppe gefunden haben, könnten eine Ausgrenzung möglicherweise in Kauf nehmen. Die allermeisten brauchen angesichts der inneren Zerrissenheit und der Ausgrenzung im Aufnahmeland den „migrationsstreßfreien“ Schutzraum der eigenen Minderheit³⁰.

Ähnlich dürften diese Muster auch innerhalb der anderen Minderheiten wirken.

„Italiener, die mit dem Gedanken spielten, für längere Zeit oder für immer in Deutschland zu bleiben, wurden von ihren Kollegen stets 'wegerklärt', ihr Ansinnen mit einer schlechten Familie, leichtsinnigem Charakter, regionaler Herkunft (z.B. Sizilien) und Mangel an Opfermut begründet.“³¹

Dieser Mechanismus innerhalb einer Wohnheimgruppe 1965 schien auch später noch zu funktionieren³².

Rückkehrorientierung schafft, gerade wenn sie nicht mehr selbstverständlich ist, ethnische Identität; denn ethnische Identität entsteht vor allem dann, wenn zuvor selbstverständliche Verhaltensweisen durch Krisen als Handlungsoptionen erst erfahren und „problematisiert“ werden³³. Die Aufgabe der zuvor selbstverständlichen Rückkehr wäre dagegen ein großer Schritt zu einer auch identifikativen Assimilation an Deutschland.

Loyalitätsbekundung zum Herkunftsland

Zudem muß auch Loyalität zum Herkunftsland und zum Heimatdorf gezeigt werden.

Die Regierungen der Herkunftsländer versuchen, die Rückkehrorientierung zu erhalten. Ein Istanbuler Neurologie-Chefarzt:

„Der Gastarbeiter muß wissen, daß er, wenn seine Zeit kommt, zurückkehren muß. (...) Er muß sich bewußt sein, daß er letzten Endes auch einen Auftrag seines Heimatlands im Gastland zu erfüllen hat.“³⁴

Schierup stellt fest:

„These efforts to combat assimilation seem actually to have been the most successful element of Yugoslav migration policy, expressed in the conservation of a comparatively steady flow of migrant remittances and in the production of a prolonged psycho-social drama among the majority of Yugoslavia's post-war labour migrants in Europe“³⁵.

Wichtiger noch sind die Erwartungen der Verwandten im Heimatdorf. Die MigrantInnen

„sind im Auftrag oder mit Auftrag ihrer Bezugsgruppen emigriert. Diese signifikanten Dritten bestehen auf der Erfüllung des Kontraktes, auf der Orientierung an der Rückkehr.“³⁶ „Eine Aufgabe der Rückkehr kommt einem Vertrauensbruch gleich, dem Nicht-Erfüllen eines Auftrags.“³⁷

Verantwortungs- und Schuldgefühle³⁸ gegenüber den Eltern verlangen nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch das Festhalten an der Rückkehrabsicht:

„Auch jetzt sagt mein Vater wieder: 'Komm zurück, oder laß wenigstens deine Frau hier bei uns. Es reicht nun. Komm! Wir werden bald sterben! Laß uns noch etwas beisammen wohnen.' (...) Und wir sagen: 'Vater, im Moment haben wir noch nicht genügend Geld in unserer Hand, um etwas aufzubauen. Deshalb müssen wir noch etwas arbeiten.' (...) Also, mein Vater war einverstanden. Aber irgendwie möchte er natürlich, daß ich komme.“³⁹

Die Rückkehrorientierung demonstriert die Heimatbindung und die Zugehörigkeit der MigrantInnen. Dem gleichen Zweck dienen die regelmäßigen Überweisungen, die neuen Heiratsverbindungen der Kinder ins Herkunftsland und der alljährliche Heimaturlaub⁴⁰.

Der Urlaub ist notwendig, um sich die Rückkehroption offenzuhalten. In den wenigen Wochen bleibt kaum Zeit für die Erholung: Nach der tagelangen Reise müssen Geschenke verteilt, finanzielle Transaktionen und Grundstückskäufe getätigt, der Bau des neuen Hauses vorangerieben, familiäre Konflikte besprochen und Hochzeitsverhandlungen und -feierlichkeiten absolviert werden⁴¹. Diese Aktivitäten sind zugleich kleine Erfolge, Zwischenschritte, die das Gefühl geben, dem fernen Migrationsziel wieder ein Stückchen näher gekommen zu sein.

Individuelle Sinnstiftung

Das Festhalten an der Rückkehrabsicht ist nicht nur wichtig für die Zugehörigkeit zur Gruppe, sondern auch für die individuelle Sinnggebung.

Die Remigration war von Anfang an das Ziel der befristeten Arbeitsmigration. Eine Aufgabe der Rückkehr wäre damit auch eine Aufgabe der eigenen Ziele, ein Eingestehen des Scheiterns.

„Das Festhalten an der Rückkehr, d.h. an dem Abschließen und Vollenden des Migrationsprojekts, stellt die Legitimationsquelle dar, aus der geschöpft wird, um die Kosten des Unternehmens 'Migration' rechtfertigen zu können. Nur so kann der überlange Befriedigungsaufschub (...) kompensiert werden“⁴².

Alternative Lebensziele in Deutschland stehen kaum zur Verfügung; helfen kann höchstens die Religion:

„Vielleicht kehren wir in zwei Jahren in die Türkei zurück. Wir haben nichts gespart – aber wir werden sowieso nichts mitnehmen können, wenn wir einmal tot sind. Unser Hoca hat gesagt: 'Selbst wenn ich ganz Berlin besitzen würde, würde es mir am Jüngsten Tag doch nichts nützen.“⁴³

Im dauerhaften Provisorium der Migration ist das „Ausharren“⁴⁴ in Deutschland nur ein Intermezzo, d.h. eine Unterbrechung des eigentlichen Lebens. Der Aufenthalt und das Arbeiten in Deutschland wird als „Warten“ beschrieben⁴⁵. Das Heimatdorf steht für das Leben vor dieser Unterbrechung. Eine Rückkehr dahin ist dann auch eine Rückkehr zu sich selbst.

Die Migration als beschleunigter Schritt von einer traditionellen in eine moderne Gesellschaft ist ein biographischer Bruch, der eine vorher fraglos-gegebene Identität in Frage stellt⁴⁶. Die „bäuerliche Kontinuität der Lebensperspektive“ wird zerrissen. Psychologisch gesehen, kann ein Trauma entstehen⁴⁷. Das jahrelange Leben in der Fremde führt zwangsläufig zu einer teils assimilativen Identitätsveränderung. Ein noch immer auf bäuerlichen Denkmustern beruhendes Selbstbild und eine an die Migrationserfordernisse angepaßte, veränderte Alltagspraxis klaffen auseinander. Viele MigrantInnen empfinden dabei eine wachsende Entfremdung, nicht nur durch die kulturellen Unterschiede oder die monotone Industriearbeit, sondern auch in sich selbst; sie spüren eine Loslösung von den lebensgeschichtlichen Wurzeln: „Wir haben uns vergessen.“⁴⁸

Die Versöhnung von Alltag und Selbstbild wird dann auf die Rückkehr projiziert.

„Wenn wir in die Türkei gehen, dann werden wir wieder mit unserem Allah... mit unserem Buch anfangen ... Wir werden wieder in eine Ordnung reinkommen.“⁴⁹ In diesem Sinn ist die Rückkehr „nicht nur eine räumliche Kategorie (...), sondern auch eine Metapher“ und „meint auch den Versuch, Kontinuität herzustellen, zu den Ursprüngen zurückzukehren“⁵⁰.

Die Suche nach den Ursprüngen ist nicht nur Wurzel der Rückkehr-Metapher, sondern auch jeder Religion. Daher hat die Rückkehrorientierung ähnliche Funktionen wie das bewußte Bekenntnis zum Islam. Muslimische Fundamentalisten äußern nach Mihçiyazgan weniger Rückkehrabsichten⁵¹; sie sind schon 'zu Allah' zurückgekehrt. Zur Restabilisierung der eigenen Sinnwelt und der Gruppenzugehörigkeit ist die Religion damit eine Alternative zur Rückkehrorientierung. Für einen damit vermuteten Zusammenhang zwischen Islamisierung und – auch subjektiver – Bleibetendenz sprechen Einrichtungen wie eine deutschsprachige islamische Grundschule in Berlin, die eindeutig auf ein Bleiben in Deutschland ausgerichtet sind⁵².

Rückkehrorientierung als Familienprojekt

Mihçiyazgan⁵³ vermutet neben Rückkehrorientierung und Religion speziell für Frauen noch eine dritte wichtige Strategie, ihre Identität zu sichern: die Mutterschaft. Türkische Frauen fühlten sich a) vor allen anderen Rollen und b) zeitlebens als Mutter; dieses Selbstverständnis bedeute dann zwangsläufig, daß sich die Rückkehrabsicht nach der Zukunft der in Deutschland aufgewachsenen Kinder richtet: „Hierbleiben oder gehen, alles abhängig von Kindern.“⁵⁴ Das verweist erneut auf die Familie als zentralen Referenzrahmen der Migrationsentscheidungen.

Nach Korte ist die Rückkehrorientierung ein Familienprojekt, das den Familienzusammenhalt stärkt. Sie stellte fest, daß in allen Familien darüber diskutiert wird und dadurch eine gemeinsame Zukunft entwickelt wird. Nicht übersehen darf man dabei aber die massiven Konflikte innerhalb der Migrantenfamilien, die in ihrer existentiellen Tragweite kaum lösbar sind. „Durch eigene Lebensentwürfe“ distanzieren sich die Kinder

„vom Lebensentwurf der Eltern und stellen den Erfolg des Migrationsprojektes in Frage. Je länger die Migration andauert, desto höher das Risiko. Daher gilt es, die Zeit während der Migration so zu investieren, daß ihre Beendigung beschleunigt wird. Jede Entscheidung, so etwa die schulische Karriere und die Berufsausbildung der Kinder, muß zielkonform sein, und die Zeitkosten müssen abgewogen werden.“⁵⁵

Wenn die Eltern keine andere Lösung mehr sehen, werden manche Kinder auch gegen ihren Willen mit Landsleuten verheiratet oder ins Heimatland zurückgebracht.

Auf die sogenannte 'Zweite Generation' kann hier nicht näher eingegangen werden; auch ihre Zukunftsabsichten sind mehrdeutig: 56 % der 15- bis 24jährigen wollten 1985 noch länger in Deutschland bleiben, nur 11.2 % planten eine Rückkehr⁵⁶. Andererseits stellten sich türkische und jugoslawische Jugendliche nur zu 26.5 % bzw. 31.4 % ein Leben in Deutschland vor, über die Hälfte dagegen im Herkunftsland⁵⁷. Ähnlich dachten junge ItalienerInnen, GriechInnen und PortugiesInnen⁵⁸. Für Boos-Nünning ist auch die Zukunftsplanung der Jugendlichen „ein Leben in der Schwebe“⁵⁹. Wenn die Eltern, vor allem die Mütter, sich nun zunehmend nach ihren Kindern richten, muß ihre Zukunftsplanung genauso offen bleiben wie die ihrer Kinder.

Andererseits können Eltern hoffen, mit einer Rückkehr der Familie die Abnabelung ihrer Kinder wenn nicht zu verhindern, so doch abzumildern: Das Rückkehrziel enthält auch die traditionelle Verpflichtung der Kinder, ihre Eltern zu achten und zu versorgen, die beim Daueraufenthalt in Deutschland verloren zu gehen droht. Ein 17jähriger Jugoslawe: „Meine Mutter ist ein bißchen altmodisch, sie will, daß wir mit zurückkehren, weil sie denkt, daß wir sie dann unterstützen“⁶⁰. Wichtiger als die materielle Versorgung ist dabei wohl der Wunsch nach einem ruhigen und geachteten Lebensabend. So hilft die Möglichkeit einer Remigration auch als ge-

danklicher Ausweg aus Krisen und Identitätskonflikten, die nicht ethnisch, sondern lebenslaufbedingt sind. Gerade für SeniorInnen kann die wiederauflebende Rückkehrorientierung im eine wichtige mentale Ressource sein, um den Altersprozeß zu bewältigen⁶¹.

Für Dietzel-Papakyriakou ist die Mutter sogar die zentrale Triebkraft für eine Rückkehr; um ihren Lebensentwurf realisieren zu können, „opponiert die Migrantin gegen alle Sozialisations-einflüsse, die mit dem Ziel der Rückkehr nicht kongruent sind“⁶². Besonders bei ihren Töchtern gelänge es ihr oft, dem Sozialisations- oder Assimiliationsdruck der Aufnahmegesellschaft effektiven Widerstand entgegenzusetzen⁶³. Quantitativ äußern Frauen allerdings nicht mehr Rückkehrabsichten als Männer. Unterschiede fallen jedoch in Erziehungsfragen auf: Mehr Mütter als Väter wenden sich gegen eine Heirat ihrer Kinder mit Deutschen⁶⁴. Insgesamt wären nur 31.5 % der Rückkehrwilligen damit einverstanden, daß ihre Kinder Deutsche heiraten⁶⁵.

Folgen der Rückkehrorientierung

Umstritten ist, ob die anhaltende Rückkehrorientierung die Integration in die Aufnahmegesellschaft fördert oder hindert.

Mehrländer behauptet, die Rückkehrutopie hindere

„die Ausländer, das Provisorische ihres Lebens in der Bundesrepublik Deutschland zu beenden und das Angebot von deutscher Seite für Integration (z.B. Deutschkurse) in Anspruch zu nehmen und Forderungen nach weiteren Integrationsmaßnahmen zu stellen“⁶⁶.

Auch Gaitanides schreibt:

„Sie werden weiterhin Fehlentscheidungen bezüglich der Beschulung und Ausbildung ihrer Kinder fällen und – falls sie ihren Arbeitsplatz halten können – den Raubbau an ihren Kräften fortsetzen, da nur eines 'sicher' erscheint, nämlich die Rückkehrmöglichkeit.“⁶⁷

Dagegen meint Korte⁶⁸: „Rückkehrorientierung und Integration schließen sich nicht aus“, da integrationsfördernde Sprach- und Berufsbildungskurse für beide Länder nützlich seien. Sie zitiert einen Vater: „Wenn Kinder Beruf haben, wir gehen zurück, aber ohne Beruf nicht.“ Die Rückkehrorientierung sei „de facto im Laufe der Zeit zu einer Rückkehrdiskussion geworden – eine Diskussion mit offenem Ausgang“, eine Diskussion, die nicht daran hindert sich in Deutschland einzurichten: „Wir leben jetzt, und wir leben hier.“⁶⁹

„Heimweh im Alltag der Hierbleibenden ist in der Regel die vage Sehnsucht nach Sonne Jugend, die fast alle Menschen erfüllt – unabhängig von ihrem persönlichen Wanderungsschicksal. Es ist keine Triebfeder im Alltagshandeln.“⁷⁰

Freilich ist die Rückkehrorientierung im Leben auch eine wichtige materielle und personelle Realität (Verwandte, Hausbesitz). Übertrieben erscheint mir aber die Interpretation, die Rückkehrillusion sei „nicht nur handlungsrelevant, sondern vielmehr von solcher Reichweite, daß die Wirklichkeit um diese Illusion herum organisiert wird.“⁷¹

Relevant wird die Frage vor allem für Entscheidungen über die Ausbildung der Kinder. Sie wählen vor allem Berufe, die auch im Heimatland der Eltern verwendbar sind. Dadurch ist das Spektrum der in Frage kommenden Berufe für sie wesentlich begrenzter als für die deutschen Gleichaltrigen. Auch drängen manche Eltern darauf, daß ihre Kinder schnell Geld verdienen und nicht eine langwierige Ausbildung beginnen, die die Rückkehr weiter verzögern würde⁷². Viele Kinder übernehmen diese Orientierung. Andere sehen die Eltern mit ihrer langjährigen Aufopferung für eine ungewisse Zukunft als abschreckendes Beispiel und leben verstärkt für die Gegenwart. Auch das behindert ihre berufliche Integration. Wichtiger scheinen aber die oft fehlenden formalen Qualifikationen sowie Sprach- und Informationsdefizite. Vor allem werden ausländische Jugendliche bei der Lehrstellensuche diskriminiert. Diese Zugangsbarrieren hindern

sie stärker an der beruflichen Integration als ihre wenig handlungsrelevante Rückkehrorientierung.

„Die Zweite Generation kann sich jedoch ebenfalls nicht auf eine bleibende Zukunftsperspektive im Aufnahmeland einstellen, denn dazu fehlen ihr in den schulischen und beruflichen Bereichen zu viele Voraussetzungen, u. a. hervorgerufen durch den provisorischen Zustand, indem sie bisher gelebt haben. So wird auch für sie, je stärker die Chancenlosigkeit einer beruflichen und sozialen Integration wahrgenommen wird, die Rückkehr zur Illusion eines intakten Fluchtpunkts.“⁷³

Allerdings zeigten jugoslawische, nicht aber türkische Jugendliche verstärkt Streßsymptome, wenn ihre Eltern rückkehrorientiert waren⁷⁴.

Während die Älteren, solange sie können, zwischen ihren Welten hin- und herpendeln werden, dürften die meisten Jüngeren definitiv hier bleiben.

Denn ihre Reintegrationsprobleme wären noch größer als die ihrer Eltern; auch würden familiäre Gründe – trotz der Heiratsverbindungen in das Herkunftsland – nach dem Tode der Eltern immer weniger für eine Rückkehr sprechen. Der Satz 'Ich gehe zurück' ist bei Jugendlichen noch stärker metaphorisch, noch weniger real planend als bei ihren Eltern. War die Rückkehr bereits bei den Eltern eine Metapher, so wird diese Metapher nun schon begrifflich schief, denn für alle hier Geborenen wäre die Rückkehr ja keine Rückkehr.

1 83 % der Türk., 69 % der Jugosl. und 77 % der Griech. Socialdata 1980, 74ff., vgl. Kap. 4.2.

2 Da die Angabe 'seit Geburt' nicht nach Jahr differenziert ist, läßt sich nur schätzen, daß knapp zwei Drittel der GriechInnen, aber über vier Fünftel der TürkInnen seit 1979 in Berlin geblieben sind. Vgl. Statistisches Landesamt Berlin 1989, 17.

3 ReprU 85, 477.

4 Dietzel-Papakyriakou 1989, 3.

5 Braun 1970, 454ff. S. Kap. 4.3. Wie die 'Ghettos' als Gefahr angesehen und verteufelt wurden, so spielte die Politik mit der Rückkehrorientierung als 'Lösung' des vermeintlichen 'Ausländerproblems'.

6 Herr T., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 115.

7 Maurenbrecher 1985, 392. Vgl. Dohse 1985, 293ff.

8 Nach Korte 1990, 245.

9 Vgl. Kap. 4.2. Auch Wilpert verweist auf die Diskrepanz zwischen Zielen und - durch Diskriminierung begrenzten - Mitteln, in der sich „durch die 'Illusion der Rückkehr' sowohl die Ansprüche (Ziele) als auch die Mittel beibehalten“ und dadurch anomische Spannungen abbauen lassen. Sie bezieht dies auf die Zweite Generation und sieht es als eine vorübergehende Variante des Konformismus. Wilpert 1980, 151ff.

10 Maurenbrecher 1985, 388.

11 Nach Schiffauer 1992, 177. So auch nach Korte 1990, 239.

12 Statistisches Jahrbuch 1989, 58.

13 Eine jugoslawische Mutter, nach Korte 1990, 244f.

14 Ein Italiener 1988, nach Projektgruppe 1990, 38.

15 1985, nach Schiffauer 1992, 134f.

16 Wilpert in Kubat 1984, 112. 1974 hatten 58 % der in Tübingen befragten TürkInnen Angst, wegen einer Kleinigkeit ausgewiesen zu werden. Nach Dohse 1985, 292f.

17 Dieselbe jugoslawische Mutter 1984, im Rückkehrhilfe-Jahr, nach Korte 1990, 244f.

18 Korte 1990, 245. Ähnlich Mehrländer 1986, 69f.

19 Mihçiyazgan 1989, 40.

20 Mihçiyazgan 1989, 40.

21 Zitiert in Korte 1990, 246.

22 Korte 1990, 214.

23 Mihçiyazgan 1989, 41.

24 Vgl. ReprU 85, 479. Z.B. gerade wegen der Sprache Sevim, nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 97.

25 Mihçiyazgan 1989, 41.

26 Dietzel-Papakyriakou 1989, 9.

27 Vgl. Hill 1990, 114, Schnell 1990, 55ff.

28 Doomernik 1991, 138.

29 Reimann 1987, 158, 162. Nach ReprU 85, 406, 411, liest die Hälfte der MigrantInnen deutsche, die Hälfte fremdsprachige Zeitungen, fast alle sehen deutsch- und fremdsprachiges Fernsehen.

30 Kürsat-Ahlers 1992, 112.

-
- 31 Kurz 1965, 821.
32 Boos-Nünning u.a. 1990, 77. Zu Griech.: Boos-Nünning u.a. 1990, 61. Weniger wirksam wohl bei den eher verstreuten PortugiesInnen: Boos-Nünning u.a. 1990, 99ff.
33 Vgl. Schnell 1990, 51ff. Mihçiyazgan 1986, 340.
34 Aksoy in Althammer 1975, 154.
35 Schierup 1990, 134.
36 Sayad, nach Dietzel-Papakyriakou 1989, 2.
37 Dietzel-Papakyriakou 1988, 42.
38 Vgl. Kürsat-Ahlers 1992, 108, 112.
39 1985, nach Schiffauer 1992, 136f. Viele JugoslawInnen holten ihre Eltern nach Deutschland, Socialdata 1980, 90.
40 Auch die MigrantInnen, die definitiv in Deutschland bleiben, fahren seltener, aber noch immer regelmäßig in ihr Herkunftsland. Socialdata 1980, 89ff.
41 Vgl. Maurenbrecher 1985, 189ff., 333.
42 Dietzel-Papakyriakou 1989, 3.
43 Nach Schiffauer 1992, 223.
44 Abate/Behrmann 1984, 158.
45 Nach Mihçiyazgan 1986, 161.
46 Mihçiyazgan 1988, 32f.
47 Kürsat-Ahlers 1992, 107.
48 Mihçiyazgan 1986, 197. Ähnlich schon ein Türke nach Akpınar 1974, 104: „Ich will sofort zurückfahren. Ich glaube, wenn ich noch länger hierbleibe, schlage ich hier Wurzeln. Meine Frau und ich streiten uns über die Rückkehr. Vielleicht hat sie recht. Was sollen wir machen, wenn wir zurückfahren?“ Vgl. Schiffauer 1992, 309ff., 313, Anm. 13. Zur Monotonie und den Zeitstrukturen des Alltags: Schiffauer 1992, 177ff.
49 Mihçiyazgan 1986, 197.
50 Mihçiyazgan 1989, 42.
51 Quantitativ bisher noch nicht untersucht. Vgl. z.B. Schiffauer 1992, 140ff., 207ff.
52 Dazu: Doomernik 1991, 67f., allgemein 155: „Institutionalisierung van de Turkse islam vond pas plaats op het moment dat de gedachte an een langduurig verblijf in Europa gemeengoed werd onder Turkse moslims.“
53 Mihçiyazgan 1988, 34f.
54 Jugosl. Mutter 1984, nach Korte 1990, 234, 247..
55 Dietzel-Papakyriakou 1989, 13.
56 ReprU 85, 468.
57 Wilpert 1987, 209. Vgl. Zitate über ihre Unsicherheit bei Korte 1990, 227ff.
58 Boos-Nünning u.a. 1990, 55f., 79, 104f.
59 Boos-Nünning 1990, 24.
60 Nach Korte 1990, 235.
61 Zur gerontologischen Diskussion: Dietzel-Papakyriakou 1993, 20.
62 Dietzel-Papakyriakou 1989, 1.
63 Dietzel-Papakyriakou 1989, 12.
64 ReprU 85, 284.
65 ReprU 85, 284. Nach Socialdata 1980, 159 noch weniger.
66 Nach Korte 1990, 241.
67 Gaitanides 1983, 287.
68 Korte 1990, 255ff., 257.
69 Nach Korte 1990, 241.
70 Korte 1990, 254.
71 Dietzel-Papakyriakou 1989, 3.
72 Boos-Nünning u.a. 1990, 55f. (Griech.), 71 (Ital.), 104f. (Portug.).
73 Boos-Nünning u.a. 1990, 78f.
74 Hill 1990, 112.

4.4. Lebensgeschichte einer spanischen Deutschen

Ich habe in dieser Arbeit, insbesondere in Kapitel 4, versucht, Migrationserfahrung und Rückkehrorientierung in ihrer biographischen Bedeutung zu analysieren und meine Überlegungen immer wieder mit Ausschnitten aus lebensgeschichtlichen Interviews belegt und illustriert. Diese Lebensgeschichten, die teilweise bereits von anderen AutorInnen analysiert worden waren, habe ich, meinem Argumentationsgang entsprechend, noch weiter auseinandergenommen. Nun möchte ich am Schluß meiner Analyse noch eine Lebensgeschichte im Zusammenhang vorstellen.

Frau A.¹ ist aus Andalusien und kam 1964 als 17jährige nach Deutschland. Bei der Abreise hatte sie zu ihrem Vater gesagt: „In einem halben Jahr komme ich zurück.“ Seither lebt sie in Berlin: „N halbes Jahr wurde 28, fast 29 Jahre!“

Sie ging nach Deutschland, da die Familie in wirtschaftlicher Not war:

„Meine Eltern hatten ein Haus, und da war ein Unwetter in Spanien, und das ganze Dach ist runtergekommen. Meine Eltern hatten in der Zeit Probleme mit der Finanzierung, weil mein Bruder eine schwere Krankheit hatte, und da haben sie das ganze Geld reingesteckt. Die hätten wer weiß wie viele Jahre sparen müssen, daß sie das Dach reparieren. Darum wollte ich nach Deutschland kommen, weil ich gehört hab, da kann man viel Geld verdienen. Da hab ich gedacht: 'Geh ich!'“

Das Spar- und damit Migrationsziel war zunächst ziemlich konkret. Andererseits gab es in der Familie eine Auswanderungstradition:

„Ich hatte auch von Familienseite sehr viele, die emigrieren. Meine Schwester und ick, und Bruder und Schwester von meinem Vater, die sind in Rio... Mein Vater war anders. Ich hab gesagt, ich versuch mein Glück woanders. Und meine Schwester das gleiche, die hing nicht so, die bleibt für immer in Australien. Und meine Familie in Rio ist seit 85 Jahren da.“

Obwohl – oder gerade weil – ihr Vater bei ihrer Abfahrt „bitter geweint“ hat und sie aufhalten wollte, fühlte sie einen familiären Auftrag, der schwer auf ihr lastete:

„Die erste Zeit war sehr schwer; wieviele Tränen hab ich manchmal vergossen, weil ich wollte mir auch was kaufen genau wie die anderen, und das Geld hat vorne und hinten nicht gereicht. Denn ich mußte auch meinen Eltern was wegschicken.“

Die Eltern verglichen sie mit anderen Emigranten:

„Viele haben hier in Kellerwohnungen gewohnt, die sind in Urlaub gefahren, haben ein Auto gemietet, und sind nach Spanien gekommen: 'Wir sind die Millionäre.' Und meine Mutter hat gesagt: 'Wieso schaffen die das, und meine Tochter nicht?'“ „Meine Eltern haben mir Finger gezeigt, so, ich bin das schwarze Schaf, ich verdiene und will ihnen nicht helfen, und das war für mich natürlich sehr deprimierend. Ich lag nachher auch ein paar Wochen in der Nervenklinik... Das hab ich alles mit gefressen, die ganzen Probleme, die ich hier hatte am Anfang, alleine weg von zu Hause, und das hat nicht geklappt.“

Als viele ihrer Kolleginnen kündigen und nach Hause fahren wollten, hatte sie das Gefühl, sich in der Heimat noch nicht sehen lassen zu können: „Ne, ich bleib hier, ich geh nicht mit leeren Händen.“ Sie mußte die strengen Regeln im Wohnheim – Frau A. ist eine gewisse Ausnahme, da sie anfangs noch nicht volljährig war – strikt befolgen: „Das wäre für mich eine Schande gewesen, daß sie mich nach Hause schicken, weil ich mich nicht benommen habe.“ Frau A. wechselte anfangs öfter die Arbeit und sparte eisern: „Manchmal bin ich ins Bett gegangen ohne Essen.“

Dann heiratete sie einen Spanier. „Meinen Mann habe ich hier kennengelernt in Berlin..., der ist schon 33 Jahre hier.“ Sie richteten sich die Wohnung ein, bekamen einen Sohn. Erst nach sieben Jahren leistete Frau A. sich den ersten Heimaturlaub. Daß sie ihren inzwischen gestorbenen Vater nicht mehr gesehen hatte, belastete sie schwer.

In diesem Urlaub überlegte sie, zurückzukehren, denn sie fühlte sich zwischen ihren beiden Familien hin- und hergerissen:

„Es war ganz schwer für meine Mutter, da stand sie alleine mit meinem behinderten Bruder. Aber ich konnte in der Zeit nicht alles hier verlassen. In der Zwischenzeit hatte ich schon den Jungen. Ich konnte nicht einfach alles hinschmeißen und weggehen, weil ich hatte auch keine Arbeit für meinen Mann in Spanien in der Zeit. Was wäre das gewesen? Einer

alleine o.k., aber nicht drei Personen. So blieb mir nichts anderes übrig; das hat mir die Sache ganz schön kaputt gemacht.“

Sie war in den siebziger Jahren oft bei Veranstaltungen des Spanischen Elternvereins, allerdings wohl weniger aus konkreten Schulproblemen, sondern um zu feiern und Landsleute zu treffen: „Das war für uns so wie ein Stück Heimat.“ Unter den spanischen Kolleginnen herrschte kein enges Verhältnis. Sie bedauert, daß die spanische Minderheit in Berlin so klein ist und weiter schrumpft. Der Elternverein litt unter der steigenden Miete und der Remigration vieler Mitglieder:

„Die Spanier wurden immer weniger, und das konnten wir nicht mehr halten... Dies ist bei uns nicht wie bei den Türken; wir sind bloß 'n paar, und da sind auch viele junge Männer mit deutschen Frauen verheiratet oder umgekehrt, da ist klar, dann gehen die nicht hin. Und viele sind zurückgegangen nach Haus und Jahr für Jahr gehen immer mehr weg. Wir wollen auch zurück, weil mein Mann sich (vor allem aus gesundheitlichen Gründen, C.P.) überhaupt nicht wohlfühlt.“

Sie wollen nicht in ihr andalusisches Heimatdorf, sondern nach Barcelona ziehen.

„Die Kinder wollen hierbleiben, weil der Große hat 'ne deutsche Freundin und der Kleine das Gleiche. Und ich kann das auch verstehen: Meine Kinder sind Spanier, aber in Wirklichkeit sind sie Deutsche, die sind hier großgeworden, die sind hier in die Schule gegangen. Was kennen die denn von Spanien, nur von Urlaub! Da sind sie fremd, und hier auch, weil sie Ausländer sind, aber hier sind sie mehr zuhause wie da drüben, und wollen hier bleiben. Warum sollte ich die Kinder wegnehmen? Die sind Erwachsene; die müssen Ihres alleine suchen. Ich komm sie besuchen, ist heute mit Flugzeug nicht schwer; von hier nach Spanien sind es 2000 Kilometer, das sind zweieinhalb Stunden.“

Daher dürfte die im Sommer 1993 definitiv anstehende Rückkehr einen Pendelcharakter gewinnen.

Auch hängt Frau A. noch an Deutschland; Spanien ist nicht mehr so, wie es in der Erinnerung schien.

„Für mich kann ich sagen, Deutschland ist meine zweite Heimat, mehr als Spanien, weil ich hier länger lebe als drüben. Ja, ich meine, trotzdem will ich meine Heimat aber. Deutschland lieb ich auch, weil ich jetzt die meiste Zeit hier war, obwohl mir in letzter Zeit die Atmosphäre nicht mehr gefällt. In Spanien geht es inzwischen genauso wie hier, Kaufhäuser... das Verhältnis in der Familie ist auch nicht mehr wie früher. Ich merke es, wenn wir in Urlaub gehen: Am ersten, zweiten Tag freuen sie sich, daß wir wieder da sind, aber nachher kümmert sich überhaupt keiner mehr.“

Sie hat ungewöhnlicherweise schon vor zwanzig Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen – aus pragmatischen Gründen: „Beim Senat war es früher so, die Ausländer haben immer nur Verträge für ein halbes Jahr gekriegt.“ Anscheinend wollte ihr Arbeitgeber, ein Krankenhaus, sie für länger; tatsächlich arbeitet sie seit 25 Jahren dort. Sie bekam den Paß ohne Schwierigkeiten. Mann und Kinder haben weiterhin die spanische Staatsangehörigkeit. „Mein Sohn sagt: 'Mama, ich war immer Spanier, warum denn? Ich hab keine Schwierigkeiten in Deutschland, warum sollte ich...?' Wir brauchen keine Arbeitserlaubnis mehr, weil wir voll in der EG sind. Ich geh wählen, Lust hab ich sowieso nicht, aber ich geh hin, alle vier Jahre.“ Für die Familie hat die Einbürgerung offensichtlich weder mit Assimilation noch mit Bleibeorientierung etwas zu tun.

Sie bemerkt die Erleichterungen durch die europäische Integration, kritisiert aber zugleich die Hierarchisierung in gute und schlechte MigrantInnen:

„In der Frühstückspause... da wurde manchmal 'n Wort über Ausländer gesagt, und da merken die, daß ich gleich aggressiv werde, und sagen zu mir: 'Wir meinen nicht dich, du bist hier auch kein Ausländer mehr, du bist Europäer.' Aber ich sage: 'Wieso?' Trotzdem ärgert mich das... Sie machen jetzt praktisch so'n Unterschied zwischen Leuten, die aus'm EG-Land kommen und den anderen. Ich hab gesagt: 'Paß mal auf, als ich damals nach Deutschland gekommen bin, war ich noch nicht Europäer, und war genau wie heute, hab mich nicht geändert.'... Auch die Türken wurden hiergebracht.“

Seit einigen Jahren spürt sie wachsende Fremdenfeindlichkeit, „früher war das nicht so.“ Frau A. sagt aber: „Ich hab mir nie unterdrücken lassen.“ Sie erinnert daran:

„Die Deutschen dürfen auch nicht vergessen, daß wir sind nicht von alleine hergekommen, wir wurden geholt von Spanien und von anderen Ländern... Ich finde das nicht schön, daß sie die Leute heute nach 29 oder 30 Jahren Arbeit rausnehmen.“

Und heute,

... da bin ich der Meinung, da sind wir keine Ausländer mehr nach soundsovielen Jahren! Denn wir haben Berlin nicht gebaut, aber wir haben auch mitgeholfen.“

Nicht allen MigrantInnen fällt es leicht, ihre Migrationsgeschichte heute trotz allem so positiv zu bewerten, wie Frau A.:

„Doch ich finde, war ne gute Sache. Weil die Leute, die immigriert sind, haben ne Chance, weiterzuleben. Und die hätten in Spanien zu dem Zeitpunkt, als sie hier immigriert sind, überhaupt keine Chance gehabt.“

1 Interview Frau A. Diese knappe Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch einer biographischen Analyse.

5. Resumée

Zusammenfassung

Herbert kritisiert zurecht die „zukunftsblinde, längerfristige Folgewirkungen negierende und einseitig wachstumsorientierte“ Ausländerpolitik der gesamten deutschen Gesellschaft bis in die siebziger Jahre hinein und vergleicht sie mit einer ähnlichen Blindheit im Umweltbereich oder im Städtebau¹.

Die fünf Elemente der 'Gastarbeit' (zentrale Rekrutierung, Inländerprimat, Tarifgleichheit, Rotationsprinzip und permanente Kontrolle) wurden ohne große Diskussion aus der Vorkriegszeit in die Bundesrepublik übernommen. Aufgrund des herrschenden Arbeitskräftemangels profitierten alle Interessengruppen von der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die – das schien gewiß – keine Einwanderung werden würde. Dafür sorgten das ausgefeilte rechtliche Instrumentarium und der Rückkehrwille der MigrantInnen selbst. Das Wirtschaftswunderland leistete sich eine 'Laissez Faire'-Politik. Die Rückkehr der MigrantInnen schien so selbstverständlich, daß das Rotations-Instrumentarium gar nicht angewendet wurde, und die MigrantInnen begannen, sich niederzulassen.

Von konservativer Seite wurde argumentiert, daß das Rotationsprinzip anfangs funktionierte, ehe es allmählich aufgeweicht wurde. Eine konsequente Anwendung hätte eine Einwanderung verhindert. Mir scheint jedoch das Rotationsprinzip – jedenfalls bei Migrationen dieser Größenordnung – von vorneherein unrealistisch gewesen zu sein, denn in komplexen Industriegesellschaften werden eingearbeitete Stammkräfte gebraucht. Hauptsächlich diese Unternehmensinteressen verhinderten denn auch eine Anwendung der rechtlichen Strukturen. Denkbar ist eine Rotation nur in saisonalen Randbereichen der Wirtschaft, so im Fremdenverkehr oder der Landwirtschaft. Tatsächlich beruhte die 'Gastarbeits'-Politik auf den Erfahrungen mit der agrarischen Saisonarbeit im Kaiserreich.

„Those in favor of return migration are oriented towards the traditional model of the seasonal worker. In the past this was a normal arrangement enforced, if necessary, by legal measures. Modern guestworker policy was based on the idea of the seasonal worker but seldom used legal measures to bring about return migration.“²

Eine exakte Steuerung ist auch zunehmend schwieriger, denn Migrationsbewegungen gewinnen von selbst eine immer stärkere Eigendynamik. Nicht mehr brauchbar ist die Vorstellung von zwei monolithischen Blöcken Herkunfts- und Aufnahmeland, die einander gegenüber stehen, und den MigrantInnen, die von einem System ins andere wechseln. Vielmehr entsteht mit der Migrationsbewegung ein eigenes System, ein Migrationsnetz, in dem vielfältige personelle, ökonomische, kulturelle Verbindungen wachsen. Ist eine Wanderung in Gang gekommen, läßt sie sich nicht mehr ohne weiteres über den Arbeitsmarkt steuern. Auch der Staat - wenigstens der demokratische Rechtsstaat – kann nur noch bedingt eingreifen.

Viele Regulierungsmaßnahmen scheiterten, weil die MigrantInnen Umgehungsmöglichkeiten fanden, weil es rechtsstaatliche Hindernisse und Legitimationsprobleme gab. Ein Rotationsprinzip hätte sich nur mit massiver staatlicher Gewalt durchsetzen lassen, wogegen es in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit erhebliche Widerstände gab – nicht zuletzt aufgrund der deutschen Zwangsarbeits-Vergangenheit. In geschlosseneren Gesellschaften wie den Golfstaaten oder Libyen war das vielleicht möglich, nicht aber in der Bundesrepublik.

Hätte man die Einwanderung vermeiden wollen, hätte man ganz auf die Ausländerbeschäftigung verzichten müssen. Ob das volkswirtschaftlich schädlich oder nützlich gewesen wäre, ist umstritten, scheint aber angesichts der parallelen Entwicklung in allen europäischen Industriegesellschaften eine müßige Fragestellung. Die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit scheint undenkbar ohne Arbeitsmigration.

Wie man den kulturellen 'Gewinn', den die Bundesrepublik mit dieser Einwanderung gemacht hat, bewertet, ist derzeit noch umstrittener. Persönlich halte ich ihn für ungeheuer wichtig und möchte ihn auf keinen Fall missen. Noch eine Wertung: Abgesehen von seiner Realisierbarkeit, ist das Rotationsprinzip meiner Meinung nach nicht vertretbar, weil es die Menschen auf ihre Arbeitskraft reduziert und sie allein dem kapitalistischen Verwertungsinteresse unterwirft.

Anfang der siebziger Jahre entdeckte die Bundesrepublik unliebsame Begleiterscheinungen der Ausländerbeschäftigung. Infrastrukturkosten, 'Ghettobildung' und Konkurrenz um knapp werdende Arbeitsplätze schufen ein 'Ausländerproblem', auf das die Politik nicht vorbereitet war. Zahlreiche Konzepte bewiesen Konzeptionslosigkeit. Maßnahmen wie die Zuzugssperren oder die Kindergeldregelung schikanierten zwar die Betroffenen, bewirkten aber letztlich fast nichts oder gerade das Gegenteil des Beabsichtigten.

Analytisch lassen sich drei Strategien unterscheiden: Abschottung, 'Integration' und Rückkehrpolitik. Am wirksamsten war wohl noch die Strategie der Abschottung. Die Integrationsbemühungen hingegen waren nur partiell – Vorrang hatten die deutschen Arbeitsmarktbedürfnisse – und nur temporär – 'Integration auf Zeit' – angelegt. Am wirksamsten war noch die allmähliche – im europäischen Vergleich weit hinterherhinkende – Verfestigung des Aufenthaltsrechts. Die Integration scheiterte an der Widersprüchlichkeit zwischen der Erwartung, die MigrantInnen würden zurückkehren, und der Realität ihrer offenkundigen Niederlassung. Zudem blieb sie der 'Wir sind kein Einwanderungsland'-Doktrin unterworfen.

Mit Verweis auf die Befristung der Migration und die zu erwartende Rückkehr definierte sich die Bundesrepublik offiziell als Nichteinwanderungsland. Rückkehr, Rückkehrorientierung und Rückkehrillusion sind aber typische Elemente fast jedes Einwanderungsprozesses. So gab es nicht nur bei der befristet geplanten Arbeitsmigration nach Westeuropa erhebliche Rückwanderungen, sondern auch bei der vermeintlich ganz anderen Dauereinwanderung in die 'klassischen' überseeischen Einwanderungsländer. Nachgewiesen sind diese insbesondere für das erste Jahrhundertdrittel in den USA³.

„There is by now a widely recognized pattern in migration: In all 'non-immigration' contexts (... , South Africa, Middle East, Europe), there are smaller or larger residues of permanent migrants, legal or illegal (...); conversely, there have been considerable return flows from the classical immigration countries.“⁴

Die in Migrantentypologien gängige Unterscheidung zwischen permanenten und temporären ImmigrantInnen, zwischen SiedlerInnen und GastarbeiterInnen läßt sich nicht halten⁵. Die Unterscheidung zwischen dem 'klassischen Einwanderungsland' und dem selbsterklärten 'Nichteinwanderungsland' verschwimmt zusehends. Bade spricht daher vom „Einwanderungsland neuen Typs“; für ihn ist

„das wuchtige Dementi, die Bundesrepublik sei 'kein Einwanderungsland', im Grunde nur die kraftvolle Edition einer historisch-politischen Binsenweisheit; denn ein Einwanderungsland im Sinne jener klassischen Einwanderungsländer, deren Gesellschaften sich erst im Einwanderungsprozeß selbst formierten, kann die Bundesrepublik ohnehin weder sein noch werden.“⁶

Anzumerken ist freilich noch, daß die Einwanderung in die USA seit 1890 keine Siedler-, sondern fast ausschließlich eine Arbeitsimmigration war⁷, und daß Ende der achtziger Jahre die absoluten Einwanderungszahlen in Deutschland aufgrund des Aussiedlerzuzugs diejenigen der USA um ein mehrfaches überstiegen. Das gilt jedenfalls für die offiziellen Statistiken; was die illegale Zuwanderung geht, wird sich Deutschland zunehmend den USA angleichen. Mir scheint der Unterschied hauptsächlich ein ideologischer zu sein.

Da eine Einwanderung gelegnet wurde, gab es auch keine Einwanderer- und Minderheitenpolitik; es schien nur die Alternative zwischen Assimilation und Rückkehr zu geben. Zu dieser Entscheidung versuchte man die MigrantInnen mit psychologischem Druck zu zwingen; eine Massenrepatriierung stand nie zur Diskussion. Gleichwohl reagierte man nicht auf die – spätestens 1980 unübersehbare – Niederlassung. Gerade als ihre Nachbarländer die Realität einer Einwanderung anerkannten und eine entsprechende Politikwende vollzogen, ignorierte die Bundesrepublik diese Erfahrungen und verstärkte die Rückkehrpolitik.

Die Rückkehrförderung half den RückkehrerInnen wenig, steigerte die Rückkehrbereitschaft kaum, schürte aber die Erwartung, die Zugewanderten würden wieder zurückkehren und verunsicherte die MigrantInnen. In der Folgezeit schürte die Asylkampagne die Polarisierung; konkrete Maßnahmen für die Eingewanderten gab es dagegen kaum noch. Das Demokratiedefizit blieb bestehen. Die achtziger Jahre waren ein „verlorenes Jahrzehnt der Dementis und folgenlosen Ankündigungen.“⁸

In einer herrschaftskritischen Analyse war die Ausländerpolitik dagegen nicht so widersprüchlich und ziellos, sondern durchaus funktional. Um Kapitalinteressen zu befriedigen und die politische Herrschaft zu legitimieren, ging man zunächst rein ökonomisch, dann sozialtechnisch und schließlich ethnisierend mit der Migration um.

Nur durch die Ausländerbeschäftigung war nicht bloß der Produktions-, sondern auch der Produktivitätszuwachs der sechziger und siebziger Jahre möglich. Nur dank der 'Gastarbeit' konnte Kapital für Automatisierung akkumuliert sowie Akkord- und Schichtarbeit ausgeweitet werden. Ausländerpolitik als Arbeitsmarktpolitik diente in der Boomphase den Unternehmensinteressen, in der Krise der Abpufferung der Arbeitslosigkeit und damit der Sicherung des sozialen Friedens und des politischen Systems. In den Rezessionen 1967 und nach 1973 erfüllten die MigrantInnen ihre Rolle als flexible Reservearmee. Integration war nie das eigentliche Ziel der Politik, sondern diente lediglich dazu, die drängendsten Gefahren für den sozialen Frieden zu entschärfen.

Die Einwanderung wurde nicht etwa irrtümlich verkannt, sondern bewußt geleugnet, um die MigrantInnen in Unsicherheit zu halten und ihre Unterschichtung und Kontrollierbarkeit zu garantieren. Zugleich lenkte die Diskriminierung der Minderheit und die Erwartung ihrer Rückkehr von sozialen und Legitimationsproblemen der Aufnahmegesellschaft ab. Die Ausländerpolitik löste nicht mehr die realen, sondern die ideologischen Probleme der Arbeitslosigkeit. Die Bevorzugung der Deutschen war moralisch fragwürdig geworden; um sie zu legitimieren, mußte stärker als bisher mit Feindbildern gearbeitet werden. Seit der 'geistig-moralischen Wende' ethnisierte sich (nicht nur) die Ausländerpolitik der Bundesrepublik.

Die Ethnisierung der Probleme der MigrantInnen fand auch auf der anderen Seite statt, wo sich die Diskussion auf die Multikulturalität zuspitzte. So wichtig eine kulturelle Eigenständigkeit auch ist, darf sie doch nicht ablenken von den grundlegenden sozialen Problemen der entstandenen Zwei-Drittel-Gesellschaft, die die MigrantInnen zwar verstärkt, die Einheimischen aber ebenso treffen.

Es konnte belegt werden, daß die faktische Niederlassung der MigrantInnen bereits Mitte der sechziger Jahre einsetzte und Anfang der achtziger Jahre weitgehend abgeschlossen war. Zugleich hielt sich aber die subjektive Rückkehrorientierung ziemlich konstant. Erklären läßt sich das folgendermaßen:

Die Migration war zwar ursprünglich befristet geplant gewesen, da sie dem Aufbau einer Existenz im Heimatland dienen sollte. Doch waren der Zeitraum und das angestrebte Migrationsziel nur sehr vage definiert. Daher gab es keinen Punkt, an dem die MigrantInnen das Gefühl hatten, jetzt ihr Ziel erreicht zu haben. Viele kehrten zwar zurück, aber nicht aufgrund ihrer ursprünglichen Rückkehrabsicht, sondern erst dann, wenn äußere Zwänge hinzutraten. Diese Zwänge waren vor allem familiäre Erfordernisse, Krankheit, sowie die Rezession und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.

Die RückkehrerInnen stießen auf erhebliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Reintegrationsprobleme. Viele MigrantInnen erkannten schon im Urlaub, daß eine Rückkehr ebenso schwierig würde wie die eigentliche Emigration, und verlängerten ihren Aufenthalt schrittweise. Damit wuchsen die Reintegrationsprobleme aber noch an und schnitten den Weg zurück immer mehr ab; die MigrantInnen waren größtenteils „gegen ihren Willen hängengeblieben“⁹. Ver-

ständiglicherweise wollten sich die meisten damit nicht ohne weiteres abfinden. Eine Rückkehr war vielleicht 'im Moment' nicht möglich, aber für später noch immer beabsichtigt. Die Rückkehrabsicht wurde immer unrealistischer.

Als sich die Rückkehr schrittweise verzögerte, gerieten die wirtschaftlichen und die sozialen Erfordernisse von Migrations- und Lebensplanung zunehmend in Widerspruch; insbesondere die Trennung der Familie und die Schulbildung der Kinder wurden zu drängenden Problemen. Das Leben in einem dauerhaften Schwebestadium schuf eine innere Zerrissenheit, die verfehlte Nichteinwanderungspolitik eine äußere Unsicherheit. Daher mußten die MigrantInnen versuchen, sich alle Optionen offenzuhalten. Neben der rechtlichen Unsicherheit verstärkte auch die Diskriminierung und Anfeindung, die von der Politik gefördert wurde, die Rückkehrorientierung.

In dem entstandenen „Feld innerer Widersprüche“¹⁰ gewann die Rückkehrorientierung wichtige Funktionen, die sich nicht mehr direkt auf eine reale Rückkehr bezogen. Sie sicherte die Loyalität innerhalb der Minderheit, demonstrierte die Heimat- und Familienbindung und stabilisierte die Identität der MigrantInnen. Daher war sie keine naive Illusion, sondern eine sinnvolle Strategie der MigrantInnen zur Bewältigung der Migrationssituation, eine „Handhabung ihrer Lebensbedingungen“¹¹. Bedenklich ist allerdings die mit dieser Handhabung verbundene proviso-ri- sche Lebensplanung, soweit sie negative Auswirkungen insbesondere auf Ausbildungsentscheidungen von Jugendlichen hat. Wie konkret handlungsleitend die Rückkehrorientierung bei solchen Entscheidungen aber ist, läßt sich nicht allgemein sagen.

Bringt man die Funktionen der anhaltenden Rückkehrorientierung auf einen Nenner, so stabilisierte sie in erster Linie die ethnische Identität der Eingewanderten. Damit stand sie einer Bleibeorientierung nicht mehr entgegen; beides konnte nebeneinander stehen.

Der Prozeß der faktischen Niederlassung verläuft nicht automatisch, sondern aufgrund vieler alltäglicher Entscheidungen der MigrantInnen. Diese scheinen daher eher von der Bleibeorientierung getragen, während im Selbstverständnis eher die Rückkehrorientierung dominierte. Die Rückkehrorientierung scheint zu einem Selbstverständnis als EinwanderInnen dazuzugehören, ihm nicht mehr entgegenzustehen. Daher halte ich die in der Einleitung definierten Kriterien eines Einwanderungsprozesses für erfüllt.

Die Hälfte aller bis zum Anwerbestopp gekommenen MigrantInnen lebte 1987 noch in Deutschland; sie hatten sich dauerhaft niedergelassen. Zu dieser Zeit schien die Rückkehrorientierung nur noch bei einem Fünftel der MigrantInnen aller Nationalitäten tatsächliche Rückkehrabsicht zu sein, bei drei Fünfteln aber in anderen Motiven begründete Rückkehrorientierung zu sein; ein Fünftel hatte sie ohnehin schon aufgegeben.

Der Ansatz, verschiedene Nationalitäten zusammen zu behandeln, hat sich trotz der nötigen Differenzierungen bewährt. Es zeigte sich, daß es auch innerhalb einer Gruppe Unterschiede gibt. Insbesondere die italienische Minderheit scheint zusammengesetzt aus einem besonders 'rotierenden' und einem schon lange niedergelassenen Teil¹². Bei den SpanierInnen ist der gesamte Einwanderungsprozeß besonders früh, bei den GriechInnen relativ früh und besonders schnell verlaufen. Später begann diese Entwicklung bei TürklInnen und JugoslawInnen. Die schlechtere wirtschaftliche Lage der Türkei und ihre Nicht-EG-Mitgliedschaft machten die Rückkehroption für TürklInnen uninteressanter; aufgrund ihrer stärkeren Benachteiligung hier und der ausgeprägten Minderheitenbildung blieb sie gleichwohl erhalten. Diese Unterschiede rechtfertigen keinesfalls die Reduzierung der Einwanderung auf ein 'Türkenproblem'; in allen Nationalitäten gibt es sowohl definitive RückkehrerInnen als auch EinwanderInnen, die bloß an die Rückkehr denken.

Zu dem komplexen Selbstverständnis von EinwanderInnen gehören Bleibe- und Rückkehrorientierung. In welchem Verhältnis zueinander diese genau stehen, läßt sich durch Umfragen schwer kategorisieren, will man nicht die Rückkehrorientierung der MigrantInnen als naive Illusion und damit die MigrantInnen selbst abqualifizieren. Prognosen sind im einzelnen problematisch. Viele Menschen richten ihre Erwartungen von selbst nach den Möglichkeiten und Zwan-

gen, die ihnen vorgegeben werden. Vielleicht geht es gar nicht darum, einen genauen Einschnitt festzustellen, an dem die Rückkehrorientierung keine Rückkehrabsicht mehr ist. Mihçiyazgan schreibt in bezug auf den Modernisierungsprozeß:

„Jeder Forscher meint, gerade den Moment des Umkippens von traditional zu modern erwischt zu haben: Zwar sei da ein Noch-Nicht, aber Anzeichen für diese Entwicklung seien sehr deutlich“¹³.

Anstatt eine – künstliche – Zäsur zu setzen, kann man gerade bei den älteren MigrantInnen der ‘Ersten Generation’ die allmähliche Wandlung der Rückkehrorientierung nachvollziehen. Von einer konkreten Absicht, die der Einwanderung im Grunde entgegensteht, wird sie zu einem Element der Stabilisierung von Minderheiten und Minderheitenidentitäten, das noch lange nach Abschluß einer Einwanderung wirksam ist.

Dasselbe passierte bei anderen Einwanderungsprozessen: Schon 1927 wurde für die polnische Minderheit in den USA festgestellt: „It never reconciles itself to the idea that the emigrant may never return.“¹⁴ Griechische Einwanderer in den USA sagten später: „Wir glaubten alle, in ein paar Jahren würden wir zurückkehren. Aber offenbar haben wir das nicht getan.“¹⁵ Bei pakistanischen ImmigrantInnen in Großbritannien war der „myth of return“ weit verbreitet¹⁶. Bowenkerk verallgemeinert gar:

„One will seldom find so much philosophizing about returning to the homeland as among emigrants who will never return.“¹⁷

Wenn Rückkehrorientierung Element jeder Einwanderung ist, scheint der Einfluß der Politik des Aufnahmelandes, der Einfluß von Assimilationsdruck, Diskriminierung oder Rückkehrerwartung nicht so stark zu sein, wie man es aufgrund der deutschen Entwicklung vermuten könnte. Sind vielleicht auch die rechtlich privilegierten und assimilationsbereiten AussiedlerInnen rückkehrorientiert?

Eine vergleichende Untersuchung der Rückkehrorientierung in verschiedenen Einwanderungsprozessen steht aber noch aus. Sie könnte leichter als psychologische Interpretationen ein Verständnis dafür schaffen, wie stark das individuelle Selbstverständnis der EinwanderInnen von ökonomischen Ausgangsbedingungen oder der Rechtsstellung geprägt ist.

Die Rückkehrorientierung kann auch nach Generationen noch wirken. Erinnerung sei wiederum an die Schwarzen in den USA, bei denen wenigstens die geistig-kulturelle ‘Rückkehr’ nach Afrika – ‘back to the roots’ – an Aktualität gewonnen hat. Ein anderer Fall ist der Zionismus, der sich vom religiös-metaphorischen Traum über eine politische Minderheitenideologie zur tatsächlichen ‘Rückkehr’ in einen neu geschaffenen Staat entwickelt hat.

So ist zu vermuten, daß auch spätere Generationen von DeutschtürkInnen nach Jahrzehnten noch oder wieder auf eine Rückkehr orientiert sein werden. Zwar haben solche Revivals natürlich andere Motive und Bedingungen als die hier analysierten Ideen¹⁸, dennoch scheinen sie vergleichbar. Sie lassen sich besser verstehen, wenn man die graduelle Entwicklung von der konkreten Rückkehrabsicht, eventuell sogar dem tatsächlichen Rückkehrversuch, zur Rückkehrmetapher, zum Rückkehrmythos verfolgt.

Aktuelle Tendenzen

Um einer sicheren Quellen- und Literaturbasis willen habe ich mich auf die Zeit bis etwa 1987 beschränkt. Die neuere Entwicklung kann ich nur einschätzen.

Bis zum Ende der achtziger Jahre hin schienen die aufgezeigten Prozesse weiterzulaufen. Die Rückkehrorientierung bestand fort, ging aber angesichts kontinuierlicher Verfestigung weiter zurück. Trotz einer gewissen Entspannung im alltäglichen Zusammenleben verschärfte sich der Druck auf die Minderheiten durch die mit der Asyl-‘Debatte’ wachsende Fremdenfeindlichkeit. Herr T. erzählt 1992:

„Und auch vor zwei oder drei Wochen: Wie ich gesagt habe, ich schreibe Texte, Musiktex-te. Dann manchmal ich singe mit mir, ja ganz leise. Hier ist eine Baustelle gewesen, noch arbeiten die drei bis vier Kollegen. Dann sagt einer: 'Naja, sing mal, sing mal noch ein oder zwei Jahre. Dann nicht hier singen, sondern in der Türkei singen!'"¹⁹

Die Explosion des Rassismus nach der deutschen Einigung mag für manche die Rückkehrüberlegung plötzlich wieder aktualisiert haben.

Mit den Morden von Mölln schien eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen für die MigrantInnen in der Luft zu liegen; war der Einwanderungsprozesses in Frage gestellt.

Damit scheint sich das Selbstverständnis der türkischen Minderheit zu verändern. Gerade als Reaktion auf die existenzbedrohenden Anfeindungen verstärkt sich ein Selbstbewußtsein als TürkInnen in Deutschland. Die eher abstrakte Zukunftsfrage, in welchem Land man letztlich leben wolle und könne, stellt sich plötzlich gegenwärtig und konkret. Gerade vielen Jugendlichen mag klar geworden sein, daß sie keine Alternative haben als sich zu wehren. Sie zeigen umso stärker ihre ethnische Identität; nicht mehr mit Rückkehrorientierung, sondern mit Demonstrationen unter türkischen Fahnen. Sie signalisieren: 'Wir bleiben hier!'

Die anderen ethnischen Minderheiten sind dagegen noch stärker als in den achtziger Jahren aus dem Blickfeld geraten. Sie sind vielleicht nicht in ihrer ökonomischen Lage, aber in ihrem Sozialprestige durch die 'Unterschichtung' der TürkInnen und neuer ZuwanderInnen 'aufgestiegen'. Dazu trug vor allem auch die Süderweiterung der EG bei, die mittlerweile BürgerInnen aus vier Anwerbeländern zu 'Europäern' macht und ihnen volle Freizügigkeit und wachsende andere Rechte garantiert.

Schwer einzuschätzen sind die Folgen der Auflösung Ex-Jugoslawiens, des Krieges und des Zustroms von mehreren hunderttausend Flüchtlingen, die ganz überwiegend privat bei Migrantenfamilien untergekommen sind. Neue Zuwanderung aus dem gleichen Land, das wurde zu Beginn der achtziger Jahre bei der türkischen Minderheit festgestellt²⁰, verstärkt die Heimat- und Rückkehrorientierung. Der Krieg wirkt dem derzeit natürlich entgegen.

Die Anfang der achtziger Jahre eingeleitete Ethnisierung nicht nur der Ausländerpolitik hat sich im Laufe der deutschen Einigung erheblich verschärft. Die zunächst gerade von den Regierungsparteien noch instrumentalisierte Fremdenfeindlichkeit hatte spätestens seit den Morden von Mölln eine Eigendynamik gewonnen, die – vor allem außenpolitisch – nicht mehr wünschenswert erschien.

Seither scheint der Rassismus zwar alltäglich zu bleiben, sich in seiner institutionalisierten Form aber gegen Flüchtlinge, nicht so stark gegen die schon eingewanderten Minderheiten zu richten. Eine Massenrückkehrforderung hat (noch) nicht realen politischen Einfluß gewinnen können. Vielmehr ist sogar wieder Bewegung in die Debatte um das Einwanderungsland Deutschland und seine Nichteinwanderungspolitik gekommen. Erkenntnisse und Forderungen, die Ende der siebziger Jahre auf dem Tisch lagen, in den achtziger Jahren aber versackten, stehen wieder auf der Tagesordnung. Das Spektrum, das noch immer eine Einwanderung leugnet, ist kleiner geworden, aber noch immer so groß, daß es eine Kursänderung verhindert.

Zwar gibt das neue Ausländergesetz allen MigrantInnen mit über 15 Jahren Aufenthalt einen Einbürgerungsanspruch (§ 86). Auch rückt es etwas vom bisherigen Assimilationsdenken ab, da keine 'Hinwendung zu Deutschland' mehr verlangt wird. Andererseits muß in der Regel noch immer der alte Paß aufgegeben werden; zudem gilt die Regelung nur bis 1995. Das Ausländerrecht bleibt in sich widersprüchlich: Für die unbefristete Aufenthaltserlaubnis sind Sprachkenntnisse erforderlich (§ 24), für die Staatsbürgerschaft nicht. Es gibt weder spezielle Anti-Diskriminierungs-Gesetze noch einen Minderheitenstatus oder das kommunale Wahlrecht. Die doppelte Staatsbürgerschaft liegt immer noch auf Eis. Der Inländerprimat steht nicht in Frage, vielmehr hat sich die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt durch die neuerlicher Krise und die Konkurrenz mit Ostdeutschen und AussiedlerInnen verschärft. Bade spricht zurecht von einem „verlorenen Jahrzehnt“ für die Einwanderungspolitik²¹.

Mit der Öffnung Osteuropas gibt es wieder eine Neuauflage des Rotationsprinzips: Aufgrund von Regierungsvereinbarungen kommen in wachsender Zahl sogenannte Werkvertrags- und GastarbeitnehmerInnen aus Polen, der Ex-CSFR und anderen Ländern in die Bundesrepublik²². Sie arbeiten vor allem bei ausländischen Subunternehmen von deutschen Baufirmen. Im Dezember 1992 waren es gut 100 000 WerkvertragsarbeitnehmerInnen²³. Sie haben abermals die Funktion, als Lohndrücker und Konjunkturpuffer zu dienen. Für mindestens drei Monate im Jahr müssen sie Deutschland verlassen; mit dieser Neuauflage der wilhelminischen Karenzzeit versucht die Bürokratie, der dauerhaften Einwanderung einen Riegel vorzuschieben. Inwieweit ihr das gelingen wird, bleibt abzuwarten; möglicherweise zeichnet sich bereits eine neue Einwanderung ab.

Schlußbetrachtung

Rückkehrorientierung und Rückkehrpolitik lassen sich als Aspekte von ethnischer Identität und Ethnisierung verstehen. Nun kann man ethnische Identität zwar pauschal – und wohl zu recht – als irrational bezeichnen, steht dabei aber doch einem weltweit sehr verbreitetem und wachsendem Phänomen gegenüber. Das Wiederaufleben von eigentlich überlebten, vormodernen ethnischen Vergemeinschaftungen in einer Phase weit fortgeschrittener Modernisierung erscheint widersprüchlich. Esser²⁴ erklärt dies denn auch als Übergangsphänomen; wenn die Durchfunktionalisierung und Individualisierung abgeschlossen sei, würden sich die ethnischen Identitäten wieder auflösen. Seine 1988 veröffentlichte Vermutung scheint inzwischen gründlich widerlegt; sie beruht wohl auf einer idealisierten Modernisierungstheorie. Tatsächlich bedeutet die Durchfunktionalisierung, daß Ungleichheiten bestehen bleiben. Sie verbinden sich immer wieder und immer neu mit ethnischen Grenzen, so daß sich internationale Verteilungskämpfe national aufladen und innerhalb der Gesellschaften ethclasses entstehen.

Die MigrantInnen waren im Auftrag ihrer Familie oder aus Verantwortung für diese nach Deutschland gegangen; trotz dieser Einbindung war die Migration jedoch ein individueller Traum gewesen. Sie verhielt Befreiung, Wohlstand und Ansehen, wenn man nur sein Leben in die Hand nahm – die klassischen Versprechen der Moderne.

Für die meisten erfüllten sich diese Träume nicht. Statt mehr Freiheit spürten die MigrantInnen immer mehr Zwänge; der Wohlstand wurde relativ; statt Ansehen zu erwerben, erfuhren sie Ablehnung. Eigentlich hatten sie ja zurück gewollt. Die aber, die zurückkehrten, konnten nicht in Deutschland bleiben und mußten zurück; die, die in Deutschland blieben, konnten nicht zurück und mußten bleiben.

Andererseits waren die MigrantInnen nicht nur Opfer dieser Zwänge, sondern individuelle AkteurInnen. Sie entwickelten ihre eigenen Strategien, um diese Zwänge zu umgehen oder sie erträglicher zu gestalten. Eine dieser Strategien ist die Rückkehrorientierung, die irgendwann irreal wird, aber sinnvoll bleibt. Sie ist nötig, um die existentielle Zerrissenheit der Migrationssituation zu ertragen. Gewissermaßen handelt es sich sogar um eine „lebensnotwendige Illusion“²⁵. Dietzel–Papakyriakou schreibt in Anlehnung an Marx, das Verlangen, daß die MigrantInnen auf die Rückkehr-Illusion verzichten, käme dem Verlangen gleich, auf eine Situation zu verzichten, die der Illusion bedarf²⁶.

Jede Einwanderung ist schwierig, noch zumal, wenn sie eigentlich nicht gewollt war. Verschärft wird die Belastung aber noch durch die Unsicherheit und Ausgrenzung im Aufnahmeland. Indem die Rückkehrorientierung der MigrantInnen wiederum Rückkehrerwartungen auf seiten der Deutschen bestätigt, verstärkt sie diesen Druck, und ist schädlich. Sie wirkt ebenso ambivalent wie die von Bommes und Scherr analysierte „Selbstethnisierung“:

„Eine Betonung kultureller Traditionen kann für sozial diskriminierte Migranten eine sinnvolle Form der Selbstbehauptung sein und zugleich zur Legitimation und Verfestigung ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung beitragen.“²⁷

Schließlich kann sie auch zum aggressiven Nationalismus werden.

Auch die deutsche Gesellschaft fand ihre Erwartungen in die Moderne enttäuscht. Sowohl die ungebremschte Wachstumseuphorie der sechziger Jahre als auch das Vertrauen in die Sozialtechnologie der siebziger Jahre sind zerplatzt. Die Komplexität der Verhältnisse und die Eindynamik sozialer und wirtschaftlicher Prozesse ließen sich anscheinend nicht mehr überblicken und steuern.

Politik und Gesellschaft reagierten mit einer Ethnisierung der Probleme; ein Aspekt davon war die Erwartung der Rückkehr der 'Gastarbeiter'. Die deutsche Ausländerpolitik war konzeptionslos und half damit dennoch, das System zu stabilisieren; sie scheiterte und war trotzdem funktional.

Aus dieser postmodernen Widersprüchlichkeit lassen sich schwerlich politische Lehren ziehen. Ich tue es trotzdem und schließe mit zwei Forderungen; die eine ist der 'klassische' demokratische Ruf der Frühmoderne: 'No taxation without representation!'

Die andere ist bescheiden und doch idealistisch: Die offenbar begrenzten Möglichkeiten der Politik müssen genutzt werden, damit nicht nur ein Fünftel, sondern die meisten MigrantInnen deswegen hier bleiben, weil sie sich wohlfühlen. Mehr als bisher könnten dann auf die Frage nach ihrer Rückkehr einfach antworten: „Nicht drüber nachgedacht!“ oder: „Mal sehen!“

1 Herbert 1986, 221.

2 Esser/Korte in Hammar 1985, 204.

3 Archdeacon 1983, 115f., Bovenkerk 1974, 11, Heckmann 1985, 111. Schon Ravenstein hatte 1885 festgestellt: „Each main current of migration produces a compensating counter-current.“ Nach Bovenkerk 1974, 7.

4 Rogers in Kubat 1984, 278.

5 Am ehesten paßt noch der von Bovenkerk 1974, 14ff., entwickelte Typus einer „intended temporary migration without return.“

6 Bade 1990, 758.

7 Heckmann 1985, 95f.

8 Bade 1992, 398ff.

9 Schiffauer, taz, 3.7.1993.

10 Schiffauer 1992, 169.

11 Bommers/Scherr 1991, 307.

12 Booth 1992, 145.

13 Mihçiyazgan 1988, 33.

14 Thomas und Znaniecki nach Bovenkerk 1974, 18, und: „Among the Polish who emigrated to America for good there was 'always a latent feeling of obligation for return'“.

15 Nach Heckmann 1985, 112f.

16 Bovenkerk 1974, 19.

17 Bovenkerk 1974, 14.

18 So Bovenkerk 1974, 19.

19 Herr T., nach Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 115.

20 Korte 1990, 249f.

21 Bade 1992, 446.

22 Dazu: Roller in Berliner Geschichtswerkstatt 1993, 151f., „Rußland: 2000 dürfen kommen“, in taz, 19.5.1993, „In der Flaute ist Bonn das Hemd näher als die Jacke“, in Tagesspiegel, 13.3.1993, TOP-International H. 6, 1993.

23 TOP-International H.6/1993.

24 Esser 1990, 281ff., 301.

25 Dietzel-Papakyriakou 1989, 3.

26 Dietzel-Papakyriakou 1988, 42.

27 Bommers/Scherr 1991, 303.

6. Anhang

Interviews

Veselsky, ehemals Manager bei den Bergmann Kabelwerken Spandau, geführt durch Horst Weber, Braunschweig, 30.10.1991, Transkriptionsausschnitt im Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt.

Mader/von Harassowski, ehemalige Mitarbeiter der deutschen Anwerbekommissionen in Italien, Jugoslawien und der Türkei, geführt durch Cord Pagenstecher, 28.4.1991. Zusammenfassung im Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt.

Maier/Vonier, ehemalige Mitarbeiter der Weiterleitungsstelle München der Bundesanstalt für Arbeit, geführt durch Cord Pagenstecher, 3.7.1991. Zusammenfassung im Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt.

Frau M. - Herkunftsland Südkorea

Frau A.- Herkunftsland Spanien

Frau K. - Herkunftsland Türkei

Herr T. - Herkunftsland Türkei

Herr M. - Herkunftsland Italien

So weit sie nicht nach anderen Studien zitiert werden, sind alle Interviews mit MigrantInnen 1991 und 1992 von MitarbeiterInnen des Projekts „...da sind wir keine Ausländer mehr' - Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961 - 1993“ der Berliner Geschichtswerkstatt geführt worden. Sie sind anonymisiert und nach Transkriptionen zitiert, die im Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt, Goltzstr. 49, 10781 Berlin, zugänglich sind.

Statistiken

Statistisches Landesamt Berlin (Hg): Berliner Statistik - Statistische Berichte, Mai 1989.

Erfahrungsbericht. Beschäftigung, Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer, Beilage zu den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, laufende Jahrgänge, 1964 - 1972/73.

Statistisches Jahrbuch, laufende Jahrgänge.

Statistisches Bundesamt (Hg): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1, Reihe 2: Ausländer, 1987.

Zeitungsartikel

Einzelne Artikel zum Thema aus folgenden Zeitungen wurden genutzt (Sammlung und thematische Zusammenstellung im SFB-Archiv und im Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt):

- Berliner Morgenpost
- BZ

- Die Welt
- FAZ
- Spiegel
- Stern
- Süddeutsche Zeitung
- Tagesspiegel
- taz

Literaturverzeichnis

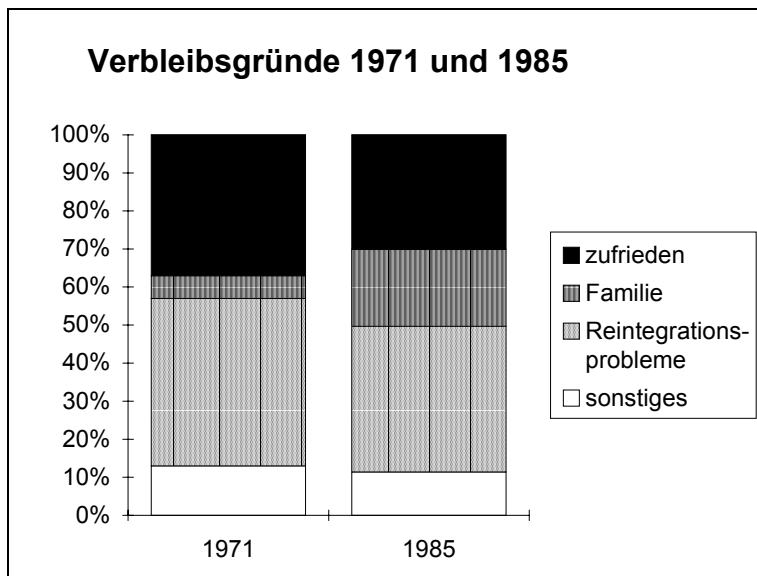
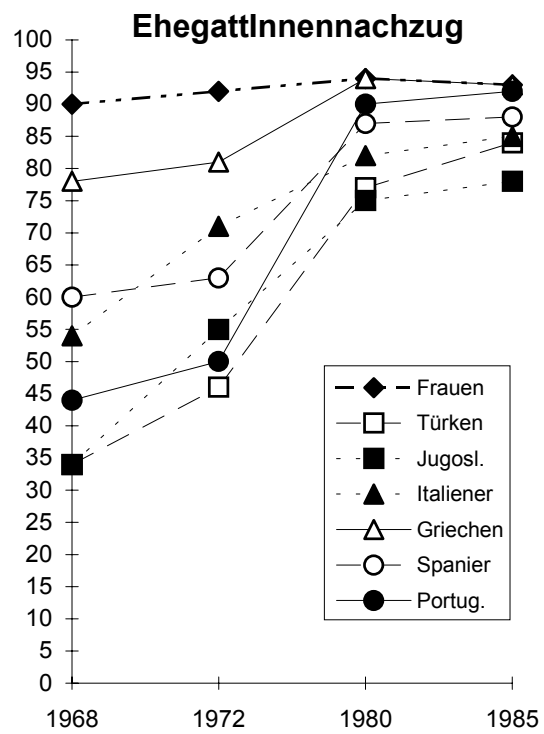
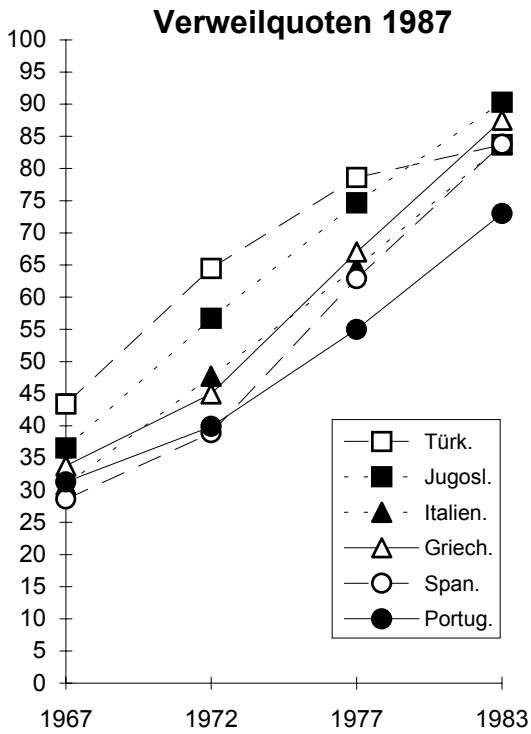
- ABATE, C. und BEHRMANN, M.: Die Germanesi. Geschichte und Leben einer süditalienischen Dorfgemeinschaft und ihrer Emigration, Frankfurt, New York 1984.
- AKPINAR, : Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien. Eine empirische Untersuchung in Westberlin, Berlin (Diss.) 1974.
- ALPHEIS, H.: Erschwert die ethnische Konzentration die Eingliederung?, in: ESSER/FRIEDRICHS, 1990. S. 147 - 184.
- ALTHAMMER, U.(Hg): Das Gastarbeiterproblem. Rotation? Integration? Arbeitsplatzverlagerung? Jugoslawien, Griechenland, Türkei. Ergebnisse einer Fachtagung, München 1975.
- AMERSFOORT, J.M.M.: Immigratie en Minderheidsvorming. Een analyse van de Nederlandse situatie 1945-1973, Diss. Amsterdam 1974.
- ANDERSEN, U.: Erfassung und Untergruppen der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer. Informationen zur politischen Bildung, hg.v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991. S. 11 - 13.
- ARCHDEACON, T.J.: Becoming American. An Ethnic History, New York, London 1983.
- AUERNHEIMER, G.H.: Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim, Basel 1984.
- AUSLÄNDER - zwischen Integration und Remigration. Eine Dokumentation von Forschungsarbeiten und Literatur der Jahre 1982 - 1984, Bonn 1986.
- BADE, K.J.: Arbeitsmarkt, Bevölkerung und Wanderung in der Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, hg.v. STÜRMER, Michael, Königstein/Ts. 1980. S. 160 - 187.
- BADE, K.J.: Einwanderungsland Bundesrepublik? Probleme und Perspektiven, in: Universitas, 45. 1990. S. 755 - 763.
- BADE, K.J.(Hg): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992.
- BAUDET-CAILLE, V.: Le retour du travailleur étranger dans son pays d'origine: politiques nationales et négociations internationales, Paris 1990.
- BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT (Hg): "... da sind wir keine Ausländer mehr" - Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961 - 1993, Berlin 1993.
- BERLINER INSTITUT FÜR VERGLEICHENDE SOZIALFORSCHUNG: Alte Ausländer in Berlin. Eine vorbereitende Evaluationsstudie zu einem empirischen Forschungsprojekt (Arbeitsheft), Berlin 1992.
- BERNITT, M.: Die Rückwanderung spanischer Gastarbeiter. Der Fall Andalusien (Materialien zur Arbeitsmigration und Ausländerbeschäftigung, 7), Königstein/Ts. 1981.
- BISCHOFF, D. und TEUBNER, W.: Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. Ausländerpolitik und Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Berlin (2. Aufl.) 1991.
- BLASCHKE, J. und GREUSSING, K.(Hg): "Dritte Welt" in Europa - Probleme der Arbeitsmigration, Berlin (Neudruck) 1985.
- BÖTTGER, K.: Soziale Unsicherheit der Wanderarbeitnehmer nach der Rückkehr ins Heimatland am Beispiel Griechenland, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 2, 1991. S. 41 - 47.
- BOMMES, M. und SCHERR, A.: Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdethnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit, in: Prokla, 21 (83). 1991. S. 291 - 316.
- BOOS-NÜNNING, U. und NIEKE, W.: Orientierungs- und Handlungsmuster türkischer Jugendlicher zur Bewältigung der Lebenssituation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Psychosozial, 5 (16). 1982. S. 63 - 90.
- BOOS-NÜNNING, U.: Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23 - 24. 1990. S. 16 - 25.
- BOOS-NÜNNING, U.(Hg): Die türkische Migration in deutschsprachigen Büchern 1961 - 1984. Eine annotierte Bibliographie (= Schriftenreihe des Zentrums für Türkeistudien, 2), Opladen 1990.
- BOOS-NÜNNING, U.: Berufswahlsituation und Berufswahlprozesse griechischer, italienischer und portugiesischer Jugendlicher. Entwicklung konzeptioneller Grundsätze zur Ausgestaltung des Beratungs-, Orientierungs- und Medienangebotes (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 140), Nürnberg 1990.
- BOOTH, H.: The Migration Process in Britain and West Germany. Two Demographic Studies of Migrant Populations, Aldershot 1992.
- BOSTANCI, S.: Zu den Lebens- und Verbleibsabsichten türkischer Gastarbeiter in Nürnberg, Nürnberg 1982.
- BOVENKERK, F.: The Sociology of Return Migration: A Bibliographic Essay (= Publications of the Research Group for European Migration Problems, 20), Den Haag 1974.
- BRAUN, R.: Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz, Erlenbach, Zürich 1970.

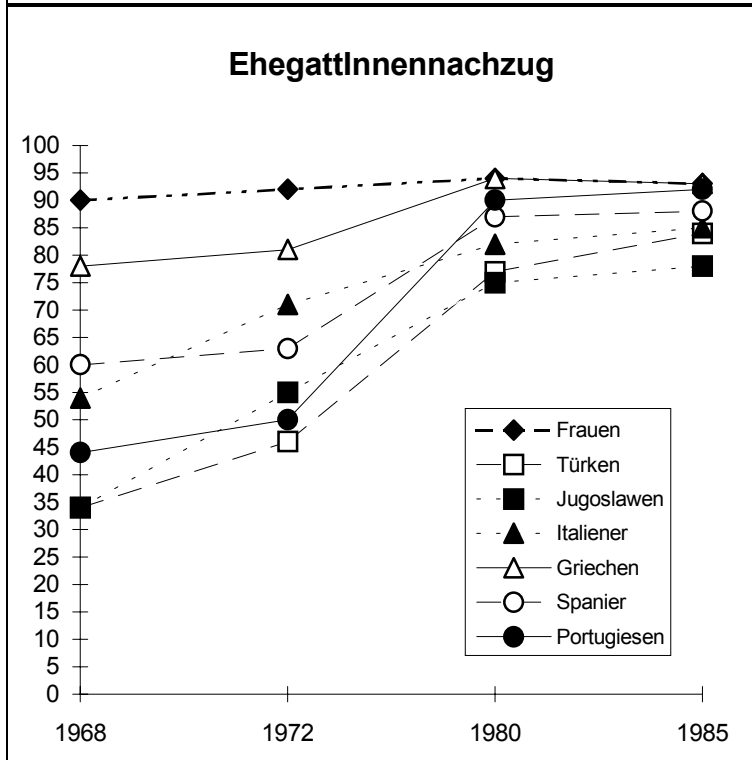
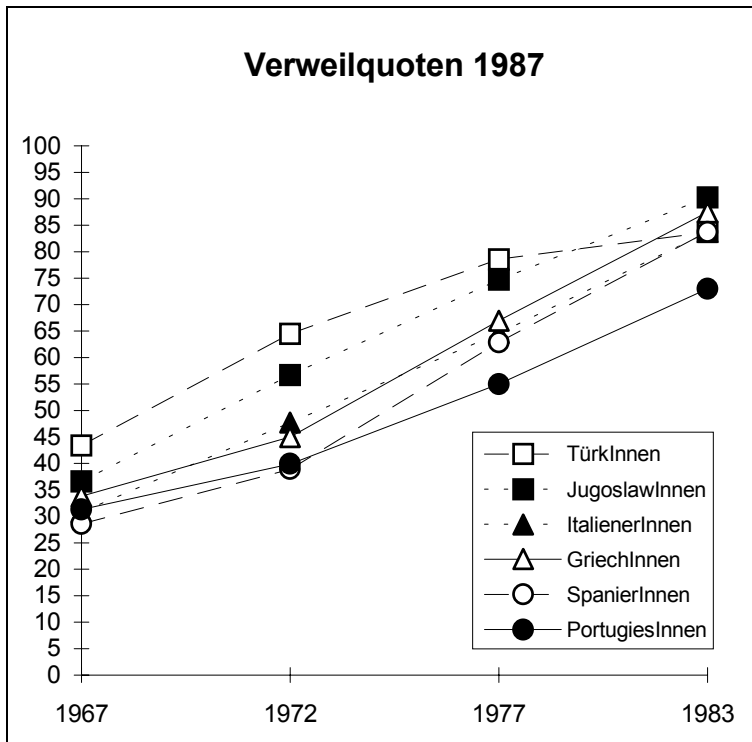
- BREITENBACH, B.v.: Italiener und Spanier als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zur europäischen Arbeitsmigration, München, Mainz 1982.
- BÜRKNER, H.J. u.a.: Rückkehrzwänge und Motivstrukturen türkischer Migranten. Zum Problem der Freiwilligkeit von Remigrationsentscheidungen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 13 (4). 1987. S. 451 - 472.
- CASTLES, S.: Here for Good. Western Europe's New Ethnic Minorities, London, Sydney 1984.
- CERASE, F.P.: A Study of Italian Migrants Returning from the USA, in: International Migration Review, 1. 1966-67. S. 67 - 74.
- COELHO, A.B.: Effects of Migration on Social Change in the Country of Origin, in: International Migration, 27 (2). 1989. S. 183 - 190.
- DEL FABBRO, R.: Italienische Industriearbeiter im wilhelminischen Deutschland (1890 - 1914), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 76. 1989. S. 202ff.
- DELGADO, J.M.: Anpassungsprobleme der spanischen Gastarbeiter in Deutschland, Köln (Diss.) 1966.
- DIETZEL-PAPAKYRIAKOU, M.: Krankheit und Rückkehr. Frühinvalidität ausländischer Arbeiter am Beispiel griechischer Rückkehrer, Berlin 1987.
- DIETZEL-PAPAKYRIAKOU, M.: Eine Gerontologie der Migration?, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 2 1988. S. 42 - 45.
- DIETZEL-PAPAKYRIAKOU, M.: Migration, Lebenswelt und Sozialisation. Ein Essay über die Opposition ausländischer Mütter, Essen (unveröff. Manuskript) 1989.
- DIETZEL-PAPAKYRIAKOU; Maria: Ältere ausländische Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Expertisen zum ersten Altenbericht der Bundesregierung. Bd. 3: Aspekte der Lebensbedingungen ausgewählter Bevölkerungsgruppen, hg.v. Deutschen Zentrum für Altersfragen, Berlin 1993. S. 1 - 154.
- DOHSE, K.: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Berlin (korr. Neudruck) 1985.
- DOHSE, K.: Die Einwandererfrage. Aufsätze zur "Ausländerproblematik" (Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung / Wissenschaftszentrum Berlin), Berlin 1986.
- DOOMERNIK, J.: Turkse moskeeen en maatschappelijke participatie. De institutionalisering van de Turkse islam in Nederland en de Duitse Bondsrepubliek, Amsterdam 1991.
- ERFAHRUNGSBERICHT: Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer., hg.v. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1964 - 1972/73.
- ESSER, H.: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse, Darmstadt, Neuwied 1980.
- ESSER, H.: Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft, in: ESSER/FRIEDRICHS, 1990. S. 281 - 303.
- ESSER, H. und FRIEDRICHS, J.(Hg): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie, Opladen 1990.
- ESSER, H.: Nur eine Frage der Zeit? Zur Frage der Eingliederung von Migranten im Generationen-Zyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin theoretisch zu erklären, in: ESSER/FRIEDRICHS, 1990. S. 73 - 100.
- FREUND, W.S.: Travailleurs immigrés: Retour? Oui ... mais!: A la lumiere du cas Tunésien, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 10 (2). 1984. S. 595 - 611.
- FRIESE, P.: Psychologische Streßtheorie und Migration, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 1, 1991. S. 64 - 66.
- GAITANIDES, S.: Sozialstruktur und 'Ausländerproblem'. Sozialstrukturelle Aspekte der Marginalisierung von Ausländern der ersten und zweiten Generation, München 1983.
- GEERTZ, C.: The Interpretations of Culture. Selected Essays, 1973.
- GLEBE, A.: Immigration und Rückkehrproblematik griechischer Arbeiterfamilien in West-Berlin. Untersucht an ausgewählten Beispielen und Bereichen, Berlin (Dipl.) 1983.
- GRANDI, W.: Rentenversicherungsrechtliche Rückkehrhindernisse für Türken. Die Auswirkungen des Paragraphen 1321 RVO auf türkische Rentenberechtigte, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 3 (3). 1983. S. 125 - 127.
- GROTH, A. und JUST, W.D.(Hg): Wanderarbeiter in der EG. Ein Vergleich ihrer rechtlichen und sozialen Situation in den wichtigsten Aufnahmeländern. Unter Mitarbeit von Elke Nicolaus. Bd. 1: Vergleichende Analyse und Zusammenfassung, Bd. 2: Länderberichte, Mainz, München 1985.
- HABERL, O.N.: Die Bundesrepublik Deutschland - ein Einwanderungsland der Türken?, in: Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei? Eine Bilanz der 25jährigen Migration von Türken, hg. v. MEYS, W. und SEN, F., Frankfurt 1986, 157 - 188.
- HAMMAR, T.: Democracy and the Nation State. Aliens, Denizens and Citizens in a World of International Migration, Aldershot 1990.
- HAMMAR, T.(Hg): European Immigration Policy. A Comparative Study, Cambridge 1985.
- HECKMANN, F.: Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland?, Stuttgart 1981.
- HECKMANN, F.: Einwanderung als Prozeß, in: BLASCHKE/GREUSSING, 1985. S. 95 - 125.
- HEINEVETTER, K. und HINZEN, H.: Ausländerrecht, Bielefeld 1964.
- HERBERT, U.: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986.
- HILL, P.B.: Kulturelle Inkonsistenz und Streß bei der Zweiten Generation, in: ESSER/FRIEDRICHS, 1990. S. 101 - 126.
- HÖNEKOPP, E.(Hg): Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland (= Beitr. zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 114), Nürnberg 1987.
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.J.: Zur Soziologie des Fremdarbeiterproblems, Stuttgart 1973.

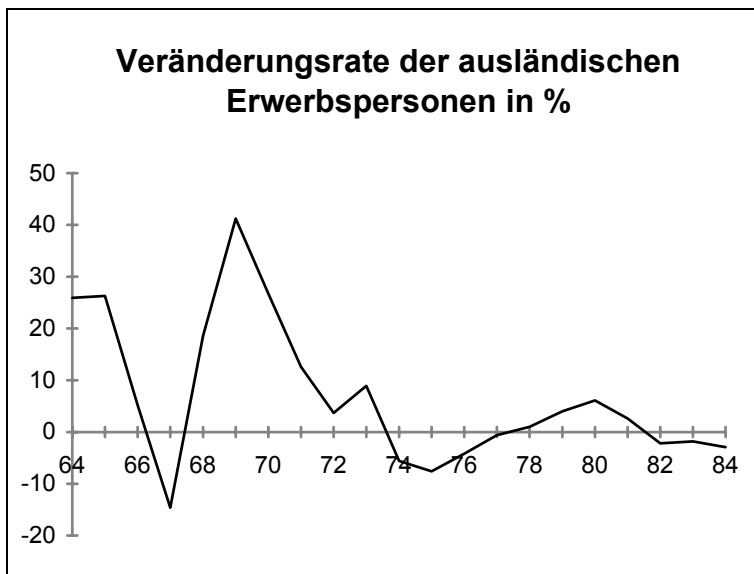
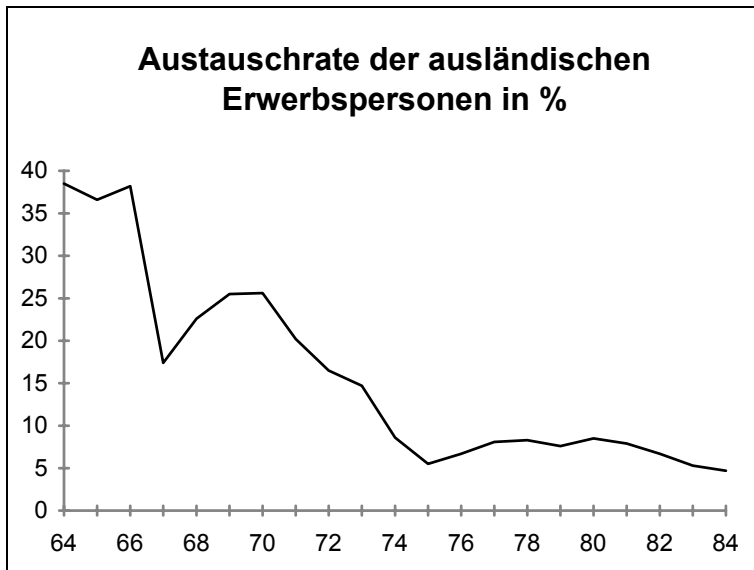
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.J.: Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen, in: REIMANN, 1987. S. 46 - 66.
- HOFMANN, R. und ISSI, S.: Die Erste Generation türkischer Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergessene Randgruppe? Migrationsgründe, aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven älterer Ausländer, Essen (Zentrum für Türkeistudien) 1991.
- KALLWEIT, H. und KUDAT, A.: Rückwanderung ausländischer Arbeiter, zwangsweise oder freiwillig?, Berlin 1976.
- KLEE, E. (Hg): Gastarbeiter. Analysen und Berichte, Frankfurt 1981.
- KLEFF, H. - G.: Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Migranten aus der Türkei, Ingelheim, Mainz (2. Aufl.) 1985.
- KOCH, L.: Impact of the Reversal of the Migration Situation on the Social Structures of Certain Countries - The Case of Italy, in: International Migration, 27 (2). 1989. S. 191 - 202.
- KÖRNER, H. und WERTH, M.(Hg): Rückwanderung und Reintegration von ausländischen Arbeitnehmern in Europa (= Isoplan-Schriften, 1), Saarbrücken, Fort Lauderdale 1981.
- KORTE, E.: Die Rückkehrorientierung im Eingliederungsprozeß der Migrantenfamilien, in: ESSER/FRIEDRICHS, 1990. S. 207 - 260.
- KUBAT, D.(Hg): The Politics of Return. International Return Migration in Europe (= Proceedings of the First European Conference on International Return Migration, Rome, Nov.11-14, 1981), New York, Rom 1984.
- KÜRSAT-AHLERS, E.: Zur Psychogenese der Migration. Phasen und Probleme, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3/4, 1992. S. 107- 113.
- KURZ, U.: Partielle Anpassung und Kulturkonflikt. Gruppenstruktur und Anpassungsdispositionen in einem italienischen Gastarbeiter-Lager, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. 1965. S. 814 - 832.
- LEGGEWIE, C. und NIKOLANIKOS, M.(Hg): Europäische Peripherie. Zur Frage der Abhängigkeit des Mittelmeerraumes von Westeuropa. Tendenzen und Entwicklungsperspektiven (= Die Dritte Welt, Sonderheft), Meisenheim am Glan 1975.
- LEITNER, H.: Regulating Migrants' Lives: The Dialectic of Migrant Labor and the Contradictions of Regulatory and Integration Policies in the Federal Republic of Germany, in: Foreign Minorities in Continental European Cities, hg.v. GLEBE, G. und O'LOUGHLIN, J., Stuttgart 1987. S. 71 - 89.
- LUCASSEN, J. und PENNINX, R.: Nieuwkomers: Immigranten en hun Nakomelingen in Nederland 1550 - 1985, Amsterdam 1985.
- MARPLAN-Institut: Gastarbeiter in Deutschland 1978. Ergebnisse zur sozialen Situation, Tabellen- und Kommentarband, Offenbach 1978.
- MAURENBRECHER, T.: Die Erfahrungen der externen Migration. Eine biographie- und interaktionsanalytische Untersuchung über Türken in der Bundesrepublik, Frankfurt, Bern, New York 1985.
- MEHRLÄNDER, U.: Soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung, Bonn 1974.
- MEHRLÄNDER, U.: Bundesrepublik Deutschland, in: Ausländerpolitik im Konflikt: Arbeitskräfte oder Einwanderer? Konzepte der Aufnahme- und Entsendeländer (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 139), hg.v. GEHMACHER, E., KUBAT, D. und MEHRLÄNDER, U., Bonn 1978.
- MEHRLÄNDER, U.: Rückkehrabsichten der Türken im Verlauf des Migrationsprozesses 1961 - 1985, in: Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei? Eine Bilanz der 25jährigen Migration von Türken, hg. v. MEYS, W. und SEN, F., Frankfurt 1986, 53 - 72.
- MEIER-BRAUN, K. - H.: "Freiwillige Rotation". Ausländerpolitik am Beispiel der baden-württembergischen Landesregierung, München 1979.
- MEIER-BRAUN, K. - H.: Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs (= Entwicklung und Frieden: Materialien, 19), Mainz, München 1988.
- MEILLASSOUX, C.: Gegen eine Ethnologie der Arbeitsimmigration in Westeuropa, in: BLASCHKE/GREUSSING, 1985. S. 53 - 59.
- MERTINS, G.: Zwischen Integration und Remigration - die Gastarbeiterpolitik der Bundesrepublik nach 1973, in: Geographische Rundschau, 35. 1983. S. 46 - 53.
- MIHCIAZGAN, U.: Wir haben uns vergessen. Ein interkultureller Vergleich türkischer Lebensgeschichten, Hamburg 1986.
- MIHCIAZGAN, U.: Was hat das Gold mit der Zukunft zu tun? Überlegungen zur Lebensplanung und zu Zukunftsvorstellungen türkischer Migrantinnen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 4. 1988. S. 31 - 36.
- MIHCIAZGAN, U.: Rückkehr als Metapher. Die Bedeutung der Rückkehr in der Lebensplanung und -praxis türkischer Migrantinnen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 4, 1989. S. 39 - 42.
- MONTICELLI, L.G.: Italian Emigration: Basic Characteristics and Trends with Special Reference to the Last Twenty Years, in: International Migration Review, 1(3). 1967. S. 10 - 24.
- MÜHLFELD, C. und SEN, F.: Türkische Arbeitnehmersgesellschaften: Rahmenbedingungen, Motivationsstrukturen, Problembereiche, Effekte, Tendenzen. Schlußbericht, Bonn 1982.
- MÜLHAUPT-LOPEZ, C.: Eingliederung in eine industrielle Gesellschaft, dargestellt am Beispiel der spanischen Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg (Diss.) 1966.
- MUUS, P.J. und PENNINX, R.: Nach 1992 Migration ohne Grenzen? Die Lektionen der Vergangenheit und ein Ausblick auf die Zukunft, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 17. 1991. S. 191 - 207.
- NAUCK, B.: Sozialstrukturelle und individualistische Migrationstheorien, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1988. S. 15 - 40.
- NOHLEN, D.(Hg): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Reinbek 1991.
- PENNINX, R. u.a.: Retourmigratie van Mediterraanen, Surinamers en Antillanen uit Nederland, Den Haag (Arbeits- und Sozialministerium) 1983.

- PÖSCHL, A. und SCHMUCK, P.: Die Rückkehr - Ende einer Illusion. Türkische Gastarbeiterfamilien in der Bundesrepublik Deutschland und die Probleme ihrer Rückkehr in die Türkei (DJI-Materialien), München 1984.
- PROJEKTGRUPPE ÄLTERE AUSLÄNDER HANNOVER, Ältere Ausländer als Problemgruppe?, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3. 1990. S. 35 - 45.
- REIMANN, H. und H.(Hg): Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems, 2. Auflage 1987.
- REPRÄSENTATIVUNTERSUCHUNG 1968. Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beilagen zu den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1969.
- REPRÄSENTATIVUNTERSUCHUNG 1972. Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beilagen zu den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1973.
- REPRÄSENTATIVUNTERSUCHUNG '80. Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland (= Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsbericht 50), hg.v. MEHLÄNDER, Ursula i.A.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1981.
- REPRÄSENTATIVUNTERSUCHUNG '85. Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland (= Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsbericht 133), hg.v. KÖNIG, Peter, SCHULTZE, Günter und WESSEL, Rita i.A.d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1986.
- RIEPL, M.: Viele Türken haben es satt in Berlin, in: Berliner Morgenpost, 8.7.1984,
- ROLLER, K.: Frauenmigration und Ausländerpolitik im Deutschen Kaiserreich. Polnische Arbeitsmigrantinnen in Preußen, Berlin 1993.
- RONNEBERGER, F. und VOGEL, R.: Gastarbeiterpolitik oder Immigrationspolitik (= Südosteuropa-Studien 31), München, Wien 1982.
- SAYAD, A.: Santé et équilibre social chez les immigrés, in: Psychologie medicale, 13 (11). 1983. S. 1747 - 75.
- SCHEDLICH, B.: Der Weg. Jugoslawische Frauen in Berlin. Texte zur Ausstellung, Berlin 1987.
- SCHIERUP, C.- U.: Immigrants and Immigrant Policy in Denmark and Sweden: Failed Assimilationism versus Corporatist Multiculturalism, in: International Review of Comparative Public Policy, 1. 1989. S. 223 - 258.
- SCHIERUP, C.- U.: Migration, Socialism and the International Division of Labour. The Yugoslavian Experience, Aldershot 1990.
- SCHIFFAUER, W.: Die Migranten aus Subay. Türken in Deutschland: Eine Ethnographie, Stuttgart 1992.
- SCHILL, E.A.: Das Recht der ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, Baden-Baden 1965.
- SCHILLER, G.: Die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Volkswirtschaft, in: Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Bd.2, hg.v. BADE, K.J., Ostfildern 1984. S. 625 - 643.
- SCHLAFKE, W. und VOSS, R.v.: Vom Gastarbeiter zum Mitarbeiter. Ursachen, Folgen und Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung in Deutschland, Köln 1982.
- SCHULTE, A.: Produktive Rückkehr? Rückwanderung, Beschäftigungsproblematik und Kooperativen in einer abhängig entwickelten Region. Das Beispiel Süditalien (= Forschungsmaterialien: Migration, H. 2), Berlin 1986.
- SCHULTE, A.: Von der Anwerbungs- und Integrationspolitik zur Minderheiten- und Zuwanderungspolitik?, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 2, 1992. S. 26 - 35.
- SERIFOVA, K.: Letzte Heimat Deutschland. Alleinlebende jugoslawische Rentnerinnen der ersten Generation in Berlin, Berlin (Dipl.) 1993.
- SOCIALDATA: Befragung deutscher und ausländischer Haushalte zur Ausländerintegration in Berlin. Im Auftrag des Regierenden Bürgermeisters, Berlin 1980.
- STOLLE, C. und Terre des Femmes und Koreanische Frauengruppe (Hg): Hier ist ewig Ausland. Lebensbedingungen und Perspektiven koreanischer Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1990.
- UNGER, K.: Die Rückkehr der Arbeitsemigranten. Eine Studie zur Remigration nach Griechenland (= Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, 17), Saarbrücken, Fort Lauderdale 1983.
- VOIGT, R.: Gastarbeiter zwischen Integration und Remigration. Gastarbeiter-Colloquium am 25.10.1985, (= Diskussionsbeiträge. Forschungsschwerpunkt historische Mobilität und Normenwandel, Sammelband 3), Siegen 1986.
- VORBERG, M.: Die "Ausländerfrage" war immer auch Arbeiterfrage, in: taz, 8.4. 1993.
- WERTH, M. u.a.: Rückkehr- und Verbleibabsichten türkischer Arbeitnehmer. Analyse der Rückkehrbereitschaft und des Wanderungsverhaltens sowie des Sparverhaltens und der Anlagepläne türkischer Arbeitnehmer im Raum Rheinland-Pfalz/Saarland (= CIM Arbeitsmaterialien, 3), Saarbrücken, Fort Lauderdale 1983.
- WILPERT, C.: Die Zukunft der Zweiten Generation. Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten ausländischer Kinder, Königstein/Ts. 1980.
- WILPERT, C.: Zukunftsorientierungen von Migrantenfamilien: Türkische Familien in Berlin, in: REIMANN, 1987. S. 198 - 221.

Abbildungen







Verbleibsabsichten

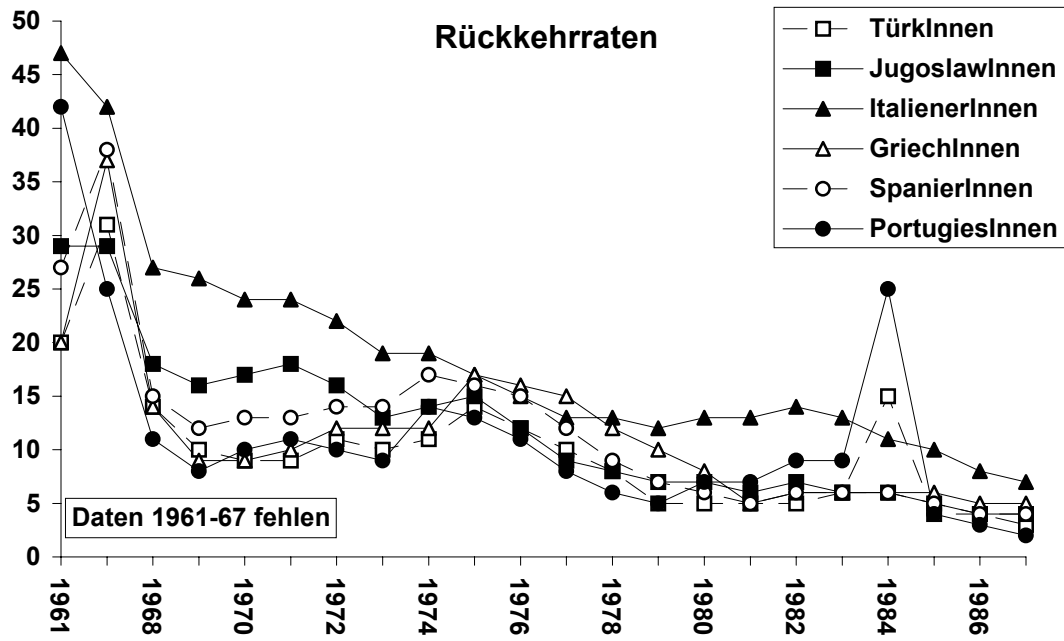
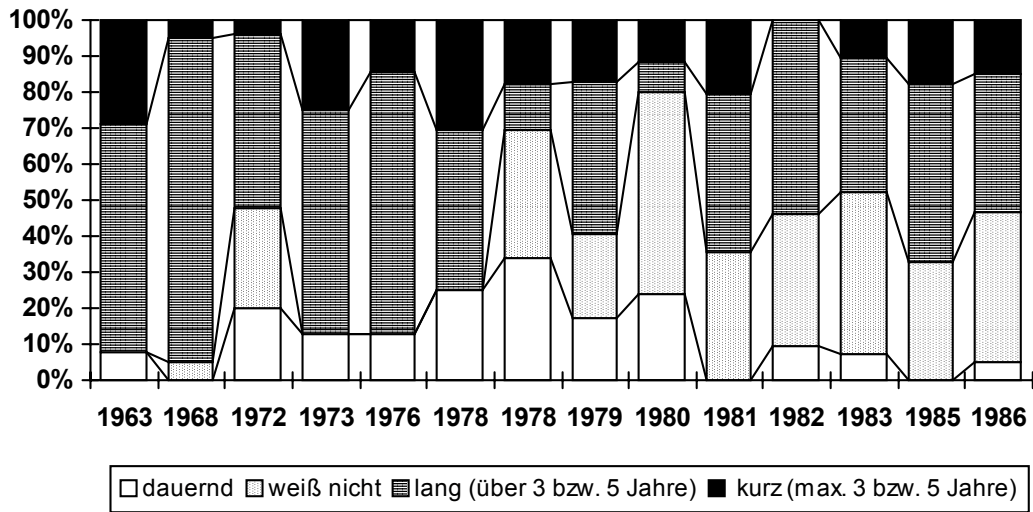


Abb. 11:

Rückkehrmotive 1975	Männer	Männer	Frauen	Frauen
	1/1975	2/1975	1/1975	2/1975
Arbeitslosigkeit	29.0	37.9	18.0	30.1
Freiwillig	25.8	30.8	29.2	28.2

Militärdienst	12.0	5.1	-	-
Familiäre Gründe	12.2	7.3	38.8	33.0
Weiterbildung	0.4	0.6	-	-
Ausbildung der Kinder	0.1	0.6	0.4	-
Keine Lust	14.9	11.9	7.6	7.8
Krankheit	4.0	4.5	4.4	-
Sonstige	1.5	1.4	1.6	1.0
1625 Befragte				

Abb. 12:

Rückkehrmotive 1982/83	% der Befragten	% der Nennungen
Einsamkeit und Heimweh nach Familie und der Türkei	55	16.1
Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	44	12.9
Leben und Arbeit in Deutschland gefallen nicht mehr	37	10.9
Möglichkeit einer selbständigen Existenz in der Türkei	35	10.3
Gute Versorgung, Erziehung und Pflege der Kinder in Deutschland nicht möglich oder gefährdet	33	9.8
Finanzielle Gründe, Leben in Deutschland zu teuer	33	9.6
Schlechte Behandlung in Deutschland	20	6.0
Klima	19	5.7
Allgemein: Familiäre Gründe, Familie konnte nicht nachgeholt werden	16	4.7
Genug gearbeitet und verdient	15	4.4
Arbeitslosigkeit	13	3.8
Wehrdienst	11	3.3
Stellenangebot in der Türkei	4	1.2
Krankheit, Unfall	3	0.9
Ablauf der Aufenthaltserlaubnis	1	0.4
978 Nennungen		

Abb. 13

Rückkehrmotive 1985/86	% der Befragten	% der Nennungen
Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	83.2	21.4
Das Leben in Deutschland ist zu teuer geworden	58.1	14.9
Es wird für Ausländer immer schwieriger, ihre Familien nachkommen zu lassen	53.3	13.8
Das Leben in Deutschland gefällt nicht mehr	40.6	10.4
In der Türkei wird man als Mensch mehr geachtet als in Deutschland	35.5	9.1
Eine gute Ausbildung und Erziehung für meine Kinder ist in Deutschland nicht möglich	27.7	7.1
Ich bin arbeitslos und finde in Deutschland keinen neuen Arbeitsplatz	24.5	6.3
Heimweh nach der Familie in der Türkei	23.2	6.0
Ich habe in Deutschland genug Geld verdient	21.3	5.5
Meine Freunde und Verwandten sind in letzter Zeit auch in die Türkei zurückgegangen	10.3	2.7
Andere Gründe	11.0	2.8
155 Befragte, 603 Nennungen		

Abb. 16:

Verbleibsmotive 1985	TR	YU	I	GR	E	P	Ges
Weniger gespart	8.3	15.4	8.0	6.9	5.5	10.2	10.2
Arbeit gefällt mir	6.5	10.3	13.1	11.8	11.4	11.7	9.5
Es gibt im Herkunftsland keine Arbeit	17.6	18.4	18.0	17.5	21.1	11.7	17.8
Weil ich meine Familie nachgeholt habe	6.6	6.5	4.1	7.8	8.5	9.8	6.5
Kinder gehen in Deutschland zur Schule/ machen Berufsausbildung	9.4	11.1	11.9	12.1	14.4	13.2	10.9
Kann nicht erneut einreisen	15.0	7.6	0.2	1.4	0.2	8.3	8.5
Politische Gründe	3.9	1.0	0.0	0.6	0.0	0.3	1.8
Kinder wollen bleiben	3.6	2.0	2.6	2.3	2.7	2.8	2.8
Fühle mich hier wohl	17.8	18.9	27.2	24.7	23.9	21.5	20.6
Sonstiges	11.2	8.8	14.9	14.9	12.2	10.5	11.3
Mehrfachnennungen							